





Der Kampf um das Deutschtum.

1. Heft.

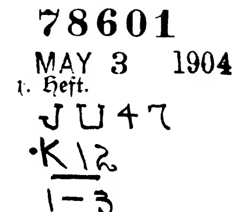
Die Weltstellung des Deutschtums

von

Fritz Bley.



München 1897.
Verlag von J. F. Lehmann.



Geschichtliche Lehren.

Wenn wir die Weltgeschichte nicht in der hergebrachten Schulmeisterart vom beschränkten europäischen Standpunkte, sondern aus dem Gesichtswinkel der Veredelung der Menschheit betrachten, so rufen wir unwillkürlich dieselben zwiespältigen Empfindungen in uns wach, die wir aus der Beschäftigung mit den Naturwissenschaften davongetragen haben. Nicht ohne inneren Kampf dringt man in beiden Zweigen der Forschung zu klarem Erkennen vor.

Hier wie dort der Kampf ums Dasein, aus dem die bessere Art als Siegerin hervorgeht: so lehrt die Regel. Völker tauchen auf und verschwinden. Wie im Walde auf morschen Pflanzenresten der junge Nachwuchs emporschießt dem Lichte zu, das die Kronen der stärkeren Nachbaren ihm frei lassen, so gründen die Herrenvölker der Erde ihre Reiche auf dem von minderwertigen Arten ihnen bereiteten Boden. Völker und Pflanzen sind eben zeugsame Wesen, die einen von Menschen, die anderen von Zellen gebildet, die einen wie die anderen abhängig von den günstigen oder schädlichen Bedingungen ihrer Umgebung und der inneren Kraft ihrer Art.

Zuweilen will es uns scheinen, als herrsche nicht das Gesetz der Aufwärtsbewegung in den Arten. Die starke Eiche sehen wir sinken, um geilem Brombeergestrüppe zur Nahrung zu dienen; aber bei schärferem Zublicken finden wir den Wurm in ihrem Marke, sie konnte der Art nicht mehr nützen und mußte darum verwesen. Griechen, Kelten und Gothen, Völker von herrlichen Eigenschaften sehen wir sinken oder in das Nichts zurücktauchen. Aber dem forschenden Blicke verbirgt sich die Ursache ihres Sturzes nicht, und ernste Lehren ergeben sich daraus für geschichtliche Betrachtung.

Wie herrlich war die Gesittung des hochbegabten Griechenvolkes! Das „ungastliche" Meer verwandelte sie als Städtegründerin zum „gastlichen", die Gestade des östlichen Mittelmeeres, Sizilien und Unteritalien schuf sie zu blühenden Siedelungen, die bald an Reichtum und Macht die Mutterstädte übertrafen. Und doch sank Griechenland in den Staub vor jenem Rom, das in der Mitte des fünften Jahrhunderts v. Chr. aus seinem damals kleinen Gemeinwesen drei Männer nach dem blühenden Athen gesandt hatte, „um die berühmten Gesetze des Solon abzuschreiben und anderer griechischer Staaten Einrichtungen, Sitten und Gesetze zu erforschen". Rom hatte dieser Gesetze Kern, den völkischen Gedanken, erfaßt und in klarer Leuchtkraft herausgebildet

in nimmer ermüdender planvoller Arbeit am Staate des römischen Volkes, der Kraft dessen dem damaligen „Erdkreise", den Ländern um das Mittelmeerbecken, seinen Stempel aufdrückte. Griechenland sank zum Hauslehrer, Tafeldiener und Bartscherer der römischen Macht herab, weil es des staatlichen Zusammenhanges zwischen Heimat und Tochterstädten entbehrte und, anstatt dem Einheitsgedanken zu leben, aus den Kämpfen der beiden um den Vorrang streitenden Städte Sparta und Athen nicht herauskam. Alle guten Anläufe zu einer herrenmäßigen Ueberseestaatskunst, wie Sparta sie im südlichen Peloponnes und Athen in der amtlichen Auswanderungsleitung versuchte, blieben, wie Johannes Wagner in der „Kolonialpolitischen Korrespondenz" 1886 treffend ausgeführt hat, unter dem Gegensatze zwischen den beiden Städten erfolglos. Das Ergebnis war die römische Zwinglandei, die schließlich zur Entartung auch aller griechischen Gesittung, zum Untergange der griechischen Kunst führte. Ein verachtetes Mischvolk, das aus dem Räuberunwesen und dem Staatsbankerotte trotz alle seiner Händlerschlauheit nicht herauskommt, zum Lohne für seine staatliche Zerfahrenheit auf seinen ursprünglichen Besitz am ägäischen Meere zurückgedrängt: das ist das Ende vom Staate eines Solon und Lykurg! —

Wie furchtbar waren die Streiche, die sechzig Jahre nach jener erwähnten Gesandtschaft auf das aufstrebende Rom herniedersausten, das betäubt von dem keltischen Ansturme am Boden lag! Aus dem nördlichen Gallien war dieser Völkersturm über die Alpen herabgebraust, wie er vordem schon die britischen Inseln, die Pyrenäenhalbinsel und das Rhonegebiet übertost hatte. Vor ihm her stoben die Etrusker der Poebene auseinander, und Mittelitalien lag ihm fast wehrlos offen. Nur mit äußerster Tapferkeit konnte Rom nach der Schlacht an der Allia den Untergang von sich abwenden. Von Süddeutschland her aber drangen die Kelten vor, der Donau folgend, bis in die Balkanländer und von dort bis nach Kleinasien hin. Fast dreimal so groß, wie das heutige Frankreich war das von ihnen eroberte Gebiet. Und doch sanken sie in den Staub, denn all ihr flammender Heldenmut, all ihre wild drängende Eroberungslust zerschellte, da sie nicht zusammenhielten, an der Folgerichtigkeit des römischen Staatsgedankens, der Schritt um Schritt das in wüstem Ansturm durch die Kelten eroberte Gebiet zurückerwarb: erst Oberitalien, dann die Alpenländer Thal um Thal. Zunächst der Verwaltung, dann der Sprache nach wurden sie römisch, die keltischen Völker gingen auf im Romanentum. Ein zerlumptes, in Schnaps und Hader verkommenes Bettlervolk auf der „grünen Insel" Irland und der Abschaum des politischen Verbrechertumes in den Vereinigten Staaten, der schlechteste Bodensatz der westarischen Rassen: das ist der heutige Rest jenes Keltentumes, vor dem die gesittete Welt einst zitterte! — Rom aber stieg empor, weil es die Forderungen der damaligen Weltstaatskunst erfaßte und seine Auswanderung so leitete, daß sie ihm nicht Schaden, sondern Nutzen stiftete. Durch sein Herrenrecht des römischen Bürgertumes kettete es dauernd seinen in die Neuländer entsendeten „heiligen Lenz" an die

Heimat und verhinderte seine Söhne in der Ferne, in den unterworfenen minderwertigen Völkern unterzugehen. Mit dem römischen Rechte eroberte römische Sprache und Sitte die Welt. Und nicht eher sank diese Herrschaft in den Staub, als bis mit der Austeilung des römischen Bürgerrechtes an das buntgewürfelte Mischmaschvolk der „Provinzialen" der herrenvölkische Gedanke, also der eigentliche römische Staatsgedanke, preisgegeben wurde! — —

Und wo sind jene Gothen geblieben, die auf den Trümmern des morschen Römerreiches ihren Staat erhoben? Was half diesem herrlichsten aller Heldenvölker der Geschichte, von dessen Tapferkeit, Großmut und Milde seine Feinde nicht genug des Lobes zu erheben wußten, der Heldenmut seiner Könige? Leicht konnte der Slave Belisar mit der in den vier Himmelsstrichen ausgelernten römischen Kriegskunst den Kampf mit Totilas aufnehmen, und mit gespicktem Schilde mußte Tejas gegen Narses unterliegen, weil den Gothen der Staatsgedanke mangelte, der so nahe doch eigentlich ihnen hätte liegen sollen: mit den Bruderstämmen der deutschen Völkerwanderung sich zur Eroberung der Welt zusammenzuschließen, anstatt in planloser Zerfahrenheit in den Tag hineinzuleben.

„Wäre die gothische Stärke unzersplittert geblieben", schreibt Jakob Grimm in seiner „Geschichte der deutschen Sprache" mit Recht, „und hätte sich ihre Herrschaft im Osten gleich der fränkischen im Westen gefestigt: die Schicksale Deutschlands und der deutschen Sprache würden eine ganz andere Gestalt gewonnen haben. Alles, was in der geistigen Anlage und Bildsamkeit der gothischen Natur enthalten war, ist uns verloren worden."

Ostgothen und Westgothen fielen, wie die Kelten, wie Sparta und Athen einst gefallen waren: weil sie die weltgeschichtliche Forderung nicht verstanden hatten, daß Völker wie Einzelwesen nicht bestehen können, die sorglos gegen die sie umwuchernde und überschattende Wildnis ihr letztes Ziel aus dem Auge verlieren. Auch im weltgeschichtlichen Kampfe der Völker bewahrheitet sich die Lehre, die schon aus den Urweltmären der Wala uns entgegenklingt, wie sie andererseits die Heldenwonne des sterbenden Faust geblieben ist:

> „Das ist der Weisheit letzter Schluß:
> Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben,
> Der täglich sie erobern muß."

* * *

Volkstum und Weltbürgertum.

Mit dem Eintritte des Christentums in die Weltgeschichte scheint der völkische Gedanke eine Zeitlang seine Geltung zu verlieren. Eine Umwertung ohne Gleichen beginnt namentlich, als der arianische Glaube dem katholischen gewichen ist. Hatte der Stifter des Glaubens, der die Mühseligen und Beladenen zu sich rief und mit den

Zöllnern und Sündern sich zu Tische setzte, den verachteten Sklaven und Fremden den Trost des himmlischen Vaters gebracht, so beginnt nun eine Verhätschelung des Schwächlichen, Weibischen, die zum Niedergange der Menschheit hätte führen müssen, wenn sie gesiegt hätte, was sicherlich nicht im Wunsche des Herrn und Heilandes lag. Er, der die Blumen auf dem Felde und alle Schönheit der Schöpfung so liebevoll umfaßte, war sicherlich weit entfernt von jener Büßerverzückung entnervter Schwärmer, die diese ganze Schöpfung, in der uns Gott sich offenbart, als elendes Marter- und Siechenhaus hinstellen wollten. Es war unmöglich, daß diese Verzerrung der Menschenliebe Jesu Christi sich dauernd behauptete. Wenn sie überhaupt noch immer einen Teil der christlichen Welt beherrscht, so dankt sie das vornehmlich der planmäßigen Erziehung, in die das zur Weltherrschaft strebende Papsttum die katholische und mittelbar dadurch die ganze christliche Welt genommen hat. Es ist durchaus bezeichnend für dies Verhältnis, daß gerade die beiden Völker, in denen die gesündeste Lebenskraft steckt, sich dieser Zwingherrschaft knechtseliger Weltflucht trotzig widersetzt haben: die Deutschen und die Tschechen in der Reformation und in dem Hussitentum. Die deutsche Welt sträubte sich im Ritter- und Bürgertume des Mittelalters gegen die mönchischen Selbstquälereien aus dem Trotze der starken Persönlichkeiten heraus; Johann Huß wandelte bereits auf ganz anderen Spuren, wie Martin Luther. Dem tschechischen Glaubensreiniger ging es nicht um das Recht der freien Selbstbestimmung, für das Luther zu Worms kämpfte, sondern um den völkischen Staatsgedanken, den er durch das christlich-katholische Kaisertum zu Unrecht seiner tschechischen Volksgenossen niedergehalten meinte. Schärfer als in Luther tritt aber in den Niederlanden der völkische Gedanke in den Streit gegen die Anmaßung der volkslosen Priesterherrschaft, immer stärker und kräftiger zur Herrschaft ringend. Wie klug und fein gesponnen auch der Staatsgedanke der römischen Priesterherrschaft war, den Sieg konnte er im gesunden Deutschtume nicht erringen; denn er stützte sich nicht auf das den Deutschen aus tiefer Naturanschauung und starkem Lebensgefühle unverletzbar heilige Recht des Stärkeren, Besseren, Schöneren, sondern auf das angemaßte Recht alles Verächtlichen, Schlechten und Gemeinen.

Aber einmal auf den Weg der allgemeinen Menschenrechte gewiesen, gab der Geist der europäischen Geschichte das Streben zu diesem Ziele nicht sobald auf; bald als „Humanismus", bald als „internationaler Kosmopolitismus", bald als „Sozialismus" und „Anarchismus" sehen wir dies von der natürlichen Entwickelung der Menschheit abgekehrte Streben hemmend in den Gang der Weltgeschichte eingreifen, die infolge dessen sich in den letzten Jahrhunderten in Wellenform vollzieht: bald nach den eingebildeten Zielen eines reinen, alles Erdenrestes entkleideten Menschentumes strebend, bald in leidenschaftlichen Ausbrüchen an die wirklichen Daseinsbedingungen der Völker und ihre verkörperten Tugenden sich erinnernd. Es ist

klar, daß dem Volke die Weltherrschaft zufallen mußte, das den letzteren Weg am entschlossensten betrat. Denn abgesehen davon, daß der Träumer bei der Verteilung der guten Dinge dieser Welt zu kurz kommen muß, weil eben andere ihm zuvorkommen, verdient er auch dies Schicksal. Nur die reinste Begeisterung, die heißblütigste Leidenschaft kann uns der Wahrheit näher bringen und diese Leidenschaft entspringt wohl aus der Liebe zum Volkstume uud der eigenen Art, niemals aber aus der allgemeinen Liebe zur Menschheit, die sehr schnell sich in ihre völkischen Strahlen auseinander zu legen pflegt, sobald die Nebel von Eigennutz und Rassenhaß dazwischen treten.

* * *

Weltreiche.

Die Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts galt einerseits den Kämpfen für die Geistesfreiheit des Einzelnen, andererseits dem hastigen Versuche einer auf allgemeine Menschenrechte gerichteten Weltverbrüderung. Im Gegensatze zu ihr steht die Geschichte unseres Jahrhunderts unverkennbar unter dem Zeichen des staatlichen Zusammenschlusses der einzelnen Volkheiten. Zwischen den Einzelmenschen und die Menschheit gestellt, fordern diese Volkheiten immer tiefer die leidenschaftliche Hingabe ihrer Söhne, um so die Truppen zu bilden, die in ihren Kämpfen um Land und Machtbesitz letzten Endes die geistigen Schlachten der Menschheit schlagen.

Noch immer, wie einst die Götter im Kampfe zwischen Achäern und Trojanern Partei ergriffen, steigen die großen Menschheitsgedanken vom Himmel nieder, um an die Fahnen dieses oder jenen Volkes ihr Geschick zu knüpfen: nicht um Schlesien ward im siebenjährigen Kriege gestritten, sondern um die Herrschaft der angelsächsischen Rasse in Nordamerika; nicht um Napoleons Sturz handelte es sich bei Sedan, sondern um die Daseinsberechtigung des deutschen Volkstumes auf der Erde. Erst unserem Jahrhundert blieb es vorbehalten, diese richtigere Würdigung weltgeschichtlicher Vorgänge zu gewinnen. Kein Wunder, denn wir sehen ja Tag für Tag vor Augen das eigenartige Gären und Brodeln der völkischen Kämpfe; und wir haben, durch bittere Erfahrungen gewitzigt, nachgerade begriffen, daß es in keinem Winkel der Erde gärt und brodelt, ohne daß unser Wohl und Wehe davon betroffen wird. Denn diesem völkischen Verschmelzungsgange, dem die Kämpfe Italiens und der Balkanvölker nicht minder entsprungen sind, wie die deutsche Einheitsbewegung, entstammt auch das am Ausgange des Jahrhunderts immer klarer heraustretende Bestreben der starken Völker, Weltreiche von einer früher nicht gekannten Art zu bilden.

Da die Vermehrung eines Volkes bedingt ist durch einen möglichst weiten Spielraum der Lebensbedingungen, so hat der ungeheuere, schließlich alle Entfernungen überwindende Aufschwung des Verkehrs uns vor eine Weltstaatskunst gestellt, gegen die jene Alexanders des Großen und des alten Rom als Kleinstaaterei bezeichnet werden muß.

Das steigende Absatzbedürfnis der Gewerbevölker hat den letzten Winkel der bewohnten Erde in seine Bearbeitung genommen. Andererseits führte das veränderte Verkehrstreiben der Weltmächte von der bisherigen Weltwirtschaft zur Volkswirtschaft im gewaltigsten Stile. Völkische Unabhängigkeit war allezeit von wirtschaftlichem Gedeihen bedingt. Heute setzt sie ein Wirtschaftsgebiet voraus, das keins der neuzeitlichen Bedürfnisse unbefriedigt läßt: ein Gebiet, das alles in sich erzeugen kann, dessen seine Bewohner bedürfen, und das alles verbrauchen kann, was diese Bewohner erzeugen. In werdenotwendiger Folgerichtigkeit sehen wir daher Rußland sein Gebiet zum indischen Meere und zur Bucht von Petschili vorschieben, sehen dies gewaltige, alles in sich selbst erzeugende Reich durch Eisenbahnen von Eydtkuhnen bis Port Arthur verbunden und überdies von einer starken, stetig wachsenden Handels- und Kriegsflotte bedient und beschützt. Die Gefahr ist groß, daß die gesamte slavische Welt von diesem Riesenreiche aufgesogen wird.

Aus dem gleichen wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer beiderseitig auf einander angewiesenen Wirtschaftsgebiete sehen wir Nord- und Südamerika dem Gedanken des Allamerika zustreben. Einstweilen tritt dessen Verwirklichung das fast unüberwindliche Hindernis völkischer Gegensätze so scharfer Art, wie sie zwischen Spaniern und Yankees einerseits, Weißen und Farbigen andererseits bestehen, trennend entgegen.

Hierzu kommt die Thatsache, daß das bisher als zur Herrschaft in den Vereinigten Staaten und in Amerika überhaupt berufen erscheinende Volk, die Yankees, sich in einer unverkennbaren starken Abnahme befindet. Die Ziffer des Geburtenüberschusses in den Neu-England-Staaten ist in stetem Sinken begriffen. In Neu-Hampshire überwog, dem Jahresberichte der Volkszählung zufolge, die Sterbeziffer die Geburten im Jahre 1891 um volle 1943 Personen. Die Einwanderung ist im wesentlichen deutsch und irisch. Da die einwandernden Deutschen die englisch-amerikanische Sprache schnell annehmen, so bilden sie einen guten Mörtel für den großamerikanischen Bau. Ob das aber immer so bleiben wird, ob nicht endlich auch die amerikanischen Deutschen sich auf die Stimme des Blutes besinnen, und ob die anmaßlichen Iren in das von den selbstachtungslosen Deutschen erstrebte „amerikanische Volkstum" überhaupt sich je verschmelzen werden, ist noch nicht bewiesen. Der „Monroedoktrin" fehlt aus diesem Grunde einstweilen noch die völkische Voraussetzung ihrer Berechtigung.

Sehr viel bedrohlicher für Europa ist der in der angelsächsischen Welt sich bethätigende Gedanke eines Zusammenschlusses aller britischen Kronländer zu einem „größeren Britannien". Denn dort drängen in der That alle Bedürfnisse auf einen solchen Zusammenschluß hin. England, das nur noch 12 vom Hundert seiner Bevölkerung durch Landwirtschaft, davon nur 3 vom Hundert durch Körnerbau ernährt, ist auf seine Neuländer im Bezuge der Nahrungs- und Genußmittel,

sowie der südländischen Rohstoffe ebenso hingewiesen, wie diese bezüglich ihrer Werkzeuge, Kleidung und Gebrauchsgegenstände auf die hochentwickelte altenglische Betriebsamkeit. Das stark entwickelte völkische Bewußtsein der Briten tritt zu dieser wirtschaftlichen als sittliche Triebfeder hinzu- und die britische Kriegsflotte, stärker als sämtliche Kriegsflotten der Erde, scheint — einstweilen mindestens — berufen, diesem gewaltigen Weltreiche des „größeren Britannien" den Bestand zu sichern. Es ist bezeichnend, daß dieser Fortbestand von Ausländern ebenso oft bestritten, als von Briten selbst auf das entschiedenste als gesichert bezeichnet wird. Ja, im Hinweise auf die ungeheuere Ausdehnung Großbritanniens, das allein in den letzten zwanzig Jahren um 4½ Millionen Geviertmeilen gewachsen ist, stehen die weitblickenden Staatsmänner der neuen Schule in England nicht an, diesem die ausschließliche Weltherrschaft vorauszusagen. „Die Welt wird mit Schnelligkeit englisch!" ruft Sir Charles Dilke in seinem „Greater Britain" mit Wärme. Und in einer zu Oldham gehaltenen Versammlung kündigte er offen die englische Weltherrschaft als das Ziel der Staatskunst Großbritanniens an: „englisches Blut, sowie englische Sprache müssen mit Gottes Hilfe für immer und ewig auf dem ganzen Erdenrunde herrschend werden. Englands erdkundliche Lage und die Seeleneigenschaften seines Volkes machen es zur stärksten Macht der Erde."

Die anders lautenden ausländischen Urteile weisen namentlich auf Großbritanniens schwache Stelle, die Angreifbarkeit Indiens durch Rußland, hin und auf die Schwierigkeit, einen über die ganze Erde erstreckten Kriegsschauplatz zu beherrschen. Der Rechenfehler dieser nichtenglischen Beurteiler liegt nur in dem Umstande, daß sie den festländischen Völkern die zielbewußte englische Staatsweisheit zutrauen. Vielleicht ist diese Voraussetzung Rußland gegenüber gerechtfertigt; und in der That liegt in dem russischen Vordringen in Asien die einzige Möglichkeit für die wirtschaftliche Selbständigkeit Mitteleuropas. Aber in jeder anderen Beziehung sind Englands abfällige Beurteiler im Irrtum; denn sie vergessen das Geheimnis der ungeheuren Erfolge der britischen Staatskunst in den letzten drei Jahrhunderten, das bereits in einer alten holländischen Denkschrift von 1779 treffend gekennzeichnet ist: „die Dummheit der anderen Völker."

Wenn die Völker Mitteleuropas einig wären, so müßten sie, zwischen die russische und britische Weltwirtschaft gestellt, die Staatskunst aufnehmen, die Napoleon I. in der Festlandsperre anstrebte: Zurückdrängung Englands vom gemeinsamen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiete. Das wäre die Antwort auf die rücksichtslose Zähigkeit, mit der England jedes einzelne Land Mitteleuropas in Festlandshändel zu verwickeln verstanden hat, um dessen Entwickelung als Ueberseemacht und Betriebsamkeitsstaat zurückzuhalten, bezw. zu vernichten.

* * *

„Die Dummheit der anderen Völker" Englands Stärke.

Die geradezu phönikierhaft schlaue Ausnützung der staatlichen Lage Europas war es, die England zu seiner riesenhaften Entwickelung verholfen hat. Als nach der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Indien die Seeherrschaft vom Mittelmeere und der Nordsee weg nach dem Atlantischen und Indischen Weltmeere verlegt wurde, waren es hauptsächlich fünf Länder, die über See Großreiche bildeten: Spanien, Portugal, Frankreich, Holland, England. Heute ist von einem Groß-Spanien, Groß-Portugal, Groß-Frankreich, Groß-Holland nicht mehr die Rede; nur Groß-Britannien ist geblieben — wie wir sehen, seinen vorwärts drängenden Söhnen noch immer nicht groß genug. Wie kam das?

Seeley in seiner „Expansion of England" und Dr. Karl Peters in seinem „Emporsteigen des britischen Weltreiches" meinen, daß die Geschichte der großbritannischen Weltmacht den Stempel des unbewußt Emporgewachsenen trage. „Wir scheinen in einem Anfalle von Geistesabwesenheit die halbe Welt erobert und bevölkert zu haben" sagt Seeley. Und Dr. Karl Peters vergleicht das Anwachsen Britanniens mit dem Emporsteigen einer Korallenbank, deren Schneckentiere nicht ahnen, daß sie mit ihrer kleinen Lebensarbeit an den Grundlagen neuer Länder und Erdteile bauen helfen. „Das eben", schreibt Peters, „unterscheidet das großbritannische Weltreich vornehmlich von den sogenannten Weltreichen des Altertumes, den großen Dynastien Vorderasiens, dem Reiche Alexanders und dem römischen Staate, an dessen Grenzen die Legionen Wache hielten, daß dort immer ein bewußtes Wollen den auf Eroberung gerichteten Unternehmungen zu Grunde lag, während das englische Weltreich gewissermaßen unbewußt — man möchte sagen: oft zufällig — aus meist wirtschaftlichen Notwendigkeiten emporwuchs."

Ich glaube doch im Gegensatze zu beiden Schriftstellern, daß der britische Staat in bewußter planmäßiger Staatskunst von Stufe zu Stufe die Größe der jetzigen Weltmachtstellung Großbritanniens aufgebaut hat. Die Frage läuft letzten Endes auf die Beurteilung des Wesens der englischen Volkspersönlichkeit hinaus. Denn das ist ja aus der Betrachtung des ganzen Verlaufes der Menschheitsentwickelung als sicher erkennbare Lehre gewonnen, daß im großen Wettstreite der Völker dasjenige Volk obsiegen wird und soll, das am schärfsten seine Kräfte zusammenrafft für das vom Schicksale ihm gesteckte Ziel.

Unzweifelhaft ist der Geist des heutigen Engländers, wenn wir alle Völker der bewohnten Erde unbefangen prüfen, weitaus am meisten zu dieser stolzen Selbstzucht befähigt. Kein Volk — mit der einzigen Ausnahme vielleicht der Niederländer, deren Stellung zu den deutschen Aufgaben ich in einer besonderen Schrift*) dargelegt habe — hat so sehr wie das englische die männlichen Tugenden

*) „Die Niederlande und die alldeutsche Bewegung." Von Fritz Bley. Verlag von J. F. Lehmann, München.

gepflegt: Selbstbeherrschung, Mut, neidlose Würdigung des Gegners, Achtung vor dem Gesetze, Treue im Familienleben, starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit, Heimatliebe, Erwerbssinn und völkischen Stolz. So sehr ist der letztere Ursprung und Wesen aller englischen Staatskunst geworden, daß dies Volk, dem die persönliche Treue über allem steht, in der Wahrnehmung seines völkischen Nutzens weder Treue, noch irgend eine andere Rücksicht der Sittenlehre gelten läßt. Ausgenommen natürlich die zur Verhüllung der englischen Eroberungslust stets mit gutem Humor in den Zeitungen und Volksreden betonten Forderungen des Christentumes und das unablässige Bestreben Großbritanniens „to make the natives happy“!

Man höre doch endlich einmal in Europa auf mit dem lächerlichen Schimpfen auf das „treulose Albion“ und lerne dies Volk gerechter würdigen. Staatskunst ist ein Ding und Sittenlehre ein anderes. Staatskunst ist Kampf, und dabei schießt man nicht mit Rosenwasser, am allerwenigsten auf minderwertige Gegner. Die Sittenlehre als Gesetz der Staatskunst zu erklären, mag ja von einer staunenswerten Höhe des Geistesfluges zeugen. Verständige Männer aber, wie die Engländer es sind, bleiben hübsch auf dem Boden der Wirklichkeit, warten ab, bis andere mit dem sittenreinen Kindheitsparadiese auf Erden den Anfang machen und überlassen die Freude an der „Lösung“ derartiger Aufgaben durch Volksversammlungen den Weibern beiderlei Geschlechtes. Inzwischen gehn sie an ihre Geschäfte und nützen der Menschheit, indem sie sich selbst und ihrer Familie nützen. Ich habe bereits angedeutet, daß auch das englische Leben durchsetzt ist mit weibischen Bestrebungen. Soweit diese harmlos sind, duldet man sie. Nur dürfen sie ja nicht etwa — wie sie in Deutschland fast stets thun — den völkischen Gedanken überwuchern wollen. Sobald es sich um den Union Jack und die „britischen Interessen“ handelt, hört auch bei den Hydepark-Versammlungen aller Spaß für John Bull auf. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, erscheint die britische Staatskunst viel klarer, kühner, und schließlich auch offener, als die oft jämmerliche Hausmachtswirtschaft der Festlandstaaten, die hinter fadenscheinigen Redensarten von Menschenglück, Bekenntnistreue und dergleichen ihre entartete Selbstsucht schlecht verbirgt.

Der männlich starke Geist des öffentlichen Lebens ist der Nährboden, auf dem die hochherzige Art der britischen Volkspersönlichkeit erwachsen ist, wie sie im „Gentleman“ sich versinnbildlicht hat. Andererseits hat die persönliche Tüchtigkeit des Einzelnen auch wieder der britischen Staatskunst ihre fühlbare Schwungkraft verliehen. Mit Recht sagt das englische Sprichwort: „England ist stark, weil der Engländer stark ist.“

Aber wenn dieser Satz, den auch die naturwissenschaftliche Forschung, wie wir später sehen werden, durchaus bestätigt, für die Gegenwart gilt, so ist doch andererseits daran festzuhalten, daß die Ueberlegenheit der Engländer keine Naturgabe, sondern das Ergebnis der erwerbsmäßigen, klimatischen und erdkundlichen Bedingungen ist, unter denen

das Inselvolk zu einer Zeit, als die deutschen Festlandstämme durch Kriege und Seuchen zerrüttet wurden, Fortschritte machen konnte, die, einmal gegeben, in ihrem Gefolge immer neue Fortschritte für den Begünstigten nach sich zogen. Mehr als alle diese von der Natur gegebenen Bedingungen hat aber die Geschichte den Engländern zu ihrem großen Vorsprunge vor den Festlandvölkern verholfen. Mit Recht weist Friedrich List darauf hin, daß „die Engländer die ärgsten Taugenichtse der Welt waren, bis ihre Könige sie in heilsame Zucht nahmen.“ Und bereits zu Shakespeares Zeiten war der ungeheuere Dienst, den die englischen Könige durch ihre weise Staatswirtschaft und kluge, ganz Europa für englischen Belang ausnützende Staatskunst ihrem Lande erwiesen hatten, so tief in das Gewissen des Volkes eingeprägt, daß der große Dichter dieser völkischen Dankbarkeit wiederholt Ausdruck gibt. Wenn er Heinrich IV. in seinem Vermächtnisse sagen läßt: „die Klugheit will ich segnen, wenn Frankreichs sich und Oesterreichs Schuß begegnen“, so spricht er damit unzweifelhaft bereits den Gedanken aus: der fortan die britische Staatshaltung geleitet hat und heute noch leitet, daß England seinen Boden mit fremden Stieren pflügen und seine Schlachten mit festländischen Degen schlagen solle und dank der „Dummheit der anderen Völker“ dies auch könne. In der That sind, wie Dr. Alexander Peez in seinem Werke „Zur neuesten Handelspolitik“ treffend ausführt, die Kriege der Festlandvölker solch ein „Segen“ für England und die Beförderung festländischer Zwistigkeiten ein Gebot der „Klugheit“ aller britischen Staatsmänner geblieben. Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß seit Shakespeares Tagen jeder festländische Friedensschluß einen von England durch fremde Staaten errungenen Sieg bedeutete.

Portugal war allerdings von vornherein zur Begründung eines Weltreiches nicht berufen, es fehlte ihm dazu an den allerersten Voraussetzungen. Seine Bevölkerungszunahme stand in keinem Verhältnisse zu den ungeheuren Gebieten, die es sich angliederte. Und da der Portugiese nicht über See ging, um zu arbeiten, sondern sich lediglich durch Ausbeutung und Raub bereichern wollte, so sind die portugiesischen Neuländer, soweit sie nicht an den holländischen und englischen Kaufmannsgeist verloren gingen, bis auf diesen Tag tote Anhängsel am müden Leibe des schlaffen Heimatlandes geblieben. Auch Spaniens Rücktritt von seiner alle wirtschaftlichen Voraussetzungen der Halbinsel und alle Beanlagung der iberischen Rasse überfliegenden Weltstellung ist in erster Linie als unausbleibliche Folge dieser inneren Unfähigkeit zur Herrschaft zu betrachten. Immerhin hat die englische Staatskunst nicht wenig dazu beigetragen, Spanien in jene verhängnisvollen Festlandshändel zu verketten, die zum Untergange der Weltmacht Spaniens führten. Die Leidenschaft, mit der Spanien in seine jesuitischen Zänkereien sich verbiß, ließ die Neuländer ebenso veröden, wie sie an dem Schatze, den die „Konquistadoren“ in den Goldländern zusammengeraubt hatten, und an dem Marke des Mutterlandes zehrte. Während England sich in diese Streitigkeiten nur in

soweit hineinmischte, als dadurch sein unverrückt festgehaltenes Ziel, die Zurückdrängung der anderen Ueberseemächte aus dem Weltwettbewerbe, befördert wurde, verstrickte sich Spanien der Gegenreformation zu Liebe in jene unheilvollen Kämpfe, die ihm den Verlust seiner Flotte und die Niederlagen gegen die Holländer eintrugen. Der spanische und portugiesische Neulandbesitz im indischen Weltmeere und Amerika ging an Holland über, das im Sundameere und auf Ceylon, in Batavia wie in Südafrika, in Neu-Amsterdam und Brasilien an Stelle der innerlich öden spanischen Säbel- und Kuttenwirtschaft nun mit jenen gesunden kaufmännischen Unternehmungen hervortrat, die für England ein sehr viel ernsterer Gegner im Welthandel wurden, als alle Flotten Philipps es jemals gewesen waren. Sofort sehen wir denn auch die englische Staatskunst sich gegen diesen neuen Gegner wenden. Ein aus innerer Fäulnis bedingter Verfall war bei diesem Feinde für England nicht zu erhoffen, aber insofern glich Hollands Lage der Portugals, als auch seine Grundlage viel zu klein war für die ungeheure Weltstellung, die das tüchtige kleine Land im siebenzehnten Jahrhundert einnahm. Es war das Tragische in der deutschen Geschichte, daß der Mangel an staatlichem Denken die deutschen Stämme gerade an den entscheidenden Wendepunkten der europäischen Entwicklung stets verhindert hat, sich zusammenzuschließen. Was hätte aus Deutschland werden können, wenn unser Volk, anstatt im brudermörderischen dreißigjährigen Kriege sich selbst zu zerfleischen, im Vereine mit den Niederlanden sich der Ueberseewirtschaft zugewandt hätte!

Die Thorheit, in der Deutschland sich allezeit zum festländischen Degen in den Schlachten hergab, in denen England seine Weltstellung eroberte, ist nur noch übertroffen von dem kurzsichtigen Eifer Frankreichs, das nach Hollands Zurückdrängung als der gefährlichste Gegner von England erkannt wurde. Zunächst trug Frankreich zu Englands Wachstum bei durch Vernichtung der deutschen Blüte. Deutschland, das bis zum dreißigjährigen Kriege in Handel, Gewerbe und Kunst Italien und den übrigen Völkern voranstand, verlor in und nach dem unseligen Kriege nicht nur die Niederlande, Schweiz und Elsaß-Lothringen, sondern — was für England sehr viel wichtiger war — seinen Anspruch auf Seegeltung und alle Kraft zu fernerem Wettbewerbe. Es schien für Jahrhunderte ausgetilgt aus der Weltgeltung. Aber auch Frankreich sollte der furchtbaren Wunden, die Richelieu Deutschland im Kriege und fast mehr noch durch die unselige Gebietsverteilung im westfälischen Frieden geschlagen hatte, nicht froh werden. Als durch Colberts weise Staatskunst das französische Großgewerbe seinen Eroberungszug über die Welt antrat, wandte England sich mit voller Wucht gegen diesen neuen Gegner, und leider sind es fast stets deutsche Heere gewesen, die England in den Dienst seiner schlauen Staatskunst zu stellen gewußt hat. Der spanische Erbfolgekrieg, den G. Schmoller mit Recht einen Kampf Englands und Hollands gegen die Gefahr einer Vereinigung des französischen Handels mit der spanischen Ueberseemacht

nennt, wurde geführt, um dem französischen Großgewerbe den spanischen Markt in Amerika zu versperren. England gewann dadurch das Uebergewicht in Amerika und Indien, und der Friede zu Utrecht brachte ihm halb Kanada, sowie Neu-Fundland, Neu-Schottland, Gibraltar und Menorca. Im österreichischen Erbfolgekriege und im siebenjährigen Kriege holte England sich den Rest der französischen Neuländer in Amerika. Nicht genug mit diesem ungeheueren Verluste getroffen mußte Frankreich überdies ohnmächtig zuschauen, wie Lord Clive und Warren Hastings Indien eroberten und damit dem britischen Welthandel ein für alle Male den Vorrang vor dem französischen gewannen. Im Namen der Menschlichkeit kämpfte England dann 1793 bis 1802 im französischen Umwälzungskriege, sowie mit besonderem Feuereifer gegen Napoleon 1815; in Wahrheit galt es ihm, jene kühne Festlandsstaatskunst zu besiegen, die in Napoleons Wirtschaftsplane den Todeskeim für die britische Vorherrschaft bedeutete. Rücksichtslos in der Wahrnehmung seines Vorteiles, wie es allezeit gewesen ist, benützte England aber auch den Pariser Frieden von 1815, um nicht nur Malta und Ceylon einzustreichen, sondern namentlich Deutschland um die Früchte seiner Siege zu bringen. Unbekümmert darum, daß Blücher bei Waterloo Wellingtons Heer gerettet hatte, verhinderte England durch Unterstützung der französischen Ansprüche die vom Fürsten Hardenberg geforderte Wiedervereinigung der Niederlande und des Elsaß mit Deutschland, nahm dem siegreichen Verbündeten Helgoland ab und unterband durch Einverleibung des damals noch rein burischen Kaplandes die Zukunft der niederdeutschen Rasse in Südafrika. Vom Standpunkte der englischen Staatskunst aus war das ganz folgerichtig. Man bedenke nur, was aus Deutschland geworden wäre, wenn es im Vereine mit den Niederlanden den ungeheueren Aufschwung, den die Dampfschifffahrt in diesem Jahrhunhundert dem Seeverkehr brachte, zu gunsten seiner Weltstellung ausgenützt hätte, anstatt dies England zu überlassen. Hat doch das englische Volk, wie Gladstone einmal mitteilte, in den 80 Jahren von 1815—1895 mehr Kapital angehäuft, wie in den achthundert Jahren seit der normannischen Eroberung. Für England gab es in der That gar keine schlimmere Gefahr, als daß Deutschland durch Vereinigung mit den Niederlanden zu seiner alten Seestellung zurückkehrte. Also handelte es nur mit folgerichtiger echt englischer Klugheit, als es dem Verbündeten von Waterloo auf's neue diese Zukunft unterband! Warum waren wir so thöricht, darauf einzugehn? Wann endlich wird man in Deutschland, Oesterreich, den Niederlanden und Südafrika sich den Schlaf aus den Augen reiben und die Lehren verstehen lernen, die aus dieser Seite der englischen Geschichte klipp und klar sich ergeben?

* * *

Deutschland und England.

Die Siege von Königgrätz und Sedan haben in England keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß Deutschland gewillt sei, mit allem Nachdrucke wieder in den Wettstreit der Völker einzutreten. Doch nur langsam bequemte man sich jenseits des Kanales dazu, die Dinge zu nehmen, wie sie lagen. Das Vertrauen auf den alten erprobten Bundesgenossen, die Kurzsichtigkeit der festländischen Völker, ist noch immer zu festgewurzelt in Downingstreet und Lombardstreet. Sieht man doch dort, wie leicht es ist, Frankreich durch den Gedanken der Rache dermaßen zu betäuben, daß es nur auf das Loch in den Vogesen starrt und darüber nahezu seine sonstigen Aufgaben aufgibt. Selbstverständlich ist auch Deutschland durch diese Haltung Frankreichs in seiner besten Bewegungsfreiheit gelähmt. Es ist gezwungen, ein ungeheueres Opfer für seine Wehrkraft zu bringen und wird von seinen weltwirtschaftlichen Aufgaben sehr wesentlich abgelenkt. Trotz alledem und trotz der Kraftvergeudung die eine unerquickliche aber unabänderliche Begleiterscheinung unseres in Waffen starrenden Friedens ist, hat der deutsche Gewerbefleiß dem englischen Schritt für Schritt Boden abgewonnen. Der deutsche Handel ist in den letzten dreizehn Jahren um 1300 Millionen gestiegen, der englische um 800 Millionen Mark gesunken. Man müßte in England mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu erkennen, daß es nächst Rußland für Großbritannien gar keinen schlimmeren Feind, als Deutschland, gibt. Indien und das Großgewerbe: das sind die Stellen, an denen England verwundbar ist. Rußland marschiert über Afghanistan nicht zielbewußter auf jenes los, als Deutschland dies bedroht. Man bedenke, um das voll zu würdigen, wie sehr das Großgewerbe des heutigen Englands Seele ist, wie sehr seiner Förderung alle Stände dienen, Adel, Arbeiter, Geistliche, Krone, Volksvertretung, Flotte und Staatsmänner. Dies Großgewerbe, das in allen Hauptstoffen 50—70 v. H. der gesamten Erzeugung Europas herstellt, das 73 v. H. aller Seefrachten der Erde auf englischen Schiffen gehen läßt, bedrohen: das ist in der That eine ungeheuere Herausforderung. Mit triftigem Grunde tritt daher England bei jeder sich bietenden Gelegenheit der deutschen Ansiedelung, den Fortschritten des deutschen Handels und der deutschen Gewerbe entgegen. Ihm daraus deutscherseits Vorwürfe zu machen, ist geradezu kindlich. Freilich wird diese Harmlosigkeit noch übertroffen durch gutmütige Staatsmänner, die im englischen Fahrwasser das wahre Heil der deutschen Zukunft suchen. Täuschen wir uns doch nicht einen Augenblick über unsere Lage! So sicher wir durch den ganzen Entwickelungsgang unserer Geschichte in die alldeutsche Bewegung hineingetrieben werden, so sicher das nächste Losungswort dieser Staatskunst lautet: „Sicherung unseres Wirtschaftsgebietes in Mitteleuropa und über See" — so sicher muß jeder englische Staatsmann uns bekämpfen, der den Anforderungen seines Landes dient. Daß die Staatskunst von Downingstreet nach wie vor diese britischen Forderungen sorgfältig zu verhüllen und mit der alten Schlauheit festländische Staaten für britische Zwecke in's Feld zu locken trachten wird, versteht sich ja von

selbst. Ein deutscher Staatsmann aber, der nach allen Erfahrungen der Geschichte noch glaubt, sich auf England stützen zu können, der sollte doch wirklich nachgerade unmöglich und undenkbar sein.

Es gibt nur einen Preis, um den wir zwar nicht Englands Achtung und Freundschaft, aber seine Bundesgenossenschaft erkaufen können: die Rückkehr zu dem alten Zustande schmachvoller Zerrissenheit, politischer Ohnmacht und wirtschaftlicher Not, wie sie im achtzehnten Jahrhundert im deutschen Vaterlande herrschten und wie sie dem deutschen Reiche und den Niederlanden abermals drohen, wenn die alldeutsche Frage nicht bald und gründlich erledigt wird.

„Nein, wenn wir unser Blut dransetzen sollen,
So sei's für uns — wohlfeiler kaufen wir
Die Freiheit, als die Knechtschaft ein!"

* *
*

Englands Vereinsamung.

Ehe wir es zur Wiederkehr jener elenden Erniedrigung kommen lassen, wollen wir doch lieber Englands Zorn in Fassung und Ergebung zu tragen versuchen. Es ist wirklich nicht allzu schwer! Englands unabänderlicher Gegensatz zu Rußland macht Mitteleuropa, beziehungsweise, wenn Frankreich sich auch seinerseits von Mitteleuropa losgelöst hält, die Dreibundmächte zum Zünglein an der Waage. Rußland hat sich davon überzeugt, daß es ohne Deutschlands Unterstützung sich an seiner Westgrenze mindestens unbehaglich fühlen muß und seiner geschichtlichen Aufgabe entfremdet wird, die es nach Osten drängt. England versucht in verzweifelter Weise, einen europäischen Kriegsbrand zu entfachen, um Rußlands Thätigkeit im Osten zu fesseln. Daher das fortgesetzte Schüren englischer Wühler in den Balkanländern. Nachdem sehr gegen englische Wünsche Kreta beruhigt war, Macedonien den Aufstand scheute, die englischen Zetteleien in Syrien und Konstantinopel nicht verfangen hatten und Europa sich durchaus nicht für die vortrefflichen Armenier erhitzen wollte, ist denn nun doch endlich Kreta zum Aufstande gebracht und die Leidenschaft in Griechenland zur Siedehitze getrieben. Bei der entsetzlichen Schuldenlast Griechenlands würde die Zuversichtlichkeit der Athener ohne englische Unterstützung gar nicht erklärbar sein.* Voraussichtlich wird bald auch an anderer Stelle die Verhetzung der mohamedanischen Welt aufs neue beginnen, denn die Menschlichkeit und das Christentum — m. a. W. die „britischen Interessen" — fordern einen Weltbrand im europäischen Osten. Zum Glücke ist es der deutschen Politik gelungen, Rußland mit Oesterreich auf besseren Fuß zu bringen. Und damit ist auch Deutschlands Verhältnis zu Frankreich mittelbar gefestigt. Wenn auch die Spannung, die der französische Rachegedanke nun einmal erzeugt hat, sich nicht heben läßt, so liegt es andererseits

*) Die „Lord Byron-Gesellschaft" teilte d. T. mit, daß für die vorläufige kretische Regierung bei dem Crédit Lyonnais in London ein Konto eröffnet sei, dessen Schatzmeister die Unterhausmitglieder William Allan und F. Stevenson seien.

dringend im russischen Nutzen, französische Putsche gegen Deutschland niederzuhalten, welche die Festigkeit seiner guten westlichen Beziehungen lockern müßten. Andererseits hat Frankreich nicht die geringste vernünftige Veranlassung, für England in Aegypten und Ostasien die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Richtig ist ja, daß Rußlands Vorgehen in der Mandschurei und in Korea deutsche Entwicklung einschnürt. Aber die Verständigung mit Rußland erscheint für uns in Ostasien doch nicht ausgeschlossen. Auch ist zu berücksichtigen, daß wir bei der jetzt von Rußland eingeschlagenen Wirtschaftsstaatskunst als Frachtnehmer des russischen Durchgangsverkehrs auch gewinnen; der Verkehrsaufschwung, den die russisch-sibirisch-chinesische Riesenbahn herbeiführen wird, bringt Deutschland doch neben unverkennbarer Schädigung auch ebenso unleugbare Vorteile.

Jedenfalls ist der Widerstreit unserer Aufgaben in Ostasien mit den russischen und französischen nicht so groß, daß er zum Angelpunkte der deutschen Staatskunst gemacht werden dürfte. Es kommt dazu, daß in französischen Neuländern der deutschen Ausfuhr erfahrungsgemäß ein gesundes Absatzgebiet gewährt bleibt. Neben französischen wahren sich deutsche Erzeugnisse durchaus ihren Platz. Wo aber der englische Geschmack Platz greift, da bürgern deutsche Erzeugnisse sich sehr viel schwerer ein — obwohl die Vorschrift des „made in Germany‘, uns ja auch da wesentlichen Vorschub geleistet und den englischen Zwischenhandel vielfach verdrängt hat.

Mitteleuropa braucht England nicht. England aber braucht uns. Es hat uns stets gebraucht. Der Unterschied zwischen Zukunft und Vergangenheit wird nur der sein, daß die Festlandstaaten ihr gutes Schwert fortan nur für ihre eigenen Angelegenheiten ziehen und daß sie jeden England geleisteten Dienst sich bezahlen lassen — sofort und baar, wie es unter vielhundertjährigen so guten Freunden sich von selbst versteht.

* * *

Das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet.

Wenn nun aber Frankreich aus der mitteleuropäischen Rechnung insofern ausscheidet, als es auf seine Rachepläne durchaus nicht verzichten will; nun, so werden wir uns auch mit dieser Thatsache abfinden müssen. Die Last des deutschen Friedenspanzers ist ja drückend. Aber wenn wir unsere Geschichte einmal aus der Blickweite des letzten Jahrtausends betrachten, so kommen wir doch wohl zu dem Schlusse, daß die Einheit und der Wohlstand Deutschlands das Opfer wert sind. Das aber geht aus der Betrachtung unserer Geschichte und der neuzeitlichen Weltwirtschaft doch als ganz unabweisbare Forderung hervor, daß Deutschland, Oesterreich, Italien, die Balkanstaaten, die beiden Niederlande und die Schweiz, womöglich auch die nordischen Länder sich unter Einschluß ihrer Neuländer über ein gemeinsames, nach innen freihändlerisches oder abgestuftes, nach außen stark geschütztes Zollwesen einigen müssen, wenn sie gegenüber dem russischen, englischen und allamerikanischen Riesengebiete ihre wirt-

schaftliche Daseinsberechtigung, das tägliche Brod für ihre Bevölkerung sich wahren wollen.

Das Zollbündnis zwischen den britischen Kronländern ist Dank der Bewegung der Imperial federation league nur eine Frage der Zeit. Mit Recht weist Dr. Alexander Peez in seinem bereits erwähnten vortrefflichen Werke „Zur neuesten Handelspolitik" darauf hin, daß die im Jahre 1895 bei den Verhandlungen über das „internationale Schienenkartell" allseits erfolgte Zustimmung, den indischen Markt ausschließlich England zu überlassen, bereits auf eine Anerkennung des „Größer-Britannien" hinauslaufe. Denn klar kommt doch in diesem Zugeständnisse des festländischen Großgewerbes zum Ausdrucke, daß Indien allein dem englischen Einflußkreise angehört. Das indische Tarifgesetz von 1894 ist gleichfalls ein Schritt zu dem britischen Bündnisse. Der immer fühlbarer werdende Wettbewerb der belgischen und deutschen Großgewerbe wird nur zu bald auch Australien und die übrigen britischen Neuländer zu dem Anschlusse an den großen britischen Weltbund treiben.

Das im Juni d. J. bevorstehende Herrscher-Jubelfest der Königin Viktoria wird in einer großartigen Kundgebung dies der Welt beweisen. Auf Chamberlains Anregung sind die vorsitzenden Minister aller mit Selbstverwaltung ausgestatteten britischen Neuländer eingeladen, der denkwürdigen Feier als Gäste der Königin beizuwohnen. Die Einladung hat, wie Chamberlain in Birmingham mitteilte, überall warme Aufnahme gefunden, und es soll während der Festtage eine Beratung der sämtlichen britischen Uebersee-Staatsleiter in London über die Einzelheiten des Zusammenschlusses aller britischen Neuländer zu einem britischen Weltreiche stattfinden. Ihr Seitenstück soll diese Kundgebung in einer Truppenschau finden, in der sämtliche Neuländer durch starke Abordnungen vertreten sein werden. Denn auch die Frage der gemeinsamen Landesverteidigung steht neben der einer engeren handelsstaatlichen Verbindung auf der Tagesordnung dieser großartigen Beratung.

Ueber Rußlands Zukunft brauche ich nicht viele Worte zu verlieren. In seinen Rieseneisenbahnen hat es seine „thönernen Füße" durch stählerne ersetzt. Seine alte Feindin, die Entfernung, ist überwunden; der Austausch zwischen Stadt und Land findet über tausende von Meilen hin zu Frachtsätzen statt, die den rohen Osten ebenso begünstigen, wie sie den entwickelteren Westen vor die entsetzlichsten wirtschaftlichen Kämpfe stellen. Die Ueberwindung dieser Gefahr aber ist für Rußland gegeben in dem Aufblühen seiner durch starke Zölle beschützten Betriebsamkeit. Schon drückt der russische Zucker den deutschen Markt; und die russische Baumwollenspinnerei, die bereits aus dem russischen Merv ihre Rohstoffe bezog und nun immer neue südliche Pflanzungsgebiete sich eröffnet sieht, wird in sehr naher Zukunft mit ihren schon jetzt etwa 5 Millionen Spindeln den mitteleuropäischen Gewerbefleiß ernstlich bedrohen. Diese Sachlage wird mit jedem Schritte bedrohlicher, den Rußland dem chinesischen Meere und dem

persischen Meerbusen näher kommt. Denn ohne heiße Pflanzungsgebiete ist eine gesunde Weltwirtschaft heute nicht mehr denkbar.

Dieser Austausch zwischen Landwirtschaft und Großgewerbe einerseits und heißen Pflanzungsgebieten andererseits ist auch die Gefahr, die unserer Wirtschaftsstaatskunst in Amerika droht.

Die Uebertragung der Monroë-Doktrin auf das wirtschaftliche Gebiet wird ja, wie Eingangs bereits erwähnt, durch starke völkische Gegensätze erschwert und mehr vielleicht noch durch die ungeheuere Verschuldung der Yankees an das englische Geld. Immerhin geben die Vorgänge in Kuba ernsthafte Ursache zur Aufmerksamkeit für Europa, und die Wahl Mac Kinleys läßt an der Stimmung der Vereinigten Staaten keinen Zweifel übrig. Das Streben geht dahin, den südamerikanischen Markt für die nordamerikanischen Eisen- und Baumwollenerzeugnisse u. s. w. ausschließlich zu erobern und dagegen dem südamerikanischen Pflanzer ausschließlich den nordamerikanischen Markt zu eröffnen.

Wir betreten das Gebiet der Zukunft, wenn wir uns diese Weltwirtschaft der drei großen Reiche durchgeführt denken. Aber die Entwickelung drängt dahin, daß „Größer-Britannien“ mit 17 v. H. der Erdoberfläche und 21 v. H. der Bevölkerung der Erde ein durch Zollschranken nach außen abgeschlossenes, in sich zollamtlich offenes Gebiet darstellt. Die Entwickelung drängt ebenso dahin, daß Allamerika mit 22 v. H. der Erdoberfläche und 7 v. H. der Erdbevölkerung ein ebensolches in sich abgeschlossenes Reich bilden wird. Und was Rußland betrifft, das heute ohne China bereits 16 v. H. der Erdoberfläche und 7 v. H. der Erdbevölkerung umschließt, so ist es geradezu schwindelerregend, sich dessen welterdrückende Stellung nach völliger Unterwerfung und Auffaugung Nordchinas auszumalen.

Was können die Staaten Mitteleuropas der erdrückenden Wucht dieser Riesenreiche gegenüber anders tun, als sich auch ihrerseits — mit oder ohne Frankreich — zu einem Gegenbunde zusammenzuschließen und sich alle diejenigen kleineren Staaten anzugliedern, die als Absatzgebiete oder Wegraststellen das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet ergänzen und die durch ihren völkischen Gegensatz zu Rußland oder England sich keinem dieser beiden Riesenreiche anschließen können?

Die Notwendigkeit dieser Wirtschaftsstaatskunst ist auch in Frankreich längst erkannt. Der „Constitutionel“ ist bereits im Jahre 1894 sehr lebhaft dafür eingetreten, dem allamerikanischen Zollvereine einen europäischen Zollverein als Antwort entgegen zu stellen. Aber so lange das französische Volk in der Blickstarre des Rachegedankens das Sehen und Hören verloren hat, ist es zwecklos, die Franzosen in staatlichen Zukunftsfragen als eine ernsthafte und berechenbare Thatsache zu nehmen.

Dagegen sind die Dreibundmächte durch ihre Vergangenheit darauf hingewiesen, die alte Handelsstraße nach Byzanz und Kleinasien wieder kräftig zu eröffnen, die im 17. Jahrhundert durch die Türken unterbunden wurde. Das Gebiet der heutigen Türkei und die Balkan-

staaten sind des Dreibundes unentbehrliches Hinterland und geeignet, einen Teil des starken Geburtenüberschusses von Deutschland und Oesterreich aufzunehmen. Dazu kämen die Ueberseeländer Deutschreichs und, was sehr viel wichtiger ist, Hollands Neuländer und Südafrika als überseeisches Ergänzungsgebiet; kurz wir hätten eine Länder- und Völkergruppe bekommen, die mit einiger Ruhe sich in sich selbst entwickeln und geistig wie leiblich ausleben könnte. Kein Wunder also, daß dieser Gedanke bereits von unseren besten Volkswirten gedacht ist: Friedrich List, Helmut von Moltke, Rodbertus, Roscher, Paul de Lagarde haben seit Jahrzehnten auf die Notwendigkeit dieser Entwickelung hingewiesen. Dr. Lujo Brentano, sowie die Oesterreicher Dr. Peez, Dr. Skala, Dr. Beurle und andere Anhänger der Listschen Richtung sind eifrige Vorkämpfer des Gedankens, und in den Niederlanden ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser wirtschaftlichen Gruppirung Mitteleuropas eine der stärksten Triebfedern der alldeutschen Bewegung. Die Bedeutung der wirtschaftlichen Einigung für den staatlichen Zusammenschluß liegt auf der Hand.

* * *

Deutsche Denkfehler.

Wenn in dem politischen Wetterwinkel des Balkangebietes die malerischen Völkerschaften sich mit einem Eifer die Hälse abschneiden, der in bedauerlichem Gegensatze zu der Gemeinsamkeit ihrer wirtschaftlichen Aufgaben steht, so braucht man deswegen noch nicht gerade an der Zukunft Mitteleuropas zu verzagen. Peinlicher ist es bereits, daß das Haus Habsburg, seiner deutschen Sendung vergessen, Polen und Jesuiten zu Liebe eine auf Unterdrückung des Deutschtums abzielende Staatskunst treibt, die doch nur verständlich wäre, wenn es in der Welt weder Rußland und den Panslavismus, noch das auf Oesterreichs Zerfall sehnsüchtig wartende England gäbe. Schlimmer als alles dies ist aber für die deutsche Entwickelung, daß unser Volk aus allen blutigen Lehren seiner Geschichte noch immer nicht die Nutzanwendung für Gegenwart und Zukunft zu ziehen gelernt hat. Nachdem Deutschland durch die Ereignisse von Königsgrätz und Sedan die übrigen Völker so unsanft daran erinnert hatte, daß es entschlossen sei, den ihm gebührenden Platz in der Welt zu behaupten, mußte es selbstverständlich seine ganze Spannkraft zusammenfassen, um nicht von den überraschten und so unliebenswürdig aufgerüttelten Nachbaren einfach zermalmt zu werden. Die Vertiefung des völkischen Gedankens war die erste sittlich-staatliche Forderung, die aus der deutschen Einheit sich ergab; sie brachte von selbst die zweite Forderung, daß der deutsche Einheitsgedanke nun auch zu Ende gedacht werden müsse: „das ganze Deutschland soll es sein!"

Wie sieht es aber hiermit im deutschen Reiche aus, diesem Lehrmeinungsparadiese großer Kinder? Von allen Seiten her durch völkisch gefestigte Gegner in den Entscheidungskampf um den Fortbestand ihres Volkstumes gestellt, ist die Mehrzahl der Deutschen in ihrem

staatlichen Denken noch nicht aus dem Gedankenkreise des achtzehnten Jahrhunderts herausgekommen, und während England und Rußland sich Stück um Stück der weiten Erde einstecken, während die Polen von dem Großwerke der Marienburg, die Tschechen von der Gründung Karls IV., die Hunnen von der deutschen Gesittung im Donaulande Stein um Stein niederreißen, träumt der Deutsche wie ein argloses Kind den unseligen Traum von völkerbeglückendem Weltbürgertume und dem Himmelsbilde des ewigen Friedens.

Mit einem Gemische von Staunen und Verachtung sieht man im Auslande, wie diese geradezu krankhafte Unfähigkeit zu gesundem staatlichem Denken die Deutschen wieder und immer wieder um die Früchte ihrer geistigen und kriegerischen Leistungen bringt. Wir sind ganz zweifellos das beste Kriegervolk der Erde! Zwei Jahrhunderte lang stützte die deutsche Kraft das morsche Römerreich; denn nur durch Deutsche konnte die deutsche Urkraft gebrochen werden. In sieben Völkerschlachten — im Teutoburger Walde, auf der katalaunischen Ebene, bei Tours und Poitiers, auf dem Lechfelde, bei Liegnitz, vor Wien gegen die Türken und bei Waterloo — haben wir Europas Gesittung errettet.

Wir sind das tüchtigste Volk auf allen Gebieten des Wissens und der schönen Künste!

Wir sind die besten Ansiedler, die besten Seeleute, ja selbst die besten Kaufleute!

Und dennoch kommen wir nicht zu unserem Anteile an dem Erbe der Welt, weil wir nicht lernen wollen, aus der Geschichte heilsame Belehrung zu schöpfen. Ist es denn nicht endlich genug der völkischen Schmach, der völkischen Selbsterniedrigung, der Schändung deutschen Geistes durch Frankreich, Rom, England, Slaven und Hunnen, der Preisgabe deutschen Gebietes? Will man nicht endlich in Deutschland verstehen lernen, daß alles Unglück unserer Geschichte seit tausend Jahren aus dem unseligen Hange der Deutschen zu weltbürgerlichen Hirngespinnsten geflossen ist? Ultramontanismus, internationaler Sozialismus, Kosmopolitismus und wie alle diese Fremdwörter für undeutsche Geistesrichtungen heißen: was sind sie denn anders, als verschiedene Formen dieser verkehrten Denkrichtung, die uns dem Auslande so unverständlich macht?

Ich sehe den Zorn auf der Stirn manches guten Deutschen aufflammen, der diese Zeilen liest; ich höre als Einwand den Hinweis auf unsere Siege und den blutigen Ernst, mit dem wir unserem Schwerte Geltung und unserer Art Achtung verschafft haben. Desto schlimmer für uns, daß wir das im heiligen Zorne Erkämpfte nicht zu bewahren und täglich neu zu erobern verstehen! Wir haben noch immer nicht gelernt, uns gleich Engländern, Russen und Amerikanern, ja gleich Hunnen, Slowenen und Slowaken an die Spitze unserer eigenen Geschichte zu setzen; zerstreut und verträumt bummeln wir hinter unserer Geschichte her. Daß das deutsche Reich nicht den Abschluß, sondern den Anfang unserer völkischen Entwickelung bildet, diese handgreifliche Wahrheit ist einstweilen noch keineswegs Gemeingut der

Deutschen, sondern lediglich einer kleinen Schaar von Gebildeten — womit ich nicht verbohrte Vielwisser, sondern Männer von Herz und Verstand meine. Dem großen Haufen, der im Grunde des Herzens noch heutigen Tages „partikularistisch“, also nach Stämmen denkt, gilt der alldeutsche Gedanke noch als hirnverbrannte Redensart und Träumerei. Lassen wir ihn! Vor fünfzig Jahren hat derselbe Haufe mit seinem Stumpfsinne Friedrich List, vor neunzig Jahren Heinrich von Kleist in den Tod getrieben; heute leben ihre Gedanken bereits in Tausenden von Köpfen, in abermals fünfzig Jahren werden sie das breite Weideglück der deutschen Heerde bilden. Und eben darum, weil geschichtliche Entwickelung in folgerichtiger Sicherheit zum Ziele des gesamtdeutschen Geistes- und Staatslebens führt, braucht uns um die Zukunft der deutschen Art nicht bange zu sein. Immerhin ist es nützlich, von Zeit zu Zeit nach den Ursachen der Stockung in unserer Entwickelung zu forschen.

* * *

Lichtseiten der deutschen Zerlassenheit.

Bei der Untersuchung der Ursachen unseres zerlassenen staatlichen Denkens machen sich viele die Sache leicht, indem sie dies lediglich aus unsererer geistigen Beanlagung erklären. Ich suche die Erklärung auch hierfür in der Geschichte; man versteht ein Volk nur, wenn man weiß, wie es geworden ist. Fassen wir das deutsche Leben zu jener Zeit ins Auge, die uns über die weite Erde hin den Ehrenamen — oder, wenn man will, Spottnamen — der Dichter und Denker eingetragen hat, so scheint in der That der deutsche Widerspruch zwischen geistiger Halbgötterkraft und staatlicher Ohnmacht sich aus einem Fehler unseres schönsten Vorzuges zu erklären: wir erscheinen als das Volk des abgezogenen Denkens, als Riesen der Vergeistigung. Zweifellos liegt ja ein großer Teil der Weltbedeutung des Deutschtums nach dieser Seite hin. Was immer fremde Völker auf wissenschaftlichem Gebiete geleistet haben: das bleibt den Deutschen unbestritten, daß sie vor allen die einzelnen Wissenszweige zum Kranze innerer Einheit geordnet und gewunden haben. Die größten Künstler der Geschichtsschreibung, wie Niebuhr, Ranke, Mommsen, die schöpferisch aufbauenden Köpfe der Erdbeschreibung, wie Ritter, Humboldt, die Aufbauer der Naturwissenschaften, wie Liebig und Helmholtz: das waren Deutsche, an die selbst ein Macaulay und ein Darwin nicht heranreichen. Den Himmelstrost der Töne, der empor zu den Gefilden der Seligen, wie zu den bleichen Schatten der Nacht hinab dringt, das ganze rätselhafte Dasein uns erschließend: den konnte nur ein Beethoven uns bieten. Von der Geistestiefe der deutschen Philosophie zu sprechen ist ebenso überflüssig, wie daran zu erinnern, daß die menschlichste aller menschlichen Dichtungen, Goethes Faust, doch auch zugleich die deutscheste ist. Nur auf deutschem Boden konnte eine Kunstrichtung, wie die der Mengs und Winckelmann entstehen, die losgelöst von allem Erdreiche in einer verklärten Welt der reinen Formen ihre Heimat suchte. Aber hier in der Schwäche dieser ungesunden Richtung der bildenden

Kunst, die doch zeitlebens auf die wirkliche Welt der Erscheinungen angewiesen bleibt, haben wir auch bereits den Schlüssel des Rätsels: der deutsche Hochsinn, wie man in berechtigtem Bildungsstolze die Erhebung des deutschen Geistes über die Alltäglichkeit genannt hat, ist die tapfere Gegenwehr gegen einen von der geschichtlichen Entwickelung diesem Geiste angethanen Zwang gewesen. Die tiefe Sehnsucht, mit der alle freiheitsdürstenden Geister am Ende des vorigen Jahrhunderts sich emporrangen zu dem beglückenden Himmelstraume reiner Menschlichkeit: sie entsprang doch nur dem Ekel an den jammervoll trostlosen Zuständen des damaligen deutschen Lebens. Zu sehr wirkte im Blute des vierten und fünften Geschlechtes noch die Schändung nach, die der dreißigjährige Krieg dem deutschen Selbstbewußtsein angethan hatte, zu tief waren Fürsten und Adel ihrer Mehrheit nach in Fremdsinn verknechtet, zu sehr war der deutsche Bürger zurückgezogen lebend geworden, als daß die Gebildeten des achtzehnten Jahrhunderts den völkischen Gedanken hätten als Quelle der Wiedergeburt erkennen können. „La bassesse n'avait eu jamais autant de génie“ heißt es mit Recht in den vor einigen Jahren erschienenen Erinnerungen Talleyrands vom Erfurter Fürstentage. In die Tiefe des eigenen Geistes und Herzens, in das Wesen, das allerletzte Wesen der Dinge, drängte daher die deutsche Gedankenwelt; und wir wollen unserem Geschicke dankbar bleiben für den kostbaren Schatz, den die deutsche Art in dieser Tiefe gehoben hat. Nie mehr, so lange es Deutsche gibt, wird man darauf verzichten, die tiefsten und höchsten Fragen mit kühnem Ernste zu erforschen und ihr innerstes Leben künstlerisch, wie dichterisch zu gestalten. Aber andererseits lehrt uns die Geschichte, daß dies höchste Gut der Menschheit, der deutsche Hochsinn, sich nur bewahren läßt in der starken Schale der völkischen Entwickelung.

Mit reuevollem Schmerze ist das auch in Deutschland erkannt, als Weltbürgerei und Geringschätzung des Staatsgedankens die französische Zwingherrschaft und damit das Ende von Kunst und Wissenschaft herbeigeführt hatten.

Nur ein starkes, reiches, in aller Welt geachtetes Volk kann Kunst und Wissenschaft vor der Vernichtung schützen. Den letzten Aufgaben der Menschheit dienen wir am sichersten, indem wir die eigene Volkspersönlichkeit in krystallener Leuchtkraft herausarbeiten. Ein Volk, das sich bewußt ist, Träger so hoher Menschheitsgedanken zu sein, wie das deutsche: das ist nicht berufen, unterzugehen oder den Mörtel zu bilden, mit dem fremde, minderwertige Völkerschaften ihren bewußt völkischen, also undeutschen, also nach unserer Auffassung der menschlichen Entwickelung feindlichen Staat aufbauen.

* * *

Sittenlehre des völkischen Gedankens.

Sonderbar, daß gerade an diesem Punkte die sonst so viel gerühmte Folgerichtigkeit des deutschen Denkens versagte! Nicht die deutschen Philosophen, sondern die Kolbenstöße des Vermächtnisvoll-

streckers der französischen Staatsumwälzung haben uns im Anfange des Jahrhunderts zu dem Sittenbegriffe des völkischen Gedankens zurückgebracht. Und doch hätte man gerade in den Tagen des „kategorischen Imperativs" nicht allzuweit gehabt zu dem Rechte des Stärkeren in der Sittenlehre, wie es als Folge des „Unbewußten" sich ergibt. Und zu welch ganz anderem Gottesbegriffe wäre man aus dieser Blickweite gekommen! Gott, der dem Menschen seinen lebendigen Odem eingeblasen hat, denkt in uns. Er drängt uns durch unser Gewissen, die in uns gelegten Eigenschaften zu reiner Vollendung heraus zu arbeiten. Er will den Kampf Aller gegen Alle, damit die Besten, Tüchtigsten als Sieger daraus hervorgehn. Der Starke soll herrschen. Er soll seine Eigenschaften der Nachwelt vererben, er soll zur Sippe, zur Volkheit und letzten Endes zur Menschheit sich erweitern, der mit dem Weideglücke gotteserbärmlicher Heerdenmenschen nicht vorwärts geholfen werden kann.

Den „Altruismus" nur, die edelmütige Rücksicht auf das innerlich verdiente Recht des Gegners, die ritterliche Großmut gegen die Schwachen, hat Gott zum Schutze gegen Verrohung in die Menschenbrust gelegt. „Aufwärts geht unser Weg von der Art hinüber zur Ueberart. Aber ein Grauen ist uns der entartende Sinn, der spricht: Alles für mich!" so lehrt Nietzsches Gletscherweisheit, zu demselben Schlusse gelangend, wie wir aus der geschichtlichen Betrachtung heraus.

Auch die Naturwissenschaft lehrt, daß der großmütige Edelsinn, den vom Starken die anderen Starken unweigerlich fordern, nicht ungestraft bei Seite gesetzt wird. Dies ist von den Gottesgelehrten bei ihren Angriffen auf Darwins Lehre nicht genügend beachtet. Abgesehen von den geschlechtlichen Beziehungen bevorzugen wir nicht ohne Grund Leute mit edelgezeichnetem Gesichtsausdrucke; unwillkürlich fühlen wir heraus, daß hinter solchen Zügen sich großmütigeres und nützlicheres Wesen verbirgt, als hinter häßlichen Gesichtern. Lombroso macht hierüber sehr lehrreiche Mitteilungen in seinem Werke „Der Verbrecher". „Einen wirklich Ehrlichen mit vollständigem Verbrechertypus habe ich unter 400 Individuen nur einmal gefunden. . . So muß ich denn sagen, daß die typische Verbrecherphysiognomie nur ausnahmsweise bei ehrlichen Leuten, fast regelmäßig aber bei Verbrechern vorkommt. . . . Das instinktive Erkennen des Verbrechertypus ist eine schwer zu erklärende Thatsache, zweifellos gibt es aber Personen, besonders unter den Frauen, die diese Gabe in hohem Grade besitzen und auf dem Widerwillen, den sie beim ersten Anblick gewisser Physiognomien empfinden, ihr meist zutreffendes Urteil begründen." Wer denkt hierbei nicht an das heimliche Grauen, das Gretchen beim Anblicke von Mephisto's widrigem Gesichte beschleicht! Lombroso erklärt diesen unwillkürlichen Abscheu vor Spitzbubengesichtern aus vererbter Erfahrung. „Der Eindruck, den unsere Väter unseren Kindern hinterlassen haben, ist gleichsam zum unbewußten Wahrnehmen geworden, ähnlich demjenigen der kleinen Vögel, die in unseren Wohnungen groß geworden, vor

Schreck mit Flügel und Schnabel gegen die Gitter des Käfigs schlagen, wenn sie einen Raubvogel vorüber fliegen sehen, der nicht ihnen, sondern ihren Voreltern bekannt gewesen ist . . . Die Beobachtung am Lebenden bestätigt auch, wenn auch weniger sicher als die an der Leiche, das häufige Vorkommen von Mikrocephalie, Asymmetrie, Schrägheit der Augenhöhlen, Vorspringen der Kiefer, Auftreibung der Stirnhöhlen. Sie hebt neue Thatsachen von Aehnlichkeit zwischen Irren, Wilden und Verbrechern hervor." Nun fährt, wie Dr. A. Plötz in seinem Werke „Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen" sehr treffend hervorhebt, „im allgemeinen derjenige Mensch im Kampfe ums Dasein besser, der Geschmack an äußeren Formen hat, deren Besitzer, wie z. B. altruistische Naturen, seinem Lebensprozeß förderlich sind." So würde sich die allmähliche Herausbildung unseres Wohlgefallens an Edelsinn und Hochherzigkeit vom darwinistischen Standpunkte aus hinreichend erklären, wenn es auch noch Geheimnis bleibt, warum dieser und jener seelische Zug an diese und jene Thätigkeit des Körpers gebunden ist. Immerhin ist es wichtig, daß die festen Beziehungen von Seelenthätigkeit und Körperform vom naturwissenschaftlichen Standpunkte aus sich ebenso klar erweisen, wie vom Begriffe der in uns nach außen drängenden Gottheit aus.

Es erscheint mir dringend nötig, hierauf mit Entschiedenheit hinzuweisen, weil hier der Punkt ist, an dem Nietzsche in seiner krankhaften, von überlebhaftem Stimmungswechsel beeinflußten Entwickelung die Folgerichtigkeit verlassen hat. In allzustraffer Ueberspannung des Begriffes „Uebermensch" dem griechischen Titanentume nachstrebend, warf er Großmut und Gewissen über Bord, die er sonst so stark betont hatte, und verlor damit das Gleichgewicht der Seele.

Auch das war schon vor Nietzsche da und in wahrlich bestechenderer Form, wie der bleiche, landflüchtige Mann, der in Halykoniersehnsucht am Felsengestade des südlich blauen Meeres traumverloren einherirrt, bis schließlich die Nacht des Geistes den Ruhelosen umfängt. Seine Lehre Zarathustras ist doch im wesentlichen nur die Neubelebung jenes Satzes, den schon Aristoteles ausgesprochen hatte: „deren gibt es kein Gesetz, denn sie selber sind Gesetz." Auch in der Renaissance war diese sprühfeurige Weltanschauung wieder aufgelebt. Aus der von jener mit Vorsicht und feinem Takte geübten Handhabung hat Nietzsche in ätzender Schärfe die harte und verletzende Regel abgezogen. Daß dem stärkeren Geschlechte viel gestattet wird, was dem Weibe Sitte und Natur unweigerlich verbieten; daß den Fürsten und geistigen Herrschernaturen viel nachgesehen wird, was dem gemeinen Manne unverziehen bleibt; daß quod licet Jovi non licet bovi: diese Empfindung war in der Renaissance noch durchaus lebendig. Auch der Führer des Bauernaufstandes, wie Nietzsche Luther nennt, war weit davon entfernt, diese Auffassung in der fürstlichen Lebenshaltung auszurotten. Erst aus dem völkischen Gedanken und der Zweiheitslehre seines Gottesbegriffes heraus ist auch im Grundsatze jene Anschauung der Renaissance überwunden. Das feinere sittliche Gefühl

legt dem Starken in der Beherrschung des befreiten Geistes doppelt schwere Pflichten auf. „Adel verpflichtet." „Wem viel gegeben ist, von dem wird viel gefordert werden." Zu dieser schlichten und ewigen Wahrheit konnte Nietzsche nicht gelangen, weil er an entscheidender Stelle den völkischen Gedanken verlassen hatte. Jedem aufmerksamen Beobachter dieses mehr künstlerisch-dichterischen, als wißbegehrlich unbefangenen Geistes wird dies ohne weiteres klar. Seinem Andenken kann kein schlechterer Dienst erwiesen werden, als durch den Unfug, den freche und ungewaschene Geister beim gehirnumnebelnden Absynth im „Café Größenwahn" mit Nietzsches Uebermenschentum zu treiben pflegen. Für diese Schmarotzer am Baume des deutschen Schrifttumes, die ihre sittliche Leere und Verworrenheit für geistige Freiheit und Heldengröße uns auffälschen wollen, ist die schwüle Blütenpracht des Einsamen von Sils-Maria ein betäubendes Gift geworden; die Lehre von der allein herrlichen Rohkraft, die sie aus Nietzsche herleiten, ist eine neue Form des Ohnehosentumes, frecher und ausgemergelter, wie jenes vor hundert Jahren. Denn Marats Rotmützen waren doch nur das Zerrbild jenes Römertumes, das Louis David in der Kunst verherrlicht hatte. Hier aber wird aus dem deutlich bereits die Spuren geistiger Umnachtung zeigenden Weistume Nietzsches die Freiheit allen Halbbegabten und Halbdichtern verkündet, die nicht mehr fähig sind, die Herrschaft über sich selbst zu gewinnen. Einstweilen läuft alles Volk ihnen nach — „groß ist die Diana der Epheser!"

Nein, der Einzelne, und wäre er ein Uebermensch, kann die Aufgabe der Vorwärtsentwickelung der Art nicht erfüllen. Um diesen Beweis zu führen, hätte es nicht des herzbeklemmend tragischen Unterganges des Zarathustra-Weisen bedurft. Aber ebensowenig ist die Entwickelung der Art im Rührbrei allgemeiner Weltbürgerei zu erwarten. Zeugsame Entwickelung setzt vielmehr voraus, daß der Einzelne sich Gleichen gesellt: also Liebe zur Familie, zur Sippe, zum Volke. Der weltgeschichtliche Kampf der Völker ist die Auslese Gottes unter den Volkheiten. Dem Sieger die Beute, denn nur er verdient sie!

Es überrascht uns nicht, diese naheliegende Weisheit schon aus dem Munde der Vorväter zu hören. Aber es mag doch von Belang sein, der Entwickelung des Gedankens in den letzten Jahrhunderten nachzublicken.

Da singt Johann Fischart:

„Auffrecht, treu, redlich, eynig und standhafft
Das gewinnt und erhält Leutt und Landschafft!
Also wird man gleich unseren Alten.
Also möcht man forthin erhalten
Den Ehrenruhm auf die Nachkommen,
Daß sie dieselben auch nachahmen —
Gott stärk' dem Edlen Teutschen G'blüt
Solch anererbt Teutsch Adlersgemüt!" —

Markiger und kürzer faßt Ernst Moritz Arndt die Lehre: „der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte", also doch auch keine Sittenlehre von Knechten für Knechte. —

„Nicht, wo die goldene Ceres lacht
Und der friedliche Pan, der Flurenbehüter,
Wo das Eisen wächst in der Berge Schacht,
Da entspringen der Erde Gebieter"

singt der Dichter der Braut von Messina, derselbe, der nach dem Zusammenbruche des Traumes von völkerverbrüdernder Freiheit und Gleichheit uns mit Leidenschaft die geschichtliche Lehre gezogen hat:

„An's Vaterland, ans theure schließ' dich an,
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen,
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft!" —

Amseln von Feuerbach schreibt:

„Wie jedes Pflanzengeschlecht unter diesen tausendgestaltigen Kindern der Erde, so steht auch jedes einzelne Volk mit allen Besonderheiten seines Seins und Wesens als ein Glied in dem ewigen Plane der Natur verzeichnet., Ein jedes soll durch Entwicklung und Ausbildung der vernünftigen Natur der, Menschheit Ziel erreichen; aber jedes nur auf seine Art und Weise auf seinem eigenen Wege, mit den ihm eigentümlich zugemessenen Mitteln und Kräften. Darum ward einem jeden sein eigener Wohnplatz angewiesen, darum erhielt jedes seine besondere Gestalt, Bildung und Sprache, und die ihm eigenthümlichen Vorstellungen, Empfindungen und Leidenschaften und mit diesem allem seinen besonderen Charakter, die besondern Sitten, Gebräuche und Gesetze." —

Immer stärker und klarer leuchtet die freudige Erkenntnis dieser Sendung und der Ernst des völkischen Gedankens aus allen frischen deutschen Köpfen heraus, je weiter der Werdegang der deutschen Einheit in der Geschichte erkennbar wird:

„So lang des Weltengeistes Arme weben,
So lang die Menschheit wirkt von Pol zu Pol,
Bleibt Trauerspiel das große Völkerleben
Und bleibt ein Schwert sein ewiges Symbol!"

Alfred Meißner, der Dichter dieses Verses, war ein Volksmann, freilich keiner von den traurigen Gesellen, die noch heute auf den Trümmern der Machtstellung des Deutschtumes in Oesterreich von Weltbürgerei und ewigem Frieden träumen und über das schwertfreudige Jahrhundert jammern, dessen siegende Jugendkraft sie nicht verstehen. Auf den Kehricht mit ihrer knechtsselig feigen Weltanschauung!

Denn das war doch von allem das größte und schönste, was Bismarcks Eisenthat uns gegeben hat, größer selbst als die Wiedererrichtung des deutschen Reiches: daß er uns die Freude an der deutschen Volkspersönlichkeit wieder erobert hat und die Wertschätzung der schönsten Blüte des menschlichen Geistes, des Willens. Nicht mehr das Volk der Dichter und Denker zu heißen in dem spöttischen Sinne, in dem das Ausland uns diesen Namen gegeben hat als einer zagen Sippschaft unschlüssiger, in Hirngespinnsten befangener Träumer, sondern

wieder zu sein, was die Vorfahren waren, ein Volk der That: das zittert in leidenschaftlichem Ringen durch unsere ganze neuere völkische Dichtung hindurch.

„Wir sind von des Donnerers Heldengeschlecht,
Wir wollen das Weltall erben;
Das ist altes Germanenrecht,
Mit dem Hammer Land zu erwerben.“

Dies Germanenrecht entspringt, noch einmal sei es gesagt, aus der deutschen Gesittung, der besten dieser Erde. Nicht von gestern ist diese Lebensblüte, sondern immer tiefer leuchtet uns die Erkenntnis auf, daß schon die Vorfahren, wie der bewundernde Tacitus sie schildert, alle die Züge aufwiesen, an denen die Welt genesen konnte und, so Gott will, noch einmal genesen soll. Endlich nach jahrtausendelangem Ringen des deutschen Geistes in den mühseligen Wirrnissen fremder Knechtsschulmeinung ist hier der Punkt gefunden, von dem aus die naturwissenschaftliche Auffassung versöhnt erscheint mit der übersinnlichen. Mit Jubel erkennen wir aus geschichtlicher Forschung, daß schon der Ahnen schlichtem Sinne bei den Urweltmären der Wala, wenn auch dunkel noch, so doch höchster Entwicklung fähig, dieser Sittenbegriff vorschwebte.

Vielleicht am schönsten hat dies Rudolf Watzl ausgesprochen, jener Jüngling, der im Alter von kaum zwanzig Jahren uns entrissen ist, wie ein schöner Flugstern am deutschen Himmel vorübergeschossen. In seinem „Letzten Agilolfing“ singt er:

„Ja hoch ist das Lied von der Weltenflucht,
Doch Höheres weiß' ich zu melden:
Gewaltiger selbst, als des Schicksals Wucht,
Ist der eherne Sinn des Helden ....

Und Völker in blutigem Ringen vergehn,
Und andere kommen gezogen;
Und Sonnen versinken und Welten entstehn,
Wie der Meerflut wechselnde Wogen.

Doch das Gute wollen ohn Unterlaß,
Entsagend ewigem Lohne,
Und mannhaft handeln in Liebe und Haß',
Das ziemet dem Wuotansohne.

Und an Minne und Weisheit und Heldensang,
An der grünenden Erde Erneuen,
An schäumendem Horne, an Waffenklang
Und an Freundesliebe sich freuen,

Und sterben, vom Schlachtendonner umtost,
Für das heilige Erbe der Ahnen:
Das ist Wuotans Lehre, ist Wuotans Trost,
Der Heldentrost der Germanen!“

Erfassen wir diesen Trost nur recht, so hat es mit der Weltstellung des Deutschtumes keine Not. Unser ist die Zukunft, denn **wir** sind die Jungen, nicht die Hunnen, Slaven, Kalmücken und

Baschkiren! Der ganze geistige Entwickelungsgang unserer Geschichte ist einmal unterbrochen. Aber zerbrechen hat auch die Not des dreißigjährigen Krieges, hat selbst die Pest uns nicht können. Das Erfassen des völkischen Gedankens ist den Rohvölkern des Ostens eben darum leichter gewesen, weil sie keinerlei geistiges Gepäck mit sich schleppten. Die Schale ist ihnen eher gereift bevor die Nuß sich nur angesetzt, geschweige denn gebildet hat. Uns hingegen ist der völkische Gedanke die schützende Schale, in der wir die köstlichste Geistesblüte des Menschengeschlechtes, die deutsche Gesittung, als Inhalt fassen. Also vorwärts in den Kampf für die deutschen Ziele und „soweit wie der sausende Hammer fliegt, sei unser das Land und die Erde!"

* * *

Hochdeutsches, niederdeutsches und englisches Leben im 16. und 17. Jahrhundert.

Es würde aber ein verhängnisvoller Irrtum in der Prüfung unserer geschichtlichen Fehler sein, wenn wir den dreißigjährigen Krieg als die alleinige oder auch nur hauptsächliche Quelle alles deutschen Unglückes bezeichnen wollten. Nein, um zu dieser Quelle zu gelangen, müssen wir den Stollen tiefer treiben in den Fels der Geschichte. Als der dreißigjährige Krieg ausbrach, war die deutsche Entwickelung bereits längst in verhängnisvoller Weise unterbunden durch die staatliche und leider auch geistige Trennung der Niederlande vom Reiche. Es ist notwendig, auf die Bedeutung dieser in der erwähnten Schrift über die „alldeutsche Bewegung und die Niederlande" näher von mir behandelte Thatsache hinzuweisen, um die deutscherseits im sechszehnten Jahrhunderte versäumten Gelegenheiten zu verstehen.

Fassen wir doch einmal die Stellung schärfer ins Auge, die Deutschland und das damals bereits seine eigenen geschichtlichen Wege gehende Holland zu Beginn des sechszehnten Jahrhunderts einnahmen. Mit Recht hat Karl Ritter darauf hingewiesen, daß der Uebergang der europäischen Staatskunst von einer „thalassischen" zu einer „okeanischen" den großen Wendepunkt in der europäischen Geschichte bedeutet. Das Mittelalter, das an den Gestaden des Mittelmeeres und der nordischen Meere sich abgespielt hatte, schloß ab mit jenem Wendepunkte, an dem die Vorherrschaft im Welthandel von Venedig, Florenz und den Hansastädten an die neuen Welthandelsmächte überging, die bereits im zweiten Abschnitte behandelt sind. Am meisten verlor ja hierbei naturgemäß Italien. Die Bedeutung von Florenz hatte nicht so sehr, wie man uns oft glauben machen will, auf seiner Pflege von Kunst und Wissenschaft beruht, als auf seiner Weltstellung als Vermittler des Geschäftes zwischen dem Morgen- und Abendlande. Das war nun vorbei; und da die Wurzel erkrankte, blieb der Verfall der Blüte nicht aus.

Anders stand Deutschland der durch Columbus und Vasco de Gama am Ende des fünfzehnten Jahrhunderts geschaffenen Weltlage gegenüber.

Neben Italien waren Deutschland und die Niederlande damals durchaus Träger der Gesittung. Es ist viel zu wenig betont, wie die Neuzeit eigentlich alles, was sie an großen Errungenschaften aufzuweisen hat, uns Deutschen verdankt. Volksvertretung, Preßfreiheit und Selbstverwaltung, was sind sie anders als die Frucht der Selbstbestimmung, die auf dem Umwege über Amerika durch die Puritaner Europa gebracht wurde, ihren Saft aber doch gesogen hat aus der That Martin Luthers und aus der vlämischen Gemeindefreiheit, wie die Gilden sie im achtzigjährigen Freiheitskampfe, in der goldenen Sporenschlacht, vor Kortryk, bei Beverhout und auf dem Freitagsmarkte von Gent gegen Frankreichs Ritterschaft verteidigten, bis sie bei Rosebeke ruhmvoll fielen, der Nachwelt den großen Gedanken überlassend? Ist nicht Englands berühmte Habeas-Korpus-Akte, die 1679 den Stuarts abgetrotzt wurde, in ihrem Wesen längst Eigentum der vlämischen Gemeinden gewesen? Ist nicht alles, was brauchbar befunden wurde, in dem Gedanken der französischen Staatsumwälzung, aus vlämisch-deutscher Quelle geschöpft? Erst als man die weltverbrüdernde Freiheit und Brüderlichkeit kratzte, kam der Gallier zum Vorschein: in der blutigen Rohheit der Marat und Robespierre!

Der oberdeutschen Geistesblüte steht die niederdeutsche nicht nur an thatsächlicher Bedeutung, sondern auch an gehaltvoller Tiefe durchaus gleich. Die Renaissance hat sich in Vlaandern und Holland nicht minder eigenartig, wie in Oberdeutschland entfaltet: einem Albrecht Dürer, stehen Rembrand, Rubens, van Dyck gegenüber. Die Kirchen und Rathäuser der Niederlande stehen ohne Gleichen in der Baugeschichte. Und wenn in Luthers Sätzen das Deutschtum sich wieder auf sich selbst besann, so soll unvergessen bleiben, daß in Vlaandern Jakob van Maerland und Klerk bereits den urgermanischen Gedanken der Gemeindefreiheit verkündet hatten, als noch die ganze übrige Welt tief im Banne der klösterlich-leibeigenen Anschauung lebte.

Auch England hat von Alters her seine beste Kraft aus deutschem Wesen geschöpft. Bekannt ist, daß es Weber aus Vlaandern waren, die in England die Tuch- und Seidenweberei einführten. Die Brüder Elers, Niederländer, brachten, wie Smiles erzählt, die Steingutindustrie nach England; ein Oberdeutscher, Namens Spillmann, errichtete zu Dartford die erste Papiermühle; der Niederländer Baumann brachte die erste Kutsche nach England. Von der Buchdruckerkunst, der Uhr und dem Pulver braucht man nicht zu sprechen. Aber erwähnt mag sein, daß auch die Anwendung des Pulvers zu Bergwerkszwecken von Deutschland nach England gebracht wurde. Ja selbst die Anregung zur englischen Eisenverarbeitung ging von einem Deutschen, Gottfried Box aus Lüttich, aus, der im Jahre 1590 in Dartford das erste Hammerwerk errichtete. Yarranton lernte, wie Jevons mitteilt, das Zinnwalzen in Sachsen; vlämische Arbeiter brachten das Taschenmesser nach Sheffield. Simon Sturtewant, ein deutscher Gewerke, war der Erste, der um 1612 ein Patent zur Eisengewinnung mit Kohle nahm, und Dr. Blaustein brachte es zuerst fertig, in Staffordshire Eisen

mit Kohle zu schmelzen. „Beides, die Lehre wie Anwendung der Eisenverarbeitung verdankt England ganz den Deutschen", sagt Jevons. Ebenso hat der Deutsche Agricola in seinem schon 1556 erschienenen Werke die Engländer mit den Maschinen bekannt gemacht.

Handelsstaatlich war England zu Beginn des 16. Jahrhunderts geradezu abhängig von den Hanseaten und den Niederlanden. Smiles schreibt: „England ward damals als Vorratshaus zur Versorgung auswärtigen Gewerbfleißes mit Rohstoffen angesehen, die in fremden Schiffen weggeführt, oft in Gestalt von Erzeugnissen nach England zurückkehrten. Wir züchteten Wolle für Vlaandern, wie die Vereinigten Staaten jetzt Baumwolle für England ziehen. Und selbst die kleine Menge zuhause erzeugter Waaren ward nach den Niederlanden gesendet, um gefärbt zu werden". Die Bedeutung des londoner Stahlhofes der Hansa ist bekannt. Umgekehrt stellt heute England eine einzige große Weltfabrik dar, die mit ihrem stählernem Netze von Verbindungen und der größten Flotte die Erde beherrschend umspannt. Ja, wie Dr. Karl Peters in seinem mehrfach genannten Werke: „Das Emporsteigen der britischen Weltmacht" treffend ausführt, ist England bereits im Uebergange vom Großgewerbestaate zum reinen Rentnerstaate begriffen. „Vier und eine halbe Milliarden Mark, also mehr als die ganze vielbesprochene Kriegsentschädigung, die Deutschland im Jahre 1871 von Frankreich erhielt, bezieht England jährlich an Renten aus den übrigen Ländern der Erde; und hierin ist der eigentliche Ausdruck seiner überwiegenden Machtstellung gegeben. . . Rücksichtsloser hat das alte Rom seine Provinzen nicht beherrscht und wirtschaftlich ausgebeutet, als der englische Kapitalismus, dessen politischer Ausdruck der Imperialismus ist, dies mit den ihm unterworfenen Ländern thut".

Wie man sieht, ist das riesenhafte Anwachsen der englischen Machtstellung keineswegs in den ursprünglichen Verhältnissen des Landes begründet, sondern lediglich und allein in der klügeren Staatskunst Großbritanniens. Und wenn andererseits die Niederlande in Indien, am Hudson wie am Kap den Engländern weichen mußten, so hat auch das lediglich in staatlichen Fehlern seine Ursache.

Dies tapfere kleine Holland, das noch vor Anerkennung seiner staatlichen Unabhängigkeit das reichste Land Europas war, müßte unter allen Umständen heute Englands Weltmacht tief in den Schatten stellen, wenn es nicht durch den beklagenswerten Gang unserer beiderseitigen Geschichte den Anschluß an das deutsche Reich verloren hätte, der ihm als festländischer Rückhalt für seine Seegeltung unentbehrlich war.

Wäre nicht zu unserem beiderseitigen Unglücke diese Spaltung gewesen, so hätte das deutsche Volk mit seiner edlen Lebensblüte in den letzten drei Jahrhunderten die weite Erde verjüngt und durchgeistigt, anstatt daß sie nun von den Briten verödet ist. Wie die Germanen des 3. und 6. Jahrhunderts christlicher Zeitrechnung die von der Römerherrschaft ausgesogenen Länder des europäischen Südens

mit erobernder Jugendkraft verjüngten, so würden wir Amerika und Australien mit unserem jungen Lenze bevölkert und herrlicher Gesittung entgegengeführt haben. Ein Groß-Deutschland war dazu im Stande, ein Groß-Niederland nie, so staunenswert es auch ist, was das kleine Holland in dem halben Jahrhundert geleistet hat, als sein Handel die Erde beherrschte.

* * *

Die Weltstellung der Weißen, unter ihnen der Germanen, unter ihnen der Deutschen.

Da es sich hier um die Ermittelung einer dauernden Fehlerquelle der Erkenntnis handelt, so erscheint es mir nötig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, was die deutscherseits über See in diesem Jahrhundert versäumten Gelegenheiten für die Weltstellung unserer Art bedeuten. Ich folge dabei im wesentlichen Malhalls Berechungen. Nach diesen ist die Gesamtbevölkerung der Weißen, die der Sprache nach als Westarier anzusehen sind, in den dreißig Jahren von 1860 bis 1890 von 306 auf 413 Millionen, also um 35 v. H. gestiegen, während die Bevölkerung der ganzen Erde nur um 18,5 v. H. stieg. Der Sieg der Weißen, die heute bereits 45 v. H. der gesamten Erdbevölkerung ausmachen, erscheint demnach im Kampfe um das Dasein mit der Gesamtheit der anderen Rassen nicht länger zweifelhaft. Daß er verdient ist, bedarf ja keines Beweises.

Und wenn wir wiederum unter den Weißen die Romanen zurücksinken, die Germanen emporsteigen sehen, so ist auch das durch die bessere Tüchtigkeit der deutschen Völker sattsam erklärt.

In der Thatsache, daß die Westarier sich um 35 v. H., ihr germanischer Zweig aber um 45 v. H. vermehrten, ist das Zurücksinken der Romanen klar erkennbar. Am schärfsten tritt es bei den Franzosen hervor, die trotz ihrer günstigen Sterblichkeitsziffer und ihrer geradezu unvergleichlich günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse durch das immer stärker bemerkbare Sinken der Geburtenziffer ein deutliches Bild der Erschöpfung bieten. Ueber die Gründe dieser Erscheinung sind ja Bände geschrieben. Man hat sie eben so oft mit Auguste Comte und Dumont in der Sitte (Zweikindersystem), wie mit Laponge und anderen Menschheitforschern in der abnehmenden Zeugungskraft gesucht, deren Ursache man sehr richtig in der überhitzten französischen Lebensführung erkannt hat. Der immer stärker sich ausbildende Wasserkopf Paris, die übertriebene Zusammenraffung, sind mit Recht als ein Hauptübel Frankreichs bezeichnet. Die „Franzosendämmerung" steht ja eben jetzt wieder im Vordergrunde der Erörterung in Frankreich. Die Alliance nationale pour lex relèvement de la population française, an deren Spitze Herr Bertillon, der Vorsteher des statistischen Amtes, steht, hat dem Minister einen Gesetzentwurf unterbreitet, der im Wesentlichen auf die julianische le Poppaea hinausläuft, die nach Meinung ihrer Lobredner die Entvölkerung Roms um einige Jahrhunderte aufgehalten haben soll. Herr Bertillon befürchtet, daß in wenigen Jahrzehnten Deutschland Frankreich in der Bevölkerungs-

ziffer vielfach überholt haben und daß dann das Ende des französischen Lebens anbrechen werde. Die fünf bis sechs deutschen Kinder würden das eine französische Kind totschlagen und Frankreich unter sich verteilen. Um das zu verhüten, schlägt er eine Junggesellensteuer vor, und er hat einen zweiten Gesetzentwurf in Vorbereitung, der bezweckt, die mit mehr als zwei Kindern gesegneten Familien von allen Steuern zu befreien. Die Unausführbarkeit dieses Vorschlages sollte gerade dem Statistiker einleuchten; sie wäre nur denkbar bei einer ungeheuren Erhöhung der Gesamtsteuerkraft des Landes. Im übrigen ist jedem Arzte und Frauenkenner klar, daß man einer so feinen Entartungsfrage, wie die Verkümmerung des Muttertriebes sie darstellt, nicht mit den Hebeln und Schrauben der Statistik und Steuergesetzgebung beikommen kann. Das ist auch in Frankreich erkannt. Levasseur betont, daß das Heilmittel für die „französische Krankheit" nur in der Verminderung der Sterblichkeit gesucht werden könne. Wie gesagt, ist aber Frankreichs Sterblichkeitsziffer bereits die denkbar günstigste; es ist daher ein Kreistanz, in dem die französische Verlegenheit sich dreht. Ich suche auch in dieser schwierigen Frage die Ursache in geschichtlichen Punkten. Frankreich hat in seiner berühmten Staatsumwälzung seinen germanischen Adel und in den Hugenottenverfolgungen den besten Kern seines germanischen Bürgertums ausgemerzt und steht nun entsetzt vor dem Verfalle, den das übrig gebliebene keltisch-iberische Blut nicht hat verhüten können. Und noch eine andere, für uns hochwichtige Lehre ergibt sich aus der französischen Geschichte. Anstatt seinen Hugenotten die Neuländer zu eröffnen, besiedelte Frankreich diese, namentlich Kanada, mit freigelassenen Zuchthäuslern und verschickten Bordelldirnen, deren sittliche Untauglichkeit dann eine kindische Wirtschaft des grünen Tisches durch Schablonenverordnungen und bis ins kleinste getriebene behördliche Fürsorge ersetzen wollte. Es hätte keine Gerechtigkeit in der Geschichte gegeben, wenn diese Mißwirtschaft sich gegen die innere Lebenskraft der von England seiner amerikanischen Volkspflanzung überwiesenen Puritaner hätte behaupten wollen. Wie schlau auch immer die Mittel waren, mit denen die Engländer im Frieden zu Utrecht halb Kanada gewannen, verdient hatten sie dieses Land längst als das weitaus bessere und tüchtigere Volk. Zur Verbesserung der menschlichen Art hatten die Franzosen in Kanada schon deshalb nicht beigetragen, weil sie dem geilen Kitzel der Vermischung mit Rothautweibern nicht widerstehen konnten. Die Bastardwirtschaft aber ist, wie die spanischen Neuländer noch deutlicher beweisen, die allerschlimmste Form des Niederganges arischer Gesittung.

Die Zahl der Germanen berechnet Prof. Hickmann in Europa, Amerika und Australien im Jahre 1897 mit 189 Millionen.

Sehr lehrreich ist für unsere Betrachtung die von Dr. Alfred Plötz in seinem Werke (a. a. O.) angeführte von Böckh getroffene Zusammenstellung des Verhältnisses der einzelnen germanischen Stämme zu einander. Böckh weist nach, daß im Jahre 1860 noch auf der ganzen Erde sich Deutsche und Engländer die Wage hielten, 1890 da-

gegen gestaltete sich noch das Verhältnis zu Gunsten der Engländer verschieden.

Deutsch einschließlich Niederländer zählten 75 Millionen, Engländer 82 Millionen. Indes ist klar, daß diese Zunahme nicht aus englischem Geburtenüberschusse, sondern aus Aufsaugung deutscher Auswanderung zu erklären ist. Diese Thatsache muß man auch im Auge behalten, wenn man hört, daß die englische Sprache doppelt so schnell als die deutsche auf der Erde zunimmt. Nach Malhall wurden die größeren europäischen Sprachen auf der Erde gesprochen im Jahre 1801 von 161,8 Millionen, im Jahre 1890 von 401,7 Millionen. Davon aber entfielen in Anteilen auf:

	1801	1890
Englisch	12,7	27,7
Französisch	19,4	12,7
Deutsch	18,7	18,7
Italienisch	9,3	8,3
Spanisch	16,2	10,7
Portugiesisch	4,7	3,2
Russisch	19,0	18,7
	100,0	100,0

Mit Recht kann dem gegenüber Sir Charles Dilke ausrufen: „the world is rapidly becoming english!“ Prüfen wir näher, so ist es hauptsächlich der Rückgang des Französischen und Spanischen, auf Kosten dessen Englisch die Welt erobert; aber zweifellos würde Deutsch die gleichen Fortschritte aufweisen, wenn nicht so viel gutes deutsches Blut und so viel gute deutsche Sprache in der Gesinnungslosigkeit des Abstromes unserer Auswanderung verloren ginge.

Noch immer, wie zu den Zeiten der Völkerwanderung, kranken wir an dem alten Fluche des Germanentumes: der planlosen Vergeudung unserer Kraft. Nicht Roms Zwinglandei, nicht Richelieus und Napoleons wüste Brandschatzungen, nicht Englands Phönikierstaatskunst haben uns an der Erfüllung unserer weltgeschichtlichen Aufgabe gehindert, sondern unsere Dummheit, unsere eigene bodenlose Dummheit!

* * *

Deutsche, englische und skandinavische Art.

„Aber wie denn“, höre ich hier von sonst wohlmeinender Seite einwerfen, „sollen wir denn die Engländer in gleicher Weise als Feinde der deutschen Art betrachten, wie Russen, Franzosen und Madjaren? Aus folgerichtigem Denken entsprungene Wahrheitserkenntnis zwingt uns doch, den Begriff des Alldeutschtumes weiter zu fassen und auch die Skandinavier und Engländer in unser Herz und unsere letzten Aufgaben einzuschließen. Deutsch, teutonisch, germanisch, gothisch —

wozu das Spiel mit Worten? Sind wir nicht alle des einen Blutes? Haben nicht gemeinsam über unserer Vorgeschichte Wuotan, Donar und Ziu ihre Schilde gehalten? Ist der Eifer, mit dem wir die Engländer hier bekämpft sehen, nicht wieder jener deutschen Querköpfigkeit entsprungen, die im ganzen Verlaufe unserer Geschichte gerade den nächsten deutschen Stamm stets am härtesten befehdet hat? Haben wir ein Recht, den deutschen Kleinstaatlern und „reichstreuen" Hurrahschreiern den Vorwurf einer zurückgebliebenen staatlichen Anschauung zu machen, wenn unsere eigene Gegenwartsweisheit den Kanal nicht zu überfliegen, ja nicht einmal die Grenze der Königsau zu überschreiten vermag?"

Diese Fragen sind mir nicht neu! Ich darf die Versicherung geben, daß ich im Ekel an den zerfahrenen deutschen Verhältnissen, an dem Stumpfsinne und blöden Dünkel unserer Streusandgrößen, an unserer engbrüstigen, bebrillten Schulfuchserei und dem schmierfinkigen deutschen Bierbankgeschwätz mir oft die Frage vorgelegt habe: ist es denn nicht richtiger, in der stolzen englischen Art aufzugehen und auch äußerlich zu werden, was du im Herzen doch längst weit mehr bist, als du dir selbst eingestehen magst, ein Weltbürger allgermanischer Prägung? Oft, wenn ich daran dachte, daß auch mein Sohn vielleicht einmal wie ich zu leiden haben wird unter dem alles starke Streben in Deutschland erstickenden Formelwuste und Mandarinentum, rief der Versucher in meinem Innern mir zu: „fasse den Mut, deinen Gedanken bis zum Schlusse auszudenken; wirf alles, was du Schönes und Großes in der Brust trägst, hinein in das stolze Engländertum; vertiefe mit dem Schatze deiner deutschen Art das Germanentum, strebe als Engländer mit vollen Segeln dem Siege des germanischen Gedankens zu, anstatt mit der Verzweiflung deiner schwachen Kräfte diese stumpfsinnigen Deutschen aufrütteln zu wollen, die zu erbärmlich sind, um die schlichtesten Begriffe völkischen Ehrgefühles zu fassen!" Um so stärker hat diese Versuchung mein Herz bestürmt, als sie den Gedankengang vieler Deutschen in Amerika gebildet hat, die ich sonst hochschätze und nicht aufhören kann, als verlorene Freunde zu betrauern.

Nicht ohne schweren Kampf, doch um so fester habe ich mich entschieden: die Aufsaugung im Engländertum bedeutete nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des Germanentumes; denn der staatliche Gewinn, der daraus dem Ganzen erwüchse, wöge den Verlust der deutschen Geisteswelt und Gesittung nicht auf. Die völkische Gesittung läßt sich nicht bewahren ohne das teuere Gefäß der Sprache. Mit Recht sagen unsere niederländischen Brüder: „de Taal is gantsch het Volk!" Wer wollte doch wohl behaupten, daß das Englische dem Deutschen an Wohllaut, Adel oder Tiefe annähernd gleichkomme? Bei aller Wertschätzung der lebendigen Gestaltungskraft der englischen Sprache kann man doch unmöglich Macaulay beipflichten, der behauptet, daß sie außer der Sprache Homers keiner an Schönheit weiche. Heine hatte wirklich nicht so Unrecht, wenn er in seiner frechen Weise sie verspottete: „da nehmen sie zwölf einsilbige Wörter

in den Mund, kauen sie wie Primtabak, quetschen sie, spucken sie wieder aus, und das nennen sie dann sprechen!" Und doch, würde wohl ein einziger Engländer seine Sprache aufgeben wollen zu Gunsten des Deutschen? Sicherlich nicht!

Einem Engländer kommen solche Zweifel an seiner Stellungnahme überhaupt gar nicht; dazu ist er viel zu gesund. Er würde den Frager auslachen mit dem Hinweise auf die Thatsache, daß er doch eben englisch und nichts anderes spreche. Geradezu köstlich bezeichnend ist in dieser Beziehung die Scherzerzählung von dem Engländer und dem Franzosen, die sich im Straßenschmutze von Konstantinopel auf dem schmalen Steinstege trafen, wo es kein Ausweichen gab. Als der höfliche Franzose schließlich umkehrte, um dem Engländer Platz zu machen, sprach er: „wäre ich nicht Franzose, so möchte ich Engländer sein!" Der Sohn Albions aber entgegnete kühl: „wäre ich nicht Engländer, so möchte ich Engländer sein!"

Diese Gesundheit ist es, die die Welt erobert. Also lassen wir die übersinnlichen Fragen nach der Berechtigung unserer Stellungnahme! Eine geistige Verschmelzung mit England ist für uns undenkbar; denn der Engländer bleibt Engländer unter allen und jeden Umständen. „Where-ever are Englishmen, there is England", betont Sir Charles Dilke mit Recht. Seit Jahrhunderten hat England sich losgesagt von der deutschen Geschichte. Es hat Deutschland viel planmäßiger befehdet, als alle Hunnen, Franzosen und kaiserlichen Panduren zusammengenommen, ja schlimmer als die Pest. Denn diese hat doch nur ein Geschlecht dahingerafft; England aber hat wieder und immer wieder die Meute auf das deutsche Volk gehetzt, so oft dies Atem schöpfen und sich erholen wollte.

Damit ist unsere Lage gekennzeichnet. So tragisch es auch erscheinen mag, daß wieder und immer wieder von germanischer Kraft Germanen bekämpft werden, so gibt es für den Austrag des deutsch-englischen Gegensatzes keine andere Lösung, als den völkischen Kampf um das letzte große Ziel. Und wahrlich liegt dieser Kampf auch im Zwecke und Nutzen der Menschheitsentwickelung!

Denn ist die Lehre der Zahlen richtig, daß unter den Weißen den Germanen der Sieg gebührt, unter den Germanen aber die Entscheidung zwischen Engländern und Deutschen zu fallen hat, so wird die verdoppelte Anstrengung beider Völker zu doppelt großen Leistungen führen, wie dies im Willen der Vorsehung zu liegen scheint.

So viel jedenfalls steht fest: wenn an der englischen Achtung uns gelegen ist, so erwerben wir die nicht in weibischem Buhlen um die Gunst von Downingstreet, sondern im männlich ernsten, bis zum äußersten zielbewußten Kampfe. Mir ist an dieser Achtung gelegen; denn keiner unserer Gegner lehrt uns so sehr, wie der Engländer, was wir sollen. Und darum, ohne ihn nachzuahmen in thörichten Nebendingen, sollen wir es ihm gleich thun in allem, was tauglich und anwendbar auf unsere Verhältnisse ist. Vor allen Dingen sollen wir von ihm lernen, was unsere sogenannten Gymnasien, diese Zerrbilder

der griechischen Spielplätze, ganz vergessen haben: daß ein starker Geist nur in einem starken Leibe wohnt. Lernen sollen wir vom Engländer, daß nur die freie Kraft der Bürger, nicht zopfige Beamtenbevormundung, Neuländer zu entwickeln vermag; daß nur das Volk zu Wohlstande kommt, das Volkswirtschaft im weltweiten Sinne treibt, nicht aber eine Gesellschaft von Sicherheitsmeiern, die aus lächerlicher Anbetung des Begriffes „Regierung" lieber ihr Geld an halbwilde Staaten verleiht, als daß sie es dem eigenen Lande zuführte; mit einem Worte, die männliche Bethätigung des einzelnen und völkischen Willens sollen wir von den Engländern lernen. Im übrigen gilt auch hier das Wort: den Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden.

Deutschland und Skandinavien.

Was die Skandinavier betrifft, so stehen wir denen ja in sehr vieler Beziehung näher, wie den Engländern. Ihre Sprache unterscheidet sich vom Friesischen kaum mehr, als die schwäbische von der altbayerischen Mundart; vor allen Dingen aber sind sie im wesentlichen unvermischte Germanen. Dies muß viel mehr dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, als bisher geschehen ist, und es muß unsere aufmerksamste Fürsorge allem gewidmet bleiben, was das Gefühl der stammlichen Gemeinsamkeit in Sprache, Sitte und Wirtschaft stärken kann. Nur werden wir auch da am ehesten zu ehrlicher Verständigung gelangen, wenn wir in streitigen Fragen wie Männer unser Recht vertreten, nicht durch weibische Nachgiebigkeit gegen anmaßliche Forderungen. Wenn die Dänen z. B. die „Rückgabe" des nordschleswigschen Landes fordern oder sich über Vergewaltigung beklagen, weil wir im deutschen Lande die deutsche Sprache pflegen, so wäre es erzdumm und verächtlich, auf solche Herausforderung anders, als in ruhig fester Abwehr zu antworten. In Nordschleswig hat das Deutsche seit einem halben Jahrtausend Heimatrecht gehabt; erst in der Mitte dieses Jahrhunderts versuchten die Dänen, ihre Sprache dort einzuführen. Alle diesbezüglichen Klagen über deutsche Vergewaltigung sind daher eine Verdrehung der thatsächlichen Verhältnisse. Und ganz abgesehen davon: was preußische Waffen dem Reiche erworben haben, geben Preußens Söhne lebend nicht wieder heraus. An dies A B C des deutschen Staatslebens soll die Welt sich gewöhnen!

Mit demselben Rechte, wie die dänischen Hetzer Nordschleswig als „Südjütland" zurückfordern, könnte ja Schweden Neu-Vorpommern sich ausbitten, das noch heute „schwedisch Pommern" heißt. Ja bezüglich der Stadt Wismar hätte Schweden sogar nach Ablauf der Verpfändungsfrist ein verbrieftes Recht auf solchen Anspruch. Es ist doch wohl kein gesunder Mensch in Schweden so thöricht, im Ernste daran zu denken, daß Deutschland jemals wieder einen Fuß breit seines Gebietes in fremden Besitz gelangen lassen könnte. Die Zeiten der deutschen Ohnmacht sind vorüber; also verschone man uns mit entehrenden Zumutungen. Schleswig-Holstein, das den Anstoß zu der

Wiederaufrichtung des deutschen Reiches gegeben hat, bleibt beim Reiche „up ewig ungedeelt!"

Andererseits soll man nicht um dieses lächerlichen Anspruches einiger Kopenhagener Hetzer willen die ganze skandinavisch-deutsche Verständigung in das Gebiet unerfüllbarer Träume verweisen. Das Bewußtsein der Stammesverwandtschaft ist, wie die Einweihungsfeier des Kopenhagener Freihafens bewies, bei den gebildeten Dänen doch auch noch vorhanden, und in den anderen Nordländern ist es sehr lebendig. Abgesehen von den Banden des Blutes und der Gesittung, des Glaubens und der staatlichen Denkweise verbindet uns ja mit ihnen ein starkes wirtschaftliches Band und, was sehr viel wichtiger ist, ein starker gemeinsamer Gegensatz zu Rußland.

Die Hauswirthschaft des Kopenhagener Königshauses ist der denkbar unnatürlichste Gegensatz zu den Belangen des Volkes, die Dänemark darauf hinweisen, als Vormacht des skandinavischen Bundes eine von Rußland unabhängige, England entgegentretende und Deutschland sich anschließende Staatshaltung zu führen. Aber, wie die Dinge liegen, ist nicht zu erwarten, daß Dänemark sobald zu dieser Einsicht kommt. Als echte Germanen, die sie sind, wollen die Dänen durchaus am eigenen Leibe die Erfahrungen machen, die wir am unserigen erlitten haben. So mögen sie sich denn ihre russischen Knutenhiebe holen; wir können sie nicht daran hindern. In Norwegen und Schweden aber, wo man über den Bruderzwist hinweg jetzt doch die drohende gemeinschaftliche Gefahr des russischen Angriffes erkennt, und in Finnland, wo die Hoffnungen auf endliche Erlösung vom russischen Drucke noch nicht erloschen sind, sieht man mit Besorgnis auf das russisch-dänische Abkommen, das im Kriegsfalle Kopenhagen zum russischen Stützpunkte macht, gegen Deutschland zunächst, aber im Falle eines russischen Seesieges unverzüglich auch gegen Schweden. Das Bedürfnis nach dem skandinavischen Bunde, für den man die Unseitigkeit, sogenannte „Neutralität" fordert, tritt neuerdings wieder lebhafter hervor. Im deutschen Nutzen liegt solche Unseitigkeit nicht. Trotz des dänischen Königshauses Verschwägerung mit der Zarenfamilie und trotz des von dänischen Hetzern geforderten „Südjütland" sind die nordischen Länder Deutschlands natürliche Verbündete im Falle eines russischen Krieges. Mit dem Zustandekommen des skandinavischen Bundes ohne Unseitigkeitsstellung ist unseren gemeinsamen Zielen daher sehr gedient. Denn zweifellos wird die auf Dänen, Normannen, Schweden, Isländer und Finnländer sich erstreckende großskandinavische Bewegung eine Vorläuferin der allgermanischen Bewegung werden. Wem das als eine sogenannte „Utopie" erscheint, dem empfehle ich, sich den Zustand Deutschlands vor vierzig Jahren und heute zu besehen.

Uebrigens steht diese Frage gerade jetzt wieder in den Nordländern im Vordergrunde der Erörterung. Das Gerücht, daß Rußland den bekanntlich durch den Golfstrom eisfrei gehaltenen Hafen Vardöhuus — Nansens Landungsplatz — zu besitzen wünsche, ist nicht ganz unberechtigt; denn Rußland braucht diesen Hafen, der schon zur Zeit

der Hansa eine so große Rolle gespielt hat, für seinen Archangeler Handel. Dietrich Schäfer erwähnt bereits in seiner Geschichte von Dänemark (Bd. 4 S. 483), daß, seit den Engländern (1554) die Fahrt nach Archangel bekannt geworden war, der neu eröffnete Handelsweg zu einer starken Verstimmung in Dänemark Anlaß gab, da er den Verkehr mit Rußland der Aufsicht der nordischen Mächte entzog. Es gab auf diesem Wege eben keinen Sundzoll und keine Sperrung durch skandinavische Kriegsschiffe. Für die lebhafte Benützung von Vardöhuus und der benachbarten Fjorde und die dort herrschende Eifersucht zwischen Niederländern und Engländern ist übrigens der Bericht eines lübischen Matrosen Namens Ludike Engelstedt sehr bezeichnend, der sich unter den dänischen Akten im lübischen Staatsarchiv befindet. Die heutigen norwegischen Freiheitshelden vom Schlage des Herrn Björnson wissen nicht, was sie thun, indem sie die Losreißung von Schweden anstreben. Es wird ihnen ähnlich gehen, wie es den Vlamen ergangen ist, die nach 1830 zu spät erkannten, daß die Losreißung von Holland ihnen die französische Zwinglandei eingetragen hatte. Neuerdings scheint eine richtigere Beurteilung dieser Verhältnisse allerdings auch in Norwegen Platz zu greifen; das russisch-dänische Abkommen von Kopenhagen hat wie ein Scheinwerfer die Klippen beleuchtet, auf die das nordische Staatsschiff unter vollem Dampfe zulief.

In Schweden, wo man ja aus dem Verluste von Finnland her sich darüber klar ist, was man von Rußland zu erwarten hat, macht die Regierung jetzt sehr ernstliche Anstalten, um ihre Rüstungen zu Lande und zur See auch den Anbetern des Herrn Björnstjerne-Björnson in ein verständliches Licht zu setzen. Die Heeresverwaltung fordert, wie bekannt ist, von der Volksvertretung elf Millionen Kronen für die Neubewaffnung des Landheeres, gegen vier Millionen für die Befestigung der Küste von Göteborg, und es heißt, daß demnächst eine große Umgestaltung der Flotte durch Neubau von Panzerschiffen gefordert werden soll.

Der schwedische Minister des Innern, Herr von Douglas, hat zur Beleuchtung der Sachlage eine Flugschrift erscheinen lassen „Wie wir unsere Provinz Norrland verloren", die ungeheures Aufsehen erregt durch die unwiderlegliche Kraft ihrer Gründe. Der Verfasser setzt darin klipp und klar auseinander, daß Schweden bei unseitiger Haltung sich zwischen zwei Stühle setzen, von Deutschland infolgedessen aufgegeben und von Rußland vergewaltigt werden würde, daß Schweden niemals auf Selbstwehr verzichten dürfe, wenn es nicht seinen Feinden sich auf Gnade und Ungnade ausliefern wolle, und daß der Anschluß an Deutschland das A und O aller schwedischen Staatskunst sei. Wir stehen also nicht allein in unserem Bestreben; hüben wie drüben liegt es in der Luft. Der Ernst der Zeit predigt es Schweden ebenso deutlich wie Deutschland.

Das allgermanische (oder, da das Wort Germani keltisch-römischen Ursprunges ist, besser gesagt das „alldeutsche") Ziel ist aber

sehr viel leichter durchzuführen, als die Einigung der mitteldeutschen Stämme durch Bismarcks Eisenthat es war. Denn wir gehen ja nicht darauf aus, durch Waffengewalt unter einem Szepter alle deutschen (oder, wie der Sprachgebrauch nun einmal fälschlicherweise lautet, germanischen) Staaten zu vereinigen. Unser Ziel ist lediglich ein staatsrechtlich vertieftes Bündnis sämtlicher germanischen Staaten zur Herstellung eines genügend großen und unabhängigen Wirtschaftsgebietes und zur Wahrung unserer gemeinsamen völkischen Angelegenheiten. Erkennt man die Zweckmäßigkeit solcher Verbindung in den nordischen Ländern: die deutsche Hand schlägt gern und herzlich ein. Aber Würdeloses mute man uns nicht zu!

Beiläufig sei hier nur erwähnt, daß wir ganz und gar anders zu den Niederländern stehen. Auch mit ihnen wünschen wir nur ein staatsrechtlich vertieftes Bündnis, nicht etwa aber einen Einheitsstaat zu bilden. Der große Unterschied zwischen ihnen und den Nordländern aber liegt in der sprachlichen Stellung. Da wollen wir ja, was man offenbar in Holland noch nicht begriffen hat, vielleicht aus lauter Mißtrauen sich gar nicht vorstellen kann, die niederländische Schriftsprache annehmen, um in ihr unsere niederdeutschen Mundarten zu verschmelzen, selbstverständlich ohne darum das Hochdeutsch als obersten schriftmäßigen Ausdruck aufzugeben. Bezüglich dieser ganz eigenartigen Bewegung verweise ich auf meine mehrfach erwähnte Schrift. Im übrigen muß unser Bestreben sein, das Hochdeutsch nach dem Vorschlage von Leibniz zum wissenschaftlichen Ausdrucke, gleichsam zum Sanskrit der gesamten germanischen Welt zu machen, wie ich das in der genannten Schrift gleichfalls näher ausgeführt habe. Hier will ich nur noch darauf hinweisen, daß diese Forderung in der wissenschaftlichen Welt Skandinaviens bereitwilliges Verständnis findet.

Der Däne Oehlenschläger dichtete aus diesem Grunde sogar deutsch. Sein Correggio ist erst nachträglich von ihm ins Dänische übertragen. Die nordischen Dichter werden ihm schwerlich auf dieser Bahn folgen wollen, und wahrlich läge dies auch nicht im Nutzen der Gesamtheit. Denn die Gausprachen, gleichviel ob sie Volksmundart geblieben sind, wie Bayerisch, Alemannisch, Schwäbisch, Niedersächsisch und Friesisch, oder zur Schriftsprache sich entwickelt haben, wie die niederländischen und nordischen Sprachen, sind der unerschöpfliche Born, aus dem das Hochdeutsch schöpfen soll, um endlich zur Reinheit und zu dem ihm gebührenden Reichtume zu kommen. Ich habe dies in der Schrift über die alldeutsche Bewegung und die Niederlande tiefer ausgeführt. Hier will ich nur betonen, daß das dort Gesagte auch für die nordischen Sprachen gilt.

Die Stellung des Dichters zur Sprache ist überhaupt eine andere, wie die der Wissenschaft. Dichten, im deutschen Sinne dichten, das heißt im innersten Wahrheitsdrange über sich selbst zu Gericht sitzen, wie Ibsen es kraftvoll klar ausgesprochen hat:

„At digte, det er at holde
Dommedag over sig selv.“

Es ist ja das „Unbewußte“, die Gottheit, die in der ernsten Wahrheitsbegierde des dichterischen Gewissens leidenschaftlich nach außen drängt! Der Dichter — oder was in diesem Sinne dasselbe ist, der Künstler — ist in diesem Gewissen aber nur die Blüte am Baume seines Volkes. Nicht für sich allein erringt er die seligen Gefilde, sondern für alles, was ihm lieb ist: so spiegelt sich denn das Volk in seiner Kunst und Dichtung. Nach Jahrtausenden noch, wenn längst der Achäer waffenstolzes Volk verweht ist, spielt um Attikas trauernde Witwensitze die Sonne des Homer. In diesem innersten Sinne des Wortes sind alle Dichter „konservativ“, die beharrlichsten von allen jene verschneiten verschollenen Meister Irregang, die das Volkslied sangen, das eben der echteste Wertmesser der Volksseele bleibt. Daher denn auch die Leidenschaft, mit der die Dichtung gerade in den deutschen Ländern an der Gausprache festhält. Sie will trotz der grasgrünen Kritik eines anmaßlichen Klüngels, der von Berlin aus die Welt mit einer nagelneuen, nie dagewesenen Kunst beglücken will, nichts wissen von der gepriesenen „Experimentaldichtung“, von der sezierenden Schmutzkunst, dem Naturforschen im geschlechtlichen Straßenkote und dem im Glase zurechtgefilterten Zukunftsmenschlein. Die verkörperten Tugenden der eigenen Art für alle Ewigkeit im dichterischen Gleichnisse vom Nebensächlichen, ewig Gestrigen zu sondern, die Wahrheit der Erscheinungen für die Ewigkeit zu retten: darum handelt es sich auf dem Gerichtstage der deutschen Dichtung. Zu dem Verfahren braucht es keiner gelehrten, am Ende gar lateinisch angekränkelten Beisitzer, sondern Schöffen, die der wirklichkeitsfrohen Gegenwart entnommen sind. Daher der unerschöpfliche Reichtum unserer Gaudichtung, die bald mit Fritz Reuters derben Bauernstiefeln durch den steifen Lehm des Helpter Berges geht, bald den Lodenhut mit der Spielhahnfeder auf den rauflustigen Polterkopf setzt und in urdeutschem Wagemute die Schroffen des Gamsgewändes erklimmt, bald in lustigkecker Schalkhaftigkeit „van het lodderig Meisje“ und „het loose Vischertje“ singt, bald in markig stolzer Kraft das „uralte Isafold“ preist, bald in schwerbeklommener Klage das Lied der düster ernsten Fjorde anstimmt: „og Nökken slog Harpen i Maaneskinskwäld“. Was Normanne, Schwede, Vlame, Bayer und Niedersachse: uns allen bebt das Herz bei diesem nordischen Erlkönigssange! Das ist Geist von unserem Geiste, Blut von unserem Blute, das sind die Wiegenlieder der gemeinsamen schönen Kindheit! Nicht herrlicher kann der Reichtum unserer Art und unserer Sprache uns erschlossen werden, als indem so die Gaudichtung das Allerursprünglichste des Stammeslebens in ihren Gebilden verkörpert.

Ganz anders ist die Stellung der Wissenschaft zu der Sprache. Die Wissenschaft bedarf von vornherein des ganzen Reichtums der von allen Stämmen gebildeten Obersprache (Sanskrit), denn sie strebt danach, aus dem Schatze des von allen Völkern Erworbenen die all-

gemeine gültige Regel zu gewinnen. Diesem wissenschaftlichen Mitteilungsbedürfnisse ist das skandinavische Sprachgebiet viel zu eng. Wenn denn aber schon einmal eine andere, als eine der skandinavischen Sprachen gewählt werden sollte, so konnten die nordischen Gelehrten nicht im Zweifel sein bezüglich ihrer Wahl. Englisch ist eine biedere Matrosensprache, in seinem knappen Ausdruck auch trefflich geeignet für den geschäftlichen Verkehr; aber die Sprache der wissenschaftlichen Tiefe ist das wortreiche Hochdeutsch. Auch hier erweist sich die Berechtigung des deutschen Anspruches auf eine führende, weltgeschichtliche Stellung in glänzender Weise. Doch kehren wir von der Herrlichkeit des deutschen Geistes in geziemender Bescheidenheit zu unserer staatlichen Dummheit zurück!

* * *

Totes Wissen, lebendiges Können.

In der deutschen Kolonialausstellung von 1896, die dem Unbefangenen überhaupt in mehr als einer Beziehung lehrreich war, befand sich eine amtliche statistische Darstellung, die mir viel aufrichtigen Spaß gemacht hat. Nicht etwa wegen ihres das deutsche Stolzgefühl geradezu beschämenden Inhaltes, sondern wegen der dünkelhaften Ueberschätzung der Schulmeisterei, die wieder einmal daraus hervorleuchtete. Da sah man auf der einen Seite in Würfeln anschaulich dargestellt, daß in Deutschland die Zahl der Schreibunkundigen am geringsten (22 von 10,000 Rekruten), in Rußland, Serbien und Rumänien mit rund 79 unter hundert am höchsten sei. Eine zweite Würfelsäule zeigte dann das Anwachsen des deutschen Handels, von dessen 7,8 Milliarden Mark auf die deutschen Neuländer erst 119 Millionen Mark entfallen, während Indien allein einen Umsatz von 3 Milliarden Mark hat. Und in einer dritten und vierten Säule wurde das klägliche Mißverhältnis zwischen dem auf $6^1/_3$ Millionen Registertonnen angewachsenen deutschen Seeverkehr und unserer gänzlich ungenügenden Wehrmacht zur See dargestellt.

Im Brusttone jener schönen Ueberzeugung, die wir von der deutschen Bierbank her am Spießbürger schätzen, wies der Chor der offiziösen Presse darauf hin, daß ein Volk, das solche herrliche Schulbildung aufzuweisen habe, wahrlich daraus den Anspruch auf eine weltgeachtete Stellung herleiten dürfe. In keiner einzigen Zeitung habe ich eine Betrachtung darüber gelesen, ob das himmelschreiende Mißverhältnis zwischen unserem Seehandel und unserer Seewehr, zwischen unserem Geburtenüberschusse und dem Verbluten unserer Auswanderung, zwischen dem Naturreichtum unserer afrikanischen Besitzungen und der Unfruchtbarkeit unserer dortigen Wirtschaft nicht gerade aus der übertriebenen deutschen Schulmeisterei, unserer oft geradezu kindischen Wertschätzung des toten Wissens, dem Examenschwindel u. s. w. entspringe! Und doch ist dem so! Es muß immer wieder ausgesprochen werden: wir lernen immer mehr Latein und Griechisch und werden immer ärmer. Selbst die Volksschule ist bereits ange-

krānkelt von der lächerlichen Nichtachtung der Wirklichkeitsbedürfnisse unserer Gegenwart. Zephania und Habakuk sind ja sehr reizvolle alte Herren, aber das Einmaleins und das große offene Buch der Natur wirken erziehlicher auf den gesunden Menschenverstand, den man auch dem Volke verkümmert. Die Quelle des Uebels aber entspringt, wie wir alle sehr wohl wissen, nicht in der Volksschule. Die Hungergehälter sorgen schon dafür, daß der Volksschullehrer nicht den Zusammenhang mit dem Volke und den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen verliert. Der höhere Schulunterricht, das ist der Zopf, der bis auf die Haut abgeschoren werden muß, wenn frische Blondlocken dem Deutschen wieder wachsen sollen. Der unsere höheren Schulen beseelende fremde Geist beherrscht nicht allein unser Rechtsleben und unsere Verwaltung, er hat nicht allein unsere Sprache in Grund und Boden verdorben durch die römischen Fremdwörter — man höre nur einmal das Kauderwelsch der J-aner! — sondern er hat die deutsche Natur in unerhörter Weise entmannt durch lächerliche Wertschätzung des abgezogenen Denkens auf Kosten aller männlich sich regenden Kräfte. „Im sechshundertvierzigsten Jahre" schrieb Tacitus im 37. Kapitel seiner Germania, „stand unsere Stadt, als der Kimbern Waffengeklirr sich vernehmen ließ, unter dem Konsulat des Cäcilius Metellus und des Papirius Carbo. Rechnet man von da bis zum zweiten Konsulat des Kaisers Trajan, so sind das zweihundertundzehn Jahre her. So lange werden die Deutschen besiegt." Was würde dieser Römer sagen, wenn er heute durch Deutschland schritte, und 1888 Jahre nach der Vernichtungsschlacht am Teutoburger Walde im ganzen Geistesleben des Volkes das verzopfte Zerrbild der ehemals lebensfrischen römischen Formenklarheit fände? „Noch immer werden die Römer besiegt, und dem Anscheine nach sind sie unüberwindlich" — so und nicht anders müßte sein Urteil lauten.

Wie ein verruchtes Fiebergift schleicht diese fremde Art durch die Adern des deutschen Lebens. Ein bockbeiniges Volk bebrillter verbohrter Grübeler, das will man uns als geistigen Adel hinstellen? „Kniee durch, Brust heraus, Kinn anziehen, den Helm gerade setzen!" — ein Glück, daß wir den Prachtkerl von Schulmeister noch haben. Herrgott, gib uns auch auf geistigem Gebiete eine allgemeine Wehrpflicht, damit wir wieder der lebendigen Gegenwart uns freuen!

Es ist nicht wahr, daß Wissenskram gleichbedeutend mit Bildung und geistiger Bedeutung sei! In England kommen — nach Jacobi's „Analphabeten-Statistik" — auf hundert Brautleute 13,20 v. H. Schriftunkundige. Danach müßten, wenn die deutsche Schulmeinung Recht hätte, die Engländer im Durchschnitt geistig tiefer stehen, als die Deutschen. Wie wenig das zutrifft, beweist die tägliche Beobachtung ebenso, wie die wissenschaftliche Forschung. Ich bin weit entfernt davon, aus den bisherigen Untersuchungen über das Verhältnis des mittleren Hirngewichtes voreilige Schlüsse auf die Befähigung der Rassen ziehen zu wollen; die Menschenkunde wird noch Jahrzehnte lang an diesem schwierigen Rätsel zu lösen haben. Immerhin ist die

von Welcker erforschte mittlere Schädelfähigkeit, die ich dem a. a. O. angeführten Werke von Plötz entnehme, von eindringlicher Sprache. Sie betrug bei:

	ccm		ccm
Deutschen	1478	Slaven	1479
Holländern	1485	Juden	1451
Engländern	1531	Arabern	1476
Kelten	1450—1503	Finnen	1464
Franzosen	1498	Madjaren	1440
Italienern	1432—1460	Türken	1452
Spaniern	1472	Chinesen	1444
Portugiesen	1467	Malaien	1402
Neugriechen	1458	Negern	1320—1336
Rumänen	1408	Buschmännern	1240
		Indianern	1440

Wenn auch, wie gesagt, aus dieser Ermittelung endgültige Schlüsse auf die geistige Durchschnittsbefähigung sich nicht ziehen lassen, so steht soviel jedenfalls fest, daß die breite Masse der Deutschen keineswegs dem durchschnittlichen Engländertum überlegen ist. Die Wissenschaft scheint hier doch zu bestätigen, was die gewöhnliche Beobachtung uns lehrt: daß die deutsche Geistesblüte keineswegs so tief das Volk befruchtet hat und Gemeingut breiter Schichten geworden ist, wie der Schulzwang und die Treibhauswirtschaft unseres höheren Schulunterrichtes nach den Behauptungen unserer Stubenhocker erwarten lassen sollten. Und sicherlich ist der weitere Schluß nicht allzukühn: wenn in England die durchschnittliche Bildung, wie sie in der Schädelbildung und dem Windungsreichtume des Großhirnes äußerlich greifbar zum Ausdrucke kommt, trotz des geringeren Schulbesuches der niederen und des geringeren Lateinwissens der oberen Klassen besser ist, wie in Deutschland, so liegt die Erklärung hierfür in dem regeren öffentlichen Geiste und der stärkeren Bethätigung des öffentlichen Willens. Nicht nur der Angelsachse Darwin, sondern auch Lombroso pflichten, wie man weiß, dieser Ansicht bei. Selbst Sidney Whitman erkennt in der „high and yet politically most defective education of the masses“ die Ursache der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Sie sind eben nicht, wie die englischen Arbeiter zum völkischen Denken erzogen. Allerdings ist es in dieser Hinsicht um die Erziehung manches deutschen Edelmannes kaum besser bestellt.

Wie man es auch anfaßt, geschichtlich, naturwissenschaftlich, volkswirtschaftlich oder aus eigenster Beobachtung, der Schluß bleibt immer derselbe: Gehirn ist Macht, die Weltstellung eines Volkes steht im geraden Verhältnis zur Stärke seiner völkischen Willensbethätigung. Nirgends wird das auch geleugnet, außer in Deutschland, dem berühmten Lande der körperlichen, geistigen und staatskundigen Kurzsichtigkeit.

* * *

Ist das nun wirklich ein Gehirnfehler, der sich durch keine Kur beseitigen läßt? Ich denke, die Beseitigung kommt doch! Langsam, aber sicher vollzieht sie sich in dem Heranreifen des Volkes für die Größe der staatlichen Aufgaben des Deutschtumes. Aus den alten befangenen Schulmeinungen der Weltbürgerei kommen wir langsam heraus auf die freie Straße des völkischen Fortschritts. Langsam ringt der deutsche Geist, der so lange für fremde Zwecke in Knechtschaft gearbeitet hat, zum frei gestaltenden Herrscher sich durch. Alle Züge unserer so oft neidisch unterdrückten Geschichte weisen auf die unerschöpfliche Kraft unserer innerlichen Gestaltungstriebe, auf das unverwüstliche deutsche Leben, auf die Weltherrschaft des deutschen Geistes hin. Nun erst, da wir, durch Bismarcks straffe Schule gegangen, gelernt haben, das Recht des Ichs als einer völkischen Gattung zu fassen, nun erst, da die Welt mit Erstaunen und furchtgemischtem Zorne das daseinsfreudige Sichaufraffen des deutschen Geistes bemerkt, nun erst beginnt die Geschichte des deutschen Volkes als solchen! Die Heimatliebe hat sich abgeklärt zum Staatsgefühle des Jünglings, nun vertieft sie sich zu einer auf geschichtlicher Einsicht begründeten männlichen Liebe zum großen Volkstume. Langsam strömen aus dem liebgewonnenen kleinstaatlichen Leben, das so bequem sich übersehen ließ und so ungern mit ungewissem Weitblick vertauscht wird, die Zagenden herbei, um dem geschichtlichen Zuge sich anzuschließen. In gleichem Schritt und Tritt marschieren die alten Krieger auf unter dem Takte der „Wacht am Rhein." Zunächst freilich stutzen sie, wenn wir ihnen erklären, daß die „Wacht am Rhein" einstweilen hier nicht gesungen werden dürfe, daß das Vaterland gar nicht ruhig sein könne, daß die Wacht nicht feststehe am Rheine, solange an den Quellen, wie an der Mündung des schönsten deutschen Stromes deutsche Herzen — denn die schlagen doch in Schweizern und Holländern! — sich wehren gegen die Stimme des deutschen Blutes. Aber wenn auch zunächst verblüfft, erfassen diese bald mit brausendem Hurrah die Herrlichkeit unseres Zieles. Nicht umsonst haben auch ihnen Vater Jahn und Ernst Moritz Arndt gelebt. „Soweit die deutsche Zunge klingt" schallt es wie Donnerbrausen aus ihren Reihen. Und Antwort gebend klingt es aus der Ostmark zurück: „Wir Deutschen fürchten Gott da droben, sonst aber nichts auf dieser Welt!" Wie Mahnung alter längst verschollener Zeiten klingt es von Vlaandern her:

Langsam vorwärts!

„Hun süllen wey ü danken, o düitsche Bruuderschaar,
Gey, die door muudig Kampen uuns reddet van't Gevaar
Der fransche Rooverbenden, die van Germaniens Rheyn
En ook der Maas, der Schelde, de Meesters willden sein?"

Zagend noch, aber doch dem feingestimmten Ohre vernehmbar, tönt es über das Meer aus dem verrufenen Lande der deutschen Verräterei, Amerika, herüber:

„Ob ich dich liebe, Land der Eichen,
Das mich mit seiner Kraft genährt?
Die Zeit mag meine Locken bleichen,
Doch was mir deine Huld gewährt:

Den offnen Sinn für alles Schöne,
Die starke Liebe zur Natur,
Des Sanges Macht, den Trost der Töne —
Das stirbt mit meinem Herzen nur."

Ueber alle Weltmeere her klingt gleich frohe Botschaft, wo immer Deutsche der Heimat und der Größe ihres Volkstumes gedenken. Und jene trotzigen Buren, die, der englischen Vergewaltigung Herr geworden, ihr stolzes Freiheitslied anstimmen, sind sie nicht unser Fleisch und Blut, ist es nicht unsere niederdeutsche Sprache, die aus ihrem Volksliede uns entgegenbraust:

„Di Vierkleur van nuns' dierbaar Land
Die waaih weer o'er Transvaal;
En weeh di Gotvergeten Hand,
Wat dit weer neer wil haal!"?

Und ist es nicht dieselbe liebe niederdeutsche Sprache, die von der Maas und Amstel zu uns herübertönt:

„Wien neerlandsch Bluud in de Adren vluujt
Van vreemde Smetten vrey . . ."?

Haben sie etwa aufgehört, Deutsche zu sein, weil sie ihre Geschichte vergessen und in stammlichen Eigensinn sich verrannt haben? Auch daran erkennen wir sie als Deutsche.

Auch sie werden im eigenen wohlverstandenen Nutzen dem mitteleuropäischen Bündnisse sich anschließen, sobald sie nur erst die thörichte Furcht vor Vergewaltigung irgend welcher Art überwunden haben. Und jeder Schritt, der auf dieser von der Geschichte uns vorgezeichneten Bahn uns vorwärts bringt, bedeutet auch die Kraft zu neuen Fortschritten, bedeutet auch zugleich eine höhere Stufe der völkischen Erziehung.

* *
*

Das deutsche Jahrhundert.

Als selbstverständlich wird man dann jene Forderungen verstehen, die heute von dem kleinen Häuflein der Bekenner des völkischen Gedankens für das geistige deutsche Leben erhoben werden. Wenn aus der Betrachtung englischer Verhältnisse heraus die Forderung gestellt wird, daß wir auch in der leiblichen Erscheinung unseres Volkes die deutsche Art zur Geltung bringen, daß wir in Kunst und Geselligkeit die still in unserem Wesen schlummernden Eigenschaften zur freien Entwickelung bringen, so stimmt unser eigener deutscher Werdegang solcher Forderung durchaus bei. Niemand hat sie schöner, klarer und wärmer seinem Volke ans Herz gelegt, niemand hat durch das eigene herrliche Beispiel seinem Volke heller in dieser Forderung vorangeleuchtet, als Bismarck und Goethe, diese beiden Pole des deutschen Geistes. Jenes hemdärmelige, handwerksburschenmäßige Sichgehenlassen, auf das ich so bitter gescholten habe — ich nehme kein Wort davon zurück! — ist doch nirgends schärfer verabscheut, als in der wohlerzogenen deutschen Gesellschaft. Die Verachtung der Form, die eine Zeit lang zum Glaubensbekenntnisse des deutschen „Urknoten" gehörte,

ist ein aus der völkischen Sittenlehre überwunden erscheinender Fehler. Linkisch sein gilt, und mit Recht, für ein Zeichen von Dummheit; denn in der Welt der Wirklichkeiten läßt die ehedem als Entwürdigung des tiefen Denkergeistes verachtete „Aeußerlichkeit“ sich nicht ungestraft zurücksetzen. Alles drängt dahin, der deutschen Art zu greifbarem Ausdruck zu verhelfen; und hier gilt es, alle guten Ansätze planmäßig zu unterstützen. Dahin gehört auch das ganze große Gebiet der Körperübungen, der Jugendspiele und des Sports; alles dies muß rein deutsch werden, damit das Volk sich selbst als verkörperte Eigenart bildnerisch anschauen lernt. Das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu der großen Volksgemeinschaft muß alle Lebensbethätigungen der Deutschen auf dem Erdballe durchdringen. In Worten und Tönen, in Bildwerk und Bauten, im Schmucke des Heims und der Oeffentlichkeit muß das so reiche, blühende deutsche Leben in einen großen Zusammenhang gebracht werden, der alle fremde Welt in eine willig dienende Bewunderung zwingt.

Die persönliche Eigenart muß heraus in das freie Wirken, an dem es dem deutschen Leben so sehr gebricht. Dann wird von selbst der Erwerbssinn geweckt und das tote Wissen aus seiner angemaßten Stellung herab dem gesunden Können zu Füßen gestürzt werden. Die Werte schaffenden Stände werden an Ansehn gewinnen und der lächerliche Popanz eines zu den treibenden Kräften des völkischen Lebens im Gegensatze sich fühlenden Beamtendünkels wird niedergerungen werden mitsamt allem Formelwuste und aller Schranzenfurcht. Zur Mitbestimmung an den Geschicken des Volkes erzogen, werden die Deutschen die persönliche Achtung des Gegners wiedererzwingen, die ihnen bisher so oft versagt ward wegen vermißter Selbstachtung.

Das Jahrhundert, an dessen Schwelle wir stehen, wird ein staatlich denkendes sein. Und darum wird auch der Begriff der Bildung eine Umwertung erfahren. Wenn am Ende des vorigen Jahrhunderts das, was man damals unter den schönen Künsten verstand, fast allein den Maßstab für die Bildung der geistig Höherstehenden gab, wenn dann bis in unsere Tage hinein die Herrschaft über die Naturgewalten nahezu allein als das Ziel der menschlichen Gesittung betrachtet wurde, so tritt ein anderes Maß der Wertschätzung nun in Kraft: die staatskundige Bildung. Unerläßlich fordert unsere Jugend als erste Voraussetzung aller Bildung die Fähigkeit, unseres Volkes eigene Vergangenheit nicht nur zu kennen, sondern ihr gerecht zu werden, zwischen den absterbenden Vorzeitgedanken, den treibenden Kräften der Gegenwart und den sprießenden Keimen des kommenden deutschen Lebens den feingearteten Zusammenhang zu erkennen. Es bedarf keines Sehergeistes, um zu verkünden, daß diese aus geschlossenem, persönlichem Empfinden entsprungene, zu schöpferischer Wirksamkeit drängende Weltanschauung unaufhaltsam sicher auch die Massen erobern wird.

Und dann soll uns um alle Einzelfragen des deutschen Lebens

nicht mehr bange sein. Die vernünftige Lenkung unserer Auswanderung, der starke Schutz der Deutschen im Auslande, die Arbeiterfragen — die doch nur im völkischen Sinne gelöst werden können, da zwischen deutschen Arbeitern und Niggern oder Chinesen keine Nutzensgemeinschaft besteht — die Gegensätze des Bekenntnisses, alles, alles dies erledigt sich von selbst, sobald der gesunde Menschenverstand, die Natur wieder in dem deutschen Staatsleben zur Geltung kommt, sobald das Volk wieder als Volk zu leben, zu denken und zu handeln lernt. Vom Kaiser bis zum schlichten Bau- oder Landarbeiter hinab wird ein jeder mitarbeiten an dem planmäßigen Aufbau des alldeutschen Staates, sobald nur erst erkannt ist, was in unserer unseligen Vergangenheit die Quelle gewesen ist, aus der alle, alle unsere Leiden geflossen sind. Der Mangel an richtig geartetem Willen war es! Der allein hat uns gefehlt, er allein kann uns genesen machen, der stählerne, unbeugsame, rücksichtslose, harte völkische Wille!

„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!"

Der Kampf um das Deutschtum.

2. Heft.

Deutschnationales Vereinswesen.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalgefühls.

Von

Dr. Fr. Guntram Schultheiss.



München, Verlag von J. F. Lehmann.

1897.



Inhalts-Verzeichnis.

Vom Verfasser sind früher erschienen:

Das deutsche Nationalbewusstsein in der Geschichte. 1891 Hamburg, Verlagsanstalt vormals Richter.

Geschichte des deutschen Nationalgefühls. Erster Band 1893 München, Gg. Franz (Joseph Roth).

Fr. Ludwig Jahn, (Geisteshelden, Bd. 7). Preisgekrönte Arbeit. 1894 Berlin, Ernst Hofmann.

Die geistlichen Staaten am Ausgang des alten Reiches. 1895 Hamburg, Verlagsanstalt vormals Richter.

Das Deutschtum im Donaureich. 1895 Berlin, Luckhardtische Buchhandlung, (M. Priber).

Vorwort.

Der Einladung des Verlegers für das Sammelwerk „Der Kampf um das Deutschtum" eine Darstellung des deutsch-nationalen Vereinswesens zu liefern, konnte ich um so eher entsprechen, als dieses in den Bereich meiner langjährigen Studien über die Entwicklungsgeschichte des deutschen Nationalgefühls fällt. Möge es der vorliegenden Schrift gelungen sein, von der gestaltenden Kraft des deutschen Nationalgefühls unserer Tage Zeugnis zu geben.

Daß die Darstellung sich durchaus auf authentisches Material stützt, bedarf wohl kaum der Versicherung. Für gütige Unterstützung bin ich zu lebhaftem Dank verpflichtet dem Centralbureau des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig, dem Generalsekretär des Raphael-Vereins, Herrn Landtagsabgeordneten Cahensly in Limburg an der Lahn, der Hauptleitung des Wiener und des Berliner Schulvereines, dem Obmann des Bundes der Deutschen in Ostböhmen, Herrn Dr. jur. Eduard Langer in Prag, dem Geschäftsführer der Nordmark, Herrn Eugen Bubenik in Troppau, dem Geschäftsführer des Bundes der Germanen, Herrn Philippi in Wien und dem Obmann des deutschen Jugendbundes in Wien, Herrn Rudolf Berger, den Hauptleitungen des Bundes der Deutschen in Böhmen, des Böhmerwaldbundes, der Südmark, des Vereines zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken, des Bundes der Deutschen in Nordwestböhmen.

Bei dem Versuch, die Thätigkeit so verschiedenartiger Vereine zum ersten Male unter einem Gesichtspunkt darzustellen, mußte Unparteilichkeit und Objektivität zur Richtschnur genommen werden. Besonders nötig erschien das gegenüber den streitenden Parteien in

Oesterreich. Der Leser wird je nach seinem Standpunkt da und dort etwas auszusetzen haben, er möge aber nicht übersehen, daß das Vorliegende kein Zeitungsartikel und keine Streitschrift sein soll. Solche zu schreiben, wäre freilich eine leichtere Aufgabe gewesen. Insbesondere aber ist es vielleicht nicht überflüssig zu betonen, daß für die Einzelheiten der Schrift, in der die persönlichen Anschauungen des Verfassers zu Tage treten, der Alldeutsche Verband keinerlei Verantwortung trägt. Er verpflichtet seine Mitglieder nicht auf irgend eine national-politische Concordienformel.

München, 24. Mai 1897.

Dr. Schultheiss.

Einleitung und Ueberblick.

Das Vereinswesen, das freiwillige Zusammenschließen zur Erreichung gemeinsamer Ziele, hat man längst in Scherz und Ernst als einen der ursprünglichen Züge deutscher Volksart anerkannt, und wie so viele andere Einrichtungen hat das gelehrige Ausland trotz alles Spottes über die deutsche „Vereinsmeierei" auch diese mit großer Beflissenheit übernommen, in den Erfolgen sogar häufig zum Nachteil des Lehrmeisters uns übertroffen, besonders wo es sich um die Bekämpfung des Deutschtums handelt.

Zwar ist das Wort Verein in seiner heutigen Bedeutung erst seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts aufgekommen. Aber die Sache ist uralt. Das lockere Gefüge der Gaue und Stämme in der Urzeit unserer Geschichte, insoweit es über die natürlichen Bande der Sippe und die Nachbarschaft hinausgeht, zeigt eher den Anstrich frei geschlossener Vereinigung als staatliches Gepräge; das Ausscheiden ist ins Belieben jedes Einzelnen oder jeder Gruppe gestellt und bringt selbst bei der Wendung gegen die früheren Genossen keinerlei Schande. Und was sind die Geldonien, die Karl der Große wie Verschwörungen bekämpfte, anderes als freie Vereine, Genossenschaften mit gegenseitiger Haftpflicht, wie es scheint, für Leben und Sterben — freilich im Gegensatz zum theokratischen Absolutismus. Je mehr dann im deutschen Reich seit dem Verfall der Kaisermacht das Leben und Weben des deutschen Volkstums die aufgedrängten Formen bei Seite schiebt, desto üppiger wuchert das Vereinswesen in Innungen und Zünften, in Trinkstuben und Schützengesellschaften, in geistlichen Bruderschaften und Ritterorden, in der Fehme wie in der Hansa; jeder Landsknechtshaufen gestaltet sich für die Dauer der Fehde, jede Reisegesellschaft für die Dauer der Fahrt zu einem Verein mit fester Ordnung.

Erst die erstarkende Territorialmacht des Fürstentums tritt dieser freien Bethätigung des Vereinstriebes hemmend entgegen. Mit einem gewaltigen Aufschwung des Volkstums hatte das Jahrhundert der

Reformation eingesetzt — sein Ende sieht die Einflüsse fremder Kultur und Sprache übermächtig angewachsen. Die lateinische Gelehrtensprache waltet in Wissenschaft und Schule, das römische Recht im Gerichtswesen, die romanischen Sprachen als die Gefäße humaner Bildung an den Höfen, beim Adel; die deutsche Sprache, auf die untersten Gebiete der Literatur verwiesen, wird mißachtet, die Sprachmengerei greift ihr fast ans Leben.

Die deutschen Sprachgesellschaften halten mitten unter den Greueln der Verwüstung, die der 30jährige Krieg über Deutschland verhängt, die nationale Fahne hoch, sie sind die ersten Anläufe deutschnationalen Vereinswesens, wenn auch die älteste, die Fruchtbringende Gesellschaft (1617), selbst nur aus Nachahmung der italienischen Akademien hervorgegangen ist. Der Vorschlag des weimarischen Hofmarschalls Kaspar von Teutleben bei einer Unterhaltung auf dem Schlosse Hornstein, „auch in Deutschland eine Gesellschaft zu erwecken, darin man gut rein deutsch zu reden und zu schreiben sich befleißige, und dasjenige thäte, was zur Erhebung der Muttersprache dienlich", fand Beifall; der Herzog Ludwig von Anhalt ward der eifrige Förderer des Palmenordens, wie die Gesellschaft nach ihrem Sinnbild hieß. Als Hauptzweck wurde aufgestellt „die hochdeutsche Sprache ohne Einmischung fremder Wörter aufs möglichste und thunlichste zu erhalten und sich sowohl der besten Aussprache im Reden als auch der reinsten Art im Schreiben und Reimen zu befleißigen." Nach dem Vorbild der fruchtbringenden Gesellschaft, deren Mitglieder meist dem Adel angehörten, folgte die „Aufrichtige Tannengesellschaft", gestiftet 1633 in Straßburg, aber von kurzer Dauer, dann die „deutschgesinnte Genossenschaft oder Rosengesellschaft", gegründet von Zesen 1643, „die Gesellschaft der Hirten an der Pegnitz", gegründet 1644 von Harsdorfer und Clajus, endlich der „Schwanenorden an der Elbe" 1660 gegründet von Rist. Trotz mancher leeren Spielerei des Vereinslebens, trotz den abgeschmackten Versuchen Zesens die Fremdwörter durch deutsche Neubildungen zu ersetzen, darf man die Bedeutung dieser Sprachgesellschaften nicht unterschätzen — es ist zum guten Teil ihrer Wirksamkeit zuzuschreiben, daß bei der fortschreitenden Zerfaserung des Reiches in Staaten und Stätchen der Nation das wichtigste, ja fast das einzige Band der Gemeinsamkeit, erhalten blieb, daß die Kluft zwischen den Gebildeten und den Ungebildeten nicht zu völliger Entfremdung führte. Der Beamten- und Polizeistaat beschränkte die Freiheit der Unterthanen auf das Gebiet geselliger Unterhaltung. In den Zünften oder den Schützengesellschaften, die aus früheren Zeiten sich fortpflanzten, ist nur die Verkümmerung des Vereinstriebes zu erkennen. Die Freizügigkeit der Studenten und Handwerker bewahrt vor frühzeitiger Verengung des Gesichtskreises — aber selbst auf den Universitäten bezeugen die Landsmannschaften die Herrschaft des Sondertums. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gedeihen die geheimen Gesellschaften, Rosenkreuzer, Freimaurer,

Illuminaten, Templer u. s. w. — aus dem Zufall des Kleinstaats flüchtet sich der Deutsche ins Reich der Träume, und schwärmt für die Menschheit, weil es ihm versagt ist, für seine Nation zu leben. Auch hierin spiegeln die Universitäten mit ihren geheimen Orden der Constantisten, der schwarzen Brüder u. s. w. nur den Gang der allgemeinen Entwickelung wieder.

Erst die Schmach der Fremdherrschaft reifte den Gedanken, daß der Deutsche nicht nur Unterthan und Weltbürger sei, daß er auch ein Glied seines Volkes sein müsse. „Verbesserung des öffentlichen Zustandes des preußischen und zunächst des deutschen Volkes durch gemeinschaftliches Wirken tadelloser Männer" — das ist der Zweck des Tugendbundes, er selbst nannte sich Gesellschaft zur Uebung öffentlicher Tugenden oder sittlich-wissenschaftlicher Verein. Aus der falschverstandenen Humanitätsidee und den Formen der Geheimbünde des 18. Jahrhunderts sich loszuringen, fiel den Stiftern überaus schwer, wie die unklaren Satzungen beweisen. Die Bedeutung des schon nach anderthalb Jahren aufgelösten Vereins ist von seinen Gegnern weit überschätzt worden. Aber unverkennbar ist schon in dieser wohlgemeinten Mißgeburt, wie ihn der Historiker Niebuhr genannt hat, die Sehnsucht nach einem machtvollen einigen Vaterland. Nach der Vertreibung der Franzosen fordern die „teutschen Gesellschaften" auf zur Pflege deutscher Sprache und Sitte unter Verpönung der französischen in deutschem Mund; bald ringt sich aus der deutschtümelnden Romantik die Erwartung immer klarer hervor, daß von Preußen die Einigung Deutschlands ausgehen werde. In Jena bildete sich die „deutsche Burschenschaft", die Verfassungsurkunde sprach den Landsmannschaften auf den Universitäten die Berechtigung ab, „sichtbar muß, hieß es, das Volksgefühl in einer eigenen Bildung hervortreten, damit wir uns stets des gemeinsamen Vaterlandes erinnern, und stets in der allgemeinen Volkstümlichkeit."

Von einem politischen Programm kann dabei keine Rede sein — aber schon der Gedanke einer deutschen Einheit um des Volkes willen war den Regierungen unheimlich, vor dem verruchten Zweck der Vereinigung Deutschlands warnte Metternich. Aber alle Verfolgungen der angeblichen demagogischen Umtriebe konnten das deutsche Volk nicht dazu bringen, in dem „Deutschen Bund" das Ideal seiner politischen Gestaltung zu verehren. Die deutsche Burschenschaft und die deutschen Turner hielten das Ideal eines geeinten und mächtigen Deutschlands fest; die Bewegungen des Jahres 1848 schufen dann die Möglichkeit, daß das erste deutsche Parlament in Frankfurt a. M. den Meinungskampf durchfocht über die Formen dieser deutschen Einheit. Es schieden sich die Parteien der Großdeutschen und der Kleindeutschen; die einen konnten sich nur ein Deutschland denken, in dem Oesterreich seine historische Stellung gewahrt blieb; die andern verlangten sein Ausscheiden, damit die rein deutschen Staaten sich unter Führung Preußens zu engerer Verbindung zusammenschließen könnten. Da der König von Preußen die ihm angetragene Kaiser-

1*

krone nicht aus der Hand des Frankfurter Parlaments empfangen wollte, so ward die Entscheidung hinausgeschoben, der deutsche Bund wieder hergestellt. Aber das Mißbehagen wuchs.

Wie in jeder Hinsicht, so zeigt sich die Unfruchtbarkeit des deutschen Bundes auch darin, daß er gar nichts zu leisten vermochte zum Schutz des Deutschtums im Auslande, zur Organisation der Auswanderung. Der Stumpfsinn des Frankfurter Bundestages wußte mit den Anregungen Preußens nichts anzufangen; das wenige, was in den vierziger Jahren dafür geschehen ist, ging aus privater Thätigkeit hervor. Aus dieser öden Zeit glänzt nur ein Lichtpunkt auf, die Gründung des Gustav-Adolf-Vereins zur Unterstützung der protestantischen Gemeinden in der Zerstreuung. (1832 und 1842). Die Turner-, Sänger- und Schützen-Vereine haben das ihrige gethan, um eine Lösung der deutschen Frage als Wunsch des deutschen Volkes immer wieder zu verkündigen. Ihre großen Feste, wie das dritte deutsche Turnfest in Leipzig 1863 wurden zu Demonstrationen für die Gemeinsamkeit der deutschen Kulturbestrebungen, aber die politische Frage blieb davon unberührt. Der Nationalverein nahm die Agitation für das kleindeutsche Programm auf, Oesterreich als den Hemmschuh der deutschen Einigung aus der bisherigen Verbindung mit den deutschen Staaten zu lösen — aber wie das zu machen sei bei dem Widerstreben nicht nur Oesterreichs, sondern auch der meisten deutschen Regierungen, blieb im unklaren.

„Ein Mann thut not, ein Nibelungen-Enkel“ sang prophetisch der Dichter; daß der rechte Mann erstand zu rechter Zeit, das war eine Gunst des Schicksals, wie sie noch niemals dem deutschen Volk beschieden war; in ihrem vollen Umfang werden vielleicht erst spätere Geschlechter sie ermessen.

Unter dem Donner der Kanonen ist unser neues deutsches Reich emporgestiegen, mit geheimem Beben sahen die Völker Europas den ungeheuren Umschwung. Aber trotz des Glanzes unerhörter Siege, starrend von Waffen und Männern hat das deutsche Reich sich mit engeren Grenzen begnügt, als das weiland heilige römische Reich deutscher Nation, als der armselige deutsche Bund. Unbeschritten geblieben sind die Bahnen kriegerischer Eroberung. Weise Beschränkung scheidet den großen Staatsmann vom glücklichen. Aber dem deutschen Nationalbewußtsein ziemt solche Verengung nie und nimmermehr. Es kann und darf nicht vergessen, daß Deutschland größer und älter ist als das deutsche Reich. Wenn die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage als eine Leistung der Realpolitik die Wünsche des Nationalgefühls nicht im vollen Umfang zu erfüllen vermochte, wenn die Freude und der Stolz über die Aufrichtung des deutschen Reiches bei den Besten unseres Volkes hüben und drüben gemischt ist mit der Wehmut der Entsagung, so ist damit dem nationalen Gewissen die nur noch größer und schwerer gewordene Aufgabe übrig gelassen, das Deutschtum jenseits der Grenze wenigstens mit den geistigen Banden über Berge und Meere hinweg untrennbar

zusammenzuschmieden mit dem kraftvoll geeinten Kern des Deutschtums. Vielleicht ist der Vorwurf nicht zu widerlegen, daß dieses deutsche Gewissen in den ersten Jahren nach der Schöpfung des Reiches betäubt von den frischen Lorbeeren die Neigung bewiesen habe, zu schlummern; aber mehr und mehr hat es sich im Lauf der letzten Jahre aufgerafft und in dem heutigen nationalen Vereinswesen sein Rüstzeug geschaffen.

Zunächst ist das Gefühl der Pflicht rege geworden, die massenhaft anschwellende deutsche Auswanderung zu bewahren vor dem beschämenden Schicksal des Völkerdüngers. Anfangs gestaltet es sich in den konfessionellen Formen; nach dem Vorgang des Gustav-Adolf-Vereins und anderer protestantischen Leistungen tritt der St. Raphael-Verein zum Schutz der katholischen Auswanderer auf den Plan (1871). Dann erwacht das Bestreben, alte Unterlassungssünden so weit nur immer möglich, noch gutzumachen. Im Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen (1878) wiegt noch der Gedanke vor, durch Pflege der wirtschaftlichen Bande mit dem Mutterland die schon bestehenden Ansätze deutscher Kolonisation zu kräftigen, den deutschen Handel auszubreiten. In jüngeren Vereinen, wie dem Kolonialverein (1882) und dem Verein für Kolonisation (1884) gibt sich vor allem der Wunsch Ausdruck, die deutsche Massenauswanderung in Gebiete zu leiten, die der deutschen Art bessere Aussichten der Erhaltung eröffnen, als die Vereinigten Staaten, der Wunsch nach einem Neudeutschland über See. Allen drei Vereinen hatte zunächst Südbrasilien vorgeschwebt; der Gang der Ereignisse lenkte das Augenmerk der beiden jüngeren vorzugsweise auf Afrika und führte bald zu deren Verschmelzung zur „Deutschen Kolonial-Gesellschaft" (1888).

Aber auch in seinen historischen Sitzen in Mitteleuropa, insbesondere gegenüber Slaven, Italienern, Magyaren fühlte das Deutschtum sich mehr und mehr bedroht. In Deutsch-Oesterreich ersteht der Deutsche Schulverein Wien (1880), um durch die Unterstützung des deutschen Schulwesens die Sprachgrenze und die Sprachinseln zu sichern. Das lebhafte Mitgefühl im deutschen Reich, die Beschränkung der Organisation und der Hilfsthätigkeit des österreichischen Schulvereins auf Oesterreich führt zur Begründung des Allgemeinen deutschen Schulvereins (Berlin 1881) und kleinerer Vereine. Dem Wiener Schulverein zur Seite treten nach und nach die Schutzvereine zur wirtschaftlichen Unterstützung des deutschen Gewerbes und Bauernstandes an der Sprachgrenze: der Böhmerwaldbund (Budweis 1883), der Bund der Deutschen Nordmährens (Olmütz 1886), die Südmark (Graz 1889), der Bund der Deutschen in Westböhmen (Pilsen 1892), der Bund der Deutschen in Ostböhmen (Trautenau 1894), der Bund der Deutschen in Nordwestböhmen (Brüx 1894), die Nordmark (Troppau 1894), der Bund der

Deutschen im Egerkreis (Eger 1895), der Bund der Deutschen in Böhmen (Prag 1894), der als wirtschaftliche Organisation der deutschnational-antisemitischen Partei in Böhmen im Gegensatz zu den anderen, als deutschliberal bezeichneten Bünden in den einzelnen Landesteilen Böhmens entstanden ist.

Nach dem Muster dieser Schutzbünde hat sich 1894 in Posen im **Deutschen Reich** der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken gebildet, gegenüber der polnischen Propaganda in den östlichen Landesteilen Preußens.

Die antisemitische Bewegung hat wie überhaupt auf die politischen Parteiverhältnisse Deutsch-Oesterreichs, auch auf das Verhältnis der dortigen Schutzvereine unter sich und gegenüber dem Schulverein bestimmend eingewirkt. Als deutschnational bezeichnen sich außer dem Bunde der Deutschen in Böhmen die Südmark und die Nordmark; näher auf diese Parteirichtungen einzugehen ist in diesem Ueberblick nicht am Platze. Der geistige Zusammenhang Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschtum im Reiche tritt in der Frage des sog. Antisemitismus trotz der Verschiedenheit der Wirkungen hüben und drüben klar zu Tage. Ihren Ausgangspunkt hat die antisemitische Bewegung vom Deutschen Reiche oder noch genauer dessen Hauptstadt genommen, zu Ende der 70er Jahre. Der Abwehr aller jüdischen Einflüsse stellt sich zur Seite als ihre Ergänzung die bewußte Pflege deutscher Volksart, darin berührt sich der Bund der Germanen in Oesterreich — hervorgegangen aus dem Schulverein für Deutsche, den Georg Schönerer dem Wiener Schulverein entgegenstellte — mit verschiedenartigen Versuchen innerhalb des Deutschen Reichs, auf antisemitischer Grundlage Vereinsformen zur Pflege der deutschen Volkstümlichkeit fruchtbar zu machen, dem Deutschbund, den Jugendbünden, dem Verein Alldeutschland.

Abseits vom politischen Parteigetriebe hat der deutsche Sprachverein (1885) wieder das Bestreben aufgenommen, das seit dem 16. Jahrhundert schon vor der fruchtbringenden Gesellschaft sich stets im Gefolge jeder lebhafteren Erregung des deutschen Nationalgefühls zeigt, das Bestreben, die deutsche Sprache zu reinigen von der Wasserpest der Fremdwörter, zu retten aus der Gefahr der Verwälschung aus Vornehmthuerei und gedankenloser Nachäffung.

Als umfassende Vereinigung aller nationalen Bestrebungen, nicht im Wettbewerb mit den Vereinigungen zu bestimmten Aufgaben ist der Allgemeine deutsche Verband 1890 ins Leben getreten. Schärfer bezeichnet die Umformung seines Namens zum Alldeutschen Verband 1894 die Aufgabe, die sich immer mehr als sein eigentliches Arbeitsfeld herausgebildet hat: über alle politischen Schranken hinweg die Treue zum deutschen Volkstum zu predigen, die öffentliche Meinung mit nationalen Empfindungen und Gesichtspunkten zu erfüllen, in den Bedürfnissen des Tages, in den Wechselfällen der Politik den Leitstern der Wohlfahrt und der Zukunft des deutschen Volkstums allenthalben auf der Erde im Auge zu behalten.

I. Konfessionelle Vereine zum Schutz des Deutschtums.

1. Der Gustav-Adolf-Verein.

Den Reigen unserer heutigen nationalen Vereine zu führen, hat der Gustav-Adolf-Verein begründeten Anspruch, — sowohl nach der Zeit seines Ursprungs, der Dauer seiner Thätigkeit, als nach dem Umfang seiner Leistungen für die Erhaltung des Protestantismus in der Zerstreuung; denn diese seine Aufgabe schließt wenigstens in Osteuropa die Erhaltung zahlreicher deutscher Sprachinseln in sich. Es war etwas Neues, als im Jahre 1832 bei Gelegenheit eines Aufrufes zur Errichtung eines Denkmals für den Schwedenkönig Gustav Adolf auf dem Schlachtfelde von Lützen ein Leipziger Kaufmann, C. A. W. Schild, den Vorschlag machte, alle Stände und Schichten der protestantischen Bevölkerung möchten aufgefordert werden, Mann für Mann einen halben Neugroschen beizusteuern, damit etwas Erhabenes gestiftet werden könne. Seinem Hinweis auf das Vorbild der englischen Penny-Sammlungen fügte das „Leipziger Tageblatt" die Worte bei, das Inselvolk der Engländer könne als leuchtendes Beispiel der Kraft und Stärke durch Nationalgefühl aufgestellt werden. „Freilich ist unser armes Vaterland in viele Länder und Ländchen zerrissen, aber es lebt noch in demselben eine Einheit der Gesinnung, trotz der verschiedenen Farben, welche die Schlagbäume tragen, die den freien Verkehr der Brüder desselben Vaterlandes hemmen. Hier ist eine Gelegenheit, solche zu bethätigen, würdig wie keine andere".*) Daran schloß sich bald der Gedanke, auf diese Weise eine Anstalt zu brüderlicher Unterstützung bedrängter Glaubensgenossen in und außer Deutschland zu stiften. Seit 1842 führt die Gustav-Adolf-Stiftung die weitere Bezeichnung „Evangelischer Verein"; er gab sich 1843 eine neue Organisation, wobei das bisher gesammelte Vermögen von 17,825 Thalern in die Verwaltung des Zentralvorstandes in Leipzig überging. In dieser Gestaltung hat der Gustav-Adolf-Verein, wie er gewöhnlich heißt, einen staunenswerten Aufschwung genommen. Bei der Jubelfeier seines 50jährigen Bestehens umfaßte er bereits 44 Hauptvereine, 1718 Zweig- oder Ortsvereine, 399 Frauenvereine, 9 Studentenvereine, 19 Kinder- und Kreuzervereine; nach dem Bericht für das 64. Vereinsjahr (1894/95) waren es zuletzt 45 Hauptvereine, 1849 Zweig- und 538 Frauenvereine. Die Gesamtausgabe für Unterstützungen betrug 1'117,636 Mark, davon 214,036 aus der Centralkasse (49,926 Mark aus Spenden, Stiftungen und Zinsen).

*) Der Gustav-Adolf-Verein in Haupt und Gliedern. Von Julius Oskar Zenker, Leipzig 1882. S. 6. Das Buch liegt auch im folgenden mehrfach der Darstellung zu Grunde; außerdem sind andere Veröffentlichungen des Vereins benützt.



Das Vermögen des Zentralvorstandes betrug 1'372,672 Mark, das der Hauptvereine im deutschen Reich 2'622,261 Mark. die Gesamtsumme der Einnahmen der Haupt- und Zweigvereine belief sich auf 2'056,194 Mark. Die Kassengebahrung des Zentralvorstandes (einschließlich der durch ihn versandten Unterstützungen der Haupt- und Zweigvereine) umfaßte 692,844 Mark. Die Unterstützungen im Verlauf dieser 64 Jahre der Vereinsthätigkeit betrugen 30'590,417 Mark! In die österreichisch-ungarische Monarchie waren 9'131,035 Mark, in das übrige Reichsausland 3,125,538 Mark gegangen.

Daß solche Leistungen möglich geworden sind, das ist gewiß nicht zum kleinsten Teil Folge der musterhaften Organisation des Gustav-Adolf-Vereins. Sie vereinigt vor allem in glücklichster Weise die Vorteile der Zentralisation und der selbständigen Verfügung der einzelnen Vereine, die eben nicht nur als Fangarme der Vorstandschaft thätig sind. Von ihren jährlichen Einnahmen bleibt ihnen das erste Drittel zu unmittelbarer freier Verfügung; das zweite Drittel überweisen sie entweder dem Hauptvorstand unter der Bestimmung des Zweckes oder sie senden es selbst an die von ihnen bestimmte Gemeinde, unter Beifügung eines Schreibens des Hauptvorstandes, und nur das letzte Drittel führen sie an diesen ab, wobei sie noch die Wahl haben, ihm die sofortige Verwendung oder die Kapitalisierung vorzuschreiben. Den Frauenvereinen ist insbesondere die Aufgabe zugewiesen, nicht den gesamten Umfang der Vereinsthätigkeit zu pflegen, sondern sich zu beschränken auf die Fürsorge für Konfirmanden und ähnliche Anstalten, für Witwen und Waisen evangelischer Prediger und Lehrer, für persönliche Unterstützungen von Predigern und Lehrern in der Zerstreuung, für Ausstattung von Kirchen mit Glocken, Orgeln und Altargerät, sodann für die Schulen.

Die Verfügung der Vereine über ihre Einnahmen erfordert jedoch selbstverständlich ein planmäßiges Zusammenarbeiten. Die Organisation des Gustav-Adolf-Vereins verstand es frühzeitig, dem Mißbrauch der Wohlthätigkeit vorzubeugen, daß einzelne Unterstützung suchende Gemeinden durch besondere Rührigkeit und Findigkeit an den verschiedensten Stellen gleichzeitig ihre Zwecke erreichen, während bedürftigere aber minder geschickte Gemeinden dadurch verkürzt werden. Die Unterstützungsgesuche laufen alle beim Zentralvorstand ein, der sie durch einen aus seiner Mitte gewählten Ausschuß prüfen und sichten läßt. Das Verzeichnis der Gesuche, mit Auszügen aus deren Wortlaut und Vorschlägen des Ausschusses über die einzelnen Unterstützungen, wird alljährlich durch den Druck veröffentlicht und den Hauptvereinen als Vertrauenssache zugestellt. Die Ausarbeitung dieses Verzeichnisses ist eine ebenso wichtige als zeitraubende Leistung, sie nimmt den rechtskundigen Bevollmächtigten für länger als ein Vierteljahr vollständig in Beschlag. Dieses Verzeichnis enthält höchst wertvolles Material für das Studium der Lage sowohl des Protestantismus in Deutschland inmitten katholischer Bevölkerung, als auch des Deutschtums im Auslande, insbesondere in Osteuropa. Bei jeder Gemeinde ist der

Unterstützungsbetrag des Vorjahres, sowie der gesamte Betrag der bisher gewährten Unterstützungen angegeben. Der Unterstützungsplan verzeichnet die Gemeinden, welche nach dem Vorschlag des Zentralvorstandes berücksichtigt werden sollen, die Vereine, denen sie jeweils zur Unterstützung empfohlen werden, den Zweck und den Betrag der vorgeschlagenen Summe. Dagegen benennt der Unterstützungsplan für die Frauenvereine nur die Gemeinden oder Anstalten und läßt somit dem Zufall einen weiten Spielraum. Es ist deshalb auch nicht ausgeschlossen, daß Gesuche, welche mit Umgehung des Zentralvorstandes direkt an Frauenvereine einlaufen, einen unverhältnismäßigen Erfolg haben; und so ist der Wunsch des Zentralvorstandes gerechtfertigt, daß die Frauenvereine nur solche Gesuche berücksichtigen, welche vom Zentralvorstand begutachtet worden sind, und daß sie von ihren sämtlichen Bewilligungen, auch den persönlichen Unterstützungen alljährlich Anzeige erstatten möchten. Eine Uebersicht dieser Leistungen wird als Anhang dem genannten Verzeichnisse beigegeben.

Die sog. Hauptvereine sind sowohl eigene Organisationen, als auch Vororte für ihre Gebiete. Sie vermitteln den Verkehr zwischen dem Zentralvorstand und den Zweigvereinen, ihr wichtigstes Recht ist die Wahl seiner Mitglieder auf den Hauptversammlungen. Teilweise stehen jedoch die Hauptvereine in engerer Verbindung mit den Zweigvereinen und dann verfügen sie auch mit über deren Einnahmen. Andererseits können auch Zweigvereine ohne Anlehnung eines Hauptvereins sich direkt unter den Zentralvorstand stellen. Die ganze Verfassung des Gustav-Adolf-Vereins hat sich eben allmählich mit dem Wachstum herausgestaltet, indem der Zentralvorstand den Unterabteilungen das Recht selbständiger Verfolgung der gemeinsamen Zwecke von Anfang an eingeräumt hatte. Reibungen innerhalb des Vereins sind dadurch von vorn herein ausgeschlossen gewesen.

Der Zentralvorstand besteht aus 24 Mitgliedern, von denen alle drei Jahre ein Drittel ausscheidet, dessen Wiederwahl jedoch gestattet ist; neun derselben, denen die Hauptlast der Geschäftsführung obliegt, müssen ihren Wohnsitz in Leipzig haben, fünfzehn außerhalb. Als Aufgabe des Zentralvorstandes wird bezeichnet: den Gesamtverein in jeder Beziehung nach außen zu vertreten und die allgemeinen Angelegenheiten im Innern zu besorgen, alle Schriften in Angelegenheiten des Gesamtvereins zu empfangen und darüber zu beschließen, die Hauptvereine mit den nötigen Nachrichten zu versehen und die Jahreseinnahmen zu empfangen, die Zentralkasse und das Zentralarchiv zur Aufbewahrung aller wichtigen Schriften zu verwalten.

An die Oeffentlichkeit tritt der Gustav Adolf-Verein vor allem durch seine jährlichen Hauptversammlungen. Sie waren ursprünglich nur „mindestens alle drei Jahre" vorgesehen, die Einsicht in ihre große Wichtigkeit für die Vereinssache hat die häufigere Wiederkehr zum allgemein gefühlten Bedürfnis gemacht. Gerade als Wanderversammlungen, so urteilte schon vor 20 Jahren ein hervorragender Förderer des Vereins, immer in einer anderen Gegend Deutschlands,

haben sie das Feuer für die Sache des Vereins von Stadt zu Stadt, von Land zu Land getragen; ohne diese Hauptversammlungen hätte der Verein nie die Blüte erlangt, deren er sich jetzt erfreut. Und wohl mit Recht schreibt er ihnen auch eine allgemeine nationale Bedeutung bei. „Ganz abgesehen von dem großen Segen der persönlichen Berührung haben diese Versammlungen das ihrige dazu beigetragen, die einzelnen deutschen Stämme sich näher zu bringen und die Schlagbäume niederzureißen, welche so lange diese Stämme von einander geschieden hatten." Als eine der wichtigsten Bestimmungen der Hauptversammlung hat sich die Gepflogenheit herausgebildet, einer besonders dürftigen Gemeinde in der Zerstreuung eine größere Unterstützung zuzuweisen, um sie womöglich aus aller Bedrängnis und Not zu befreien — es ist das sog. Liebeswerk. Seit 1851 schon hat der Centralvorstand etwa 3 Monate vor der Hauptversammlung drei Gemeinden zur engeren Wahl bestimmt. Nachdem dann die einzelnen Vereine und der Centralvorstand ihre Beiträge angemeldet haben, schildert ein Mitglied des Centralvorstandes als Referent die Verhältnisse und Bedürfnisse der drei Gemeinden, darauf folgt die Abstimmung der Abgeordneten der Hauptvereine und des Centralvorstandes. Als höchster Betrag dieses Liebeswerks findet sich (für 1875) die Summe von 29468 Mark; ihn erhielt eine deutsche Gemeinde in Galizien. Größere Zuwendungen gewähren aber auch die einzelnen Hauptvereine unter dem Namen von Liebesgaben.

Besondere Erwähnung verdient auch die Gepflogenheit des Gustav Adolf-Vereins, durch „fliegende Blätter" bei besonderen Anlässen, wie beim Tode Kaiser Wilhelms, beim Anbruch des 300. Geburtsjahres Gustav Adolfs oder in Fällen dringender Not von Glaubensgenossen, sich an die Allgemeinheit zu wenden. Sie beschränken sich auf 4 Druckseiten, sind in volkstümlicher Darstellungsweise gehalten, mit Holzschnitten geziert und werden in beträchtlicher Anzahl ausgegeben (Nr. 56 in 195,000 Stück).

Es scheint uns für den Zweck der vorliegenden Schrift von Wert, die Organisation des Gustav Adolf-Vereins möglichst knapp aber doch ausreichend zu kennzeichnen — auf die Gefahr hin, daß der Leser solche Angaben langweilig finde. Unbestreitbar sind ja auch die äußeren Formen des deutschnationalen Vereinswesens Nebensache, der Geist ist es, der sich sein Haus erbaut, in den Leistungen weht den Betrachter sein Hauch an. Aber trotzdem bleibt die Organisation des Hauptes und der Glieder eine der wichtigsten Bedingungen zum Leben und Gedeihen eines Vereines, der weitausblickende Pläne verfolgt. Es wird sich im Nachfolgenden erweisen, wie tief zuweilen die Fragen der Organisation einschneiden. Gerade die Einrichtungen des Gustav Adolf-Vereins aber müssen bei eingehender Erwägung als unübertrefflich bezeichnet werden. Wenn auch ihre Uebertragung nicht ohne weiteres empfohlen werden kann, so dürfen sie doch in mancher Beziehung zum Vorbild genommen werden. Unerreichbar wird er aller Wahrscheinlichkeit schon

dadurch bleiben, daß das konfessionelle Gemeingefühl in Deutschland leichter in den breiteren Schichten zu erregen und wachzuhalten ist, als das über die Glaubensunterschiede hinwegsehende Nationalgefühl. Ein Beweis für die tiefste Teilnahme an den Zielen und Aufgaben des Vereins sind vor allem auch die zahlreichen Spenden und Legate; so hat die Centralkasse erhalten 1893: 55,396 Mark, 1894: 31,482 Mark, 1895: 6258 Mark, die Hauptvereine 1893: 383,050 Mark, 1894: 93,316 Mark, 1895: 486,795 Mark. Und die Teilnahme ist nicht etwa beschränkt auf die wohlhabenden Klassen. „In Stuttgart ist eine Frau, deren Herz in besonderer Liebe entbrannt für Galizien mit seinen armen deutschen Kolonien und ihren elenden Schulen und blutarmen Schullehrern. Dahin sammelt sie und schickt sie unermüdlich seit Jahren Geldgaben, Kleider, Schul- und Erbauungsbücher. Die Leute dort meinen gar, das sei eine vornehme Dame und schreiben der gnädigen Frau ehrfurchtsvolle Bitt- und Dankschreiben. Diese gnädige Frau aber ist die Gattin eines Schutzmannes, die neben der Sorge für Haus und Mann und vier Kinder Herz und Hand offen hält den zerstreuten Kindern Gottes". (Bericht des Centralvorstandes für 1893/94 S. 13.) Wenn also trotz solcher rührender Beispiele der Opferwilligkeit noch darüber geklagt wird, daß der Gustav-Adolf-Verein noch viel zu wenig bekannt sei, und sogar die Beweise davon für eine Stadt, wie Leipzig mitgeteilt werden, so liegt darin doch auch die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit weiteren Wachstums.

Aber noch rascher wachsen jedenfalls die Ansprüche an die Thätigkeit des Vereins. Sein Arbeitsfeld ist ohnehin weitgesteckt, die gesamte evangelische Zerstreuung unter katholischer Bevölkerung innerhalb und außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebietes, ohne Unterschied der lutherischen, reformierten, unierten und sonstiger als evangelisch sich erweisenden Gemeinden. Die Ansprüche auf Unterstützungen müssen im Deutschen Reich notwendig wachsen infolge der zunehmenden Mischungen der Konfessionen, der Bildung protestantischer Gemeinden unter katholischer Grundbevölkerung, sie werden aber auch wachsen im Ausland, teils durch innere Wanderungen, teils durch deutsche Wanderung nach Osteuropa, wenn schon diese vorderhand nicht beträchtlich sich im allgemeinen auf Städte beschränkt, in denen der Handel und Verkehr allmählich deutsche Kolonien begründet.

Für den Gesichtspunkt unserer Darstellung ist es von besonderem Belang, Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, inwieweit die Thätigkeit des Gustav Adolf-Vereins der Erhaltung des Deutschtums an der Sprachgrenze und in Sprachinseln dienstbar wird. An sich kennt die Verfassung des Vereins diesen deutschnationalen Standpunkt nicht. Aber zum Beweis, wie vielfach er in der Thätigkeit des Vereines infolge der gegebenen Verhältnisse Geltung finden muß, seien hier einige Angaben zusammengestellt. Die gesamten Verfügungen des Centralvorstandes bis Ende 1895 betragen 6'631,318 Mark, der

Haupt- und Zweigvereine 27'693,092 Mark. Im Gebiet des Deutschen Reiches sind davon verwendet worden 17'964,925 Mk.; von den damit unterstützten 2530 Gemeinden treffen 309 auf Schlesien, 270 auf Posen, 264 auf Ost- und Westpreußen. Die Verteidigung des Besitzstandes der evangelischen Konfession fällt in diesen Landesteilen bekanntlich fast durchaus zusammen mit der des deutschen Sprachgebietes. Es verdient hiebei hervorgehoben zu werden, daß das Königreich Sachsen 8 unterstützte Gemeinden mit dem Gesamtbetrage von 147,517 Mark aufweist, gegenüber einer Gesamtaufbringung von 4'183,283 Mark ohne den Centralvorstand; die preußische Provinz Brandenburg 13 Gemeinden mit 30,836 Mark gegenüber der Leistung von 2'199,959 Mark, die preußische Provinz Sachsen unterstützt 32 Gemeinden mit 163,435 Mark gegenüber der Leistung von 1'301,902 Mark für den Verein.

Und wie verhält es sich mit dem national uns am nächsten stehenden Oesterreich-Ungarn?

Oesterreich diesseit der Leitha hat aufgebracht für den Gustav-Adolf-Verein 1'212,654 Mark, an Unterstützungen bedurft 7'173,182 Mark, hat demnach aus dem deutschen Reich erhalten 5'960,528 Mark für 623 Gemeinden. Davon befinden sich 150 allein in Galizien, (und Bukowina), sie enthalten den der Polonisierung widerstrebenden Kern des dortigen Deutschtums. Was aus ihnen geworden wäre ohne die Unterstützung des Gustav-Adolf-Vereins (974,363 Mark), braucht kaum gesagt zu werden. Zur Zeit erfreuen sich 125 Gemeinden seiner Fürsorge. Böhmen hat erhalten 2'250,635 Mark für 163 Gemeinden, Mähren 905,000 Mark für 91 Gemeinden, wobei anscheinend keine Bevorzugung der Deutschen stattfindet. Das reformierte tschechische Lehrerseminar für Böhmen und Mähren hat bereits 32,627 Mark erhalten (bis 1895).

Siebenbürgen mit dem Hauptverein in Hermannstadt hat für die Unterstützung von 139 Gemeinden erhalten 511,316 Mark, davon jedoch selbst aufgebracht 234,700 Mark; die evangelische Kirche der Siebenbürger Sachsen zählt rund 200,000 Seelen. Die Zuwendungen des Gustav-Adolf-Vereins dienen dort fast ausschließlich dem Schutz des Deutschtums; doch verschmäht es unter Umständen auch eine magyarische Gemeinde helvetischen Bekenntnisses, wie die in Sächsisch-Regen, nicht, die Unterstützung von den sonst verhöhnten Deutschen anzunehmen.

Das eigentliche Ungarn hat vom Gustav-Adolf-Verein für 372 Gemeinden im ganzen 1260085 Mark an Unterstützungen erhalten: was dortige Zweigvereine in Zusammenhang mit dem Zentralvorstand geleistet haben, beträgt als durchlaufender Posten nicht mehr als 53,885 Mark. Die helvetische Kirche hat sich stets als rein magyarisch gefühlt, und mit dem Gustav-Adolf-Verein höchstens diplomatische Beziehungen gepflogen; in dessen Rechnungsablage für 1895 erscheint eine Zuwendung des reformierten Distrikts jenseit der Theiß von 28 Mark nur wie ein schlechter Witz. Die

evangelisch-lutherische Kirche in Ungarn aber hat sich schon 1860 eine eigene allgemeine Hilfsanstalt geschaffen, welche vom Gustav-Adolf-Verein als befreundete Körperschaft betrachtet wird. Daß ihre Mittel nicht ausreichen, um die Bedürfnisse der evangelischen Gemeinden in Ungarn zu befriedigen, geht aus den zahlreichen Unterstützungsgesuchen an den Zentralvorstand in Leipzig klar genug hervor. Er hat diese bisher in echt evangelischer Gesinnung nur nach der Dürftigkeit, nicht nach der Sprache der Gemeinden beurteilt. Die evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zählte im eigentlichen Ungarn (ohne Siebenbürgen) 1890 450,000 Slowaken, 220,000 Deutsche und 310,000 Magyaren unter ihren Angehörigen, wobei sehr vieles zur Annahme zwingt, daß unter den angeblichen Magyaren ein beträchtlicher Teil deutscher und slowakischer Abkunft sei. Das Augsburgische Bekenntnis ist stets als deutscher Glaube dem magyarischen Calvinismus gegenüber gestellt worden. In den letzten Jahrzehnten ist jedoch im Schoß der evangelischen Kirche immer mehr das Bestreben herrschend geworden, die deutsche und slowakische Sprache zurückzudrängen. Neuerdings haben sich die obersten Kirchenbehörden in aller Form dazu erboten, die Magyarisierung zu befördern, um den Judaslohn der Erhöhung der staatlichen Zuschüsse! Es ist hier nicht der Ort, um näher auf diese Verhältnisse einzugehen, das genannte Beispiel genügt als Probe der tief entsittlichenden Wirkung des Systems der Magyarisierung um jeden Preis. Denn da der Deutsche und auch der Slowake bei der Aufnötigung der magyarischen Sprache und Denkweise verliert, eine höher stehende Bildungssprache oder wie der Slowake den Vorteil der nahen Verwandtschaft seiner Sprache mit den Sprachen zahlreicher europäischer Völker dahingibt für ein Idiom engster Geltung, das in Europa stets ein Fremdling bleiben wird, — so kann die Magyarisierung überhaupt nicht anders als durch brutale Gewalt oder die Pflege des niedrigsten Eigennutzes gefördert werden. Und ist es etwas anderes als der schwärzeste Undank, nachdem der Gustav-Adolf-Verein fortgesetzt beträchtliche Summen nach Ungarn sendet, fast noch mehr für magyarische und slowakische Gemeinden als für deutsche, sein Werk einfach zerstören zu wollen? Für die deutsch-evangelische Bildungsanstalt in Oberschützen hat der Verein bis 1895 227,274 Mark beigesteuert, das ungarische Ministerium aber nötigt der Anstalt magyarische Unterrichtssprache auf und hindert sonst auf jede Weise ihre Thätigkeit. Unter solchen Umständen wird der Gustav-Adolf-Verein früher oder später die bisherige Gepflogenheit der Unterstützungen ändern und den Gesichtspunkt der Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur in Ungarn schärfer ins Auge fassen. Gilt doch Rücksicht auf das Deutschtum auch für die Thätigkeit im übrigen Osteuropa, im Orient und in Amerika.

2. Protestantische Missionsvereine.

Der Gustav-Adolf-Verein hat den Schwerpunkt seiner Thätigkeit in Europa; in die Fürsorge für die über See ausgewanderten deutschen Protestanten teilen sich verschiedene kleinere Vereinigungen. Die von ihnen erfüllte Aufgabe ist aber nicht die Unterstützung bedürftiger Gemeinden, sondern die Aussendung von Predigern und Lehrern. Schon 1837 bildete sich die „Evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen in Nordamerika", mit dem Sitze in Barmen; im Jahre 1883 hat sie sich mit dem Komitee für die protestantischen Deutschen in Südbrasilien vereinigt und nahm dann den entsprechenden allgemeinen Namen „in Amerika" an. Sie hat auch die Unterstützung des Gustav-Adolf-Vereins in reichem Maße erfahren (bis 1896 51,652 Mark). Die Pilgermission auf St. Chrischona bei Basel entsendet Prediger und Lehrer nicht nur nach Amerika, sondern auch sonst zu den Gemeinden der Zerstreuung; sie findet hier Erwähnung, weil sie gleichfalls vom Gustav-Adolf-Verein unterstützt wird (bis 1896 mit 11,510 Mark). Die zahlreichen Anstalten zur Ausbildung von Missionären verdanken ihre Begründung meist Einzelnen; bei all ihrer segensreichen Wirksamkeit für die Erhaltung des Deutschtums im Ausland stehen sie doch den Formen des Vereinswesens durchaus fern. Ein Verein zur geistlichen Fürsorge für die deutschen Auswanderer in den westlichen Staaten der Union entstand 1852 in Berlin; die Berliner Missionsgesellschaft hat seit 1860 in Britisch-Kaffernland durch entsendete Geistliche deutsche Gemeinden organisiert; seit 1882 findet alljährlich die Diaspora-Konferenz statt unter Beteiligung von Geistlichen und Laien zur Besprechung über die Lage der auf der ganzen Erde verstreuten deutschprotestantischen Gemeinden. Für die Auswanderer entfalten auch die Vereine für innere Mission eine umfangreiche und segensvolle Fürsorge; sie haben in den größeren Hafenstädten besondere „Auswanderungsmissionäre", so in Bremen, Hamburg, Stettin, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam. Sie stehen in Verbindung mit dem „deutsch-lutherischen Auswandererhaus" in New-York, das die Ankömmlinge für einen oder mehrere Tage aufnimmt. Es wurde 1873 eröffnet, ist die Schöpfung eines eigenen Vereines, der „Lutherischen Auswandererhaus-Vereinigung" und wird von einem Missionär geleitet. Er empfängt die Einwanderer am Hafen, die sich durch schon in Deutschland erhaltene grüne Karte, am Hut aufgesteckt, kenntlich machen. Auf Wunsch werden ihnen auch die Fahrkarten zur Weiterreise besorgt, und ein kirchlicher Wegweiser mit den Adressen von über 1300 lutherischen Geistlichen macht ihnen Gegenden namhaft, in denen bereits deutsche protestantische Gemeinden bestehen, die sich zur deutschen Einwanderung eignen. Die Missionsgesellschaft in Bremen erstreckt ihre Thätigkeit auch auf Brasilien, die Laplata-Staaten, Australien und Ostasien. Es gelang ihrer Vermittelung z. B. 1891 von der Einwanderung über Bremen nach Brasilien (11,254, teilweise aus Rußland vertriebene Deutsche) viele nach den

südlichen Provinzen zu lenken, wo sie sich an die bestehenden deutschen Ansiedlungen anschließen konnten. Mit solchen Bemühungen nähern sich die Missionsvereine immer mehr den eigentlichen Kolonisationsvereinen.

3. Der St. Raphael-Verein zum Schutz katholischer Auswanderer.

Die Einwanderung deutscher Katholiken nach Nordamerika ist eine jüngere Erscheinung; denn sie beteiligen sich erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in großen Massen an der Auswanderung, während deutsche Protestanten schon seit dem Ende des 17. Jahrhunderts in Scharen nach Pennsilvanien gezogen waren. Das Verdienst um das Schicksal der katholischen Auswanderung aus Deutschland in unermüdlicher Bemühung und mit bewundernswürdigem Erfolg Sorge getragen zu haben, gebührt in erster Reihe einem einzigen Manne, dem Generalsekretär des St. Raphael-Vereins zum Schutz katholischer Auswanderer Cahensly in Limburg an der Lahn, einem langjährigen Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Tausende jenseit des Meeres segnen seinen Namen; es ist ein beschämender Beweis für die Zerklüftung unseres deutschen Volkes in Konfessionen und Parteien, für seine Gleichgültigkeit gegen das echte Verdienst, das die laute Reklame der Tagesberühmtheit verschmäht, daß der Name des Mannes im eigenen Vaterland nicht längst wenigstens jedem Deutschgesinnten vertraut ist.

Auf der Generalversammlung deutscher Katholiken in Trier 1865 schilderte Cahensly in Worten tiefen Mitgefühls das Elend der armen unbeholfenen Auswanderer nach der Union, wie sie nicht selten schon in der Hafenstadt um ihr bißchen Hab und Gut gebracht wurden, wie Auswanderungsagenten und Wirte in gewissenloser Ausbeutung wetteiferten, wie das geriebene Laster den frommen Glauben, die Sittlichkeit seiner Opfer untergraben, zur Verzweiflung an der Weltordnung bringen mußten. Das Durcheinander der Geschlechter in den armseligen Herbergen, in dem Zwischendeck der Auswandererschiffe, das unvermeidliche Zusammenleben argloser Leute mit dem Auswurf der Heimat, mit der rohen Begierde der Matrosen mußte alle Bande der Sitte sprengen. Es waren die unausbleiblichen Folgen mangelnder Fürsorge der Gesetzgebung, die die Auswanderung fast unbeaufsichtigt ihrem Schicksal überließ.

Auf Antrag Cahenslys wurden Beschwerden an die Regierungen der Einschiffungshäfen erlassen, um eine Besserung dieser traurigen Zustände anzubahnen. Auf der Generalversammlung deutscher Katholiken in Bamberg 1868 wurde ein besonderes Komitee zum Schutz der Auswanderer gebildet, auf der Versammlung in Mainz 1872 dann der St. Raphaelverein begründet. Vorsitzender wurde der Fürst zu Ysenburg-Birstein, Generalsekretär Cahensly, der es noch heute ist. Die Mitglieder und Freunde des Vereins erhoben ihre Stimme in den Volksvertretungen und in den Zeitungen; man verlangte Schutz der Auswanderer durch geeignete Gesetze; erreicht wurde baldigst strenge Aufsicht über die Agenten, die Wirte, die Schiffahrts-

gesellschaften, Ueberwachung der Herbergen, feste Preise in ihnen, Trennung der Geschlechter dort und auf den Schiffen — die ersten heilsamen Ergebnisse einer Reform, die von da an mehr und mehr Boden gewann zum materiellen und sittlichen Wohle der armen Auswanderer. Es gelang dem Raphael-Verein für seine humanen Zwecke in allen Bistümern des deutschen Reiches Männer, meist hohe Geistliche, zu gewinnen, die ihren Namen und ihre Zeit zur Verfügung stellten, bei denen Auswanderungslustige Rat und Beihilfe suchen und finden konnten. In den Hafenstädten stellte er Vertrauensmänner auf mit der Aufgabe, den Auswanderer, der sich durch eine Empfehlungskarte ausweist, am Bahnhof zu empfangen, ihn in eine vertrauenswürdige Herberge zu führen, bei der Umwechslung seines Geldes in die Münzen des Bestimmungslandes und bei seinen Einkäufen von Uebervorteilung zu bewahren, und an Bord des Schiffes zu begleiten. Nicht minder segensreich ist die religiöse Fürsorge, auch für solche, die bisher ihrer Konfession sich entfremdet hatten.

Es wäre thöricht von einem Nichtkatholiken an den konfessionellen Formen der Fürsorge für die Auswanderer Anstoß zu nehmen; sie bedeuten für die große Masse das wichtigste geistige Erbe der verlassenen Heimat, mit ihm im Herzen erträgt er leichter die Verpflanzung in völlig neue Verhältnisse. Diese seelsorgerische Bemühung der geistlichen Vertrauensmänner des Raphaelvereins stellt aber auch eine beträchtliche Arbeitsleistung dar; in Bremen besuchten in den 10 Jahren der Vereinsthätigkeit von 1885—1895 sämtliche Schützlinge auch die Kirche, 224,354, gebeichtet haben 27,790; in Hamburg wurden gezählt 22,313 Schützlinge, 17695 Kirchenbesucher, 2,485 Beichtableger; in Antwerpen 4,8363 Schützlinge, sämtlich Kirchenbesucher, davon 13,042 auch die Beichte ablegten, endlich in Rotterdam 9,468 Schützlinge, darunter 7,300 Kirchenbesucher und 1088 Beichtende. Die durch die Vermittelung der Vertrauensmänner hier gewechselten, niedergelegten und versandten Geldbeträge haben in dieser Zeit eine Summe von 6'056,440 Mark ausgemacht.

Die Gefahren für die Auswanderer sind mit der Ausschiffung noch nicht beendet. Auch in den amerikanischen Häfen lauern Leute auf die unerfahrnen Ankömmlinge, um ihnen unter dem Anschein der Hilfe ihr Eigentum abzujagen, sie in das Elend oder das Laster zu treiben. Deshalb sorgte der Raphaelverein auch dort für Vertrauensmänner, so in New-York, Philadelphia, Montreal, Quebeck, Rio de Janeiro, Porto Alegre, Buenos Aires, dann auch in Capstadt und in Binnenstädten der Union und Kanadas. Es entstand dann 1883 während eines Aufenthaltes Cahenslys in der Union ein eigener amerikanischer St. Raphaelsverein; Vorstand ist der deutsche Bischof von Newark, Ehrenvorstand der Erzbischof von New-York. Im Jahre 1888 konnte dann ein Hospiz für katholische Einwanderer eröffnet werden, das Leohaus, das unter der Aufsicht eines Einwanderer-Missionars von barmherzigen Schwestern verwaltet wird, Unterkunft und Beköstigung unter Umständen sogar unentgeltlich gewährt.

Es liegt in der nämlichen Straße wie das oben genannte lutherische Auswandererhaus. Der Raphael-Verein beschränkt übrigens seine Fürsorge keineswegs in engherziger Ablehnung Andersgläubiger nur auf Katholiken, sondern gewährt Allen ohne Unterschied der Religion, die sich an ihn wenden, seine unentgeltliche Hilfe.

Die im Vergleich zu seinen Leistungen sehr geringen Kosten des deutschen St. Raphaelvereines (15,000 Mark), hauptsächlich Entschädigungen für die Vertrauensmänner, werden durch Spenden und Sammlungen in den Kirchen aufgebracht. Seit 1886 giebt der Verein ein eigenes Organ heraus, das St. Raphaelsblatt, das vierteljährlich erscheint und über alle die Auswanderung berührenden Verhältnisse und Vorkommnisse, wie über die Tätigkeit des Vereins Bericht erstattet. Von seiten der Behörden hatte er früher manche Anfechtungen zu erdulden; man legte ihm zur Last, daß er die Auswanderung befördere. Im Jahre 1881 belangte sogar die preußische Staatsanwaltschaft die Zeitungen, welche die Anzeigen des Vereins mit den Namen der Vertrauensmänner gebracht hatten, auf Grund des Gesetzes vom 7. Mai 1853 über die Beförderung von Auswanderern. Sie wurden zwar freigesprochen, aber der oberste preußische Gerichtshof sprach sich dahin aus, daß das Anerbieten von Auskunft über Beförderung von Auswanderern ohne staatliche Conzession strafbar sei — so daß die Thätigkeit des Vereines sich sehr behindert fühlen mußte. In Wirklichkeit ist er weit davon entfernt, die Auswanderung befördern zu wollen, vielmehr sind durch seinen Rat schon viele Tausende deutscher Katholiken in der Heimat zurückgehalten worden. Die Anerkennung seines ersprießlichen Wirkens ist schließlich auch von seiten des preußischen Ministeriums des Innern ausdrücklich gegeben worden.

Bei den Kommissionsberatungen für das neue Reichsgesetz über die Auswanderung erbaten die Kommissionsmitglieder aus dem Centrum eine Erklärung darüber, daß der St. Raphaels-Verein nicht als Beförderer der Auswanderung betrachtet werde. Der Direktor des Reichsamts gab sie mit den Worten, daß die Staatsregierung in dem Wirken des St. Raphael-Vereins den besten Mithelfer für die Ziele des Gesetzes ansehe und ihn durchaus nicht als Beförderer der Auswanderung betrachte. Die früher seitens der Regierung gehegten Anschauungen seien als irrig längst überwunden. Gewiß eine ehrende Anerkennung und Aufmunterung für die verdienten Leiter des St. Raphael-Vereins.

Der St. Raphael-Verein ist ein katholischer, kein deutsch-nationaler Verein; er erstreckt deshalb seine Fürsorge auch über die polnischen, tschechischen, slowakischen Auswanderer, die über die deutschen Häfen reisen. Hat ja doch in den letzten Jahren deren Zahl die der deutschen übertroffen. Der Verein hat deshalb in Bremen, Hamburg und Antwerpen Priester aufgestellt, die sich mit diesen slavischen Auswanderern befassen, sie in den Herbergen aufsuchen und zum Gottesdienst einladen. Der deutsche Raphael-Verein macht keinen Unterschied in seiner Fürsorge für die deutschen und nichtdeutschen Auswanderer.

Aber die Macht der Verhältnisse hat ihn gerade im Interesse der deutschen Katholiken in den Vereinigten Staaten zu einem Vorgehen genötigt, das thatsächlich dem Schutz der deutschen Sprache und des Deutschtums gegenüber der Yankeesierung in wirksamster Weise dient.

Die in den Vereinigten Staaten einwandernden deutschen Katholiken trafen dort bereits eine Organisation der katholischen Kirche vor, die als Folge der massenhaften irischen Auswanderung entstanden war, deren Sprache war längst das Englische. Das Wachstum der katholischen Kirche in der Union ist oft hervorgehoben worden als Beweis für deren ungeschwächte Kraft der Ausbreitung. Nach den Aufstellungen der dortigen Kirchenbehörden gibt es zur Zeit 9'410,790 Katholiken in 14 Kirchenprovinzen und 72 Bistümern, mit 7756 Weltgeistlichen und 2592 Ordenspriestern. Pfarrkirchen werden 5853 gezählt, Missionen mit Kirchen 3648, Kapellen und Stationen 5393. Es bestehen 9 katholische Universitäten, 108 Seminare und 3361 Pfarrschulen mit 796,348 Schulkindern. Die amtliche Statistik der Vereinigten Staaten hat eine weit geringere Zahl ermittelt, nämlich 6'250,045 Kommunikanten, worunter alle über 9 Jahre alten Katholiken verstanden sind, denen 15% unter 9 Jahren zuzuzählen wären, im ganzen 7'187,551, in 10,221 katholischen Gemeinden, mit 8765 Kirchen und einem Gesamtvermögen von 118'381,516 Dollars.

Katholischen Beurteilern erscheinen diese Zahlen in weniger günstigem Licht. Nach einer Berechnung des weiland Erzbischofs von Toronto hätten die Vereinigten Staaten schon zu Anfang der 70er Jahre durch die Einwanderung und deren Nachkommen an 16 Millionen Katholiken zählen müssen; die Verluste des katholischen Bekenntnisses durch Abfall und Uebertritt zu den verschiedensten Kirchen und Sekten wären also nach Millionen zu beziffern. Ueber die Ursachen dieses massenhaften Uebergangs besteht zwischen protestantischen und katholischen Beurteilern keine Meinungsverschiedenheit. Eine protestantische Stimme meint: „infolge unserer Bibeln, unseres öffentlichen Schulsystems, unserer Zeitungen und des ganzen liberalisierenden Einflusses des amerikanischen Volkes sind 10 Millionen römischer Katholiken aus der päpstlichen Skaverei befreit und genießen heute mit uns die glorreichen Freiheiten dieses Landes". Eine katholische Zeitschrift urteilte 1887: „Während eines halben Jahrhunderts hat man in den katholischen Boden dieses Landes einen Samen ausgestreut, dessen Frucht jetzt reift; fünfzig Jahre hindurch haben die Katholiken dieses Landes mitten in den Ueberlieferungen des Protestantismus gelebt, ohne Schulen, um ihre Kinder, ohne Zeitungen, um die Eltern zu schützen gegen die wiederholten Anstürme dieser Ueberlieferungen, gegen ihre zersetzende Gewalt. Viele sind für die Religion verloren gegangen. Wenn die amerikanischen Protestanten die Katholiken nicht mit Verachtung und Haß behandelt hätten, wenn sie ihre Abstammung und ihren Glauben nicht zum Gegenstand des Spottes und der Schande gemacht hätten, so wäre die Lage des Katholizismus heute nicht so

günstig, wie sie es in Wirklichkeit ist. Aber die alte Generation mit ihrem schwer zu erschütternden Glauben und ihrer stark ausgeprägten Gesinnung verschwindet, während die junge Generation, erzogen in den öffentlichen Schulen und durchdrungen von der protestantischen Ueberlieferung, genährt durch das Lesen der Zeitungen und Sensationsromane, sogar in ihren Lastern amerikanisch werden will"*).

Die Würdigung dieser allgemein zugestandenen Ursachen der Verluste des Katholizismus in den Vereinigten Staaten ist notwendig, um das Eingreifen des Raphaelvereins zu verstehen. Zu diesen Verlusten stellen unzweifelhaft auch die deutschen Katholiken einen beträchtlichen Anteil. Die Verstreuung unter protestantische Bevölkerung, der Mangel an deutscher Seelsorge, an deutschem Unterricht für die Kinder wird vielfach als Grund der Entnationalisierung bezeugt; die Yankeesierung ist ebenso die Entfremdung von der deutschen Sprache wie von der katholischen Kirche. Nun kam noch dazu, daß diese Yankeesierung von der irisch-katholischen Geistlichkeit direkt gefördert wurde. Die Verherrlichung des Irentums, die Herabsetzung anderer Nationalitäten, besonders der deutschen, wurde in den Schulen und Lehrbüchern systematisch gepflegt. Insbesondere that sich der Erzbischof Ireland von St. Paul in Minnesota hervor durch seine Bestrebungen, die deutschen Katholiken zu amerikanisieren. Seit langen Jahren hatte er keinen deutschen Zögling in sein Priesterseminar aufgenommen; er ließ für seine deutschen Katholiken slovenische Jünglinge herüberkommen, um mit Hilfe derselben besser amerikanisieren zu können. Anstatt die Zöglinge im Priesterseminare zu ermahnen, gute katholische Priester zu werden, sagte ihnen der Rektor, sie sollten streben, gute Yankees zu sein. Bei Gelegenheit des fünfundzwanzigjährigen Priesterjubiläums eines Slovenen brachte ein Pfarrer in Anwesenheit des Erzbischofs einen Trinkspruch auf die Priester dieser Nationalität in Amerika aus, mit Lobsprüchen dafür, daß sie so schnell amerikanische Gebräuche, Sitte und Sprache sich aneigneten. Da die Deutschen an den ihnen im alten Vaterlande eingepflanzten Lehren und Eindrücken am hartnäckigsten festhalten, so ließ sie der Erzbischof vor allen andern seinen Unwillen fühlen. In keiner der Kirchen von St. Paul werden bei der Frühmesse oder bei Volksandachten deutsche Lieder von der Gemeinde gesungen. In den Kirchen fast aller Sekten kann man Predigten hören, die den verkommenen, unwissenden Einwanderern den Krieg erklären, die Gläubigen gegen die Eindringlinge verhetzen. Selbst in der katholischen Kathedrale durfte ein Prediger statt das Evangelium zu erklären, sich in anekelnder Lobhudelei auf das Yankeetum ergehen und den Versuch machen, nachzuweisen, wie aus Irland Amerika hervorgegangen sei, das schon heute alle Völker der Erde belehre und in naher Zeit sie beherrschen werde.**)

Aus der Erkenntnis, daß dieser fanatische Kultus des Yankee-

*) St. Raphaels-Blatt 1893. N. 24. S. 15 flg.
**) St. Raphaels-Blatt 1892. S. 4.

tums der katholischen Seelsorge und den Interessen der katholischen Kirche nur Abbruch thun könne, beschlossen die Vertreter des deutschen, wie der nach seinem Vorgang und Muster gegründeten übrigen Raphaelvereine (des österreichischen, italienischen und belgischen) auf einer Zusammenkunft in Luzern im Dezember 1891 eine Bittschrift an den Papst zu richten, welche im April 1892 Cahensly überreichte. Sie sprach den Wunsch aus, daß die Auswanderergruppen jeder Nation möglichst in besondere Kirchspiele, Gemeinden oder Missionen zusammengeschlossen und deren Leitern Priestern derselben Nationalität übertragen werden möchte: daß in national gemischten Gemeinden Priester mit der Kenntnis der verschiedenen Sprachen ausgerüstet jeder Gruppe in deren Sprache den Katechismus-Unterricht zu erteilen hätten, daß wo immer möglich, gesonderte Gemeindeschulen für jede Nationalität errichtet würden mit der Aufgabe, die Muttersprache und die Landessprache zu lehren, daß endlich die Katholiken jeder Nationalität der Einwanderer unter den Bischöfen des Landes ihre Vertreter finden.

So bescheiden diese Wünsche sich darstellten, so maßlos waren die Ausbrüche der Wut bei den Vorfechtern des yankeesierten katholischen Irentums. Die Zeitungen wetterten gegen die Verschwörung von Luzern, gegen die Versuche in Amerika eine Fremdherrschaft im Interesse des deutschen Reiches aufzurichten u. dgl. Unsinn mehr. Ein Schreiben der gesamten katholischen Bischöfe an den Papst in Sachen der Eingabe der Raphaelvereine stellte sich unumwunden auf den Standpunkt der Yankeesierung, die amerikanische Republik nehme die Einwanderer aus allen europäischen Ländern auf und gewähre ihnen ihre Hilfsquellen und ihre Freiheiten, aber unter der Bedingung, daß sie sich ihre Sprache und ihre Gewohnheiten aneignen. Der Verfasser des Schreibens, der Erzbischof von Baltimore, hielt auch sonst mit seiner Auffassung nicht hinter dem Berge, die Amerikaner hätten das Recht nach einer gewissen „Homogenität“ (auf deutsch gleiche Abstammung!!) zu streben, deren Ausdruck die Gemeinsamkeit der Sprache sei; daraus erkläre sich auch in der katholischen Kirche Nordamerikas die Propaganda für das Englische.

Es ist hier nicht am Platz, auf den lebhaften Federkrieg und die daneben hergehenden Phasen der Verhandlungen im Schoß der katholischen Hierarchie weiter einzugehen. Thatsächlich haben die berechtigten Wünsche der Raphaelvereine, die sich eben völlig mit dem wahren Vorteil der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten decken, den Sieg davongetragen. Daß es sich dabei zugleich um einen Schutz für das Deutschtum überhaupt handle, haben auch die protestantischen Deutschen in der Union sofort erkannt, und so ergab sich einer der so seltenen Fälle, in denen alle Deutschen zusammengestanden sind. Das deutsche Nationalgefühl jenseit des Ozeans ist durch diese Kämpfe beträchtlich gestärkt worden.

Die bereits bestehende Organisation der deutschen Katholiken in den Vereinigten Staaten ist ohne Zweifel mächtig genug, um die

Wünsche des St. Raphaels-Vereins vielfach verwirklichen zu können. Man zählt im Ganzen dreitausend deutschsprechende Priester, davon 20 Bischöfe. Der deutschamerikanische Priesterverein in St. Louis zählt 300 Mitglieder. Die deutschkatholische Presse umfaßt 5 Tageszeitungen, 37 Wochen- und Monatsschriften. Der deutsche römisch-katholische Centralverein, gegründet 1855 in Baltimore zählte 1891 42,400 Mitglieder in 467 Lokalvereinen; sein Zweck ist gegenseitige Hilfeleistung bei Krankheit und Verarmung, sowie Eintreten für die Interessen der katholischen Kirche. Der Kassa- und Reservefonds betrug 809,634 Dollars; die im Jahre 1890 an 6907 Mitglieder bezahlten Unterstützungen 150,818 Dollars. Ferner besteht seit 1890 der Centralbund der deutschen römisch-katholischen Jünglingsvereine der Vereinigten Staaten; zu seinen Aufgaben gehört es, den Uebertritt der Mitglieder bei Verlegung des Wohnsitzes zu einem andern Verein zu erleichtern und sie so in der Organisation der Katholiken festzuhalten.

Neben der deutschen Kirchensprache ist der deutsche Unterricht in den Pfarrschulen das ausgiebigste Mittel, um auch der Nachkommenschaft der deutschen katholischen Einwanderung die deutsche Muttersprache zu bewahren. Es fehlt freilich trotzdem nicht an Stimmen, die den allmählichen Untergang der deutschen Sprache auch bei den Katholiken für etwas Unvermeidliches erklären. Diese Meinung haben denn auch die irisch-katholischen Bischöfe offen ausgesprochen und sogar behauptet, daß sie selbst ernstlich bestrebt seien, den Eingewanderten das Evangelium in ihrer Muttersprache predigen zu lassen, während der Uebergangsperiode, bis sie in die große englisch sprechende Welt aufgegangen seien. Cahensly selbst hat in seinem offenen Brief an ein Mitglied des Senates, das sich heftig über die Bittschrift des Raphael-Vereins ereifert hatte, den Satz eingeflochten, daß das Lehren der englischen Sprache in den zu gründenden deutsch-katholischen Schulen doch nicht so aussehe, als ob die Eingewanderten ihre Nationalität für alle Zukunft bewahren sollen. „Wir kennen kein Mittel dagegen, wehren uns aber auch gar nicht dagegen, daß nach einigen Generationen die Ursprungsnationalität zahlreicher Eingewanderter in der amerikanischen aufgeht.“ In dieser massenhaften Entdeutschung sind ja die deutschen Protestanten vorausgegangen, wie sich schrittweise verfolgen läßt. Zur Zeit gibt es 2300 lutherische Gemeinden mit englischer, 3400 mit deutscher Kirchensprache, in den englischen zählt man (1892) erwachsene Gemeindeglieder 285,000, in den deutschen 560,000. Es ist das ein allgemeiner Anhaltspunkt, daß gut ein Drittel der deutschen Protestanten zu englischen Sprache übergegangen ist, besonders die Nachkommenschaft der Einwanderung des 18. Jahrhunderts. Es gilt das vor allem von der städtischen Bevölkerung, die ja allenthalben die geringste Widerstandsfähigkeit gegen Entdeutschung beweist. Immer und immer wieder liest man von den Kindern deutscher Eltern, daß sie sich schämen deutsch zu sprechen, um nicht als

Dutchmen verhöhnt zu werden. Nach den Zahlen der Einwanderung muß so ziemlich ein Drittel der Bevölkerung deutschen Ursprungs sein; der Sprache nach kaum mehr als ein Sechstel. Mit Recht hat man die Union als das Massengrab des Deutschtums bezeichnet. Aber es fehlt doch nicht ganz an Lichtpunkten. Selbst der Erzbischof von Baltimore mußte einräumen, daß sich in den Ackerbaugebieten das Deutsche rein erhalte. Von deutsch-amerikanischer Seite wird behauptet, die Zeiten, in denen das Deutschtum rasch ins Yankeetum aufging, seien vorüber, man fühle sich zwar als Amerikaner, aber ohne seine Nationalität und Sprache aufzugeben. Versuche der Yankees, dies zu erzwingen, riefen energische Proteste hervor. Für nicht geringe Gebiete wird sogar bestritten, daß die englische Sprache die Herrschaft besitze.

Von dem Wunsch der Denkschrift, die Seelsorge auf Grund der nationalen Verhältnisse zu regeln, ist es nur noch ein kleiner Schritt zu dem Gedanken, die Zersplitterung der Einwanderung von vorn herein möglichst zu vermeiden, deutschkatholische Ansiedlungen zu begründen, in denen die Gefahr für die vereinzelt unter protestantischer Bevölkerung lebenden Katholiken, ihrer Kirche entfremdet zu werden, durch dies Zusammenleben beseitigt werden könne. Was im Laufe der Zeit schon da und dort geschehen ist, daß einzelne Unternehmer oder geistliche Körperschaften auf die Gleichartigkeit der Ansiedler Gewicht legten, das kann planmäßig und in größerem Umfang geschehen. So faßte die 6. deutsch-amerikanische Katholikenversammlung in Newark im September 1892, unbeirrt durch alle Angriffe auf den deutschen Raphaelverein, den Beschluß, sein Interesse an der Organisation neuer katholischer Ansiedlungen in den Vereinigten Staaten auszusprechen. In diesem Sinne hat in Neu-Ulm (Minnesota) der Staatsverband der deutsch-katholischen Vereine die Gründung eines Einwanderungsbureaus in St. Paul beschlossen; es sollen überall in Deutschland Cirkulare verbreitet werden mit objektiver Darstellung der Verhältnisse in den Staaten, die für den Auswanderer wichtig sind, und der Vorteile, die sich ihnen darbieten. Als Aufgabe bezeichnete ein deutsch-katholischer Bischof im Staate Wiskonsin in einem Schreiben an den Vorstand des dortigen deutschen katholischen Staatsverbandes, Auskunft geben zu können über Ackerland, sei es schon angebaut oder noch Neuland, in der Nähe von deutschen katholischen Kirchen und Schulen, dann über die Geschäftsverhältnisse in Städten und Flecken, die bereits deutsche katholische Gemeinden besitzen; ferner die Hilfeleistung für deutsche katholische Einwanderer bei Landerwerb oder Umschau nach Arbeit. „Wollen wir", so lauten die Worte des Bischofs, „unsere deutschen katholischen Gemeinden, die über den ganzen Staat zerstreut sind, erhalten und kräftigen, so bleibt kein anderes Mittel, als denselben fortwährend neuen Zuwachs zuzuführen und das können wir nur durch einheitliches Zusammenwirken in der beschriebenen Weise. Ein tüchtiger katholischer Bauernstand ist für die katholischen Interessen am meisten

nötig".*) Wenn dieser Gedanke praktisch ausgestaltet wird, so wird das nicht nur dem Katholizismus, sondern auch dem Deutschtum in den Vereinigten Staaten zur Stärkung gereichen!

Derartige Wünsche einer Verstärkung des katholischen Deutschtums in der Union stehen freilich im Widerspruch zu der im deutschen Reich durchgedrungenen Auffassung, daß es im Interesse der Erhaltung des deutschen Volkstums läge, die Auswanderung von Nordamerika abzulenken. Aber man darf dabei nicht übersehen, daß ein beträchtlicher Teil der deutschen Auswanderer sich vermutlich derartiger Beeinflussung entziehen wird, so lange die Verhältnisse in der Union ihm Aussicht auf besseres Fortkommen als in der Heimat bieten. Vorderhand ist jedes Mittel zur Zusammenhaltung der deutschen Auswanderer ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Atomisierung. Uebrigens gibt es heute auch schon eine deutsch-russische Auswanderung — warum könnte sich nicht später auch eine deutsche Auswanderung aus der Union einstellen, sobald es nur erst andere Länder gibt, die eine deutsche Masseneinwanderung aufzunehmen geeignet sind? Die Yankeesierung des Deutschtums in der Union möglichst hinauszuschieben, das ist unter allen Umständen ein Vorteil für die Gegenwart und für die nächste Zukunft.

II. Vereine zur Ausbreitung des Deutschtums über See.

1. Aeltere Kolonisations-Vereine.

Die bisher besprochenen Vereine beschränken ihre Thätigkeit für die Erhaltung des Deutschtums im Auslande auf bestimmte Konfessionen, aber einige derselben wie insbesondere der St. Raphael-Verein haben doch schon, gedrängt durch die Macht der Verhältnisse, sich der Aufgabe genähert, die Auswanderung zu organisieren, sie nach einzelnen Gegenden zu lenken, welche die Aussicht bieten, die Auswanderer in größeren Massen beisammen zu halten und dadurch allmählich zu lebensfähigen deutschen Sprachinseln zu erstarken. Es handelt sich heute am Ende des 19. Jahrhunderts vor allem um die Länder westlich vom Michigan-See. Bekanntlich bestand am Ende des 18. Jahrhunderts dieselbe Aussicht für Pennsilvanien, wo das Deutschtum bereits thatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung besaß, als die Wirkungen der französischen Revolution nicht nur den Fortgang der deutschen Nachwanderung ein Viertel Jahrhundert verhinderten, sondern auch, was fast noch schädlicher geworden ist, den bis dahin bestehenden Zusammenhang mit dem geistigen oder doch kirchlichen Leben des Mutterlandes, vor allem den regelmäßigen Bezug von protestantischen Predigern und Lehrern aus Deutschland, namentlich aus Halle abschnitten, während das englische Wesen einen nicht mehr einzuholenden Vorsprung gewann. Der Prinz Bernhard von

*) St. Raphael-Blatt Nr. 42. (1896) S. 26.

Weimar, der Pennsilvanien einige Jahre nach dem Wiener Frieden, dem Abschluß der 25jährigen Kriegsperiode in Deutschland, besuchte, war verwundert, die dortigen Deutschen eine Mundart sprechen zu hören, die ihm wie ein altertümliches Deutsch aus dem 18. Jahrhundert erschien. — Der veredelnde Einfluß der klassischen Litteraturepoche Schillers und Goethes auf die deutsche Sprache war den pennsilvanischen Bauern auch in Kirche und Schule nicht mehr vermittelt worden; das pennsilvanische Deutsch, ein gräuliches Gemisch englischer Brocken mit der Pfälzer Mundart, ist seitdem für Viele die Brücke geworden, die zur englischen Umgangssprache führt. Die aufs neue anschwellende Auswanderung Deutscher nach Nordamerika trieb zahllose Einzelne über das Meer, vielfach aus politischer, öfter noch aus wirtschaftlicher Unzufriedenheit mit den deutschen Verhältnissen. Das Land der Freiheit erschien ihnen von vornherein als eine höhere Stufe menschlicher Entwicklung, dazu gerieten sie in Verhältnisse, die in jeder Hinsicht schon das eigentliche Yankeetum gestaltet hatte, wie in ein Netz, das sich von allen Seiten fest um den Neuling legte. Wer darf das so häufige rasche Aufgehen des deutschen Einwanderers im Yankeetum durchaus als nationale Schwäche auch sittlich verurteilen, so lange das deutsche Vaterland den Auswanderern so wenig Wehmut des Abschieds, so wenig stolzer Erinnerung mitzugeben hatte, wie dies vor 1870, in dem gesamten Zeitraum des deutschen Bundes, leider der Fall gewesen ist?

Es hat in Deutschland seit den vierziger Jahren nicht an Männern gefehlt, die das beschämende Verhängnis der deutschen Auswanderung, abzuwenden trachtete, durch ihre individuelle Tüchtigkeit dem Erstarken fremden Volkstums dienstbar zu werden als Völkerdünger, wie man es damals mit treffend bittrem Wort zuerst genannt hat. Es entstand in den vierziger Jahren eine ganze Reihe von Kolonisationsgesellschaften und Vereinen zum Schutz der deutschen Auswanderung. Ohne andern als moralischen Erfolg ist wieder verschwunden der Auswanderungs-Verein in Düsseldorf 1843, der Frankfurter National-Verein für deutsche Auswanderung 1848, der Berliner Verein zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation 1849 u. s. w. Andere Vereine brachten es mit großen Anläufen doch zu bescheidenen Erfolgen. So die deutsche Adelsgesellschaft, gegründet 1842 zu Bieberich am Rheine, deren Gründungsakte unterschrieben war vom Herzog Adolf von Nassau und neun andere Aktionären. „Eingedenk der zunehmenden Uebervölkerung und der dadurch entstehenden Armut namentlich unter den unteren Volksklassen“ wollte man die deutsche Auswanderung nach Texas leiten, das sich gerade von Mexiko losgerissen hatte; man hoffte, daß es sich zu einem selbständigen Staat erklären würde und daß es möglich sein werde, ihm allmählich einen deutschen Charakter aufzuprägen. Als der Prinz von Solms-Braunfels am 1. Juli 1844 in Galveston mit 150 Familien landete, hatte sich Texas freilich schon für den Anschluß an der Union entschieden. Ein weiteres Mißgeschick war es,

daß der Prinz von zwei Deutschamerikanern betrogen wurde mit dem Kauf eines Landstrichs in unwegsamer Gegend, dessen Unbrauchbarkeit für den Zweck der Kolonisation sich zu spät herausstellte. Der Prinz erwarb dann einen andern Platz am Flusse Guadelupe, wo er die Ansiedlung Neu-Braunfels begründete. Die mannigfache, aber eben kaum zu vermeidende Enttäuschung der Auswanderer artete in Widersetzlichkeit aus, mißmutig verließ der Prinz im Mai 1845 das Land. Im Spätherbst desselben Jahres began die Masseneinwanderung, für deren Zug nach Neu-Braunfels ungenügende Vorkehrungen getroffen waren, so daß Hunderte auf dem Wege an dem ungewohnten Klima und der Nahrung zu grunde gingen. Nach guter deutscher Sitte wußte man sich auch in Deutschland nicht genug zu thun in Klagen und Vorwürfen über den wenig erfreulichen Beginn des weitaussehenden Unternehmens, des Sprichwortes vergessend, daß aller Anfang schwer ist. Die Folge war, das die Adelsgesellschaft sich auflöste. Neu-Braunfels aber hat sich als deutsche Kolonie erhalten, und am 12. Mai 1895 sein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert, wobei mit Genugthuung hervorgehoben werden konnte, daß die deutsche Umgangssprache sich erhalten habe, und daß der dortige Verein Germania sich als Stütze des Deutschtums in Texas erwiesen habe durch den Anstoß zur Bildung des deutschtexanischen Sängerbundes und der deutschtexanischen Sängerfeste.*)

Auch der Hamburger Kolonisatonsverein für Südbrasilien 1849 hat einen dauernden Erfolg aufzuweisen in der von ihm begründeten Ansiedlung Donna Franciska in der Provinz St. Catharina. Ein Hindernis für die raschere Ausbreitung der Kolonien in Südbrasilien wurde von allem das von dem preußischen Minister von der Heydt 1859 erlassene Verbot der Konzessionierung von Agenten für die Auswanderung nach ganz Brasilien, hervorgegangen aus der Unkenntnis der großen Unterschiede zwischen dem Klima und der gesellschaftlichen Gliederung der tropischen und der gemäßigten Teile Brasiliens; denn die Einwanderung in die letzteren hätte ebenso eine Empfehlung und Förderung verdient, wie eine Warnung vor den Sklavenbaronen berechtigt war, denen die deutsche Einwanderung als Ersatz für Neger recht gewesen wäre. Die Hamburger Gesellschaft hat trotzdem 1891 in der Hoffnung baldiger Aufhebung des Heydtischen Erlasses ihren Besitz um 500,000 Hektar vergrößert, und neuerdings ist endlich auch der Erlaß beseitigt worden; leider hat mittlerweile die italienische Einwanderung nach Brasilien den Spielraum für die deutsche beträchtlich verengt.

2. Der Zentral-Verein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen.

Bald nach der Aufrichtung des deutschen Reiches wurde die öffentliche Meinung durch die zunehmende Auswanderung besonders

*) Nach der deutschen Kolonialzeitung 1895 Nr. 29.

nach Nordamerika wieder auf die Frage geführt, wie dieselbe aus einem Nachteil zu einem Gewinn für die Zukunft des deutschen Volkstums gemacht werden könne. Als ein Nachteil erschien es, daß Jahr für Jahr Tausende, teilweise die thatkräftigsten und wertvollsten Bestandteile der Bevölkerung, der Heimat den Rücken wenden, um die Volkszahl fremder Staaten zu mehren, früher oder später auch fremdes Volkstum durch ihre Nachkommen zu verstärken, so daß insbesondere gegenüber der Verbreitung der englischen Sprache die der deutschen immer mehr zurückbleiben müßte, Deutschland allmählich zur Rolle herabsinken würde, die heute trotz ruhmreicher Vergangenheit Holland spielt. Man verglich die deutsche Auswanderung einem Heere, das mit Sack und Pack über die Grenze rücke, um sich dort sofort zu den Feinden zu schlagen; man berechnete die Erziehungskosten der Auswanderer und das von ihnen mitgenommene Geld und kam dabei zur Aufstellung ungeheurer Summen, die alljährlich dem Nationalvermögen Deutschlands entzogen würden.

Gegenüber solchen pessimistischen Auffassungen durfte man aber mit Recht darauf hinweisen, daß auch bisher schon trotz mangelnder Organisation der Auswanderung lebenskräftige Ansiedlungen entstanden seien, daß das Selbstbewußtsein des Deutschen im Auslande durch den Ruhmesglanz der Siege über Frankreich unverkennbar gestiegen sei und fortan ein Gegengewicht gegen die entnationalisierenden Einflüsse in die Wagschale werfen werde, daß für den deutschen Handel, die deutsche Industrie die Deutschen unter fremder Staatshoheit keineswegs so durchaus als verlorene Posten sich gezeigt hätten. Hier setzte der Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen (Berlin 1878) ein, dessen Begründer der Forschungsreisende Dr. Kersten und Dr. Jannasch das Programm aufstellten; durch Pflege regen Verkehrs der deutschen Ansiedelungen über See mit dem Mutterland das Band fester zu knüpfen, durch Anbahnung neuer direkter Handelsbeziehungen den gewaltigen Vorteil, der England aus seinen Kolonien im Laufe des 19. Jahrhunderts erwachsen ist, auch für Deutschland zu gewinnen. Eine weitere Aufgabe der Vereinsthätigkeit sollte es werden über alle Gebiete, die natürlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen bereits deutsche Ansiedlungen bestanden, die öffentliche Meinung zn belehren, um auf diese Weise allmählich auch die Auswanderung nach solchen Ländern zu lenken, die sich für die gedeihliche Fortentwicklung deutscher Ansiedlungen im nationalen Sinn, unter Festhaltung deutscher Sprache und Art eignen. Man dachte dabei vor allem an Südbrasilien, wo auch der Zentralverein für Handelsgeographie bald eine Anzahl von Zweigvereinen entstehen sah. Zur literarischen Vertretung der Interessen des deutschen Ausfuhrhandels wurde 1879 von Dr. Jannasch eine Wochenschrift (jetzt „Export") begründet. Auch an praktischen Erfolgen fehlte es nicht; hervorgehoben seien die Förderung der deutsch-brasilischen Ausstellung in Porto Alegre und der brasilischen Ausstellung in Berlin, die Entsendung eines Reichskommissärs zu den

Ausstellungen in Sydney und Melbourne und die starke Beteiligung deutscher Industrie, die Reise eines schwimmenden Exportmusterlagers nach Marokko u. s. w. Dagegen gelang es dem Zentralverein bisher nicht, die als eine seiner Aufgaben ins Auge gefaßte Errichtung von Handels- und Schiffahrtsstationen als Ansätze deutscher Kolonisation zu fördern.

Den bald in allen größeren Städten des deutschen Reiches entstehenden Zweigvereinen war von vorn herein große Selbständigkeit zugestanden; Ende 1882 wurde das Verhältnis derart festgesetzt, daß auch der Schein der Unterordnung verschwand und das Wort Zweigverein durch „Verein" ersetzt ward. Die verbündeten Vereine sollten ganz unabhängig neben einander wirken, unter Berücksichtigung und Förderung der ihnen lokal zunächst liegenden Interessen und Aufgaben. Die Aufstellung des Arbeitsprogrammes, die Organisation, die Bemessung des Jahresbeitrags der Mitglieder blieb fortan Sache jedes einzelnen Vereins. Zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten waren Delegiertentage in Aussicht genommen, ohne Verbindlichkeit der Beschlüsse für nicht zustimmende Vereine. Besonders sind zu erwähnen der Verein für Handelsgeographie und Kolonialpolitik in Leipzig (begründet 1879 von Prof. Hasse). Wie schon der Name zeigt, faßte er die praktischen Fragen bereits schärfer, er dachte sofort an die Anlegung geschlossener landwirtschaftlicher Ansiedlungen unter Beschränkung auf die Länder gemäßigter Zone. Dahin zielte auch das Programm des Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export in Düsseldorf (1881), dessen Begründer, der Theologe Fabri, ein Mann von reicher Begabung und warmem Herzen, seit den sechziger Jahren durch die Bekanntschaft mit den kirchlichen Bedürfnissen der Protestanten in der Zerstreuung, besonders in Amerika, zum Kolonialpolitiker geworden war. Er war es — so rühmte bei seinem Tode 1891 ein Nachruf — der 1879 durch seine Schrift „Bedarf Deutschland der Kolonien?" den zündenden Funken in die überall sich regenden Expansionsgedanken des deutschen Volkes hineingeschleudert hat. Der Düsseldorfer Verein stellte sich die Aufgabe, auf den Erwerb von Ackerbau- und Handelskolonien durch das deutsche Reich hinzuwirken, den Ausfuhrhandel deutscher Industrieerzeugnisse zu fördern, die Bildung von Gesellschaften zur praktischen Kolonisation anzuregen und zu unterstützen im Sinne der Ausbreitung des Deutschtums über See. Gemeinsam mit dem Leipziger Verein entsandte der Düsseldorfer eine Kommission in die Gebiete am Oberlauf des Laplata zur Prüfung ihrer Tauglichkeit für deutsche Kolonisation. Sie brachte den Bescheid zurück, daß die Einwanderung einzelner Bauern zur Zeit nicht rätlich sei, daß aber das Großkapital dort lohnende Anlage finden könnte; Anfang 1884 wurde sodann in Leipzig eine „Südamerikanische Kolonisationsgesellschaft" gegründet mit einem Kapital von 200,000 Mark.

Der Münchener Verein zum Schutz deutscher Interessen im Ausland (begründet 1882 unter dem Einfluß des Prof. Brinz,

früher in Prag) suchte anfangs die Förderung des deutschen Ausfuhrhandels nach dem Osten zu verbinden mit den Aufgaben der Schulvereine; später widmete er sich ausschließlich diesem Zwecke als „Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande" und gestaltete sich schließlich zu einer Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Schulvereins.

3. Der deutsche Kolonialverein, die Gesellschaft für deutsche Kolonisation und die deutsche Kolonialgesellschaft.

Der Wunsch nach Begründung deutscher Kolonien über See hatte mittlerweile neue Vereine geschaffen. Auf die Anregung des Fürsten Hermann von Hohenlohe-Langenburg beschloß am 26. August 1882 eine Versammlung in Frankfurt a. M., einen Verein zu gründen, um „das Verständnis der Notwendigkeit, die nationale Arbeit dem Gebiete der Kolonisation zuzuwenden, in immer weitere Kreise zu tragen, für die darauf gerichteten, in unserm Vaterlande bisher getrennt auftretenden Bestrebungen einen Mittelpunkt zu bilden, eine praktische Lösung der Kolonialfrage anzubahnen, und zunächst die Errichtungen von Handelsstationen als Ausgangspunkt für größere Unternehmungen zu fördern". Im November desselben Jahres wurde ein Aufruf erlassen, dessen Unterzeichner, den verschiedensten wirtschaftlichen Richtungen sich zuzählend, zum Beitritt aufforderten zu dem beschlossenen deutschen Kolonialverein mit dem Sitze in Frankfurt a. M. Immer dringender werde die Frage der deutschen Kolonisation bei der wachsenden Ueberfüllung namentlich auch in den höheren Berufszweigen, bei der Notwendigkeit der Erweiterung des Absatzgebietes für die deutsche Industrie, bei der steigenden Bedeutung des überseeischen Handels, insbesondere bei dem Interesse an der Erhaltung einer festen und dauernden Verbindung der zur Auswanderung genötigten überschüssigen Kräfte mit dem Mutterland. Der rastlose Eifer anderer Völker verringere mit jedem Tag die für die deutsche Kolonisation geeigneten Gebiete. Der Verein rechne zwar, so hieß es weiter, nicht auf die materielle Unterstützung des deutschen Reiches, werde sich jedoch bemühen, unter Umständen den Schutz des Reiches für deutsche Niederlassungen zu erwirken und ihnen so durch Sicherung gegen fremde Einflüsse die erste Bedingung erfolgreicher Thätigkeit und größerer Entwickelung zu verschaffen.

Die erste Generalversammlung fand dann schon am 6. Dezember 1882 in Frankfurt a. M. statt; sie erwählte nach der Bestimmung der Satzungen auf drei Jahre den Fürsten Hohenlohe-Langenburg zum Präsidenten und 24 Mitglieder als Vorstand. In der Versammlung wurde auch besonders hervorgehoben, daß der Verein nicht in Gegensatz treten wolle zu den bereits bestehenden zweckverwandten Organisationen, sondern gemeinsam mit ihnen zu arbeiten gedenke.

Der neue Verein entfaltete eine ausgedehnte Werbethätigkeit durch das ganze Reich und gewann vielfach Boden. Von weitaussehenden praktischen Unternehmungen konnte zwar nach Meinung

seiner Begründer nicht die Rede sein, so lang er nicht zu einer Macht herangewachsen war, die entweder durch die Opferwilligkeit der Mitglieder über ein beträchtliches Kapital verfügte oder durch deren Zahl einen Druck auf die öffentliche Meinung bewirken konnte. Zunächst sah sich also der Verein darauf angewiesen, Agitation zu treiben, um so mehr, als thatsächlich die große Masse des Volkes dem Gedanken der Gründung von Kolonien zur Aufnahme der bisherigen Auswanderung nach Nordamerika entweder ganz verständnislos gegenüberstand oder es bei einem mißmutigen Bedauern bewenden ließ, daß Deutschland durch den unglücklichen Gang seiner Geschichte von dem Besitz ausgedehnter Gebiete über See ausgeschlossen geblieben war. Hatte sich doch auch schon wiederholt gezeigt, daß selbst die weitaus größte Zahl der Reichstagsabgeordneten von allem, was irgendwie nach kolonialer Politik schmeckte, ganz und gar nichts wissen wollte.

Zur praktischen Lösung der Auswanderungsfrage wußte man auch in den Reihen des deutschen Kolonialvereins keinen anderen Weg anzugeben, als den schon früher von einzelnen Schriftstellern gezeigten, Ablenkung von dem wesentlich englisch gewordenen Nordamerika nach dem romanischen schwach bevölkerten Südamerika. Mit derartigen Wünschen für die Zukunft hat sich auch der deutsche Kolonialverein in den ersten Jahren seiner Thätigkeit so gut wie ausschließlich beschäftigt — bis mit einem Male das entschlossene Eintreten der Politik des deutschen Reiches für die Rechte des Hamburger Handelsherrn Lüderitz die allgemeine Aufmerksamkeit auf Afrika und dessen noch nicht von Europäern in Anspruch genommene Teile richtete. Die Flagge des deutschen Reiches wurde im Juli 1884 in Togoland und Kamerun, im August im Lüderitzhafen, in den nächsten Monaten an verschiedenen Punkten der fernen Südsee gehißt, das Reich war eine Kolonialmacht geworden. Damit wuchs auch das Interesse für die Bestrebungen des deutschen Kolonialvereins in den gebildeten Schichten des deutschen Volkes. Als literarisches Organ des Vereines erschien seit dem Jahr 1884 die deutsche Kolonialzeitung. Die Mitgliederzahl stieg bis zu 10,000 und der Verein hielt es für ersprießlich, seinen Sitz nach Berlin zu verlegen.

Dort war mittlerweile bereits die auf die rein praktische Thätigkeit bedachte „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ durch Dr. Peters und Graf Behr-Bandelin entstanden (28. März 1884). Hier dachte man zunächst an Landerwerb in Südamerika, dann an die goldreichen Hinterlande der portugiesischen Besitzungen in Südostafrika; da aber diese Bestrebungen in den Kreisen der eigenen Freunde des Dr. Peters keine Unterstützung fanden, so entschied man sich für eine Unternehmung landeinwärts von Zanzibar. Für die Erwerbungen, die Peters, Graf Pfeil und Jühlke im November und Dezember 1884 gemacht hatten, wurde schon im Februar 1885 ein kaiserlicher Schutzbrief ausgestellt; für die wirtschaftliche Nutzbarmachung der ausgedehnten Gebiete, die durch neue Unternehmungen bald erweitert worden

waren, bildete sich die deutschostafrikanische Gesellschaft unter der Oberhoheit des Reiches. Die Gesellschaft für deutsche Kolonisation gewann binnen drei Jahren 5000 Mitglieder. Nach der glänzenden Erreichung ihres ursprünglichen Zieles und dem Uebergang Deutschostafrikas an eine Handels- und Erwerbsgesellschaft machte sich mehr und mehr die Empfindung geltend, daß ihre fernere Thätigkeit nur völlig parallel mit der des Kolonialvereins verlaufen könne; und nach längeren Versuchen freundschaftlichen Nebeneinanderarbeitens brach sich der Gedanke völliger Verschmelzung beider Vereine bald Bahn. Sie trat nach dem Beschluß eines Vertretertages vom 20. Dezember 1887 mit dem Beginn des Jahres 1888 ein, unter dem Namen der deutschen Kolonialgesellschaft. Erster Präsident wurde Fürst von Hohenlohe-Langenburg, zweiter Dr. Peters. Die Verschmelzung der zahlreichen Ortsgruppen und lokalen Vereinigungen der 12,400 Mitglieder des Kolonialvereins mit denen der Gesellschaft für Kolonisation ging nicht minder glatt von statten. Die Kolonialzeitung blieb das Organ des Gesamtvereins. In der Vorstandssitzung vom 14. April 1888 wurden 16,000 Mitglieder, auf der Hauptversammlung in Berlin am 23. März 1889 16,742 Mitglieder in 138 Abteilungen und 101 Vereinigungen unter Vertrauensmännern als Bestand der Gesellschaft bezeichnet. Die deutsche Kolonialzeitung schrieb damals: „Gegenüber den unermeßlich großen Aufgaben der deutschen Kolonialpolitik sollte eine Gesellschaft wie die unsrige viele tausend Mitglieder mehr zählen und demgemäß über viel größere Mittel zu verfügen haben, wenn die Bedeutung der Sache für Deutschland vollständig gewürdigt würde". Abträglich für die Ausdehnung des Mitgliederstandes erwies sich das deutsch-englische Abkommen von 1890 über Ostafrika, das einen beträchtlichen Teil der dortigen deutschen Besitzansprüche dem guten Einvernehmen mit England opferte; viele bisherige Mitglieder traten unter dem Eindruck der Enttäuschung und Entmutigung aus; zu Anfang des Jahres wurden 171 örtliche Vereinigungen mit 17,500 Mitgliedern gezählt, dann sanken sie auf 148 mit 15,400. Der Bestand hatte sich dann bei der Hauptversammlung in Nürnberg (29. Juni 1891) gehoben auf 186 Abteilungen und Ortsvereinigungen mit 17,000 Mitgliedern. Nach den Mitteilungen auf der Hauptversammlung in Berlin 1892 hätte die Zahl der Abteilungen wieder 243 betragen; nach dem Bericht auf der Hauptversammlung 1893 in Frankfurt a. M. waren es damals 261 Abteilungen und 18,250 Mitglieder, 1894 (Hauptversammlung in Kassel) 16,514 Mitglieder in 238 Abteilungen und 102 Ortsgruppen; 1895 wurden 16,657, 1896 17,406 Mitglieder, 1897 19,000 Mitglieder in 250 Abteilungen und 144 Ortsgruppen (davon fünf im Ausland) gezählt. Beklagt wird der umfängliche Wechsel derselben, so daß nur zwei Drittel derselben als ausdauernder Stamm betrachtet werden dürfe. Ein gewisses Schwanken beweist auch, daß die Kolonialzeitung zuerst allwöchentlich, dann 1889 und 1890 alle zwei Wochen, von 1891 an nur noch monatlich, seit 1895 wieder

wöchentlich erschien. Nach dem Beschluß des Vorstandes vom Dezember 1896 sollte fortan die Zeitung volkstümlicher und lebhafter und bei größerem Umfang reichhaltiger gestaltet werden. Die jährlichen Einnahmen der Kolonialgesellschaft ergeben sich aus dem Mitgliederbeitrag von 6 Mark, sie übersteigen demnach 100,000 Mark. Das Vermögen betrug 1890 erst 47,200 Mark, 1893 schon 87,000 Mark, jetzt 200,000 Mark. Die Entwicklung der äußeren Verhältnisse der deutschen Kolonialgesellschaft kann im Vergleich zu andern nationalen Vereinen im deutschen Reich — mit Ausnahme allerdings des Gustav-Adolf-Vereins — nicht als ungünstig bezeichnet werden, um so mehr, als die Ausgaben nicht fortlaufende Posten darstellen, sondern meist nur einmalige Bewilligungen zu bestimmten Zwecken zu sein brauchen.

Die Thätigkeit der Kolonialgesellschaft war nach den verschiedensten Seiten gerichtet. Die nächste Aufgabe war die Verbreitung des Interesses für die Kolonialfrage im allgemeinen. Schon im Jahre 1888 wurde zu diesem Zweck eine Wandersammlung kolonialer Erzeugnisse einer großen Anzahl von Abteilungen zugesandt und zur Unterstützung bei Vorträgen Kartenskizzen und Photographien zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1893 sind sogar 122 Vorträge veranlaßt worden, um wenigstens die gebildeten Kreise stärker für die kolonialen Fragen zu interessieren. Zur Errichtung eines Kolonialmuseums sind 1890 1000 Mark beigesteuert worden. Einfluß auf die Politik des Reiches wurde 1889 gesucht durch eine Eingabe um die Subventionierung einer Postdampferverbindung und um die Errichtung eines eigenen Kolonialamtes, das denn auch in Wirksamkeit trat. Ueber das deutsch-englische Abkommen von 1890 sprach sich eine Resolution der Hauptversammlung in Köln mit dem Bedauern wegen der „unverhältnismäßigen Opfer" aus; auf der Hauptversammlung von 1891 in Berlin forderte eine Resolution die Vorrückung der deutschen Interessensphäre bis zum Tsadsee; 1894 wurden Maßregeln zur Sicherung des Hinterlandes von Togo gefordert und das deutsche Togokomitte mit 20,000 Mark unterstützt.

Eine Gelegenheit zu besonderem Eingreifen in Ostafrika bot das Schicksal Emin Paschas (Dr. Schnitzlers) nach dem Aufstand des Mahdi. Schon auf der Vorstandssitzung vom 14. Mai 1888 wurde von der Abteilung Nürnberg der Antrag gestellt, Mittel und Wege zu suchen, um ihn aus seiner abgeschnittenen Stellung am oberen Nil zu befreien. In einer Vorstandssitzung im Herbste wurde dann eine Resolution beschlossen, daß der Vorstand es für ein im nationalen Interesse wünschenswertes Unternehmen erachte, durch Vorschiebung deutscher Stationen eine Verbindung mit Emin Pascha herzustellen. Diese Aufgabe, zu der das aus der Gesellschaft hervorgegangene Emin Pascha-Komitee eine besondere Unternehmung ausrüstete, hat freilich trotz der von Dr. Peters in Uganda geschlossenen Verträge nicht die gehoffte Lösung zum Nutzen der deutschen Interessen in Ostafrika gefunden. Zu gleicher Zeit wurde auch die Be-

kämpfung des Sklavenhandels in Ostafrika als Forderung der Humanität wie der wirtschaftlichen Interessen der dortigen deutschen Kolonisation und als Aufgabe der deutschen Kolonialgesellschaft erklärt. Ein hiefür gebildetes Komitee erhielt später die Bewilligung zu einer Lotterie; es brachte eine Summe von 2'134,357 Mark auf. Der Ueberschuß nach Erreichung der nächsten Ziele, 120,000 Mark, wurde 1893 dem Reich übergeben. Im Jahre 1891 ließ die Kolonialgesellschaft eine kleine Flugschrift „Was thun wir Deutsche gegen den Sklavenhandel?" in einer Auflage von 200000 Stück erscheinen. Der größte Teil der Ausgaben wurde den afrikanischen Besitzungen zugewendet. Darunter befinden sich z. B. die Bewilligung von im ganzen 3000 Mark für die Pondolandgesellschaft 1890, 2100 Mark für Preisarbeiten zur Beantwortung der Frage, „Welche Aussichten bietet Deutsch-Südwestafrika deutschen Ansiedlern?", 1891; für dieselbe Kolonie wurden 1893 auf Drängen der Abteilungen 20,000 Mark, sowie weitere 6000 Mark für eine Schiffsverbindung bewilligt; im Jahre 1896 abermals 20,000 Mark für Vorarbeiten zur Bewässerung des Gebietes. Es hatte sich bereits 1892 aus der Kolonialgesellschaft heraus die Südwestafrikanische Siedelungs-Gesellschaft gebildet und die Ansiedlung Windhoek begründet; jedem geeigneten Ansiedler wurde ein Zuschuß bis zu 3000 Mark in Aussicht gestellt. Die Vorstandssitzung der Hauptversammlung von 1892 bewilligte zur Unterstützung von Windhoek 24,000 Mark. Die Sammlung von Unterhaltungsbüchern für die Schutztruppen in Afrika, die Förderung der Tropenhygiene durch Anregung wissenschaftlich zuverlässiger Beobachtungen, die Förderung der Landeskunde der Kolonien durch wirtschaftliche und wissenschaftliche Stationen — für eine solche am Kilimandscharo bewilligte die Vorstandsitzung der Hauptversammlung von 1892 6000 Mark, für eine im Togoland 3000, für eine in Südwestafrika 5000 Mark — sind weitere Leistungen der deutschen Kolonialgesellschaft.

Auf der Hauptversammlung im Jahre 1894 wies der Präsident Fürst von Hohenlohe-Langenburg darauf hin, daß die koloniale Bewegung an einem Haltepunkt angelangt sei, daß aber die Gesellschaft dabei keinen Anlaß habe, sich in den Schmollwinkel zu stellen. „Wir dürfen unserer Gesellschaft nachsagen, daß sie zu vielfachen Erwerbungen Anlaß gegeben hat; ein großer Teil der Arbeit der Gesellschaft war dem Ziele gewidmet, durch Expeditionen und neue Erforschungen unsere Kolonien zu vergrößern."

Unbestreitbar hat die Entwickelung der Verhältnisse in Afrika die Frage, von der überhaupt die deutsche Kolonialbewegung wie auch die Gründung des Kolonialvereins zunächst ausgegangen war, in den Hintergrund gedrängt. Aber doch nicht deswegen, weil man sich in der Täuschung gewiegt hätte, der neue deutsche Kolonialbesitz werde jemals geeignet sein, den deutschen Auswanderungsstrom aufzunehmen. Die deutsche Kolonialgesellschaft hat das weitgesteckte Ziel, die deutsche Auswanderung zu organisieren, nicht aus den

Augen verloren. Im Jahre 1885 hat die Abteilung Berlin eine Expedition ausgesandt zur Untersuchung der brasilianischen Provinzialkolonie Feliciano; daraus ging die Gründung der Siedlungsgesellschaft „Herman“ hervor (12. Oktober 1887), zu deren Förderung der Ausschuß 1890 5000 Mark bewilligte. Auch anderen Unternehmungen in Südamerika hat die Vorstandschaft stete Aufmerksamkeit zugewandt. Das schon vor dem Kolonialverein begründete Auskunftsbureau für Auswanderer hat die Kolonialgesellschaft fort erhalten. Die Hauptversammlung in Kassel 1895 hat dann die Ansicht ausgesprochen, daß es Sache der Reichsregierung sei, eine eigene Behörde für die Auskunftserteilung an Auswanderungslustige in größerem Maßstab zu schaffen. Im übrigen war die deutsche Kolonialgesellschaft darauf angewiesen, die Wichtigkeit der Auswanderungsfrage vor allem auf den Hauptversammlungen immer wieder zu betonen. So sprach Fabri auf der Hauptversammlung in Nürnberg 1891 über die Mittel und Wege, um die deutsche Auswanderung nach Südbrasilien zu leiten; er wünschte besonders die Aufhebung des von der Heydtischen Verbotes der Auswanderung nach ganz Brasilien — denn einem solchen kam das Verbot der Anwerbung von Auswanderern thatsächlich gleich, — und schlug die Bildung von Aktiengesellschaften zum Ankauf von Land und zur Ansetzung von Kolonisten vor. Von anderer Seite wurde damals die Klage erhoben, es habe den Anschein, daß die Auswanderungsfrage das Stiefkind der Regierung sei und bleibe. Die Hauptversammlung von 1892 nahm auf den Antrag der beiden Referenten Prof. von Philippowich und Dr. Jannasch eine umfängliche Resolution an, die betonte, daß die Auswanderung aus Deutschland nach jüngeren aufnahmefähigen Ländern eine Thatsache sei, die durch keinerlei staatliche Verbote oder polizeiliche Hindernisse unterdrückt werden könne. Die mannigfachen Täuschungen und Gefahren, denen die Auswanderer ausgesetzt seien, sowie die großen kulturellen und wirtschaftlichen Vorteile einer aufrecht erhaltenen Verbindung der Ausgewanderten mit dem Mutterland ließen es als Gebot der sozialen und nationalen Politik erscheinen, den Auswandernden den Schutz und die Fürsorge des Reiches zu gewähren. Die Gesichtspunkte eines Reichsgesetzes über die Auswanderung müßten sein: Beaufsichtigung des Transportes der Auswanderer, Beschränkung der Spekulation der Privatagenten auf Uebervorteilung der Auswanderer, Errichtung einer Zentralstelle für die Auskünfte an Auswanderungslustige, Ordnung der Rechtsverhältnisse für Kolonisationsgesellschaften. Die Hauptversammlung in Kassel 1895 beschloß folgende Resolution: „der Vorstand möge seinen Einfluß bei der Reichsregierung dahin aufbieten, daß die Macht und das Ansehen des Reiches mehr als bisher zu einem wirksamen Schutz der Ansiedler deutscher Reichsangehörigkeit und deutscher Herkunft in denjenigen südamerikanischen Staatsgebieten geltend mache, in denen bereits deutsche Ansiedler in größerer Anzahl ansässig geworden sind, und die geeignet erscheinen, in Zukunft einen erheblichen Teil der deutschen Auswanderung auf-

zunehmen." Aus diplomatischem Deutsch in gutes Deutsch verwandelt ist das eine Aufforderung an die Reichsregierung, aus ihrer bisherigen Zurückhaltung gegen die deutschen Hoffnungen auf Südbrasilien herauszugehen. Da nunmehr endlich das lang ersehnte Auswanderungsgesetz geschaffen ist, wird es hoffentlich noch möglich werden, den bedenklichen Vorsprung der italienischen Einwanderung nach ganz Südamerika, und besonders auch nach Südbrasilien in zwölfter Stunde einzuholen und zu überflügeln.

III. Schul- und Schutzvereine.

1. Der Wiener deutsche Schulverein.

Den ungeheuren Umschwung in der Geschichte des deutschen Volkes, der sich mit dem Namen Bismarcks verknüpft hat, werden erst kommende Geschlechter vollauf würdigen — wir Lebenden, Aeltere und Jüngere, stehen vielfach noch unter dem Eindruck des Individuellen der Persönlichkeit, des Zufalls, der Willkür. In dem Auftreten des Genies liegt etwas Verwirrendes und die meisten Menschen vermögen an ihm nur das zu erfassen, was ihnen nach ihrer eigenen Beschränktheit in die Augen fällt. Es läßt sich für den gesunden Menschenverstand nichts Widersinnigeres denken, als daß die Begründung der deutschen Einheit damit begann, daß Bismarck ein volles Viertel der Nation, geographisch so eng mit dem Ganzen verwachsen, wie jeder andere Teil, gewaltsam abstieß, um die andern drei Viertel erst nach einem Kampf auf Leben und Tod mit Frankreich politisch straffer zusammenzufassen.

Aber dieser Widersinn ist eben doch das Ergebnis von Jahrhunderten deutscher und österreichischer Geschichte. Daß die Scheidung zum Vorteil der im deutschen Reich vereinten Stämme gereicht hat, kann kein Urteilsfähiger leugnen. Wie schon so oft in der Geschichte hat es sich auch hier gezeigt, daß die äußerlich kleinere, aber innerlich fester gefügte Macht mehr leistet als die größere aber lockerer verbundene. In einer Bescheidenheit, die heutige Leser wunderlich anmutet, hat der begeistertste Vertreter der kleindeutschen Partei zu Anfang der sechziger Jahre den Satz nieder geschrieben. „Eine Großmacht im stolzesten Sinne kann dies Deutschland in jener Spanne Zeit, die das gegenwärtige Geschlecht überblicken mag, nicht werden. Die Seeherrlichkeit der Hansa ist dahin und nur die seegewaltigen Staaten, die Gebieter überseeischer Lande, sind heute die Großmächte der Erde." So Heinrich von Treitschke 1864. Und heute, ein Menschenalter später — was bedarf es mehr als einer weiterblickenden Vertretung des deutschen Volkes, um auch dieses stolze Ideal zu verwirklichen?

Schwerer als dem Deutschen im neuen Reich mußte es dem deutschen Oesterreicher fallen, sich mit den Folgen des Krieges von 1866 abzufinden. Er hatte gelebt und gewebt in der Erinnerung daran, daß sein Herrscherhaus Jahrhunderte hindurch die Kaiserkrone des heiligen römischen Reiches deutscher Nation getragen, er hatte sich in dem Gedanken eingesponnen, daß sein Oesterreich als die Präsidialmacht im deutschen Bund die einzig berufene Vormacht sei, daß zur Herstellung der deutschen Einheit weiter nichts nötig sei, als die Unterordnung der andern deutschen Staaten unter die schwarzgelbe Fahne. „Wenn der Kaiser ruft, so müssen die Markgrafen ihm folgen." Welch schmerzliches Erwachen aus solchen Träumen! Begreiflich, daß das Emporsteigen Preußens so vielen Oesterreichern nur als das Werk roher Gewalt, als der Triumph blutiger Siege erschien. Sie hatten seit den Tagen Josefs II. vergessen, was die erste Bedingung gewesen wäre, um Oesterreichs Ansprüche auf die Herrschaft in Deutschland besser zu begründen als durch den Moder der Verfassung des heiligen römischen Reiches, durch den Plunder der weiland Reichskleinodien. Vergebens hatte der Turnvater Jahn der Empfindung Ausdruck gegeben, daß von Oesterreich nichts für Deutschlands Einigung zu erwarten sei „allerzeit wird es den Oesterreichern mißlingen, ihre Staatsbrüder zu verdeutschen, ein so herrlicher Kraftstamm auch der Deutsch-Oesterreicher ist, ein so ausgezeichnetes in Glück und Unglück gewiegtes Fürstenhaus auch die Länder und Staaten zusammenhält." Vergebens hatte 1810 eine österreichische Staatsschrift die Befürchtung ausgesprochen, die deutsche Kultur in Oesterreich werde nach der politischen Trennung von Deutschland verkümmern und überwuchert werden durch das Slaventum. Vergebens hatte, nachdem die Gelegenheit durch den Erwerb des Elsasses die frühere Stellung Oesterreichs in Süddeutschland wieder zu gewinnen, leichten Herzens dem Gesichtspunkt der Abrundung geopfert worden war, der letzte deutschgesinnte Staatsmann Oesterreichs, Graf Stadion, in wehmütiger Ahnung gesagt, Oesterreich habe fast aufgehört ein deutscher Staat zu sein. Die Abschließung Oesterreichs gegen das deutsche Geistesleben war einer der Grundsätze Metternichischer Staatskunst; man wollte Deutschland unter österreichischer Vormundschaft halten und war blind gegen die Zeichen der Zeit, wie die Deutschen „draußen im Reich" immer mehr sich daran gewöhnten, Oesterreich als halbfremdes Gebiet, als Hemmschuh deutscher Entwicklung zu betrachten, trotz der historischen Erinnerungen. Hatte doch die zornige Regung des deutschen Volkstums gegen die römische Hierarchie sich vordem Bahn gebrochen trotz der engen Verknüpfung seines heiligen römischen Reiches mit der mittelalterlichen Kirche. So rang im Gemüt des deutschen Volkes die Pietät der historischen Erinnerungen mit dem Bedürfnis durch Abstoßung des halb oder viertelsdeutschen Oesterreichs dem reinen Deutschtum politisches Leben zu erstreiten, — bis die Zeit erfüllet war.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht! Aber nicht auf einen

Schlag konnten es die Deutsch-Oesterreicher — Hoch und Nieder — fassen, daß es mit der Herrschaft des Hauses Habsburg über Deutschland vorbei wäre. Wie die hohe Politik nach den verkehrtesten Mitteln griff, um die Rache für Königsgrätz vorzubereiten, so verriet sich die Volksstimmung noch beim Kriege zwischen Frankreich und den verbündeten deutschen Staaten. Damen des Hochadels haben damals gesammelt zu einer Ehrengabe für den Franzosen, der die erste deutsche Fahne erobern werde; während einer Sylvesterfeier im Wiener Sophiensaale wurde bei einem musikalischen Allerlei die Melodie „Ich bin ein Preuße" vom Publikum mit Zischen, die Marseillaise mit brausendem Jubel aufgenommen. Dann schlug die Stimmung der Gebildeten um: Dem Ministerium Hohenwart, das nach dem Muster der Lostrennung Ungarns die Zerlegung der cisleithanischen Länder plante, schien es geraten, den Drehorgeln die Wacht am Rhein, den Turnern und Liedertaflern deutschnationale Lieder zu verbieten. Nach dem Scheitern dieser Pläne glaubte die deutschliberale Mehrheit des Reichsrates in der Verfassungsurkunde von 1867 das Palladium der Staatseinheit und der deutschen Herrschaft in den cisleithanischen Ländern für alle Zeit gerettet zu haben; und während sie sich gegen die Besetzung Bosniens als eine Gefahr für das mühsam ausgeklügelte System des Dualismus mit der Teilung der Macht zwischen Deutschen und Magyaren mit Händen und Füßen wehrte, war sie blind gegen weit nähere Gefahren für die bisherige Machtstellung des deutschen Elements in Oesterreich.

Das Auftreten des Ministeriums Taaffes zerriß den Nebel der Selbsttäuschung. Mit höhnischer Offenheit zeigte er den Deutsch-Oesterreichern, daß sie ihre Wichtigkeit für den Staat überschätzt hätten, daß Oesterreich auch ohne und gegen sie regiert werden könne. Für den Kaiser — so sagte Taaffe gelegentlich — ist das Entscheidende, daß der Acker gepflügt wird, ob mit dem deutschen oder dem tschechischen Ochsen ist Nebensache.

Der Deutsch-Oesterreicher bedurfte dieser Aufrüttelung, um sich den Schlaf aus den Augen zu reiben, um zur Einsicht zu kommen, daß nicht die Bosheit eines Staatsmannes, sondern seine eignen Unterlassungssünden seine Herrschaft gestürzt hatten. Lange Jahre hindurch hatte er versäumt, sich um die Grundlagen seiner Macht zu kümmern. Wohl hatte ihm die direkte Wahlordnung das ihm zwar nicht nach der Zahl, aber nach der Bildung und dem Besitz gebührende Uebergewicht belassen — aber um dieses Uebergewicht in wirkende Kraft umzusetzen, hätte es anderer Mittel bedurft, als des theoretisierenden Liberalismus und des frommen Glaubens an die Germanisierung durch die deutsche Kanzlei- und Heeressprache, es hätte vor Allem der Erkenntnis von der nationalen Interessengemeinschaft aller Deutsch-Oesterreicher bedurft, um den deutschen Besitzstand auch in den abgelegensten Gebieten zu sichern und zu stärken.

Nicht durch Redekämpfe, sondern nur durch gemeinsame Selbsthilfe konnte eine neue Erhebung des deutschösterreichischen Stammes vor-

bereitet werden. Die Begründung des Wiener deutschen Schulvereins war die heilsame Folge des Umschwunges in den Grundsätzen der Staatsleitung. Das hohe Verdienst, die nationale Selbsterziehung der Deutsch-Oesterreicher kräftig begonnen zu haben, darf dem Schulvereine nun und nimmer bestritten werden. Er war der Erstling alles deutschnationalen Vereinswesens in Oesterreich und deßhalb soll die Entstehungsgeschichte hier in kurzen Zügen ihren Platz finden.*)

Der tchechische Ansturm gegen die angeblichen Bollwerke der Germanisierung in Böhmen und Mähren, die deutschen Schulen, die Forderung der Errichtung neuer tschechischer Gymnasien und Realschulen, der Plan in Wien selbst tschechische Schulen zu begründen, traf zusammen mit der Befürchtung der deutschen Liberalen, daß die nunmehrige slavisch-ultramontane Mehrheit im Reichsrate Hand an die Schöpfungen der liberalen Schulgesetzgebung legen wollte. Der Gedanke der Abwehr lag schon zu Grunde dem Antrag des Abgeordneten Dr. Menger in einer Versammlung des deutschen Vereins in Wien (20. Dezember 1879), ein Ausschuß von sieben Mitgliedern solle nach dem Studium der Frage, ob das deutsche Element in Oesterreich an den Sprachgrenzen zurückgedrängt werde, über den Umfang der Verluste und die Mittel der Abhülfe Bericht erstatten. Dem Abgeordneten Pernerstorfer fiel die Untersuchung der Verhältnisse an der Sprachgrenze in Tirol zu; er fand in einer Schrift des Frankfurters Dr. Lotz (Mupperg, Aus den Bergen an der deutschen Sprachgrenze in Tirol 1880) neben der Schilderung der dort seit Jahrhunderten vordringenden Verwälschung den Hinweis auf die eifrigen und glücklichen Bemühungen des Pfarrers Mitterer zu Proveis im Nonsberg, seiner Gemeinde ihr Deutschtum zu bewahren. Diese Schrift mit den Eingangsworten „Reden wir davon, wie wir Einzelne und Vereine, der weiteren Beraubung unseres Volksgebietes entgegen treten können" — wird als das Samenkorn bezeichnet, aus dem der deutsche Schulverein emporgesproßen sei.

> Ihr Deutsche, auch Ihr seid
> Tatenarm und gedankenvoll!
> Oder kommt, wie der Strahl aus dem Gewölke kommt,
> Aus Gedanken die That? Leben die Bücher bald?

Schon wiederholt hatten deutsche Gelehrte und Schriftsteller auf die Verluste des Deutschtums in Südtirol das Augenmerk gerichtet; in Innsbruck bestand seit langen Jahren eine deutsche Schulgesellschaft zur Unterstützung der Schulen an der dortigen Sprachgrenze; ja selbst die österreichische Regierung hatte nach dem Verlust Venetiens für die deutschen Reste in Wälschtirol Interesse bewiesen.

Pernerstorfer erörterte nun im Wiener „Leseverein" am 13. Mai 1880 an dem Beispiel Mitterers die Möglichkeit, hunderte von Kindern vor der drohenden Entdeutschung zu schützen durch den deutschen Unterricht und schlug zugleich vor, die erforderlichen Mittel

*) Vgl. Zehn Jahre deutscher Arbeit. Gedenkschrift zum Zehnjährigen Bestande des deutschen Schulvereines in Wien. 1890.

zu dieser nationalen Rettungsthätigkeit durch die Anrufung des deutschen Nationalgefühls, durch die Bildung eines wo möglich alle Deutschen Oesterreichs umfassenden „deutschen Schulvereines" zu gewinnen. Der Gedanke fand Anklang, sofort wurde ein vorbereitender Ausschuß gewählt, der die leitenden Grundsätze feststellte und einen Aufruf entwarf, dessen erste Sätze hier Platz finden mögen:

„Tausende und Tausende von Kindern deutscher Eltern an unseren Sprachgrenzen und in Gebieten von gemischtsprachiger Bevölkerung wachsen ohne deutsche Schule auf und gehen so dem deutschen Volke verloren. Dieser Vorgang, ebenso traurig für die dadurch Betroffenen als beschämend für jeden Deutschen, vollzieht sich ebensowohl in Böhmen und Mähren als in Tirol und Krain. In vielen Gemeinden wehren sich noch die deutschen Minoritäten, aber ohne hinreichende eigene Geldmittel, verlassen und preisgegeben von ihren eigenen Stammesgenossen, sind sie gezwungen, den hoffnungslosen Kampf aufzugeben, ihre Kinder die Sprache der Mutter vergessen und sie zu Slaven oder Wälschen werden zu lassen.

Da haben wir Deutsche, ohne Unterschied der Partei, die Pflicht zu helfen, zu helfen nicht durch unwürdige Klagen und erfolglose Proteste, sondern durch frische That."

Als Ziel des Vereins war bezeichnet die Unterstützung bedrohter deutscher Schulen, die Anstrebung neuer öffentlicher Lehranstalten an den Srachgrenzen. Um für die Mitgliedschaft auch auf die unbemittelten Schichten rechnen zu dürfen, ward der jährliche Beitrag auf einen Gulden bestimmt.

Unerhört in der Geschichte des österreichischen Vereinswesens war der Erfolg. „Es war, als hätte man mit diesem Appell an deutsche Ehre und Pflicht eine starke, hochgestimmte, lange nicht berührte Saite wieder angeschlagen und lauten und freudigen Widerhall im Herzen des deutschen Volkes in Oesterreich wachgerufen." Der Aufruf war das rechte Wort zu rechter Zeit; in den Herzen zitterte die tiefe Erregung über den ersten Schlag des Ministeriums Taaffes gegen die historische Stellung der deutschen Sprache in den alten Erbländern — die Sprachenverordnung wegen der Geltung des Tschechischen auch bei den deutschböhmischen Behörden. Nach dem herkömmlichen Brauch, daß der deutsche Oesterreicher bei jeder Verschiebung der äußeren und inneren Machtverhältnisse die Unfähigkeit oder die Bosheit seiner Regierung zu brandmarken als sein wichtigstes Recht betrachtet, hat es auch damals nicht an Leuten gefehlt, die es bedauerten, daß die öffentliche Aufmerksamkeit nicht ausschließlich auf den Entrüstungssturm über die Sprachenverordnung gerichtet blieb. Durch die jüngere Generation aber ging es wie ein Frühlingshauch; der Gedanke, den Schutz des deutschen Wesens in Oesterreich nicht mehr der Gunst der Regierenden, sondern der nationalen Gemeinsamkeit anzuvertrauen, bestach durch seine Neuheit und Kühnheit; in diesem Gedanken fühlte sich der deutsche Oesterreicher wieder ebenbürtig dem Deutschen im Reich, und bestrebte sich, ihn durch feurigen Ausdruck der nationalen Empfindung noch zu überbieten. Dieser Zug jugendlichen Thatendrangs, dem bisherigen Stammescharakter der deutschen Oesterreicher eher entgegengesetzt, vermochte freilich

seiner behäbigen und schmiegsamen Natur weder die zähe Energie des Norddeutschen, noch die Glut des nationalen Fanatismus der Tschechen und Magyaren zu verleihen, aber er hat doch rasch die Erstarrung des altösterreichischen Partikularismus geschmolzen und eine Vertiefung des Nationalgefühls bewirkt.

Seine belebende und werbende Kraft beweist zunächst das rasche Aufblühen des deutschen Schulvereines. Nachdem der vorbereitende Ausschuß die knappen Satzungen ausgearbeitet und die Genehmigung der Behörden erlangt hatte, konnte ein zweiter Aufruf, diesmal mit zahlreichen Unterschriften namhafter Männer erlassen werden. Die konstituierende Hauptversammlung fand am 2. Juli 1880 im Sitzungssaal der Akademie der Wissenschaften zu Wien statt. Der Berichterstatter durfte den Erfolg rühmen, daß in wenigen Wochen mehr als 3000 Mitglieder sich zusammengefunden hatten zu dem Werk nationaler Selbsthilfe; er sprach die Hoffnung aus, daß auf einem neutralen Boden sich Deutsche aller Richtungen vereinen könnten; es schien ihm, nach seinen Worten „als ginge der Geist des Friedens unter den Deutschen Oesterreichs um, auf daß sie sich die Hände reichen zur Pflege ihrer nationalen Schule, dieses kostbaren Gutes, dessen Bewahrung all die widerstreitenden Meinungen unter den Deutschen verstummen macht." Es klingt in diesen Worten neben dem eigentlichen Zweck des Vereins, dem Schutz der Deutschen an der Sprachgrenze und in der Zerstreuung, wieder der Gedanke an, auch die liberale Schulgesetzgebung zu verteidigen gegen die Bestrebungen der klerikalen Partei.

Die Gestaltung des Vereins hatte vor allem die Einheitlichkeit der Leitung festgesetzt, mit einem Gesamtausschusse von 25 Mitgliedern, einem engeren geschäftsführenden Ausschusse von 7, einem Aufsichtsrat und einem Schiedsgericht von je 5 Mitgliedern. Die rasch wachsende Zahl der Vereinsmitglieder, deren nun kaum zwei Monate nach dem Beginn der Werbungen schon 13,000 waren, nötigte zur Einführung örtlicher Unterverbände, zur weiteren Ausgestaltung der Satzungen. Hatte doch der IV. deutsch-österreichische Parteitag in Wien (14. November 1880) es einstimmig für eine nationale und patriotische Pflicht jedes freisinnigen Deutschen in Oesterreich erklärt, den deutschen Schulverein in der Durchführung seiner hohen und wichtigen Aufgabe thatkräftig zu unterstützen. Am 13. Februar 1881, bei der ersten Vollversammlung, die auch neue Satzungen zu genehmigen hatte, wurden bereits 22,000 Mitglieder gezählt, nicht nur aus Oesterreich, sondern auch aus dem Deutschen Reiche. Die wichtigste Neuerung war die Einführung von Ortsgruppen, Zweigvereinen mit eigenen Satzungen und Versammlungen unter gewählten Vorständen, die die Mitgliederbeiträge einheben und die Vereinsleitung mit Erhebungen und Gutachten unterstützen. Aus der Vereinsleitung von nunmehr 24 Mitgliedern scheidet alljährlich ein Drittel aus; die Neuwahl ist Sache der alljährlichen Hauptversammlung.

Auf Grund dieser verbesserten Ordnung gewann der Schulverein bald Ausdehnung über alle deutschen Gaue Oesterreichs; bis zum Jahre 1886, in dem er seinen Höhepunkt erreichen sollte, wuchsen alljährlich 200 neue Ortspruppen zu, darunter auch bald zahlreiche Frauen- und Mädchengruppen. Der Wert der Mitarbeit der Frauen an dem Werk nationaler Selbsthilfe wurde vollauf erkannt. „Mit Stolz und Beruhigung" — so sagte der Obmann des Schulvereins, Dr. Weitlof, auf der Hauptversammlung in Graz 1884 — „können wir sagen, wir haben die beste Stätte, die das deutsche Volk zu vergeben hat, das vortreffliche Herz seiner Frauen und Mädchen dem Schulvereine erobert". Die Frauenortsgruppen fanden ihre besondere Aufgabe darin, die Vereinsschulen durch Beschenkung armer Kinder mit warmen Winterkleidern, die Kindergärten durch Verköstigung zu Mittag in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen. Die Bedeutung greift aber tiefer, da es sich nicht nur um eine Sache der Mildthätigkeit handelt; und diese tiefere Bedeutung klingt an in den Worten einer deutschen Frau auf dem Festkommers der Hauptversammlung in Teplitz 1885." Ueberall, wo nationales Wesen zur Blüte gelangt ist, haben die Frauen durch ihre Teilnahme am öffentlichen Leben dazu beigetragen, und wo ein Volkstum in Schwäche untergegangen, waren es zunächst Frauen, die alles Gemeinsinns bar die Männer herabgezogen haben zu eigenem kleinlichen Denken, zu engbegrenztem Schauen, zu schwachem Wollen, zur knapp bemessenen, nur das Bedürfnis des Augenblicks deckenden Arbeit. Die Frauen in den österreichischen Landen haben sich verbunden zu Schutz und Schirm der deutschen Schule, zur Pflege unserer Muttersprache, welche zu herrschen berufen ist in der Welt des Geistes, wie vordem jene Roms. Wenn die Frauen in wahrer Liebe zu ihrem Heimatlande diese hohe Aufgabe erfassen und mit Begeisterung erfüllen, dann wird kein Unglück von frevelnder Hand über uns heraufbeschworen, im stande sein, die Häupter unserer Männer zu beugen und neu erstarkt und geeinigt geht unser Volkstum hervor aus jeglichem Kampfe".

Der mindest gefährliche Feind des deutschen Schulvereins war das Mißtrauen der Regierung. Die Anschuldigung, daß der Verein ein Kampfverein sei, zur Germanisierung der andern Volksstämme, konnte bei der gegenseitigen Gereiztheit der Deutschen und des Ministeriums Taaffe nicht ohne Wirkung bleiben. So wurden im Dezember 1885 alle Bezirkshauptmannschaften in Böhmen, Mähren und Steiermark zu vertraulichen Berichten veranlaßt, ob nicht der Verein auf das politische Gebiet übergreife. Die Begrüßung des Vereins auf der nächsten Hauptversammlung in Salzburg durch den Statthalter des Landes bedeutete eine öffentliche Anerkennung seiner segensreichen Thätigkeit.

Das Jahr 1887 bezeichnet den Höhepunkt des Schulvereins nach seinem Mitgliederstande; er zählte damals 120,000 deutsche Männer und Frauen in Oesterreich als seine Anhänger, in 1174 Ortsgruppen. Seit dem Beginn des Jahres 1886 aber war bereits

innerhalb des Vereins eine antisemitische Strömung hervorgetreten; dem Austritt des Ritters Georg von Schönerer (April 1886) folgte im Verlauf der nächsten Jahre ein immer mehr um sich greifender Abfall seiner Anhänger. (Der Schulverein zählt zur Zeit noch 90000 in 861 Ortsgruppen). Die eingehende Würdigung des Antisemitismus, soweit sie in den Rahmen einer Geschichte des nationalen Vereinswesens gehört, kann nur im Zusammenhang versucht werden; hier ist es zunächst nötig, die Geschichte und die Leistungen des Schulvereins und der sich ihm anschließenden Organisationen an der Hand der Thatsachen zusammenzustellen.

Es war die dringendste Aufgabe, der drohenden Abbröckelung entgegenzuarbeiten und die Leistungen des Vereins für den deutschen Unterricht an den gefährdeten Punkten in dem bisher gewonnenen Umfang fortzuführeu. Die gesamte Einnahme des Jahres 1885 hatte 255,812 Gulden betragen, die 1886 auf 285,775 stieg; der Gesamtbedarf für Schulzwecke belief sich 1885 auf 228,532 Gulden. 1886 auf 257,536 Gulden. Der Bedarf für Verwaltung war 1887 30,000 Gulden; für Sicherstellung der Pensionsansprüche des Lehrpersonals über 18,000 Gulden. Im Jahre 1886 waren 38 Vereinsschulen und 43 Kindergärten mit 57 Abteilungen vorhanden, zu denen im Lauf des Jahres drei Schulen und fünf Kindergärten hinzukamen. Die Zahl der unterstützten Schulen betrug zur Zeit der Hauptversammlung in Salzburg 1886 schon 41, der Kindergärten 21; bis 1887 stieg deren Gesamtzahl auf 82. In 32 Fällen war durch besondere Spenden der Bau eigener Schulhäuser ermöglicht worden. Dazu kommt die Aufwendung für Religions-, Gesangs-, Musik- und Handfertigkeitsunterricht, die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, die Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte an 55 Orten, die Aneiferung und Belohnung durch Ehrengaben, die Zahlung von Schulgeldern und Stipendien.

Die Gesamteinnahmen des Schulvereines bewegten sich noch bis zum Jahre 1889 (302,850 Gulden) in aufsteigender Linie, dank den energischen Bestrebungen der Vereinsleitung und der treuen Freunde der Sache. Während einzelne Ortsgruppen sich auflösten, traten doch wieder neugegründete an deren Stelle, so daß der Verein zunächst durch die Krise nicht wesentlich geschädigt erschien. Eine neue Einnahmequelle eröffnet der Vorschlag des Ausschußmitgliedes Freiherrn von Dumreicher (auf der Hauptversammlung in Brünn 1888), einen eigenen Schulbaufonds zu begründen durch außerordentliche Spenden bemittelter Stammesgenossen und deutscher Gemeinwesen oder Körperschaften; in kurzer Zeit wurde dafür ein Grundstock von 60,000 Gulden zusammengebracht.

Während die Vereinsleitung den Grundsatz der Einheitlichkeit der Verwaltung festhielt, suchte sie doch zugleich die Gefahren der Centralisation, die Herunterdrückung zu Ortsgruppen zu bloßen Sammelstellen ohne selbständige Bedeutung, dadurch zu vermeiden, daß die um größere Ortsgruppen herum sich lagernden kleineren von dort

Rat und Anregung erhalten sollten, daß zu diesem Zweck in allen Teilen des ausgebreiteten Netzes der Organisation des Schulvereines eigene Ortsgruppentage stattfinden sollten zur gemeinsamen Besprechung der nationalen Verhältnisse der Nachbarschaft, also besonders in gemischtsprachigen Gebieten. Andrerseits griff man auf die frühere Einrichtung der Vertrauensmänner zurück, um die Vereinsleitung im laufenden zu erhalten über alle Vorkommnisse, welche für das Gedeihen der Ortsgruppe von Belang werden konnten. So bildete sich allmählich der Gedanke von Gauverbänden als Mittelglied zwischen der Vereinsleitung und den Ortsgruppen; und auch für die Thätigkeit der Frauenortsgruppen wurde eine Erweiterung gewünscht, die sich auf Errichtung von deutschen Haushaltungsschulen und Fortbildungskursen richten sollte, um die deutsche Frauenwelt in Oesterreich der nationalen Gleichgültigkeit zu entreißen (1894.) Seitdem sind zwei Gauverbände in Böhmen ins Leben getreten, deren eigene Tätigkeit ermöglicht ist durch die Ueberschüsse, die sie nach Abführung der Beiträge an die Vereinsleitung erzielen. Es ist damit der Anfang gemacht zu einer Dezentralisation, wenn auch in bescheidenen Grenzen. Der Gau I in Aussig vermochte mit 8—9000 Gulden die Errichtung von 14 Kindergärten zu fördern, an drei Schulen Lehrmittel zu liefern, einige Volksbüchereien aufzustellen, Zulagen an verdiente Lehrer an der Sprachgrenze zu geben usw. Der Gau II (Saaz) verfügte nur über beschränkte Mittel.

Bei dem Rückblick auf seine zehnjährige Thätigkeit durfte der Wiener Schulverein mit Stolz auf seine bisherigen Leistungen hinweisen. Er hatte bis dahin 43 Schulen und 59 Kindergärten begründet; nur drei Anstalten hatten die Erwartungen enttäuscht; 28 Schulhäuser hatte er allein erbaut, bei 169 hatte er beigesteuert, 16 Häuser für Unterrichtszwecke tauglich gemacht, zahlreiche Schulen und Kindergärten unterstützt, und auch sonst nach allen Richtungen das deutsche Schulwesen gefördert — mit einem Gesamtaufwand von 1'743,000 Gulden. Die Hoffnungsfreudigkeit seiner ersten Jahre waltet zur Zeit nicht mehr, insbesondere haben seine Gesamteinnahmen die Höhe von 1889 trotz aller Anstrengungen und vorübergehender Hebung nicht wieder erreicht, so daß sie für 1895 sogar unter den bisherigen Bedarf von rund 250,000 Gulden gesunken sind, und es ergiebt sich daraus die Notwendigkeit einer Einschränkung der Vereinsthätigkeit, die besonders im Hinblicke auf die größeren Leistungen allein des tschechischen Schulvereines auf beschränkterem Gebiet nicht erfreulich ist. Die Thätigkeit des deutschen Schulvereines erstreckt sich zur Zeit über 28 Vereinsschulen mit 67 Klassen, über 44 Kindergärten mit 50 Abteilungen, 34 Schulen, 44 Kindergärten wurden unterstützt. Schulhäuser besitzt der Verein 31; Lehrergehaltszulagen konnten 1895/96 nur mehr 71 gegeben werden gegenüber 86 im Vorjahre. Das Vermögen des Vereines hatte sich gemindert, von 485,901 Gulden auf 466,590 Gulden. Der tschechische Schulverein unterhält ein Gymnasium, 42 Volksschulen mit 111 Klassen, 41 Kindergärten mit 54 Abteilungen, im ganzen für 10,047 Kinder.

Bei den gesunkenen Einnahmen des Schulvereines wird es als seine zukünftige Aufgabe bezeichnet, immer mehr sich auf die Unterstützung deutscher Schulen zu beschränken und die Lasten der vollständigen Unterhaltung von sich abzuwälzen.

Da der Rückgang des Schulvereines großenteils auf die Fernhaltung der deutschnationalen Antisemiten geschoben wird, so müssen wir später auf ihre gegenseitigen Beziehungen, die auch für die Zukunft des Schulvereins von Einfluß sein werden, zurückkommen.

2. Der Allgemeine deutsche Schulverein.

Der Aufruf des Wiener Ausschusses zur Gründung eines deutschen Schulvereines hatte auch im deutschen Reich zahlreiche Anhänger geworben, besonders in Thüringen, Sachsen, Württemberg, Baden und Bayern. Es bestanden auch schon vorher Vereine zur Unterstützung der deutschen Schulen im Ausland zu Frankfurt und Stuttgart. Als aber der Wiener Schulverein seine Organisation nach Ortsgruppen vornahm, machte es ihm das österreichische Vereinsgesetz unmöglich, diese Mitglieder nach demselben Gesichtspunkt zusammenzufassen, trotz der nahe liegenden Analogie des deutschösterreichischen Alpenvereins. So erfolgte denn die Gründung des „Allgemeinen deutschen Schulvereins in Berlin am 18. August 1881. Aber bei der engsten Bundesgenossenschaft mit dem Oesterreichischen Verein setzte er sich von vorn herein hinweg über die geographische Beschränkung, die jenem durch die Verhältnisse aufgenötigt war; wie das durch den Beisatz Allgemein bezeichnet wurde. Er verkündete es als seine Aufgabe, das gesamte Deutschtum außerhalb der deutschen Reichsgrenzen in seine Obhut zu nehmen, das deutsche Nationalbewußtsein daheim und in der Fremde zu erhalten und zu fördern, so daß auch der Deutsche im Ausland stolz auf seine Abstammung mit aller Kraft, die der Besitz eines unersetzlichen Schatzes gewähre, für die Erhaltung seines Deutschtums kämpfe, und daß auch das Vaterland seine fernen Sprossen nicht vergesse, jede ihnen angethane Unbill abwehre oder sühne. Als das kräftigste Bollwerk alles deutschen Wesens und Lebens erschien die deutsche Schule, die den Nachkommen den Gebrauch der deutschen Kultur- und Weltsprache zu übermitteln habe. Zur Unterstützung der deutschen Schulen im Ausland sollten alle Deutschen ohne Unterschied der Konfession oder der Partei beitragen.

Der Wiener Schulverein hatte wohl oder übel darauf verzichten müssen, die ungarischen Länder in den Bereich seiner Thätigkeit einzubeziehen; der Berliner Verein mußte es für seine brennendste Aufgabe erachten, die öffentliche Meinung im deutschen Reich in Wallung zu bringen gegen die Vergewaltigung der deutschen Sprache, der deutschen Kultur in Ungarn, wo seit dem Ausgleich mit dem Kaiserhaus die herrschsüchtige Minderheit der Magyaren mit allen Mitteln der Gewalt und List darauf hinarbeitet, allen anderen Völkern die Erhaltung und Pflege der Muttersprache zu verleiden und in erster Reihe

die zahlreichen deutschen Sprachinseln durch Vernichtung der deutschen Schulen zu magyarisieren. In Aufrufen, offenen Antworten und Erklärungen an das deutsche Volk und an die magyarischen Gewalthaber wurde auf das eindringlichste darauf hingewiesen, wie die Verfolgung des Deutschtums in Ungarn eine Schädigung der Bildungsinteressen und eine Herausforderung des gesamten deutschen Volkes wäre. Die tüchtigsten Kräfte der Berliner Universität beteiligten sich an der Abfassung, hundert der besten Namen aus dem deutschen Reiche, die achtundsechzig Städte vertraten, gaben ihre Unterschriften her. Der ungarische Unterrichtsminister suchte im Herbst 1881 durch eine persönliche Zuschrift an den Vorstand des Berliner Schulvereins die Angriffe auf das deutsche Schulwesen in Ungarn zu beschönigen; die Bestimmung der Unterrichtssprache sei Sache der Gemeinden, und wenn diese ihre deutschen Schulen in magyarische umwandelten, so sei das ihre Sache. Gleichzeitig aber wurde das blühende Mittelschulwesen der Siebenbürger Sachsen durch den Entwurf neuer Gesetze im Sinne der Magyarisierung schwer bedroht. Als die Anhänger der Unabhängigkeitspartei im Januar 1882 den Ministerpräsidenten wegen des Aufrufs des Schulvereins zur Rede stellten, leugnete dieser jede Unterdrückung der deutschen Sprache in Ungarn und zieh die Siebenbürger Sachsen staatsfeindlicher Umtriebe, weil sich diese in zahlreichen Volksversammlungen für den Standpunkt des Berliner Schulvereins ausgesprochen hatten. Auch in anderen Gegenden Ungarns sprachen sich einzelne Versammlungen in diesem deutschfreundlichen Sinne aus; um deren Bedeutung zu entkräften, wurden dann künstlich Versammlungen veranstaltet, bei denen sich bezahlte Schreier gegen die Einmischung des Schulvereins in die ungarischen Verhältnisse erklären mußten. Gegenüber diesem System mußte sich allerdings der deutsche Schulverein mit dem moralischen Erfolg begnügen; sogar eine offene Unterstützung einzelner deutscher Schulen in Ungarn blieb ihm versagt, um nicht den Empfänger schutzlos den Verfolgungen der Deutschenfresser, den politischen Parteiumtrieben und Gewaltthätigkeiten preiszugeben. Direkte Unterstützungen deutscher Schulen in Ungarn spielen auch heute noch keine sonderliche Rolle unter den Ausgaben des Berliner Schulvereins; es fehlt nach wie vor die Handhabe für eine ersprießliche Thätigkeit. Dagegen öffnete sich dem Schulverein ein fruchtbares Feld in Siebenbürgen, wo das trefflich organisierte Schulwesen der Sachsen mit geringen Mitteln eine geistige Arbeit der Erhaltung und Fortbildung deutscher Kultur leistet, die in keinem Verhältnis steht zu der schwachen Zahl des Völkchens. Der Schulverein hat es stets für seine Aufgabe gehalten, mit seinen immerhin spärlichen Unterstützungen da einzuspringen, wo andere Hilfsquellen zu versagen drohen.

Für die Unterstützungen auf österreichischem Boden hat der Berliner Schulverein von Anfang an den Gesichtspunkt festgehalten, sie nur im engsten Einvernehmen mit dem Wiener Schulverein zu gewähren und auch seine Unterabteilungen an diesen Grundsatz zu gewöhnen.

Seine Organisation schloß sich enger an die bewährten Formen des Gustav-Adolf-Vereins an als an die des österreichischen Schulvereins. Zwischen die Ortsgruppen und die Hauptleitung schiebt sich der Landesverband; die selbständige Verfügung der Ortsgruppen wird nicht mehr beschränkt, als daß sie ein Dritteil ihrer Einnahmen an die Hauptleitung abzugeben haben.

Das Wachstum des Berliner Schulvereins ist in langsamerem Tempo vor sich gegangen als beim Wiener. Er zählte zu Ende des Jahres 1882 in 57 Gruppen 6830 Mitglieder, zu Ende 1883 in 76 Gruppen 9016 Mitglieder, im April 1887 in 249 Gruppen 30000 Mitglieder, im Mai 1888 in 346 Gruppen 38000 Mitglieder. Die Einnahmen waren in diesem Zeitraum gewachsen von 12,700 Mark auf 68,900 Mark. Wiederholt war der Wunsch aufgetaucht, den Namen des Vereins als zu Mißverständnis Anlaß gebend, abzuändern; in diesem Sinne führt der Verein seit 1889 den erweiterten Namen „Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande". Gegenüber dem Anwachsen des Antisemitismus wie in Oesterreich so auch unter der Studentenschaft reichsdeutscher Universitäten stellte sich die Hauptleitung auf den Standpunkt der Neutralität, nach den Sätzen des Aufrufs zum Beitritt „Der deutsche Schulverein kennt keine politischen Parteiunterschiede, kennt keinen politischen Hader. Gut kaiserliche Oesterreicher halten wir ebenso wert wie republikanische Amerikaner; die streng katholischen Tiroler sind uns nicht minder lieb als die lutherischen Siebenbürger. Der Schulverein ist ein neutraler Boden, zu welchem das verworrene Geschrei kämpfender Parteien nicht empordringt, auf welchem sich der giftige Mehltau der religiösen Streitigkeiten nicht herabsenkt. Und es will uns scheinen, als ob auch für die Deutschen im Mutterlande solch' ein neutraler Boden erwünscht sei, wo sie vom Hader ausruhen können, und sich dessen bewußt werden, was uns alle verbündet, wo das Herz, das Blut sich zu erkennen gibt". In diesem Sinne nahm dann auch die Hauptleitung im Jahre 1887 Anlaß zu einer Auseinandersetzung mit einigen akademischen Ortsgruppen. Im Jahre 1888 beschloß der Vertretertag der deutschen Burschenschaften den Beitritt derselben zum Allgemeinen deutschen Schulverein.

Mit diesem Jahre begann auch die von der Hauptleitung selbst zu ihrer Entlastung angestrebte Decentralisierung der Unterstützungen, so daß einzelne Landesverbände und Ortsgruppen der Pflege besonderer Gebiete sich widmeten und die Beiträge unmittelbar versandten. Der sächsische Landesverband richtet seitdem sein Augenmerk vorzüglich auf Böhmen, der badische auf die Iglauer Sprachinsel, Frankfurt a. M. auf das südliche Tirol, Jena auf Siebenbürgen. Der Wunsch, daß über alle Zuwendungen dem Hauptvorstand stets Mitteilung gemacht werde, wurde zwar von der Hauptversammlung 1889 einstimmig angenommen, aber in der Folgezeit doch nicht allgemein beachtet. Als eine weitere Folge der Decentralisation stellt sich auch eine gewisse Unsicherheit über den äußeren Bestand des Vereins dar. Die Zahl

der Ortsgruppen hatte 1889 den Höhepunkt erreicht mit 399. Die Mitglieder aber sollten nach der Berechnung auf 30 000 gesunken sein. Im Jahr 1891 wurden nur noch 376 Ortsgruppen mit 30,000 Mitgliedern angegeben, die bis Mitte 1896 auf 278 Ortsgruppen und 27,500 Mitglieder zusammenschmolzen. Als Grund solchen Rückgangs bezeichnet der letzte Jahresbericht das immer weitere Sinken des nationalen Niveaus und des Verständnisses für die Bedeutung deutschnationaler Fragen gegenüber dem immer mehr wachsenden materiellen Interesse, welches namentlich, wo es sich in das Gewand des Staats- oder Gesellschaftsinteresses kleide, auf ganz internationalem und damit in der That deutschfeindlichem Boden stehe. Andererseits aber wird auch die rührige Thätigkeit jüngerer Vereine als Grund des Rückgangs angeführt. Ganze Ortsgruppen seien zum Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken übergegangen; die antisemitischen Bestrebungen hätten namentlich innerhalb des braunschweigischen Landesverbandes den Verein geschädigt. Der Bericht führt an, daß es in der Universitätsstadt Rostock nicht möglich gewesen sei, die Ortsgruppe am Leben zu erhalten, sondern alle Versuche seien an der nationalen Gleichgültigkeit dortiger Professoren gescheitert; es sei das, heißt es weiter, wohl das traurigste Zeichen für die Empfänglichkeit, die in den gebildeten Kreisen zur Zeit für die Bestrebungen des Allgemeinen deutschen Schulvereins vorhanden sei.*)

Diese Auslassungen des Mißmutes erscheinen gerechtfertigt als Ausdruck der unleugbaren Thatsache, daß ebenso wie der Wiener Schulverein auch der Berliner die Hoffnungen seiner Begründer auf fortgesetztes Wachstum nicht erfüllt hat, während das Bedürfnis des nationalen Schutzes ebenso gewachsen ist wie die Anstrengungen der Feinde des Deutschtums in Oesterreich und Ungarn. Aber der äußere Bestand einer großen Vereinigung wird von so vielen Umständen und Verhältnissen beeinflußt, daß ein Stillstand noch keineswegs Anlaß zu pessimistischen Auffassungen der Zukunft sein darf. Auch der Berliner Schulverein ist wie der Wiener als Schöpfung des deutschen Nationalgefühls der Ausdruck einer bestimmten Richtung, die in der Unterstützung der Schule die dringendste Sorge erblickte. Wenn später andere Richtungen sich Bahn gebrochen haben, so mußte dies mehr oder weniger auf Kosten der Schulvereine geschehen; Stillstand auf der einen, Aufblühen auf der andern Seite könnte sogar als Anzeichen gelten, daß das nationale Interesse sich verbreitert; um so mehr gilt das für das deutsche Volk, als hüben und drüben, im Reich und in Oesterreich das nationale Vereinswesen nur mühsam aus den gebildeten Schichten, die nur teilweise zugleich die besitzenden sind, den Weg zum Verständnis der breiten Massen suchen muß. Vielfach ist dieser Weg mit Glück beschritten worden, in den sog. „deutschen Abenden", einer Verbindung geselliger Formen mit den Zwecken eines

*) Bericht des Schulvereins für die Hauptversammlung in Baden 1896 S. 2.

nationalen Vereines, wie sie zuerst in Baden, dann auch in Dresden und Berlin sich bei massenhafter Beteiligung als Lebenszeichen des deutschen Schulvereins fruchtbar erwiesen haben. Und im übrigen muß es hervorgehoben werden, daß die Einnahmen keineswegs derart gesunken sind, wie der Bestand der Ortsgruppen. Sie betrugen 1893 und 1894 über 121000 Mark, fielen zwar im Jahre 1895 um 3700 Mark, aber zu Ende 1896 stellte sich wieder eine Zunahme heraus, indem die Eingänge der Hauptleitung von den Ortsgruppen den Voranschlag um 2500 Mark überschritten haben. Das Vermögen der Hauptleitung ist 1883 bis 1893 gewachsen von 5200 Mark auf 100,830 Mark, bis 1895 auf 116,750 Mark. Der Verein wird demnach voraussichtlich auch in der Zukunft im stande sein, die bisherigen Leistungen zur Unterstützung des Deutschtums im Auslande aufzubringen; sie sind freilich so bescheiden, daß es sich nur um die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse handeln kann. Es gingen 1895 nach Mähren 1376 Mark (1894 2494 Mark); nach Steiermark 2605 Mk. (für das Schülerheim in Cilli 2000 M)., nach Krain 1209, nach Kärnten 987, nach Südtirol 9155, nach Böhmen 18555, nach Galizien 4725, nach Ungarn mit Siebenbürgen und Kroatien 3489, nach andern europäischen Ländern 2546 (1894 2828) Mark, über See 3047 (1894 17000) Mark. Eines besonderen Erfolges darf sich der Berliner Schulverein in Südtirol rühmen. Während er früher vielfach auf Mißtrauen gestoßen war, erfreut er sich nunmehr des besten Einvernehmens mit den Gemeinden, den Behörden und den im Lande der „Glaubenseinheit" den Ausschlag gebenden Geistlichen. „Dem Beispiel des wackeren Kuraten Mitterer in Proveis folgend, haben auch sie erkannt, daß es ein Unrecht ist, eine Gemeinde ihres Volkstums berauben zu wollen. Früher war oft ihre Beobachtung, daß wir nur für die Schulen sorgten und die oft dringenden Bedürfnisse auf kirchlichem Gebiet außer Acht ließen, Anlaß zum Verdacht gegen unsere Bestrebungen, heute wissen sie, daß der Schulverein auch da, wo es sich um die Bedürfnisse der deutschen Kirche handelt, nach Maßgabe seiner Kräfte zu helfen bereit ist".

* * *

Neben dem Allgemeinen deutschen Schulverein entstanden noch einige kleinere Vereine gleicher oder ähnlicher Richtung, so die Vereine zum Schutz deutscher Interessen im Ausland zu München und Würzburg (1882), die sich 1896 an den Allgemeinen Verein als Ortsgruppen angeschlossen haben. In Zürich wurde 1884 ein Deutscher Schulverein der Schweiz, jedoch nur zur Unterstützung des österreichischen Deutschtums begründet, der 1887 eine Ortsgruppe in Basel errichtet hat.

Ein eigentümliches Schicksal hatte der Nationale Deutschamerikanische Schulverein, begründet am 11. Juli 1885 in Chicago. Er stellte sich die Aufgabe, das deutsche Schulwesen in den

Vereinigten Staaten zu pflegen. Sein Aufruf an die Freunde deutscher Sprache und Kultur begann mit dem Satz: „In der Zersplitterung seiner Kräfte, an welcher das Deutschtum in Amerika krankt, liegt die Gefahr des Mißerfolgs der Kulturbestrebungen desselben und seines vorzeitigen Aufgangs im Amerikanertum". Die amerikanische Nation aber könnte zum höchststehenden Kulturvolk dadurch werden, daß die schönsten Charakterzüge und Errungenschaften der Völker der alten Welt übertragen und fortgepflanzt würden, dazu bedürfe es des erziehlichen Mittels der deutschen Sprache und deshalb auch der deutsch-amerikanischen Schule. Um der Hauptgefahr für den Fortbestand der deutschen Sprache und Art, der Zerfahrenheit und Gleichgültigkeit der großen Menge der Deutschamerikaner entgegenzuarbeiten, sei der nationale deutschamerikanische Schulverein gebildet worden, mit der ausschließlichen Aufgabe, der Erhaltung und Pflege der deutschen Sprache in Schule und Haus, unbeschadet der verschiedenen politischen und religiösen Anschauungen.

Es entstanden sehr bald zahlreiche Ortsgruppen, besonders in den westlichen Staaten der Union, im Gebiet der Seen und des oberen Mississippi, wo das Deutschtum in dichten Massen sitzt. Aber es bildete sich dann eine Gegenströmung, von New-York ausgehend, die sich zwar für den Schutz des Deutschtums in Oesterreich erklärte, aber für das der Union den Verzicht auf jede Sonderstellung forderte, seine Bestimmung darin suchte, durch rasches Aufgehen seine besten Charakterzüge in den großen Schmelztiegel der Yankeesierung zu werfen, um die amerikanische Nation der Zukunft mit den Vorzügen deutschen Wesens, wenn auch unter Aufgabe der deutschen Sprache auszustatten. In New-York wurde dann 1886 ein Gegenverein zum Schutz des Deutschtums in Oesterreich gegründet; die Thätigkeit des Vereines von Chicago aber erlahmte. Erst das Eintreten des Raphael-Vereins hat wieder eine lebhaftere Erregung des deutschen Nationalgefühls in der Union hervorgebracht.

* * *

3. Die deutsch-österreichischen Schutzvereine.

Die Thätigkeit des Wiener Schulvereins mußte darauf führen, den Vorgängen an der langgedehnten Sprachgrenze größere Aufmerksamkeit zu widmen, als es lange Generationen hindurch der Fall gewesen war. Es ist eines der vielen unleugbaren Verdienste der neuerdings so viel befehdeten Hauptleitung, daß der Gedanke eines nationalen Archivs für das Deutschtum in Oesterreich verwirklicht worden ist. „Unter der Leitung des Historikers und Publicisten Dr. Friedjung und des Nationalökonomen Dr. Hainisch arbeitet eine Anzahl tüchtiger Kräfte unermüdlich daran das Material zu sammeln über alle einschlägigen Vorkommnisse nicht nur an den bedrohten Punkten, sondern überhaupt im ganzen deutschen Gebiete Oesterreichs, alle

Momente zu sammeln, welche für die nationale Entwickelung oder das nationale Zurückbleiben von Bedeutung sind".*) Man erkannte immer deutlicher die tieferen Ursachen der politischen Machtverschiebung, des Erstarkens der slavischen Völkerschaften: daß es sich dabei vielfach um einen wirtschaftlichen Wettbewerb handle, wobei die niedrigere Lebenshaltung des slavischen Proletariers ihm bei der Festsetzung im deutschen Sprachgebiet einen Vorsprung gewähre, daß deshalb auch das Vordringen des Slaventums nicht nur durch die Pflege des deutschen Schulwesens aufgehalten werden könne. So entstanden der Reihe nach die wirtschaftlichen Schutzvereine. Ein Gegensatz zum Schulvereine liegt ihnen der Idee nach so fern, daß sie vielmehr als dessen Ergänzung bezeichnet werden konnten, als die Bereiter des Bodens für dessen Wirken. Daß der deutsche Bauer und Gewerbsmann an der Sprachgrenze nicht von den Slaven wirtschaftlich verdrängt werde, sei die Sorge der Schutzvereine; daß sein Nachwuchs nicht um die Muttersprache gebracht werde, die des Schulvereines. Zuerst müsse die bedrängte deutsche Bevölkerung in ihrem Besitzstand gefestigt werden, um so in der Lage zu sein ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken und so stritten Schulverein und Schutzverein gemeinsam für die Erhaltung deutscher Sprache, Sitte und Art auf dem Boden der Väter, die Schutzvereine im ersten, der Schulverein im zweiten Treffen.**) Dieses ideale Verhältnis der gegenseitigen Ergänzung ist freilich in Wirklichkeit nicht immer festgehalten worden.

* * *

An der Spitze stehe wie billig, dem Alter nach und damit auch nach dem Verdienst einen fruchtbaren Gedanken glücklich ausgestaltet zu haben, der deutsche Böhmerwaldbund, gegründet am 27. April 1884, unter der Leitung Josef Taschek's in Budweis. Seine Aufgaben ergaben sich aus den nationalen und wirtschaftlichen Verhältnissen des deutschen Böhmerwalds.

Von der Stelle, wo das tschechische Sprachgebiet mit dem Städtchen Taus bis nahe an die bayerische Grenze vordringt und eine Eisenbahn von Furth im bayerischen Wald nach Pilsen führt, zieht sich ein schmaler Streifen deutscher Bevölkerung, nach Südosten allmählich sich verbreitend, der südliche Teil stößt schon an Oberösterreich. In der Linie der Verbreiterung liegt Budweis, aber es ist mit seiner Umgebung eine Sprachinsel geblieben, die immer stärker von dem tschechischen Meerbusen, der rings um sich ausbuchtet, überflutet worden ist. So war das Deutschtum in Budweis schon zwischen 1880 und 1890 zur Minderheit geworden, wenn ihm auch der Vorsprung an Besitz und Bildung bisher nicht abgesprochen werden konnte. Südwärts bezeichnet Krumau die Sprachgrenze, die Haupt-

*) Mitteilungen des Wiener Schulvereines 1893 Nr. 47 S. 13.
**) Nach dem 5. Jahresbericht der Südmark 1894.

stadt des „Königreichs Schwarzenberg". Dieses alte fränkische Geschlecht, das den Titel der Herzöge von Krumau führt und das Recht einer Leibwache genießt, schaltet weit und breit in einer wirtschaftlichen Machtfülle, die den scherzhaften Ausdruck zu bitterer Wirklichkeit für die unter seinem Einfluß stehende deutsche Bevölkerung des Böhmerwaldes macht. Die deutsche Abkunft wird geschändet durch die tschechische Parteigängerschaft der Schwarzenberge, durch die Verballhornung des deutschen Namens zur tschechischen Schreibung. Schwer lastet die Hand der ausschließlich tschechischen Wirtschaftsbeamten auf den deutschen Kleinbauern und Pächtern — sie sind beides, denn ihre kleinen Eigengütchen wären fast wertlos ohne die dazu gepachteten, sie umgebenden Besitzstücke der Grundherrschaft. Anderwärts hat die Grundablösung des Jahres 1848 die Bauern freigemacht; hier brachte man ihnen damals die Meinung bei, es wäre kein Vorteil, wenn sie Eigentümer der herrschaftlichen Pachtgründe würden, weil die neuen Steuern höher sein müßten, als der bisherige Pachtschilling.

Die Aufgabe des Böhmerwaldbundes wurde es nun vor allem, die in drückender Abhängigkeit schmachtende bäuerliche Bevölkerung wo nur immer möglich, auf eigene Füße zu stellen. Die Errichtung von Spar- und Vorschußkassen (zur Zeit bestehen 17 Raiffeisenvereine), die Einführung lohnender Erwerbszweige, besonders die Pflege der Obstbaumzucht, der Korbflechterei und Töpferei (durch Lehrwerkstätten), die Verteilung von Werkzeugen, Modellen und Mustervorlagen, Veranstaltung von Wanderversammlungen, dann überhaupt die Erforschung und Schilderung der Erwerbsverhältnisse und der sich daraus ergebenden Bedürfnisse bezeichnen die praktischen Seiten der Vereinsthätigkeit. Der Abwehr der Tschechisierung in Budweis und andern deutschen Städten dient insbesondere der Stellennachweis für Lehrlinge, Dienstboten und gewerbliche sowie kaufmännische Hilfsarbeiter. Man hat durch bittre Erfahrungen gelernt, welche Gefahr für den deutschen Charakter der Orte an der Sprachgrenze der Mangel deutscher Lehrlinge, das Eindringen tschechischer bedeutet. Aus dem unterwürfigen Lehrling des deutschen Meisters wird bald ein national verbissener Geselle, die Stütze der tschechischen Wühlarbeit; denn je mehr er sich darin hervorthut, desto eher hat er Aussicht durch die Unterstützung seiner Volksgenossen zum selbständigen Meister zu werden, dessen Aufgabe dann ist, den deutschen Wettbewerb zurückzudrängen. So ist es sogar im nordböhmischen Reichenberg, mitten im deutschen Sprachgebiet, zu einer bedenklichen Vertschechung des Gewerbestandes gekommen. Und kaum minder gefährlich sind die tschechischen Dienstboten in deutschen Familien, die Kinder werden durch sie mit der tschechischen Sprache so vertraut, daß sie ihre „Muttersprache" erst im Kindergarten oder gar in der Schule sich aneignen; das Tschechische wird auf diesem Wege recht eigentlich zur lingua vernacula, mit der sich unbemerkt Sympathie für das fremde Volkstum in den empfänglichen Kinderseelen einschleicht. Die tschechischen Köchinnen und

die tschechischen Handwerksgesellen haben manchen deutschen Ort an der Sprachgrenze für das Tschechentum erobert. Der deutsche Stadtbürger unserer mittelalterlichen Kolonisation kannte diese Gefahr sehr gut und ließ deshalb nur Deutsche zum Handwerk zu. Auf diesen Gesichtspunkt griff mit Recht der deutsche Böhmerwaldbund zurück und es ist ihm, wie sein letzter Jahresbericht mit Genugthuung verzeichnet, gelungen, in steigendem Maße die Zuwanderung deutscher Lehrlinge und Arbeiter besonders nach Budweis zu lenken; er sah sich auch veranlaßt der Lehrerschaft in seinem Thätigkeitsgebiet dafür zu danken, daß sie sich fortgesetzt dafür bemühe daß die Eltern ihre Kinder nach dem Besuch der Volksschule dem Gewerbestand zuführen und die Stellenvermittelung in Budweis zu Rate ziehen. Die Unterstützung des Schulwesens bethätigt der Böhmerwaldbund in mannigfacher Weise, auch durch Weihnachtsspenden, durch Stipendien und Prämien und wendet insbesondere den gewerblichen Fachschulen ein reges Augenmerk zu. Der Sache der Volksbildung dienen die von ihm aufgestellten 150 Volksbüchereien und die Verteilung von Fach- und Unterhaltungszeitschriften. An der Hebung des Fremdenverkehrs im Böhmerwald arbeitet er durch Herausgabe eines Reisehandbuchs, durch die Anregung von Wegmarkierungen durch die Bundesgruppen, durch Errichtung von Studentenherbergen, durch die Pflege der Verkehrseinrichtungen, wozu außer dem Drängen auf bessere Bahnverbindungen besonders auch die Förderung der im Sommer 1896 ins Leben getretenen Böhmerwald-Omnibusfahrt-Gesellschaft gehört. Doch beschränken sich die Bemühungen des Bundes keineswegs auf die materiellen Interessen. Denn wenn auch das seiner Fürsorge sich erfreuende Passionsspiel in Höritz, für das ein eigner Bau aufgeführt worden ist, einesteils unter den Gesichtspunkt der Hebung des Fremdenverkehrs fällt, so ist doch auch die ideale und nationale Seite des Unternehmens nicht zu unterschätzen, die durch die Pflege der bodenständigen Volkskunst dazu beiträgt, die jahrhundertelange Entfremdung der Gebildeten von dem Erbe des Volkstums zu überwinden und so das Nationalgefühl zu stärken. Die Aufführung des alten Höritzer Passionsspiels in neuer Bearbeitung hat drei Jahre nach einander zahlreiche Besucher auch aus weiterer Ferne (im ganzen an 95,000) angezogen; dann erwies sich eine Unterbrechung als notwendig, da der Massenbesuch aus der nächsten Umgebung, auf den bei den bedeutenden Tageskosten der Aufführung der finanzielle Voranschlag besonders angewiesen ist, nicht mehr erwartet werden durfte. Man versuchte es deshalb mit einem Osterspiel, dessen Bearbeitung der Propst Landsteiner aus Nikolsburg übernommen hatte. Die wachsende Arbeitslast für die Spiele in Höritz führte dann 1896 zur Gründung einer eigenen Geschäftsvereinigung in der Form einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftung; der Böhmerwaldbund beteiligte sich daran mit Anteilscheinen im Betrag von 6000 Gulden. Die Genossenschaft beabsichtigt im Jahre 1898 die Passionsspiele wieder aufzuführen und will später auch

Stücke weltlichen Inhaltes im Volksschauspielhause aufführen. Der letzte Bericht des Böhmerwaldbundes wendet sich an alle Freunde von Volksspielen wie der deutschen Sache im Böhmerwalde mit der Bitte geeignete Stücke namhaft zu machen oder zur Verfügung zu stellen. Als ein weiterer Beweis des Verständnisses der Bundesleitung für den alten Satz, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, der aber auch für das Volkstum und ganz besonders für das deutsche gilt, verdient hervorgehoben zu werden, daß schriftstellerische Unternehmungen deutscher Böhmerwälder gefördert wurden, in der Hoffnung auf diese Weise allmählich die Herausgabe eines eignen Jahrbuches zu ermöglichen. Wer erwägt, welch mächtige Stütze das Volksgefühl durch eine geklärte Heimatliebe erhalten muß, wird derartige Bestrebungen nicht unterschätzen.

Es ergibt sich aus dieser Charakterisierung der wichtigsten, keineswegs aller Gesichtspunkte der Vereinsthätigkeit des deutschen Böhmerwaldbundes zur Genüge, daß er eine Fülle segensreicher nationaler Arbeit geleistet hat, die wohl auch der Gegner nicht leugnen möchte. Nicht minder als all das einzelne fällt ins Gewicht der moralische Einfluß auf die breiten Volksmassen, die aus dem Geist der Vereinzelung herausgerissen mit dem Vertrauen auf die nationale Zukunft erfüllt werden. Dafür spricht auch die Ausbreitung, die der Böhmerwaldbund gefunden hat — es bestehen schon über 300 Ortsgruppen, davon 200 im Thätigkeitsgebiete selbst mit 25,000 Mitgliedern. Bei dem geringen Mitgliederbeitrag von 20 Kreuzern müssen auch Spenden einzelner Gönner und der Verkauf einzelner Verbrauchsartikel wie Zündhölzer dazu helfen, um die Einnahmen zu steigern, die im letzten Rechnungsjahr sich auf 13,056 fl. belaufen haben.

* * *

Nach dem Muster des Böhmerwaldbundes sind denn bald auch in anderen österreichischen Gebieten Schutzvereine gegründet worden. Der zweitälteste ist der Bund der Deutschen Nordmährens mit dem Sitze in Olmütz (vom 12. September 1886), der unter dem Obmann Hermann Braß in Mährisch-Hohenstadt bis auf 107 Ortsgruppen mit 10,000 Mitgliedern gewachsen ist. Die beträchtlichen Verluste, die das Deutschtum in Mähren seit dem Antritt des Ministeriums Taaffes zu beklagen hat, dadurch, daß in zahlreichen städtischen Vertretungen die Mehrheit auf die Tschechen überging, mußten die Augen auf die tieferen Gründe richten. Als die Aufgabe des Bundes wird die Förderung der wirtschaftlichen und nationalen Bestrebungen der deutschen Bewohner des nördlichen Mährens bezeichnet; als die Mittel dazu: die Lehrlings- und Gehilfen-Vermittlung, die Aufstellung von Volksbüchereien, die Gründung von Spar- und Vorschußvereinen, die Verbreitung von Druckschriften eignen und fremden Verlages, die Veranstaltung von Vorträgen und Wanderversammlungen.

Als die dringendste Aufgabe gerade in Nordmähren mußte es erscheinen, der drohenden Entdeutschung des Gewerbestandes vorzubeugen durch Beschaffung deutschen Nachwuchses, zunächst Vermittelung deutscher Lehrlinge. Die Hauptleitung hat allein dem deutschen Gewerbestand in 11 Jahren 926 deutsche Lehrlinge zugeführt (von denen jedoch 114 aus verschiedenen Gründen das Verhältnis wieder gelöst haben), die einzelnen Bundesgruppen außerdem weitere 130. So ist es insbesondere in der bedrohten deutschen Stadt Olmütz gelungen, den Zuzug tschechischer Lehrlinge fast gänzlich zurückzudrängen; es konnten dort im Laufe der Jahre 500 Knaben untergebracht werden, von denen ein Teil nach Freisprechung als Gehilfen dort geblieben ist (93). Der gesamte Aufwand hiefür betrug 8200 Gulden. Trotz des großen Vorteils, den diese Thätigkeit besonders für die arme deutsche Bevölkerung der nördlichen Gebirgsgegenden bedeutet, deren Nachwuchs durch die oft Jahre lang gewährte Unterstützung die Möglichkeit erhält, sich einem lohnenden Handwerke zuzuwenden, übersteigt immer noch der Bedarf an deutschen Lehrlingen beträchtlich das Angebot.

Es ist nicht zu ersehen, in wie weit dabei die Abneigung sich dem Handwerk zu widmen, hereinspielt. Andrerseits wird geklagt, daß das Verständnis für die Wichtigkeit dieser Stellenvermittelung unter den Mitgliedern selbst nicht genügend verbreitet sei, daß ein gewisser Unglaube an die Wirkung scheinbar kleiner Mittel sich ausspreche, ein paar deutsche Lehrlinge, Gehilfen und Dienstmädchen würden dem Deutschtum auch nicht aufhelfen. Leider fehlen dem Bunde der Deutschen Nordmährens zu einer Thätigkeit im größeren Stile die Mittel; bei einer Jahreseinnahme von 4699 Gulden (1895: im ersten Jahre nur 3365, 1893 noch 3786 Gulden) läßt sich eben nicht ins Werk setzen, was die Bundesleitung selbst für dringend notwendig erachtet, die Gewinnung deutscher selbständiger Handels- und Gewerbetreibender zur Niederlassung in bedrohten Orten — eine Sache, welche die tschechischen Besiedelungsvereine für ihre Landsleute durch Spar- und Vorschußvereine planmäßig betreiben. Es müßten zur Bekämpfung dieser Propaganda der Gegner deutschen Geschäftsleuten nicht nur für den Anfang die nötigen Mittel zur Begründung der Existenz beigestellt werden, sondern es müßte auch die Gewißheit gegeben sein, daß Deutsche, denen ein Geschäft eingerichtet worden wäre oder die sich auf Veranlassung des Bundes seßhaft gemacht hätten, durch einmütiges Zusammenwirken aller Deutschen in dem gewählten Ort oder dessen Umgebung auch ihr weiteres Fortkommen finden könnten.

Nächst der Aufbringnng deutscher Lehrlinge als gesunder Grundlage zur Erhaltung des deutschen Gewerbestandes betrachtet der Bund der Deutschen Nordmährens die Errichtung von Volksbüchereien (zur Zeit 68) als einen Hauptzweck seiner Thätigkeit; der letzte Bericht beruft sich auf die verschiedenen Vereine zur Massenverbreitung guter volkstümlicher Schriften und meint, wenn es einmal gelänge, solche volkstümliche und belehrende Bücher zu Hunderttausenden an die breiten Schichten abzugeben, so werde der verderblichen Kolportageliteratur,

die so häufig die Thaten großer Verbrecher verherrlichten und im Lichte des Nachahmungswürdigen hinstellten, am besten Einhalt gethan werden. Im Laufe des Jahres 1896 hat der Bund 1000 gebundene Bücher an seine Volksbüchereien gesandt; im ganzen dafür seit 10 Jahren über 3500 Gulden verwendet (ohne die Ausgaben der Ortsgruppen für diesen Zweck). Die Herausgabe eines deutschen Volkskalenders zur Verdrängung der vielverbreiteten schlechten Machwerke hat bisher noch nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt, auch die Hoffnung, daraus eine reichlich fließende Einnahmequelle zu gewinnen, ist bisher nicht erfüllt worden, weil die Herstellung bedeutende Opfer erfordert. Spar- und Vorschußvereine sind durch den Bund 12 gegründet worden, die zusammen über 800,000 Gulden Kapital verwalten.

* * *

Der 24. November 1889 ist der Gründungstag der Südmark mit dem Sitze in Graz (sie umfaßt jetzt 100 Ortsgruppen mit an 10,000 Mitgliedern, der Jahresbeitrag ist 1 Gulden). Als ihre Aufgabe wird bezeichnet die wirtschaftliche Unterstützung der deutschen Stammesgenossen, die in den sprachlich gemischten Bezirken der Steiermark, Kärntens, Krains, Tirols und Istriens wohnen oder sich dort erst niederlassen werden. Die Darlehen an bedrängte Deutsche an der Sprachgrenze spielen in der Geschäftsgebahrung der Südmark eine hervorragende Rolle. Der Verein wäre zu solcher Unterstützung schon dadurch genötigt, daß die Vorschußkassen der slovenischen Bedränger den rein geschäftlichen Standpunkt völlig zurücktreten lassen hinter den Gesichtspunkt der nationalen Eroberung. Recht bezeichnend war gleich der erste Fall, der die Südmark veranlaßte, einem Stammesgenossen in Kärnten ein Darlehen zu gewähren; von seinem eigenen Bruder, einem Ueberläufer zu den Slovenen, war ihm ein Kapital gekündigt worden, mit der unverkennbaren Absicht, ihn dadurch einer slovenischen Vorschußkasse in die Arme zu treiben, die ihn dann zur Abschwörung des Deutschtums gezwungen hätte. Der Befestigung des nationalen Besitzstandes dient auch die Beschaffung deutschen Nachwuchses für den Gewerbe- und Handelsstand an der Sprachgrenze und in den deutschen Märkten und Städten innerhalb des slovenischen Gebietes. Die Gefahr, daß er besonders in Untersteiermark durch die planmäßigen Bestrebungen der nationalen Gegner nach und nach zum Absterben gebracht wird, ist immer drohender geworden, die Bestrebungen der Ortsgruppe Marburg in ihrem Gebiete durch eine Dienstvermittelungsstelle die deutschen Meister mit der ausreichenden Zahl deutscher Lehrlinge zu versehen, haben nicht die ausgiebige Nachfolge gefunden. Als Bedingung größeren Erfolges wird die Errichtung einer Unterkunft für stellensuchende Lehrlinge nach dem Muster des Bundes der Deutschen in Nordmähren bezeichnet. Auch bei der Bekämpfung der Schädlinge des Weinstockes hat die Südmark

durch Belehrung und Verteilung von Gegenmitteln Beihilfe geleistet. Weniger vermochte sie bisher einen weiteren Hauptzweck zu fördern: die Anregung einer deutschen Zuwanderung, zunächst durch die Vermittelung des Kaufs von Grundstücken und Anwesen an der Sprachgrenze, deren Festhaltung oder Erwerb für den nationalen Gesichtspunkt von Belang erscheint. Auch der Wunsch, deutsche Aerzte und Rechtsanwälte zur Niederlassung in den Grenzgebieten gemischter Sprache zu bewegen, blieb bei dem Mangel ausreichender Bewerbung meist unerfüllt, während die Slovenen Dank der nationalen Vorurteilslosigkeit der Deutschen bei Stipendien und Unterstützungen sich in die von den Deutschen gelassenen Lücken eindrängen und dann zu deren wütendsten Feinden werden.

* * *

Das Beispiel des deutschen Böhmerwaldbundes und seiner Erfolge hatte mittlerweile schon die Tschechen angeregt, einen Gegenverein zu bilden und dann dem südböhmischen noch einen nordböhmischen Tschechisierungsverein nachfolgen zu lassen. Da lag es denn auf deutscher Seite nahe genug, sich des Vorteils der nationalen Organisation auch in den übrigen Landesteilen Böhmens in gleicher Weise zu versichern. Es entstand zunächst der Bund der Deutschen in Westböhmen, gegründet am 23. Oktober in Pilsen 1892 unter der Leitung des Dr. jur. Starck, wo das tschechische Element erst im Laufe der letzten Jahrzehnte die Herrschaft an sich gerissen hat, weshalb der Schutz des geschmälerten deutschen Besitzstandes zur wichtigsten Aufgabe geworden ist. Der Bund umfaßte Ende 1894 31 Ortsgruppen mit 2600 Mitgliedern. Soweit die geringen Einnahmen (1894 1016 Gulden) reichen, sucht der Verein nach dem Muster des deutschen Böhmerwaldbundes zu wirken.

* * *

Die Nordmark mit dem Sitze in Troppau, gegründet am 20. Mai 1894, hat ihr Thätigkeitsgebiet in Oesterreichisch-Schlesien. In diesem kleinen Kronland, wo die Deutschen fast die Hälfte, der Polen etwas über ein Viertel, die Tschechen unter ein Viertel die Bevölkerung ausmachen, treten die slavischen Umtriebe erst seit dem Ministerium Taaffes lebhafter auf, das eben allenthalben die Begehrlichkeit die Slaven ermutigt hat. Die deutschen Städte Troppau im tschechischen, Bielitz und Teschen im polnischen Sprachgebiet, sowie die zahlreichen deutschen Minoritäten in polnischen und tschechischen Ortschaften sind naturgemäß stärker bedroht, als der an Preußen grenzende rein deutsche Nordwesten des Ländchens.

Um den Schutz des deutschen Besitzstandes hat sich der Wiener deutsche Schulverein mannigfach verdient gemacht. Infolge von

Reibungen mit der deutschliberalen Partei, für die der jüdische Teil der Bevölkerung stark ins Gewicht fällt, traten die Deutschnationalen aus der Troppauer Ortsgruppe aus und gründeten die Nordmark als wirtschaftlichen Schutzverein, der nach dem Vorgang des deutschen Böhmerwaldbundes wirkt. Es bestehen zur Zeit 29 Ortsgruppen, 12 weitere sollen in nächster Zeit erstehen. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des zweiten Jahres von 1562 auf 2474 gestiegen, freilich noch nicht ein Hundertel der deutschen Bevölkerung Schlesiens (280,000); die gesamten Einnahmen belaufen sich auf etwa 1350 Gulden. Der wichtigste Zweig der Vereinsthätigkeit ist auch in Oesterreichisch-Schlesien die Beschaffung deutschen Nachwuchses für den Gewerbestand; in Ermangelung einer Lehrlingsherberge, in Troppau bietet die Nordmark Lehrlingen, die nicht sofort Stellung finden oder bei ihren Meistern nicht wohnen können, Versorgung und Aufsicht in Privathäusern. Erfreulicherweise wächst sowohl die Nachfrage nach deutschen Lehrlingen als der Zufluß. Besonders stark ist der Andrang zum Schlossergewerbe, so daß das Angebot den Bedarf überwiegt; es spricht dabei wohl die Hoffnung der jungen Leute mit, später als Werkführer oder Maschinenmeister eine höhere Stellung erreichen zu können. Eigentümlich berührt es zu vernehmen, daß Landgemeinden einen Zuzug von Lehrlingen aus der Stadt begehren, während doch das Umgekehrte das normale Verhältnis darstellt; es liegt darin ein Beweis dafür, daß die natürliche Vermehrung der deutschen Landbevölkerung zu gering ist, eine Erscheinung, die sonst von den Alpenländern bekannt ist als Folge der gebundenen Bauernhöfe. Unter diesen Umständen war es ein sehr glücklicher Gedanke, die Stellenvermittlung für Lehrlinge auszudehnen auf die Knaben aus den deutschen Niederlassungen in Galizien, die vor mehr als 100 Jahren von Kaiser Josef II. angelegt, trotz der polnischen Wirtschaft und den dürftigen Schulverhältnissen bis heute gut deutsch geblieben sind. Bisher war es das traurige Los der jungen Leute als Pferde- und Rinderhirten oder gar als Knechte in den jüdischen Schnapsschenken Galiziens ihren Lebensunterhalt zu suchen bei den allerbescheidensten Ansprüchen. Durch den Abfluß nach Oesterreichisch-Schlesien erhalten sie bei deutschen Meistern Ausbildung im Handwerk, gute Pflege und Aufsicht und haben Anwartschaft, sich in bessere Lebensverhältnisse emporzuarbeiten, als sie den deutschen Kolonisten in Galizien beschieden sind, denen man ohnehin nur wünschen kann, daß sie je eher, je lieber eine andere Heimat finden möchten als das Land der Schlachzizen. Des weiteren wünscht die Nordmark die Verstärkung des deutschen Bestandteils der Bevölkerung zu fördern. Die Einsetzung eines eigenen Ausschusses soll der deutschen Besiedelung vorarbeiten zunächst durch Feststellung der derzeit bestehenden Sprachgrenze, sowie der Verhältnisse in den gemischtsprachigen Ortschaften, in denen durch Zuführung deutscher Handwerksmeister und Gesellen, aber auch deutscher Aerzte, Rechtsanwälte und Lehrer das deutsche Element gestärkt werden könnte. Auch für die gewünschte Ueber-

siedelung deutscher Stammesgenossen aus dem Reiche sucht die Nordmark den Boden zu ebnen; Grundstücke für Landwirte wie für industrielle Unternehmungen mit geringeren Mitteln, als sie im vielfach übervölkerten deutschen Reich erforderlich sind, können stets durch die Vereinsleitung nachgewiesen werden. Eine neue wichtige Aufgabe ist der Nordmark erwachsen durch die Errichtung eines polnischen Gymnasiums in Teschen, das als Gefährdung des deutschen Charakters der Stadt in derselben Weise bekämpft werden muß wie die Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in der südsteirischen Stadt Cilli — durch die Schaffung eines deutschen Schülerheims, um das deutsche Gymnasium lebensfähig zu erhalten. Es ist nicht zu ersehen, inwiefern Teschen minderes Recht hätte als Cilli — aber nach dem guten deutschen Sprichwort „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" hat die mit allen Mitteln betriebene Sammlung für Cilli es dem für Teschen gebildeten Hilfsausschuß doppelt erschwert, die nötigen Mittel zur Erreichung des Zieles aufzubringen.

* * *

Im Jahre 1894 schloß sich auch der Ring der deutschen Schutzbunde in Böhmen durch eine Reihe weiterer Vereinigungen, deren Thätigkeitsgebiet durch die Namen zur Genüge gekennzeichnet ist: der Bund der Deutschen in Ostböhmen (Trautenau 23. Sept. 1894), in Nordwestböhmen (Teplitz 28. Oktober 1894), dann der Bund der Deutschen im Egerkreis (1895). Der immer schärfer gewordene Gegensatz zwischen den Deutschliberalen und den antisemitischen Deutschnationalen auf dem politischen Gebiete wurde auch auf die Thätigkeit dieser wirtschaftlichen Schutzvereine übertragen, und so gründeten die Deutschnationalen am 29. Juni 1894 den Bund der Deutschen in Böhmen mit dem Sitze in Prag.

Da die Streitfrage des Antisemitismus und sein gestaltendes Eingreifen in die Parteiverhältnisse Deutschösterreichs später im Zusammenhang behandelt werden muß, so beschränken wir uns hier auf eine vergleichende Nebeneinanderstellung dessen, was die einzelnen Bünde geleistet und geschaffen haben, wie es der ersten Pflicht des Historikers, der unparteilichen und unbefangenen Abwägung des Thatsächlichen entspricht. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen". Dieses Bibelwort scheint uns den allgemein anzuerkennenden objektiven Gesichtspunkt darzubieten.

Der Bund der Deutschen in Ostböhmen, unter der Leitung des Advokaten und Landtagsabgeordneten Dr. Langer, umfaßt zur Zeit 101 Ortsgruppen mit 7434 Mitgliedern, die Jahreseinnahme wird auf 6100 Gulden beziffert. Das deutsche Ostböhmen ist ein übervölkertes rauhes Gebirgsland. Das bekannte Märchen vom Hemd des Glücklichen, das der kranke König vergebens suchen läßt, könnte hier recht gut lokalisiert werden; im langen und strengen Winter über-

schreit freilich das Bild der bitteren Armut die Tugend der Genügsamkeit. Der nationalen Schutzarbeit waren durch die oft traurigen Erwerbsverhältnisse mit ihrer Folge, der unzulänglichen Ernährung die nächsten Wege gewiesen. Die Errichtung von Suppenanstalten in sieben, jetzt 12 der ärmsten Gebirgsdörfer, wo die Kinder, um den oft stundenlangen Schulweg doch nun zweimal des Tages machen zu müssen, über Mittag in der Schule bleiben, war die erste Bethätigung des Vereins. Die Zahl der im verflossenen Winter verabreichten Suppenportionen stieg auf 27,600.

Im vergangenen Jahre erhielten 38 Schulgemeinden des Bundesgebietes Spenden von Kleidungsstücken und Geld zur Veranstaltung von Weihnachtsbescherungen; ferner wurde eine größere Anzahl von Schulen an der Sprachgrenze mit Geld zur Anschaffung von Schulrequisiten für arme Kinder bedacht; zwei Gemeinden wurde das Schulgeld für die ärmsten Schulkinder entrichtet; zur Begründung eines Privatkindergartens und zu einem Schulhausneubau wurden Beiträge geleistet. Auch für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen entwickelt der Bund rege Fürsorge; der Bundesobmann hat sich persönliche Verdienste, die wenigstens durch den fanatischen Haß der tschechischen Gegner belohnt wurden, um die Durchsetzung einer deutschen Schule in Deutsch-Schützendorf erworben. Die Schaffung neuer Erwerbsquellen ist für die arme Gebirgsbevölkerung vielfach eine Lebensfrage, da die Lohnweberei, bisher fast die einzige Gelegenheit zum Verdienst, darniederliegt; der Versuch der Einbürgerung der Haarnetzindustrie scheint Erfolg zu haben, da die Anmeldungen zur Erlernung zunehmen. Außerdem sucht der Bund die Obstbaumzucht und die Bienenzucht durch Belehrung über ihre Vorteile zu fördern; auch milchwirtschaftliche Vorträge wurden abgehalten. Zur Förderung der Holzschachtelindustrie, besonders zur Beschaffung billigeren Holzes hat die Bundesleitung ein größeres unverzinsliches Kapital gegen Rückzahlung zur Verfügung gestellt und befaßt sich damit, diesen Erwerbszweig durch Anschaffung von Maschinen zur leichteren und billigeren Herstellung der notwendigen Holzspäne ertragsfähiger zu gestalten; dem gleichen Zweck soll ein Bahnbau von Senftenberg nach Rokitnitz zu gute kommen, den die Bundesleitung nach Kräften betreibt. Eine weitere Aufgabe, die Gründung von Spar- und Vorschußkassen, ist besonders für solche Gegenden wichtig, wo benachbarte tschechische Geldinstitute durch Gewährung ihres Kredits Einfluß auf die deutsche Bevölkerung zu gewinnen streben. Von Anfang an hat der Bund der Deutschen in Ostböhmen großes Gewicht gelegt auf die unentgeltliche Stellenvermittelung für Lehrlinge, Dienstboten und gewerbliche Hilfsarbeiter, sowie auf die Errichtung von Herbergen zu deren unentgeltlicher Aufnahme. Die geographische Lagerung des deutschen Gebietes in Ostböhmen, das nicht einmal einen zusammenhängenden Landstrich bildet, erleichtert das Eindringen tschechischer Arbeitsucher, desto wichtiger erscheint es durch die Beschaffung deutschen Nachwuchses für das deutsche Gewerbe den deutschen Besitzstand zu sichern. Eigen-

tümliche Schwierigkeiten bereitet dabei die Heimatsliebe der Gebirgsbewohner — wenn man es so nennen darf — die lieber bei ihren Hungerlöhnen im Adlergebirge bleiben, als besser bezahlte Arbeit in der Fremde annehmen. Zur Linderung des Notstandes im Adlergebirge während des letzten Winters wurden vom Bunde ansehnliche Geldbeiträge gespendet. Um die öffentliche Aufmerksamkeit auf das arme und höchst unterstützungsbedürftige Adlergebirge zu lenken, soll eine vom Bundesobmanne abgefaßte Broschüre über die elenden Erwerbs- und Lebensverhältnisse dieses Gebietes demnächst zur Ausgabe gelangen. Zur Erleichterung des Arbeitsuchens bestehen jetzt Bundesherbergen in Braunau und Trautenau, sowie Mägdeheime in denselben Städten, die viel benützt werden. Auch anderwärts sind Anmelde- und Vermittlungsstellen errichtet. Der Dienst- und Stellenvermittlungsverein in Braunau hat in 2½ Jahren nicht weniger als 54 deutsche Lehrlinge und 106 deutsche Gehilfen in Braunau untergebracht. Als notwendig wird es bezeichnet, daß baldigst für eine umfassende Organisation der Arbeits- und Stellenvermittlung für ganz Böhmen Sorge getragen werde mit einem Zentralamt in Prag und Ausgabe eines eigenen Anzeigeblattes, um den tschechischen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten, in jede Lücke, die durch Abgang eines deutschen Gewerbetreibenden entsteht, Gesinnungsgenossen einzuschieben. Zur Hebung der allgemeinen Volksbildung und des nationalen Bewußtseins hat der Bund bisher 40 Volksbüchereien errichtet, mehrere schon bestandene Volksbibliotheken und Schülerbibliotheken erweitert, Schriften nationalen und belehrenden Inhaltes verbreitet, sowie Tages- und Fachzeitungen beigestellt. Ueberdies erhält jedes Bundesmitglied die über die Bundesthätigkeit berichtenden „Mitteilungen des Bundes der Deutschen Ostböhmens" und jede Bundesgruppe die als Bundesorgan erworbene, in Reichenberg erscheinende „Humanität", eine Wochenschrift allgemein belehrenden Inhaltes. Zu den Vereinsaufgaben gehört ferner die Verbesserung der Verkehrsmittel, der Wege, des Postwesens und der Bahnbauten, die Hebung des Fremdenverkehrs als Einnahmequelle, die Pflege der Heimatkunde (besonders durch Anlegung von Ortschroniken). Unverkennbar leuchtet aus all diesen Leistungen und Anregungen die Initiative eines gestaltenden Willens, eines in tiefer Liebe an der Heimat haftenden Gemütes, eines in voller Klarheit die Lebensverhältnisse überschauenden Verstandes.

* * *

In denselben Bahnen bewegt sich die Thätigkeit des Bundes der Deutschen Nordwestböhmens. Als seine Aufgabe wird bezeichnet, mit allen Mitteln die Solidarität auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu bethätigen und wirtschaftlich schwache Stellungen von nationaler Wichtigkeit zu stärken. Aus dem Protokoll seiner letzten Hauptversammlung in Teplitz ergibt sich, daß die Stellenvermittlung auch hier als wichtige

Aufgabe gepflegt wird, von den angemeldeten 1007 Stellungsuchenden konnten 495 untergebracht werden; ebenso griff der Verein bei 83 Besitzveränderungen im nationalen Sinne mit Erfolg ein. Die Einnahmen betrugen 1896 1495 Gulden, die Ausgaben 807 Gulden. — Angenommen wurde der Antrag der Bereisung industriearmer deutscher Gegenden, um die dort überschüssigen Arbeitskräfte in die von tschechischer Einwanderung bedrängten deutschen Industriegegenden zu leiten; dieser Versuch sollte auch auf reichsdeutschem Gebiete gemacht werden, um so eine Uebersiedelung nach Böhmen anzubahnen.

Einen raschen Aufschwung hat der von der deutschnationalen oder antisemitischen Partei gegründete Bund der Deutschen in Böhmen genommen. Mit 224 bereits bestehenden oder in der Bildung begriffenen Ortsgruppen und etwa 20,000 Mitgliedern hat er bereits die dritte Stelle unter den nationalen Vereinen in Oesterreich erreicht und wird nur vom Schulverein mit 90,000 und dem deutschen Böhmerwaldbund mit 24,000 Mitgliedern übertroffen. (Der slovenische Hermagoras-Verein hat 50,000 Mitglieder.) Die Gesamteinnahme des letzten Rechnungsjahres betrug 19,400 Gulden; ein Teil davon wurde als Grundstock ausgeschieden; die übrigen Ausgaben beliefen sich auf 13,700 Gulden, jedoch bleibt der Ortsgruppe die Hälfte ihrer Einnahmen zu selbständiger Verfügung. Die Thätigkeit des Vereins gliedert sich nach den Unterausschüssen. Der für Stellenvermittlung steht in Wechselverkehr mit einer Reihe anderer Vereine der Nordmark, der Südmark, dem Bunde der Deutschen Nordmährens, dem deutschen Handwerkerverein in Prag, dem Verein deutscher Kaufleute in Wien usw. Der Ausschuß legt im Interesse der Stellenvermittelung eine Anzahl von Fachzeitungen für Gewerbe und Handeltreibende zur Einsicht in der Bundeskanzlei aus; die Mitteilungen über erledigte und gesuchte Stellen werden durch mehrere politische Zeitungen unentgeltlich abgedruckt; als eigentliche Bundeszeitung gilt der deutsche Volksbote in Prag. Bisher wurden im ganzen 290 Stellensuchende untergebracht (von über 400), außer Lehrlingen und Gehilfen für Handel und Gewerbe auch Aerzte, Konzipienten, Bautechniker und Chemiker. Um die Aufbringung von Lehrlingen wandte sich der Ausschuß insbesondere an die Ortsgruppen und an den Zentralverein für Unterbringung von Lehrlingen in Wien; neuerdings sucht er die in Böhmen bestehenden Waisenhäuser in sein Interesse zu ziehen. Der Unterausschuß für Schulwesen und Volksbüchereien hat bisher 68 Volksbüchereien begründet, und hiefür im ersten Vereinsjahr 650 gebundene Bücher um 325 Gulden, im zweiten 1344 Bücher um 250 Gulden gespendet, außerdem mehrere Hundert ungebundene Flugschriften. Auch für Weihnachtsbescherungen an mehreren Orten der Sprachgrenze wurde Sorge getragen. Der Wirtschaftsausschuß befaßte sich mit der unentgeltlichen Vermittlung des Verkaufs und der Verpachtung von Besitztümern und Geschäften. Der Aufgabe der wirtschaftlichen Kräftigung dienen vor allem die mehrfach gewährten Unterstützungen an Deutsche, die von einem Ungemach getroffen worden

sind. Zu Gunsten der Bewohner des Krebitzthales, die durch eine Wassersnot geschädigt waren, leitete der Bund eine Sammlung ein, die an 4300 Gulden ergab; den abgebrannten Einwohnern der Stadt Sangerberg spendete der Bund 100 Gulden; zahlreichen schuldlos verarmten Gesinnungsgenossen aus dem Bürger- und Bauernstand besonders an der Sprachgrenze gewährte er Unterstützungen, soweit seine Mittel reichten. Infolge verschiedener Anfragen in landwirtschaftlichen Angelegenheiten wurde neuerdings ein eigener landwirtschaftlicher Ausschuß gebildet, der im Interesse des kleinen Gewerbes und der Landwirtschaft den Zwischenhandel unterdrücken will. Um wirtschaftlich schwächere deutsche Besitzer davor zu bewahren, durch Verschuldung im Ausdruck ihrer deutschnationalen oder antisemitischen Gesinnung beengt zu werden, wurde ein „deutschvölkischer Wehrschatz" begründet, d. h. eine Kreditanstalt, für die bereits von zahlreichen Gemeinden und Ortsgruppen Beiträge eingegangen sind, der auch die Reinerträgnisse verschiedener Veranstaltungen zugewiesen werden sollen. Es besteht ferner ein eigener Ausschuß für die Zusammenstellung und Herausgabe eines deutschen Nationalkalenders, der durch reichen Inhalt und geschmackvolle Ausstattung sich auszeichnet. Die Aufzählung der verschiedenartigsten Gegenstände, deren Vertrieb der Bundeskasse erhöhte Einnahmen zuführen soll, muß hier unterbleiben, wie überhaupt ein Eingehen auf die Einzelheiten der Unternehmungen oder Feste des Vereins und seiner Ortsgruppen. Unverkennbar ist der Bund der Deutschen in Böhmen vorderhand mehr ein Agitationsverein; nach dem letzten Bericht hat die Bundesleitung entsprechend dem Zweck das Nationalgefühl zu wecken und zu bestärken, wiederholt Anlaß genommen, durch ihre Mitglieder oder Bevollmächtigte in Reden und Vorträgen auch außerhalb Böhmens Ziele und Richtung des Bundes auseinandersetzen zu lassen. Das rasche Wachstum ist ein Beweis des Erfolges dieser Strebethätigkeit.

*
* *

4. Der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken.

Von dem Nachlaß der verfaulten polnischen Adelsrepublik hat der preußische Staat bei der Neuordnung auf dem Wiener Kongresse nur so viel behalten, als zur Aufrichtung einer leidlichen Grenze im Osten, zum territorialen Zusammenhang von Ostpreußen und Schlesien ganz unentbehrlich schien. Es war vielleicht ein Mißgriff, daß man damals eine eigene Provinz Posen geschaffen hat und ihr durch den Titel eines Großherzogtums und durch die Ausschließung aus dem deutschen Bund eine unklare Sonderstellung zuwies. Die Aufgabe der Staatsregierung in den früher polnischen Landesteilen konnte und kann keine andere sein, als sie der verdiente Oberpräsident Posens v. Flottwell 1841 in seiner bekannten Denkschrift an den König Friedrich

Wilhelm IV. bezeichnet: „ihre innige Verbindung mit den älteren Teilen der Monarchie dadurch zu fördern und zu befestigen, daß die eigentümlichen Regungen, Gewohnheiten und Neigungen, die einer solchen Verbindung widerstreben, allmählich beseitigt und dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr verbreitet werden. Jede äußere Annäherung fördert unbewußt und sogar wider den Willen die innere Verschmelzung der beiden Nationalitäten. Die gänzliche Vereinigung aber, als der Abschluß dieser Aufgabe, kann nur durch das entschiedene Hervortreten deutscher Kultur erlangt werden."

Damals in der ersten Hälfte des Jahrhunderts war das Erstarken des deutschen Elementes besonders durch Zuwanderung so unverkennbar, daß die allmähliche Verdeutschung schon als gesichert gelten konnte. Leider wurde aber der von Flottwell mit Glück beschrittene Weg zur Anziehung deutscher Zuwanderer, der Ankauf und die Zerteilung größerer Güter, wieder verlassen; und es bedurfte der schlagendsten Beweise für das Erstarken der polnischen Propaganda, damit die preußische Staatsregierung durch das Ansiedlungsgesetz von 1886 sich anschickte, Versäumtes nachzuholen. Es erwies sich dabei bald, daß einerseits die Verwandlung polnischer Rittergüter in deutsche Dörfer größeren Umfang gewinnen muß, um die gewünschten Erfolge zu zeitigen und andrerseits der polnische Adel und die katholische Geistlichkeit nicht mehr als die einzige Stütze der polnischen Propaganda betrachtet werden durfte. Gerade durch die Fürsorge der preußischen Regierung für die wirtschaftliche Erziehung der polnischen Volksmassen hatte sich mittlerweile ein polnischer Mittelstand gebildet, großenteils auf Kosten des Deutschen. Das Erstarken des Polentums in den beiden Provinzen Posen und Westpreußen zeigte auch die Volkszählung von 1890; eine teilweise Polonisierung deutscher Katholiken, durch zahlreiche Fälle im einzelnen erwiesen, scheint seit längeren Jahren von der polnischen Geistlichkeit systematisch betrieben worden zu sein. Eine neuere Erscheinung ist die offene Bekämpfung des deutschen Handels und Gewerbes. Alle ortskundigen Beurteiler stimmen darin überein, daß das Polentum etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Angriff vorgegangen ist, daß nicht mehr allmähliche friedliche Verdeutschung, vielmehr die Polonisierung die nationalen Verhältnisse in Posen und Westpreußen beeinflußt und daß die großpolnischen Zukunftsträume einer Wiederaufrichtung des ehemaligen Reiches des weißen Adlers keineswegs vor den Grenzen des deutschen Reiches Halt machen. Es gibt keine andere wirksame Abwehr der polnischen Propaganda, als die nachdrücklichste Förderung des deutschen Charakters der beiden bedrohten Provinzen, die übrigens trotz aller Umtriebe zusammen eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung aufweisen (1'636,862 Deutsche und 1'547,434 Polen). Aber auch der Gesichtspunkt der Humanität, wenn man dieses vielmißbrauchte Schlagwort gebrauchen will, rechtfertigt das Bestreben fortschreitender Verdeutschung. Erst die preußische Regierung hat die Masse ihrer

polnischen Unterthanen menschenwürdigen Lebensverhältnissen zugeführt. Nur ein Thor könnte leugnen daß für den einzelnen Polen die Aneignung deutscher Sprache und Kultur eine Erhebung und Veredelung bedeutet, während für den Deutschen in Ungarn oder Rußland die Magyarisierung und Russifizierung das Heruntersinken auf eine tiefere Stufe in sich schließt. So kann die Diskussion sich einzig und allein um die geeigneten Mittel zur Verdeutschung des Landes drehen. Die Machtmittel des Staates haben sich als unzulänglich erwiesen, insbesondere aber war es ein schwerer Mißgriff, daß die Bemühungen der Ansiedlungskommission durch die späteren Rentengüterkommissionen vielfach durchkreuzt worden sind. Vor allem aber mußte die Selbsthilfe des deutschen Bestandteils der Bevölkerung aufgerufen werden. Die Aufgabe nahm zunächst der Alldeutsche Verband auf sich; dann hat sich dafür der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken gebildet (3. November 1894). Als seinen Zweck bezeichnet er die Kräftigung und Sammlung des Deutschtums, durch Hebung und Befestigung deutschnationalen Empfindens, sowie durch Vermehrung und wirtschaftliche Stärkung der Deutschen in den östlichen Provinzen. Im einzelnen gehört es zu den Aufgaben die deutschen Krieger-, Schützen-, Turn- und Gesang-Vereine zu unterstützen, den deutschen Mittelstand zu fördern, der ebenso durch die polnische Aechtung als durch die nationale Gleichgültigkeit der Deutschen in Nachteil geraten ist; das Handwerk durch Herbeiziehung deutscher Lehrlinge von auswärts vor Polonisierung zu bewahren, den Uebergang von Geschäften, Gasthäusern und Apothekern in polnischen Besitz zu verhindern, die Niederlassung deutscher Aerzte und Rechtsanwälte zu begünstigen. Des weiteren soll insbesondere den katholischen Deutschen bei Wahrung ihrer Nationalität gegenüber den Bestrebungen katholisch und polnisch zu identifizieren Beistand geleistet werden, deutscher Gottesdienst und Unterricht gefördert werden. Nicht minder ist es von Belang, das Uebergreifen der polnischen Sprache und die Versuche einer planmäßigen Verdrängung der deutschen Sprache zurückzuweisen, die polnischen Zeitungen und Vereine zu überwachen und den polnischen Demonstrationen entgegenzutreten. Die Ortsgruppen des Vereins in Posen und Westpreußen sind, um lokale Bedürfnisse zweckmäßig befriedigen zu können, dazu berechtigt, die Hälfte der eingehenden Mitgliederbeiträge für sich zu verwenden.

Der Verein umfaßte zu Ende 1896 in der Provinz Posen 36 Ortsgruppen mit 3490 Mitgliedern, in Westpreußen 20 Ortsgruppen mit 1580 Mitgliedern, außerdem in beiden Provinzen 1061 Mitglieder, die keiner Ortsgruppe angehören; über die Anzahl der Ortsgruppen und Mitglieder in Ostpreußen und Schlesien liegt keine Angabe vor; im übrigen deutschen Reich bestehen zur Zeit 21 Ortsgruppen; die stärkste ist Berlin mit 1135 Mitgliedern.

Ueber die Thätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahr wird berichtet, daß die verschiedenen Beobachtungen Anlaß gaben zu einer

Reihe von Beschwerden bei den Behörden. Außerdem gelang es dem Verein teils durch seine eigene monatliche Zeitschrift „Die Ostmark", teils durch Zusendung von Uebersetzungen aus der polnischen Presse an deutsche Zeitungen die Aeußerungen der polnischen Propaganda an das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen und weiteren Kreisen deutscher Leser einen Einblick in die Bösartigkeit und Gefährlichkeit der polnischen Umtriebe zu verschaffen, von denen sich die deutsche Harmlosigkeit im Binnenlande eine ganz unzutreffende Vorstellung zu machen pflegt, als ob es den preußischen Polen nur um die Abwehr einer Unterdrückung der polnischen Sprache zu thun wäre, oder als ob sie wohl gar den katholischen Glauben zu verteidigen hätten gegen das Bestreben der Regierung sie protestantisch zu machen.

Zur Hebung des Nationalgefühls unter den Deutschen der Ostprovinzen hat der Verein insbesondere durch Veranstaltung deutscher Feste beigetragen; aber außerdem stets darauf hingewirkt, daß das deutsche Nationalgefühl nicht nur beim Glase Wein und Bier sich äußere, sondern alle Lebensbeziehungen durchdringe, und hat sich bei diesem Bestreben nicht auf die Kreise seiner Mitglieder beschränkt. Eines der größeren deutschen Ortsblätter der Provinz Posen, der Kujawische Bote, ist in den Besitz einer großenteils aus Vereinsmitgliedern bestehenden Gesellschaft übergegangen und hiedurch für die deutschen Bestrebungen gewonnen worden. Die Mehrzahl der deutschen Posener Provinzialzeitungen ist leider noch von der tiefeingewurzelten deutschen Verständnislosigkeit für nationale Fragen beherrscht. Während die nationalpolnische Presse sich immer mehr ausbreitet, vermißt der deutsche Bauer und Handwerker eine gesinnungstüchtige und zugleich wohlfeile deutsche Presse. Die Errichtung von 16 deutschen Volksbüchereien kann nur teilweise als Ersatz gelten.

Die Niederlassung deutscher Aerzte, Rechtsanwälte und Gewerbetreibender konnte nicht in dem gewünschtem Umfang gefördert werden; größere Erfolge hatten die Bemühungen, den vorhandenen deutschen Mittelstand zu kräftigen, insbesondere wurde die deutsche Bevölkerung in jeder Weise darauf hingewiesen, gegenüber der seit Jahren von den Polen betriebenen Aechtung deutscher Geschäfte sich ihrerseits bei allen Einkäufen der nationalen Pflicht der Unterstützung von Stammesgenossen zu erinnern. Eine gedruckte Liste deutscher Geschäfte in der Stadt Posen ist in mehreren Tausenden an die Deutschen in und um Posen verteilt worden. Die Selbständigmachung einheimischer Handwerker und Gewerbetreibender wurde vielfach erleichtert durch den Rückhalt, den sie an Ortsgruppen des Vereins fanden. Besonders vorteilhaft erwies sich die Gewährung von Stipendien an junge Leute zur fachmännischen Fortbildung; der Verein gründete deshalb einen eigenen Stipendienfonds zur Unterstützung beim Besuch der staatlichen Fach-, Baugewerbs- und Handwerkerschulen, sowie der landwirtschaftlichen Winterschulen. Er wird gebildet durch Zuführung eines Zehntels der Mitgliederbeiträge und besondere Zuwendungen. Darlehen für wirtschaftlich bedrängte Deutsche konnte der Verein nur in

geringem Umfang gewähren, 3900 Mark, während die Gesuche den Betrag von 126,143 Mark erreichten; an einmaligen und laufenden Unterstützungen wurden 4219 Mark verlangt und 2419 bewilligt. Zur Vermittlung von Hypotheken auf ländliche Grundstücke gewährte der Verein 22 ländlichen Besitzern seine Beihilfe besonders bei der preußischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft, sowie bei einzelnen Sparkassen im Gesamtbetrag von 180,000 Mark. Ferner wurden auf Fürsprache des Vereins von einzelnen Mitgliedern eine Anzahl Unterstützungen Darlehen und Hypotheken gegeben. Zur Hebung des Personalkredits durch Begründung von Darlehenskassen hat der Verein vielfach hilfreiche Hand geboten.

Es ergibt sich aus dieser gedrängten Uebersicht der Gesamteindruck, daß der Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken in der kurzen Zeit seines Bestandes bereits Namhaftes geleistet hat. Als der wichtigste Erfolg darf es wohl bezeichnet werden, daß die Selbsthilfe des dortigen deutschen Bevölkerungsteils, der sich allzulange auf die Fürsorge der Behörden verlassen hat, in nachdrücklichster Weise aufgerüttelt worden ist.

IV. Antisemitische Vereine.

Ueber den Antisemitismus zu schreiben, kann wohl kaum als eine Aufgabe erscheinen, die Anwartschaft auf Dank oder Zustimmung gibt, solange Antisemiten und Philosemiten in gleicher Weise jeden zu den Gegnern rechnen, der nicht durch Dick und Dünn mit ihnen gehen will. Und wie könnte das auch anders sein, da der Antisemitismus seine Wurzeln im Gemütsleben hat und die nervöse Empfindlichkeit eine der charakteristischen Eigenschaften der Juden ist. Wer unter dem Einfluß des Ideals der Humanität, der Theorie von dem steten Fortschreiten der Menschheit über die Schranken der Geburt, der Stände, der Völker aufgewachsen ist, mußte sich schmerzerfüllt abwenden von einem solchen Rückfall ins finstere Mittelalter, in die Zeit der Judenverfolgungen. Aber für den selbständig denkenden Beobachter muß das Wort Spinozas gelten Nec flere nec detestari sed intelligere weder bejammern noch verwünschen, sondern begreifen soll er den Antisemitismus.

Die wachsende Verbreitung der antisemitischen Denkweise ist allein schon ein genügender Beweis dafür, daß es sich dabei um eine tiefgehende Zeitströmung handelt, nicht aber um bloße Parteiumtriebe einer kleinen Zahl von „Hetzern". Waren doch die Leute, die sich als Führer aufwerfen, vielfach eher geeignet die Sache selbst in Verruf zu bringen. Der Antisemitismus, sei er nun gemäßigter oder schärferer Tonart, wird nicht früher erlöschen als der Semitismus, d. h. erst, wenn die Juden, die mitten unter dem deutschen Volke wohnen, auf jede Her-

vorkehrung ihrer Sonderart zu verzichten gelernt — oder soweit ihnen das unmöglich scheint, sich durch Auswanderung dieser Forderung entzogen haben werden.

Die Wiege dessen, was man heute mit dem ebenso schiefen als undeutschen und häßlich klingenden Worte Antisemitismus bezeichnet, ist Berlin gewesen; seine nächste Ursache war das starke Anwachsen des jüdischen, fast ausschließlich aus Posen stammenden Bestandteils der Bevölkerung Berlins. Dort hatte das Judentum schon seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine hervorragende Rolle gespielt, sowohl im Handel und Wandel, als im geselligen und geistigen Leben. Das Bestreben, aus der jahrhundertelangen Sonderstellung herauszukommen, mit der christlichen Bevölkerung zu verschmelzen, das ja durch die Emancipation der Juden gefördert und gewissermaßen gefordert war, berührte sich mit den liberalen Ideen der Zeit. Im Jahre 1869 nahm die nationalliberale Weserzeitung Anlaß, auf den in Berlin vor sich gehenden Mischungsprozeß der jüdischen und christlichen Bevölkerung hinzuweisen, der in der dritten Generation zum völligen Verzicht auf jede religiöse oder soziale Absonderung zu führen pflege; da aber, meinte sie weiter, das benachbarte Polen eine unversiegbare Judenquelle sei, so müsse Zufluß und Mischung noch immer fortdauern; daher stamme auch der eigentümliche Witz, die geringe Bescheidenheit vieler Berliner. Zur Ankündigung einer neubegründeten „Berliner Zeitung für die gesamten Interessen des Judentums" machte im Dezember 1869 die Berliner Montagszeitung, die selbst von einem Juden redigiert wurde, die Bemerkung, es sei das ein überflüssiges Unternehmen und sagte dabei wörtlich: „Wie viele der bestehenden Zeitungen sind denn, wenn sie auch andere Titel führen, nicht für die gesamten Interessen des Judentums?" Dergleichen Aeußerungen waren nicht geeignet, das noch keineswegs erloschene Gefühl der Abstoßung weiter Kreise der Bevölkerung durch die auf Religion, Geschichte und kastenmäßiger Abschließung beruhende Eigenart der Juden zu entkräften. Gesteigert werden mußte dieses Gefühl — trotz mancher Beweise dafür, daß das deutsche Volkstum stark genug sei, um durch die begonnene Mischung seiner städtischen Schichten mit jüdischem Blut nicht in seinen innersten Zügen geschädigt zu werden — durch den Zug der jüdischen Bevölkerung innerhalb des deutschen Reiches nach dem Westen, der besonders seit der Entwicklung Berlins als Hauptstadt des deutschen Reiches Tausende von Juden aus den östlichen Provinzen nach Berlin geführt hat. (Die Provinz Posen hat 1890 um 21,883 Juden weniger besessen als 1861, trotz natürlicher Mehrung und Nachschubs aus Russisch-Polen). Denn diese polnischen Juden hatten sich seit dem frühen Mittelalter in völliger nationaler Absonderung und dazu größtenteils in dürftigsten Lebensverhältnissen zu einer Eigenart entwickelt, die ihren slavischen Wirtsvölkern allzusehr angepaßt ist, als daß der Deutsche darin achtenswerte Züge erblicken könnte.

Mißliebig hat die Juden vor allem ihr durch Jahrhunderte

kastenmäßiger Abschließung hypertrophisch gezüchteter Erwerbstrieb gemacht, der sie die durch Landes- und Volkssitte gezogenen Grenzen leichter überspringen ließ. Der heutige Vorsprung des Juden im Handel beruht auf der Findigkeit und Zähigkeit der Vermittlung zwischen dem Erzeuger und Verbraucher der Waren — also einer Thätigkeit, die stets die eigentliche Aufgabe des Handels gewesen ist. Auch den Kaufleuten der Hansa hat man seinerzeit die Ausbeutung und Uebervorteilung ihrer Kundschaft nachgesagt; doch handelt es sich bei ihnen um Fremde, nicht um Landesgenossen. Der Handelsgeist neigt dazu, alles als Ware zu betrachten, den sittlichen Wert der Arbeit zu verkennen, an alle Lebensgüter den Maßstab des Geldes zu legen. Das protzige Zurschautragen des in jüdische Hände zusammengeflossenen Reichtums, das Emporwachsen einer jüdischen Plutokratie, vor allem in den großen Hauptstädten zu beobachten, mußte bald die Drachensaat der Erbitterung großziehen, um so mehr als die Lebenshaltung der bürgerlichen Kreise, soweit sie nicht an dem Aufschwung des Kapitalismus Anteil haben, selbst durch angestrengte Arbeit nur langsam steigen kann, während besonders das Börsenspiel anscheinend mühelos den reichsten Gewinn bringt. Man mag darin Empfindungen des Neides suchen, aber thatsächlich haben eben solche unklare Beimischungen der Selbstsucht ihre bedeutende Rolle bei allen Verschiebungen der gesellschaftlichen Verhältnisse gespielt und liegen zu tief im Wesen des Menschen begründet, als daß sie von den höher stehenden Schichten ungestraft übersehen werden dürften. Eher darf der Reichtum sich seiner sittlichen Pflichten entschlagen als der Vorsicht beim Genuß. Alter Reichtum gilt als ehrwürdig, neuer als Raub.

Erst nachdem die leidenschaftlichen Aufwallungen gegen das fremdartige Element im deutschen Reich schon ihre Höhe überschritten hatten, ergriff dieselbe Bewegung auch die deutschen Oesterreicher, die aus Galizien eine noch reichlicher strömende Zuwanderung polnischer Juden sich über Wien ergießen sahen, deren Aufsaugung bei der geringeren nationalen und sozialen Widerstandsfähigkeit des österreichischen Deutschtums fast unmöglich erscheinen mußte. Dem entsprechend zeigt auch die antisemitische Bewegung in Oesterreich andere Züge als im deutschen Reich.

Hier trug die Bewegung zuerst eine religiöse oder konfessionelle Färbung, aber doch nur sehr kurze Zeit. Eigentliche Bedeutung gewann der Antisemitismus erst, seitdem er praktische Ziele einschlug, sich als Retter des Bauernstandes vor jüdischer Auswucherung verkündete, den Kampf gegen die Lehre vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auf seine Fahne schrieb. So viele Führer, so viele Richtungen sind erstanden. Gemeinsam blieb die Ablehnung des konfessionellen Gesichtspunktes, nicht um eine Bekämpfung der jüdischen Religion, sondern des Judentums als eines dem deutschen Wesen durch Abkunft fremden Elementes handle es sich. Dieser sog. Rassen-Antisemitismus war deshalb auch weit davon entfernt schon in dem Uebertritt der Juden zum Christentum die Lösung der Judenfrage

anzuerkennen; er fand, daß die jüdische Eigenart durch das Taufwasser nicht geändert werden könne, und spürte emsig den Spuren jüdischer Abstammung nach. Die Versuche einer theoretischen Rechtfertigung dieses Rassenantisemitismus sind vom Standpunkt wissenschaftlicher Kritik aus unzulänglich, die Versuche der Widerlegung aber noch mehr — für den praktischen Gebrauch blieben die Schlagworte Arier und Semiten bestehen, weil sich jeder darunter denken kann, was er will. Aber man konnte sich doch der Empfindung nicht verschließen, daß der rein negative Standpunkt des Antisemitismus einer positiven Ergänzung bedürfe, man fand ihn einesteils in der Betonung des echten Deutschtums, andererseits in der Forderung nach Reformen in der Gesetzgebung insbesondere in der Wirtschaftsordnung. Erst als Reformpartei hat der jetzige Antisemitismus seine Verbreitung im deutschen Reich gefunden; er kann sich eben, wenn er überhaupt praktische Ziele erreichen will, auf die Dauer nicht gegen die Individuen richten, sondern nur gegen bestimmte Mißbräuche und Auswüchse, wie es z. B. der unlautere Wettbewerb ist, oder gegen Massenerscheinungen, wie die Einwanderung russisch-polnischer Juden.

Der Antisemitismus in Oesterreich ist Temperamentssache geblieben; das theoretische Rüstzeug des Rassenantisemitismus ist aus dem deutschen Reich übernommen, ebenso die ergänzende Betonung des deutschen Volkstums. Diese (in Oesterreich ältere) Richtung steht unter dem Einfluß Schönerers, an Verbreitung ist sie weit überholt durch die christlich-soziale Partei Luegers, die den konfessionellen Anfängen des Antisemitismus im deutschen Reich entspricht — also eine Entwicklung nach rückwärts, wie das auch sonst zu den berechtigten Eigentümlichkeiten Oesterreichs gehört.

Die zersetzende Wirkung des Antisemitismus auf die bisherigen Parteiverhältnisse der deutschen Oesterreicher führte zunächst zu einer immer schärferen Sonderung der Antisemiten oder Deutschnationalen von den Deutschliberalen, die sich auch auf den Boden des Wiener Schulvereins übertrug. Die Reibungen begannen schon im Jahre 1882 und steigerten sich 1884 bis zur Aufstellung einer antisemitischen Gegenliste für die Ergänzungswahlen zum Ausschuß. Die leitenden Männer des Ausschusses sprachen sich für den Grundsatz aus, daß der Schulverein ein neutraler Boden sein solle für Deutsche aller Parteirichtungen und wünschten insbesondere das Verbleiben Schönerers im Aufsichtsrat. Im geschäftsführenden Ausschusse aber erklärten sie ein Zusammenarbeiten mit Anhängern der antisemitisch-deutschnationalen Richtung für unthunlich und so unterlagen deren Kandidaten. Die Entfremdung der Minderheit spann sich fort an der Angelegenheit der Unterstützung jüdisch-deutscher Schulen in Böhmen. Der Beschluß der akademischen Ortsgruppe in Wien, Juden die Aufnahme als Mitglieder zu verweigern, wurde von der Leitung des Vereins unter Berufung auf die Satzungen verworfen und die Ortsgruppe nach einigen Monaten für aufgelöst erklärt. Schönerer meldete 1886 seinen Austritt aus dem „ganz verjudeten" Schulverein an und gründete am 5. Juli 1886 einen

„Schulverein für Deutsche". Er ward im Juli 1889 von der Behörde aufgelöst. Seine Mitglieder schlossen sich an den mittlerweile gegründeten „Bund der Germanen" an.

Es waren jedoch keineswegs alle deutschnationalen Antisemiten aus dem Schulverein ausgetreten. Ihr Bestreben, durch Uebertragung des Rechtes der Aufnahme von Mitgliedern an die einzelnen Ortsgruppen die Möglichkeit zu erhalten, sich zu antisemitischen Ortsgruppen zusammenschließen zu können, wurde von der Vereinsleitung stets als Störung der Vereinsthätigkeit bekämpft und auch von der Mehrheit der Hauptversammlungen immer wieder abgelehnt.

Im Frühjahr 1896 erließ die Leitung des Schulvereins einen Aufruf, in dem sie auf den drohenden Rückgang des Vereins hinwies und zum Eintritt aufforderte. Die deutschnationalen Antisemiten waren geteilter Meinung; die einen verkannten nicht die bisherige Bedeutung und die Leistungen des Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums, aber sie warfen der Vereinsleitung vor, daß sie sich vollständig in das Fahrwasser der liberalen Partei begeben hätte und sahen die einzige Rettung für den Fortbestand des Vereins in der Nachgiebigkeit gegen die Forderung der Möglichkeit antisemitischer Ortsgruppen. In diesem Sinne hatte schon vorher eine Ortsgruppe in ihrer Beantwortung der Anfrage, welche Satzungsänderungen und Maßregeln notwendig erschienen, um die Schulvereinsthätigkeit zu beleben, den Bruch mit der Vergangenheit und den Rücktritt der bisherigen Leitung gefordert. Die schroffere Richtung der deutschnationalen Antisemiten erklärte, daß sie sich auf die Pflege der wirtschaftlichen Schutzvereine zu beschränken habe und von einer Agitation für den Schulverein nichts wissen wolle, um nicht ihre Kräfte zu zersplittern. Der Ausschuß des Schulvereines erklärte (27. April 1896) sich bereit, der Hauptversammlung die Wahl einiger Deutschnationaler vorzuschlagen, lehnte aber seinerseits eine Empfehlung der Satzungsänderung in dem gewünschten Sinne ab, worauf die Vertreter des Bundes der Germanen, der „Südmark", der „Nordmark", des „Bundes der Deutschen in Böhmen" und des Bundes der Deutschen Nordmährens am 14. Mai 1896 bei einer Versammlung in Wien folgenden Beschluß faßten:

„Wir bekämpfen den Deutschen Schulverein nicht, sprechen aber über die unlängst neuerdings erfolgte Ablehnung der Forderungen der Deutschnationalen durch die Hauptleitung des Schulvereines unser Bedauern aus.

In Anbetracht der verschiedenen Verhältnisse in den Gebieten der einzelnen Schutzverbände lassen wir jedoch denselben in ihrer weiteren Stellungnahme zum Deutschen Schulvereine freie Hand."

Zu einem zweiten Vertretertag erhielt jedoch der Bund der Deutschen Nordmährens keine Einladung, da er erklärte, den Ausschluß der Juden in sein Programm nicht aufzunehmen. Gegenstand dieser zweiten Verhandlung war das Arbeitsprogramm der wirtschaftlichen Schutzvereine, besonders auch die Besiedlungsfrage.

Unter den geschilderten Verhältnissen mußte sich die letzte Haupt-

versammlung des Wiener Schulvereins abermals mit der Frage der Satzungsänderung beschäftigen. (Brünn 25. Mai 1896.)

Neue Gesichtspunkte waren dabei nicht zu erwarten. Der Bericht des stellvertretenden Obmanns, Dr. Viktor von Kraus, der übrigens in engeren Kreisen als tüchtiger Historiker geschätzt ist, entwarf ein Bild der Vereinsthätigkeit und der tschechischen Gegenbestrebungen und flocht dabei die beachtenswerten Worte ein: „Die Frage über die Folgen, die sich aus der Aufrechterhaltung oder dem Fallenlassen herzlich gleichgiltiger Satzungsbestimmungen ergeben könnten, tritt weit zurück vor der ernsthaften Erwägung, ob sich unser laut gepriesenes Deutschtum nicht allzu schwer aus dem Nebel nichtssagender Kommersreden in die Wertschätzung stillfortgesetzter Arbeit umzusetzen vermag?" Der Referent über die Frage der Satzungsänderung betonte, daß die von den Antisemiten geforderte Aenderung den Austritt eines großen Teils der alten Mitglieder und zwar nicht bloß der jüdischen, und damit die Sprengung des Vereins bedeute; mehrere Sprecher von der deutschnationalen Richtung erklärten, in dem Schulverein auch dann verbleiben zu wollen, wenn ihr Antrag abgelehnt würde, ein Redner erklärte als Jude, daß er und hunderte seiner Gesinnungsgenossen zwar blutenden Herzens den Schulverein verlassen würden, zuvor aber möchten die Antisemiten zu Tausenden eintreten zum Beweis, daß sie die Juden ersetzen könnten. — Bei der Abstimmung wurden 305 Stimmen für, 674 Stimmen gegen die Abänderung der Satzungen abgegeben.

Daraus ergibt sich einerseits die Thatsache, daß dem Schulverein immer noch eine beträchtliche Anzahl Deutschnationaler angehört, anderenteils aber auch der Fingerzeig, auf welchem Wege die bisher dem Vereine sich fernhaltenden Antisemiten dessen Organisation nach ihren Wünschen in die Hand bekommen können. Vorderhand ist es ein unberechtigtes Verlangen, daß die Mehrheit sich der Minderheit unterwerfen solle. Noch immer ist der Schulverein die größte nationale Vereinigung der Deutschösterreicher; sein Untergang ist trotz der Gelassenheit, mit der seine Gegner davon sprechen, nicht zu erwarten, so lange seine Aufgabe von großen Teilen der deutschen Bevölkerung als eine Sache aufgefaßt wird, die im Grunde nichts mit politischen Parteigestaltungen zu thun hat. Andrerseits ist freilich auch nicht abzusehen, weshalb seine Thätigkeit gerade an die Organisation gebunden sein müßte, die ihm seine Begründer gegeben haben; im Gegenteil zeigt die Erfahrung, daß für das Wachstum eines umfassenden Vereines die Decentralisation manche Vorteile bietet. Sie hat auch schon im Wiener Schulverein begonnen und die Einführung der Gaue wird kaum der letzte dieser Art bleiben. Die bisherigen Reibungen im Wiener Schulverein beweisen, daß ein Ausspruch Bismarcks auch für die deutschen Oesterreicher seine Richtigkeit behält, „die Parteikämpfe sind bei den Deutschen stärker, als das nationale Interesse, und die Neigung für das Parteiinteresse ist stärker als die für das nationale Interesse einzutreten und ihnen nur ein Jota des Parteiinteresses zu opfern."

* * *

Im „Bunde der Germanen" hat die antisemitische Partei unter den Deutschösterreichern ihre unpolitische Organisation gefunden. In diesem Namen ist die Einsicht ausgesprochen, das dies an sich negative Programm des Antisemitismus eine positive Ergänzung finden soll in der Pflege des deutschen Volkstums — wie dies ein Aufruf zum Eintritt ausdrückt. „Nicht flüchtig und leichtfertig ist der Name des Bundes gewählt — nein, er ist tiefer Deutung fähig. Umwogt, durchschwemmt und durchschlemmt von fremden undeutschen Einflüssen, verleitet, verfälscht und verwälscht, wie das deutsche Ostmarkvolk in diesen drangvollen Zeiten ist, thut es not hinabzusteigen zu dem Borne einer herrlichen Germanenzeit und zu schöpfen aus seiner reinen kieselhellen Flut. Ein Jungbrunnen ists, der uns befreit von den Schlacken des Modernen und von all dem undeutschen Beiwerk". In diesem Sinne gebraucht der Bund der Germanen seit dem 29. November 1896 (2. Zusammenkunft der Vertreter der Nordmark, der Südmark, des Bundes der Deutschen in Böhmen und des Bundes der Germanen) eine Zeitrechnung seit dem Jahre 113 v. Chr., der ersten Niederlage der Römer durch Germanen, er betreibt die Anwendung neuerfundener deutscher Monatsnamen*), regt die Abhaltung von Sonnwendfeiern und Julfesten, (Weihnachtsfesten) an, führte eine eigene Postkarte ein, die auf der Rückseite den wandernden Wotan mit Wölfen und Raben zeigt. Der obengenannte Vertretertag erklärte es unter andern auch für die Pflicht aller Mitglieder sich in Wort und Schrift aller Fremdwörter zu enthalten und so die Bestrebungen der deutschen Sprachvereine zu fördern.

Die Bundesgruppen führen teilweise Namen, die aus der Urzeit oder der nordischen Mythologie geschöpft sind, wie Heimdall, Midgard u. dgl. Da die einzelnen Verbände bald von den Behörden wegen Ueberschreitung ihrer Satzungen, bald von der Hauptleitung aus verschiedenen Gründen aufgelöst erklärt werden, so ist der Bestand des Bundes der Germanen im beständigen Wechsel begriffen, zur Zeit sind es 48 Ortsverbände (statt 55 im Vorjahr) und 1461 Mitglieder (statt 1299).

Als Zweck des Bundes wird bezeichnet Pflege und Förderung deutschen Wesens, sowie der Wohlfahrt und Tüchtigkeit seiner Mitglieder, als die Mittel dazu gelten Versammlungen, Geselligkeits- und Vortragsabende, Herausgabe von Druckschriften, Preisausschreiben, Errichtung von Büchereien, Vermittlung von Anstellungen und Beschäftigungen.

* * *

Aehnliche Ziele verfolgen die sog. Jugendbünde im deutschen Reich und in Oesterreich; sie versprechen die deutsche Jugend zu sammeln, sie dem seichten Getriebe städtischen Vergnügungslebens und der Verhetzung durch die Sozialdemokratie zu entziehen und ihr eine

*) Hartung, Hornung, Lenzmond, Ostermond, Mai, Brachmond, Heuert, Ernting, Scheiding, Gilbhart, Nebelung, Julmond.

Stätte der nationalen Erziehung und Erbauung aber auch der Erholung und wahren Fröhlichkeit zu schaffen. Als Mittel dazu werden bezeichnet: die Wiederbelebung und Pflege echtdeutschen Wesens und echtdeutscher Sitten, innerhalb und außerhalb des Bundes, insbesondere Aneignung der Redefertigkeit (durch Einführung von Redeschulen) zum Zwecke der Vertiefung, Vervollkommnung und Ausbreitung des nationalen Gedankens auf antisemitischer Grundlage; ferner wirtschaftliche Unterstützung der Mitglieder, Förderung von deren wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen und gesellschaftliche Bildung (u. a. durch unentgeltlichen Tanzunterricht, sowie durch Erlangung nützlicher Fertigkeiten, Fechtkunst, Gesang, Musik, Stenographie u. dgl.)

Neuerdings haben sich diese Jugendbunde wieder in zwei Richtungen gespalten, die eine betont den „christlich-germanischen" Standpunkt und nennt sich Wartburgbund, die andere schließt sich eng an die Auffassungen des Bundes der Germanen an, der dem Christentum keine erneuende Kraft zutraut „der wiedererwachte Deutsch-Geist fegt die katholisch-romanischen Uebel von dannen, die das Mittelalter verdüstern, unser wahrhaft deutsches und freiheitliches Empfinden grüßt bewundernd im alten freien germanischen Bauern-Heldenstaat ein Hochziel, dem wir zustreben."

Seit November 1896 besteht ferner ein Bund „Alldeutschland" mit dem Sitze in Hamburg, gleichfalls auf antisemitischer Grundlage, der den Zweck verfolgt, im deutschen Reiche richtige Erkenntnis über die Erhaltungskämpfe der außerhalb lebenden deutschen Volksstämme zu verbreiten. Diese Aufgabe will der Bund erreichen durch Herausgabe einer den Namen des Vereins tragenden Zeitschrift, durch Veröffentlichung und Verbreitung von Flugblättern und Flugschriften, durch Versammlungen zur Aufklärung über alldeutsche Fragen, durch Einflußnahme auf Vereine und Presse.

Eine antisemitische Vereinsgründung ist ferner der „Deutschbund", den Dr. Friedrich Lange als Herausgeber der Täglichen Rundschau ins Leben gerufen hat, der deshalb auch als Bundeswart an die Spitze trat. „Wer des Deutschbundes ist, so beginnt die Satzung, glaubt an die deutsche Volksseele und vertraut, daß sie gut und mächtig sei. So bleibt die Liebe zum Deutschtum das oberste Maß alles Wertes unter den Brüdern; im übrigen giebt es nichts unter ihnen, was Geduld nicht trüge oder besserte und nichts soll sie trennen, nicht Reichtum und Armut, nicht Rang und Stand, und jeder soll die wärmende Flamme der Gemeinsamkeit fühlen und reicher werden in der Liebe seiner Brüder. Der Jude kann nicht des Deutschbunds sein, noch auch durch Taufe werden, denn seine Natur bleibt in der Beschneidung. Vielmehr wer des Deutschbunds ist, bezeugt seinen Eifer in aller gesetzlichen Abwehr des Juden". Ueber die Aufnahme als Mitglied bestimmt die Satzung, daß sie erst nach geheimer Abstimmung über die Zulassung und nach mindestens vierteljähriger Prüfungszeit möglich sein soll. „Die Bundesbrüder geloben sich durch Handschlag mit dem Bundeswart oder einem von ihm bestimmten Vertreter zu Treue und

thätigem Eifer; zugleich daß sie nach Austritt oder Ausschluß nicht übel von dem Bunde und seinen Brüdern reden oder schreiben wollen." Es kann nach diesen Proben kein Zweifel sein, daß er sich bei diesem „Deutschbund", dessen Name übrigens eine Vergewaltigung des deutschen Sprachgefühls ist, nicht um einen deutschnationalen Verein handelt, der nach Ausbreitung strebt, sondern um eine Nachahmung des Tugendbundes oder der Freimaurer je nach den persönlichen Wünschen und Zwecken des Bundeswarts. Der Bund hat für einige Städte antisemitische Geschäftsverzeichnisse herausgegeben.

V. Der deutsche Sprachverein und der Alldeutsche-Verband.

Wir stellen diese beiden Vereine in eine Gruppe und an den Schluß der eingehenden Betrachtung, weil sie von allen deutschnationalen Vereinen sich durch ihre umfassenden Aufgaben unterscheiden. Die Bestrebungen zur Reinhaltuug der deutschen Sprache haben seit dem 17. Jahrhundert immer wieder ihre Vorkämpfer gefunden und sind zu keiner Zeit ganz ohne Erfolg geblieben; so haben insbesondere die deutschen Befreiungskriege die allgemeine Aufwallung des deutschen Nationalgefühls auch auf dieses Gebiet getragen. Nach der Aufrichtung des deutschen Reiches regte sich wieder immer stärker die Empfindung, daß trotz des nunmehr gewonnenen Vorrangs vor Frankreich die massenhafte Einschleppung französischer Wörter und Redensarten in die deutsche Schrift und Umgangssprache eine Verunzierung und eine Gefahr bedeute. Es ist ein bleibendes Verdienst des ersten Reichspostmeisters Stephan, in seinem Bereich das üppig wuchernde Kraut unbekümmert um billigen Spott ausgejätet zu haben. Der Wunsch, dieses rühmliche Beispiel auch auf dem Gebiet befolgt zu sehen, wo es am dringendsten notwendig erschien, im Heerwesen, wurde damals nicht und später nur teilweise erfüllt. Auch die versuchte Regelung der deutschen Rechtschreibung führte leider nicht zur Einigung und kam bei der partikularistischen Festsetzung nicht immer in die berufenen Hände; gleich als ob der Beweis erbracht werden sollte, daß die deutsche Einheit nicht nur Sache der Regierungen sein könne. Es ist deshalb vielleicht kein Schade, daß der Wunsch des Braunschweiger Museumsdirektors Hermann Riegel in seinem Hauptstück von unserer Muttersprache (1883) unerfüllt geblieben ist, es möge eine wissenschaftliche Behörde geschaffen werden zur Ueberwachung der deutschen Sprache. Aber auf fruchtbaren Boden fiel seine Anregung, daß ein Verein zu diesem Zweck gebildet werde, um dem Ueberhandnehmen der Fremdwörter Einhalt zu thun.

Der allgemeine deutsche Sprachverein, begründet im August 1885, vermied es, sich dem Vorwurf auszusetzen, der früheren Be-

strebungen mit Recht gemacht worden ist, einer überstürzten Ersetzung aller Wörter fremden Ursprungs durch neugeschaffene Bildungen und gezwungene Uebersetzungen. Als Aufgabe des deutschen Sprachvereins bestimmten seine Satzungen: die Reinigung der deutschen Sprache von unnötigen fremden Bestandteilen zu fördern, die Erhaltung und Wiederherstellung des echten Geistes und eigentümlichen Wesens der deutschen Sprache zu pflegen und auf diese Weise das allgemeine nationale Bewußtsein im deutschen Volke zu kräftigen.

Wer die Reihenfolge dieser Sätze beachtet, kann es nur unbegreiflich finden, daß ein offener Widerspruch gegen die Ziele des Sprachvereins erhoben worden ist. Als ob die Thätigkeit eines Vereines für einen Schriftsteller das Verbot solcher Fremdwörter, die er für seinen Hausgebrauch nötig erachtet, durchsetzen oder selbst eine Reihe von Stephans die Freiheit im Ausdruck des Gedankens beschränken könnte! Wenn man von den Verdeutschungswörterbüchern, die auf Anregung des Sprachvereins ausgearbeitet worden sind, befürchtete, daß sie unzulänglichen Ersatz für allgemein gebrauchte fremde Bezeichnungen vorschlagen möchten, so war es wohl das verkehrteste, in Bausch und Bogen sich zu verwahren gegen den Wunsch deutscher, auch den nur der Muttersprache Kundigen verständlicher Ausdrücke z. B. in dem Sprachunterricht der Volksschulen, in der Amtssprache und im Handel, im Berg- und Hüttenwesen, in Kochbüchern und auf Speisenkarten.

Es sind freilich auch wunderliche Verdeutschungen aufgetaucht und mancher Zweigverein hat sich in einer Jagd auf Fremdwörter gefallen, die von den maßvollen und verständigen Anhängern des Sprachvereins als Uebertreibung abgelehnt werden mußte. Denn die Sprache läßt sich nicht von heut auf morgen ein Wort nehmen, das bisher Geltung gehabt hat.

Der Allg. deutsche Sprachverein besteht aus Zweigvereinen und unmittelbaren Mitgliedern. Die Leitung liegt in der Hand eines Gesamtvorstandes von 36 Herren, die einen ständigen Ausschuß von 6 Personen zur Führung der laufenden Geschäfte wählen. An der Spitze steht ein Gesamtvorsitzender: von 1887 bis 1893 der Begründer des Vereines Dr. Herman Riegel, seit 1894 Oberstlt. a. D. Dr. Max Jähns. Der Verein gibt eine monatlich erscheinende Zeitschrift, wissenschaftliche Beihefte und die schon erwähnten Verdeutschungsbücher heraus.

Das Wachstum des deutschen Sprachvereins hat bewiesen, daß die Beschäftigung mit der Sprache und die Erkenntnis ihres Wesens auch in weiteren Kreisen als in denen der Fachgelehrten Wurzeln fassen kann. Der Sprachverein umfaßte bei seiner ersten Hauptversammlung in Dresden 1887 90 Zweigvereine und an 7000 Mitglieder; drei Jahre später schon 12,000 Mitglieder; ihre Verteilung auf die einzelnen Berufe ist in mancher Hinsicht bemerkenswert. Handel- und Gewerbetreibende waren es 3300, Professoren und Lehrer 2300, Techniker 900, Rechtsgelehrte 800, Mediziner 500, Offiziere

400, Schriftsteller und Künstler 210. Die Anzahl der Mitglieder hat seitdem nicht wesentlich zugenommen, es sind 13,300; die Zahl der Zweigvereine hat sich auf 189 vermehrt, sie erstrecken sich auch über Deutschösterreich und selbst im siebenbürgischen Kronstadt ist neuerdings ein Zweigverein entstanden. Der Einfluß des Sprachvereins ist selbstverständlich nicht auf die Mitglieder beschränkt geblieben; es ist ganz unverkennbar vielfach eine größere Sorgfalt in der Handhabung der deutschen Sprache zu beobachten, wenn auch die Anregungen des Sprachvereins nicht alle durchgedrungen sind. Im August 1888 wandte er sich an 600 Zeitungen mit der Aufforderung, die Fremdwörter möglichst auszumerzen, von denen die Zeitungssprache aus verschiedenen Gründen wimmelt, besonders die schlechter redigierten und billigeren; namentlich die Telegramme sind ein Stein des Anstoßes. Eine Besserung des Zeitungsdeutschen ist freilich erst dann zu erwarten, wenn die Leser darauf Gewicht zu legen gelernt haben, eine sorgfältig redigierte Zeitung zu lesen, statt sich mit der billigsten zu begnügen. Es gehört das eben zu den weiter ausholenden Aufgaben des Sprachvereins, in Verbindung mit der Schule eine Hebung des Sprachgefühls durchzuführen, das der Deutsche in weit geringerem Maß zu besitzen pflegt als der Romane. Der Berliner Zweigverein setzte 1890 einen eigenen Ausschuß ein, um die häufigen Sprachfehler auf Schildern und Anschlägen zu beobachten und abzustellen. Die Hauptversammlung in Graz verhandelte 1895 über die Möglichkeit, die Jugendschriften und Jugendzeitungen zur Ausmerzung der entbehrlichen und störenden Fremdwörter zu veranlassen; im Jahre 1896 hat dann die Hauptleitung die 548 Lehrervereine und die Direktoren der höheren Schulen Berlins zum Eintritt in den deutschen Sprachverein aufgefordert. Auch wurde beschlossen, eine Sammlung von Gedichten über die deutsche Sprache zu veranstalten. Die neuesten Veröffentlichungen sind von Scheffler und über die Sprache der Schule die Verdeutschungshefte über die Sprache der Heilkunde von Kunow.

* * *

In dem Rufe nach deutschen Kolonien, wie er seit dem Beginn der achtziger Jahre lebhafter ertönte, sprach sich die Empfindung aus, daß das deutsche Volk sich nicht mit der Machtstellung begnügen dürfe, die ihm durch die Siege über den Erbfeind seiner nationalen Einheit zugefallen war, die Einsicht, daß Stillstand Rückgang wäre. Aber es lag für jeden, der sich mit der Frage nach der Zukunft des deutschen Volkstums beschäftigt hatte, nur allzu klar zu Tage, daß bei der weiten Verbreitung der Deutschen außerhalb des deutschen Reiches die Schwäche des deutschen Nationalgefühls der bedenkliche Hemmschuh einer weitausgreifenden Entwicklung wäre. Es galt also vor allem, dieses vielfach schlummernde deutsche Nationalgefühl zu stärken, diese Wirkung erwartete auch Dr. Karl Peters vor allem

von der kolonialen Bewegung. Aus diesem Geiste heraus veranlaßte er schon Anfang 1885 die damalige Gesellschaft für deutsche Kolonisation, für den September 1886 einen „Allgemeinen Deutschen Kongreß" nach Berlin zu berufen. Auf diesem Kongreß wurde der Allgemeine deutsche Verband gegründet. Man hatte indessen damals diesen Verband als eine Vereinigung von Vereinen sich gedacht, und daran scheiterte die Ausführung des an sich richtigen und lebensfähigen Planes. Die Vereine gerieten bald in Streit; und da Peters nach Afrika zurückkehrte, so verschwand der Allgemeine deutsche Verband aus der Oeffentlichkeit. Bei dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Amte des Reichskanzlers regte sich in weiteren Kreisen die Einsicht, daß fortan das deutsche Volk, das bisher vertrauensvoll die Sorge für seine Ehre und für seine Interessen seinem großen Erzieher hatte überlassen dürfen, sich mehr um die äußere Politik kümmern müsse. Das deutschenglische Abkommen über Ostafrika erschien diesen Kreisen als eine allzu leichtherzige Preisgabe deutscher Interessen, wie sie unter Bismarcks Händen unmöglich gewesen wäre; in der Erregung der öffentlichen Meinung darüber lag die Aufforderung für den Allgemeinen deutschen Verband, die Vertretung des nationalen Gesichtspunktes außerhalb aller Parteischranken und völlig unabhängig von der Regierung zu seiner Aufgabe zu machen. Dieser neue Allgemeine deutsche Verband wollte nichts anders sein, als eine private Vereinigung Einzelner, wie dies schon der Schulverein, der Sprachverein und die Kolonialgesellschaft war, aber er wollte auch nicht in Wettbewerb mit ihnen treten, sondern über ihnen stehend einen Vereinigungspunkt für alle bisher nebeneinander herlaufenden Bestrebungen bilden. Als alle Vorbereitungen getroffen waren und das Gerüst des Verbands gezimmert dastand, erschien im Frühjahr 1891 in den Zeitungen der Aufruf zum Beitritt, unterzeichnet vom Präsidium, dem geschäftsführenden Ausschuß und dem Vorstande. Der Aufruf betonte, daß das deutsche Volk ringsum von feindlichen Nationalitäten bedroht, mehr als alle andern Völker der Zusammenfassung seiner Kräfte bedürfe, aber teils durch eigne Fehler, teils durch ungünstige weltgeschichtliche Entscheidungen in dieser Zusammenfassung seiner nationalen Kraft um Jahrhunderte aufgehalten worden sei. Es gelte dem deutschen Volke, die Weltstellung zu gewinnen, wie sie seinem Range als europäische Großmacht, den Bedürfnissen seiner Industrie nach Erweiterung der Absatzgebiete, und ebenso der Aufgabe, die deutschen Auswanderung vor dem Aufgehen in fremde Völker zu bewahren, entspreche, und das sei sowohl Aufgabe der Regierung, als der Nation. „Wenn ein ganzes Volk sich mit der Anschauung seiner großen geschichtlichen Aufgaben erfüllt und solche zum Gegenstand seines nationalen Wollens macht, findet es auch die Mittel und Wege, den Inhalt seiner Ideale zu verwirklichen". Die Erhaltung und Ausbreitung deutschen Wesens auf der Erde ist zugleich die wirksamste Förderung der Weltgesittung, der Deutsche, der für sein Volkstum wirkt, dient zugleich der Humanität.

Der Aufruf richtete sich an alle Deutschen ohne Unterschied des Wohnorts und der Staatsangehörigkeit. Die Bildung von Ortsgruppen im Ausland erschien besonders wichtig, um dem Deutschtum Vereinigungspunkte zu schaffen und die enge Verbindung mit der Heimat aufrecht zu erhalten.

In der Frage des Antisemitismus hatte der Allgemeine deutsche Verband von Anfang an eine unparteiische Stellung eingenommen; bereits bei der Begründung hatte Dr. Peters einem antisemitischen Redner gegenüber erklärt, daß der Verband jeden aufnehmen müsse, der sich zu seinen Grundsätzen bekennt. Seitdem haben im Allgemeinen deutschen Verband — so sagte der geschäftsführende Ausschuß in einer Erklärung vom 22. Juni 1892 — die entschiedensten Anhänger und die entschiedensten Gegner des Antisemitismus zusammengearbeitet. Den Anlaß, auf diesen Standpunkt hinzuweisen,* gaben antisemitische Agitationen in der Ortsgruppe Berlin, denen gegenüber die Leitung derselben keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß die bisherige in der Judenfrage völlig neutrale Haltung des Allgemeinen deutschen Verbandes aufrecht erhalten werde, weil eine Vereinigung, welche erstrebe, alle nationalgesinnten Elemente des deutschen Volkes zu sammeln, diejenige Frage, welche wie keine andere die Geister trennt, grundsätzlich ausschließen müsse.

Der geringe Beitrag der Mitglieder ermöglichte eine rasche Ausbreitung des Verbandes; schon im Oktober 1891 waren 10,000 Mitgliederkarten, im Mai 1892 21,000 ausgegeben — sicher ein Beweis, daß die Gründung des Verbandes durch die damalige Gestaltung der politischen Dinge eine innere Notwendigkeit empfangen hat. Diesem Aufschwung der ersten Monate entsprach allerdings die folgende Zeit nicht; es machte sich eine Reihe ungünstiger Momente bemerkbar. In einem großen Teile des deutschen Reiches erwies sich eine straffe Organisation nach Ortsgruppen infolge der engherzigen Vereinsgesetze als unmöglich, so in Sachsen, wo die bereits gebildete Ortsgruppe Leipzig sich wieder auflösen mußte, und in Bayern. So kam es, daß bei dem Mangel dauernder Beziehungen das Interesse an dem Verband, von dessen Thätigkeit zu selten etwas verlautete, das Interesse der meisten rasch gewonnenen Mitglieder wieder schwand und der Bestand im Laufe des Jahres 1893 auf 5000 Mitglieder zusammenschmolz. Es entstand sogar die ernste Frage, ob die Weiterführung des Verbandes möglich sein werde, zumal eine Reihe finanzieller Verpflichtungen zu erfüllen waren, zu deren Deckung die nötigen Mittel fehlten. Der damalige Geschäftsführer hatte den nationalen Schriftsteller Karl Pröll beauftragt, einen „Kalender aller Deutschen" herauszugeben. Die Kosten stellten sich beträchtlich höher als erwartet wurde, während der Absatz weit zurückblieb. Der erste Präsident, Herr von der Heydt, half durch eine Zuwendung von 4000 Mark über diese Schwierigkeit hinweg. Dr. Peters spendete eine ihm von Dr. Schöller in Düren zur Verfügung gestellte

*) Mitteilungen des Allg. d. Verbandes. Nr. 6.

Summe von 2000 Mark, womit der Fehlbetrag aus der Herausgabe des Kalenders größtenteils gedeckt werden konnte.

Im Sommer des Jahres 1893 legte Herr von der Heydt das Präsidium nieder, an seine Stelle trat Professor Dr. Hasse; ebenso schied der bisherige Geschäftsführer van Eycken aus. Der neue Vorsitzende übernahm fast die ganze Last der Leitung und hielt es in der Erkenntnis, daß vor allem das Interesse der Mitglieder wieder geweckt, der Zusammenhang der Teile des Verbandes mit dem Mittelpunkt wieder befestigt werden müsse, für unerläßlich trotz der schwierigen Finanzlage die Fortsetzung der ganz ins Stocken geratenen Mitteilungen des Verbandes aufzunehmen, nachdem die letzte Nummer der Mitteilungen am 15. November 1892 erschienen war. Es erschienen nunmehr vom 1. August 1893 noch sechs Nummern bis zu Ende des Jahres; sie bewiesen nicht nur, daß neues Leben in den Verband gekommen sei, sondern betonten auch seine Ziele und Aufgaben mit der nötigen Klarheit und Schärfe. Ermöglicht wurde dieses erneute Erscheinen der Mitteilungen dadurch, daß einzelne Mitglieder die erforderlichen Geldmittel freiwillig beisteuerten. Aber es stellte sich innerhalb des Ausschusses alsbald die Ueberzeugung ein, daß nur eine wöchentlich erscheinende Verbandszeitschrift das Bedürfnis befriedigen könne, einerseits den lebendigen Zusammenhang der Mitglieder darzustellen, andererseits die öffentliche Meinung der weiteren Kreise im Sinne des Verbandes zu beeinflussen. Als eine weitere Notwendigkeit ergab sich die Aufstellung eines besoldeten Geschäftsführers aus dem wachsenden Umfang der Arbeitslast der Leitung des Verbandes. Mit dem geringen Mitgliederbeitrag ließ sich das nicht ermöglichen. Ein Aufruf zur Zeichnung freiwilliger Beiträge für einen Garantiefonds zur freien Verfügung des geschäftsführenden Vorsitzenden hatte den gewünschten Erfolg. So konnten mit dem 1. Januar 1894 die wöchentlich erscheinenden „Alldeutschen Blätter" ins Leben treten, die sich seitdem als das beste Agitationsmittel des Verbandes bewährt haben. Seit der Mitte d. J. 1894 trat der kürzere und bezeichnendere Name „Alldeutscher Verband" an die Stelle des früheren, der zu manchen Mißverständnissen Anlaß gegeben hatte.

Der Alldeutsche Verband hat seitdem einen beträchtlichen Aufschwung erlebt. Um die Mitte des Jahres 1894 zählte er noch 5600 Mitglieder, davon 2200 die Alldeutschen Blätter bezogen und 27 Ortsgruppen; zu Ende 1895 7715 Mitglieder, 3586 Bezieher der Zeitschrift und 46 Ortsgruppen; am 1. April 1897 10,217 Mitglieder, davon 4367 die Alld. Bl. bezogen und 75 Ortsgruppen, darunter eine Anzahl außerhalb des deutschen Reiches.

Seiner ursprünglichen Anlage treu bleibend, ist der Alldeutsche Verband in erster Reihe eine Agitationsverein, die Stärkung des deutschen Nationalgefühls ist seine wichtigste Aufgabe. „Er will den Massen unseres Volkes die Ueberzeugung beibringen, daß die deutsche Entwickelung mit dem Jahre 1870/71 noch lange nicht zum Abschluß gelangt sei. Noch haben die gemeinsamen Interessen des ganzen

großen hoch- und niederdeutschen Volkes weder einen wirtschaftlichen, noch einen politischen Ausdruck gefunden. Immer mehr bahnt sich Erkenntnis an, daß das deutsche Reich ein Weltreich geworden ist. Aber noch sind die Folgerungen hieraus nicht gezogen worden. Ueber den Interessen des Staates stehen die des Volkstums. Heiliger als die Liebe zu unserem Vaterlande ist die zu unserem Muttervolke."

Die öffentliche Vertretung solcher Ideen stellt dem Alldeutschen Verbande eine unendliche Fülle von Aufgaben. Materielle Unterstützung des besonders in Oesterreich und Ungarn vielfach bedrängten Deutschtums muß er anderen Vereinen überlassen, denen er jedoch durch den steten Hinweis auf die Lage der Dinge eine nicht zu unterschätzende Förderung gewährt. In der Erfüllung seiner allgemeinen Aufgabe hat er bisher vor allem drei Gesichtspunkte im Auge behalten: die polnische Frage, die Regelung der Einwanderung und Auswanderung im nationalen Sinne, die Pflege der überseeischen Interessen des deutschen Volkes — nicht in grundsätzlicher Gegnerschaft zur amtlichen Politik des deutschen Reiches, aber in voller Unabhängigkeit.

In der polnischen Frage vermochte er auch nach der Gründung eines eigenen Vereines zur Stärkung des deutschen Elements in den östlichen Provinzen Preußens lohnende Ziele praktischer Thätigkeit zu verfolgen.

Dazu gehört vor allem die Verwirklichung des glücklichen Gedankens deutsche evangelische Waisen dort erziehen zu lassen, wo sie Gelegenheit haben später als Dienstboten oder Handwerkslehrlinge einzutreten. Aus Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes hat sich ein „Evangelischer Verein für Waisenpflege in der Provinz Posen" gebildet. Die zu errichtenden Waisenhäuser sollen nur Durchgangsstellen für die Kinder sein, wenn sie aus dem Westen kommen, dann werden sie bei sorgfältig ausgewählten deutsch-evangelischen Familien von Bauern und Handwerkern der Umgebung untergebracht werden. Die Waisenhäuser sollen die Mittelpunkte der Aufsicht und Zufluchtstätten bei Krankheit oder Pflegewechsel werden, und für eine beschränkte Anzahl gewähren sie landwirtschaftliche Ausbildung.

Auch die Vorlage eines Reichsgesetzes über die Auswanderung darf mindestens teilweise dem Drängen des Alldeutschen Verbandes zugeschrieben werden. Dem Schutz der deutschen Interessen im Ausland konnte der Verband sowohl durch seine Wochenschrift, als durch das Eingreifen des geschäftsführenden Vorsitzenden Prof. Dr. Hasse in die Verhandlungen des deutschen Reichstags wichtige Dienste leisten. Die Unzulänglichkeit der deutschen Flotte für ihre Aufgaben hat der Verband schon früher nachdrücklich betont, bevor die Verhältnisse ihm in der Agitation zu deren Verstärkung eine hervorragende Rolle zugewiesen haben. Die zahlreichen Anregungen des Alldeutschen Verbands im einzelnen zu verfolgen, erscheint hier nicht thunlich; es genügt, auf den reichen Stoff zu verweisen, der in den Alldeutschen Blättern niedergelegt ist. Wenn heute die Beziehungen zu den Deutschen in Oesterreich lebend-

iger geworden sind, wenn die nationale Gemeinsamkeit der niederdeutschen Vlamen Belgiens mit den Reichsdeutschen sich schärferen Ausdruck gibt als jemals seit dem Ausscheiden der Niederlande aus dem ehemaligen deutschen Reich, wenn das Verständnis für die Wichtigkeit der Verhältnisse Südafrikas im Wachsen begriffen ist, wenn das deutsche Gewissen in der Beurteilung undeutscher Dinge auch in der deutschen Presse heute kräftiger sich regt, als noch vor wenigen Jahren, so ist das zum guten Teil Folge der Thätigkeit des Alldeutschen Verbandes. Und wir hoffen, daß der Same, den er da und dort ausstreut, mit der Zeit zu reicher Ernte aufgehen, daß das gesamte Deutschtum der Erde sich mit den Idealen seiner Zukunft erfüllen möge, die der Verband schon in seinem ersten Aufruf in klare Worte gefaßt hat.

Schluß.

Wir haben eine lange und vermutlich stellenweise auch für den Leser ermüdende Wanderung durch das Gebiet unseres heutigen deutschnationalen Vereinswesens zurückgelegt. Einer solchen Masse von Einzelheiten, wie sie hier zusammenzustellen waren, haftet notwendig eine gewisse Trockenheit und Nüchternheit an. Trotzdem ergibt sich, wie wir hoffen, daraus ein erhebender Gesamteindruck.

Die Bedeutung dieses deutsch-nationalen Vereinswesens beschränkt sich ja nicht auf seine praktischen Leistungen.

Lange genug hat der Deutsche auf Festen und bei Kneipereien die deutsche Frage lösen geholfen; auch im neuen deutschen Reich bewährt sich der Durchschnittspatriotismus vor allem bei solchen Gelegenheiten, wo er vom Magen aus kräftig erwärmt wird, bei Zweckessen und Kommersen. Patriotische Begeisterung ist eine schöne Sache, aber man darf auch nicht vergessen, daß mit ihr allein wenig ausgerichtet ist. Ihre Kehrseite ist nur zu häufig die Selbstgefälligkeit, die Ruhmredigkeit, der nationale Phrasenschwulst.

Gewiß darf das deutsche Volk sich mancher Vorzüge rühmen, aber auch tiefeingewurzelte Fehler beklagen schärferblickende Beurteiler unseres Volkscharakters.

„Der Geist der Schwäche und des Schwankens, Beamtendünkel und Bedientensinn, Strebertum und Kriecherei, brutale Mammonsherrschaft und sozialer Haß, der Mangel an einem kräftigen Volksbewußtsein, Fremdensucht und Modeäfferei — das sind die Eiterbeulen, die uns im Fleische sitzen und sie gilt es, auszuschneiden, wenn gesundes Blut wieder in unseren Adern kreisen soll“. Wer dürfte diese Worte eines echten Freundes seines Volkes nur Schwarzseherei eines Mißvergnügten schelten? Nein, es ist nicht alles so vortrefflich, wie es sein sollte und könnte, auch wenn man der menschlichen Schwäche

noch so viel Spielraum zugesteht. Das stolze Gefühl des höheren Wertes, das dem Deutschen eignete, so lange er den Anspruch auf die Weltherrschaft festhalten konnte, ist in den langen Jahrhunderten der Zersplitterung und der Demütigung gewichen einem kleinlichen und philisterhaften Wesen, das ihn in der Heimat mit tausend engherzigen Vorurteilen und Vorschriften einschnürt, in der Fremde nur zu häufig zum unterwürfigen Bewunderer der neuen Umgebung gemacht hat.

Diese Entartung des deutschen Charakters konnte nicht mit einem Schlage überwunden werden.

Bismarck, der große Erzieher des deutschen Volkes, hat einmal das Wort gesprochen: Ich will Deutschland in den Sattel heben, reiten wird es schon können.

Hat es den Beweis erbracht?

Die jetzige Machtstellung des deutschen Reiches ist das Ergebnis einer kühnen Politik, eines glücklichen Krieges. Beides war ermöglicht durch die zweihundertjährige Arbeit des preußischen Staates, insbesondere durch die Organisation des preußischen Heeres, die Kaiser Wilhelms eigenstes Werk war. Unter dem Schutze des Friedens hat dann im deutschen Reich Industrie und Handel einen unerhörten Aufschwung gewonnen, hat die alte deutsche Tüchtigkeit den Wettkampf auch mit England trotz dessen Vorsprung aufnehmen können. Von derselben Tüchtigkeit zeugt der Aufschwung unseres deutsch-nationalen Vereinswesens. Die besten deutschen Männer haben sich zusammengethan in der Sorge um die Zukunft des deutschen Volkstums denn das ist das Gemeinsame in all den verschiedenartigen Vereinen. Vielleicht sind die Erfolge noch gering, aber doch ist der tote Punkt überwunden, der Geist des Egoismus und des Partikularismus, dem das Wort Deutschtum und Volkstum ein leerer Schall war, für den er keinen Finger rühren mochte. Das deutsche Nationalgefühl hat aus dem Reich idealen Schwelgens in Dichtung, Wissenschaft und Kunst den Weg gefunden zu wirksamer Bethätigung im ganzen Umfang des täglichen Lebens. Noch ist ja der Kreis der Mitarbeiter beschränkt, aber die nationale Erziehung hat dennoch begonnen; breiter unter den deutschen Oesterreichern, weil bei ihnen die unmittelbaren Anlässe stärker waren. Daß diese Erziehungsarbeit sich nicht auf die Männer beschränkt, gibt ihr Aussicht auf wachsende Wirkung.

In der That ist die deutsche Frau vor allem berufen, aller nationalen Arbeit die Tiefe und Weihe zu geben. Und es wäre der wichtigste, der ausschlaggebende Sieg des Nationalgefühls, wenn es erst Wirklichkeit wäre, was leider noch immer im großen und ganzen ein frommer Wunsch ist, daß die deutsche Frau im Hause dem deutschen Wesen eine feste Burg erbaue. Ob ihre bisherige Erziehung sie gerade dafür befähige, das ist mehr als zu bezweifeln — aber doch nur zum kleinsten Teil ihre eigene Schuld. Mit Recht fordert der Alldeutsche Verband auch eine Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums. Es gehört dazu, daß das Wissen vom Deutschtum, von seiner Geschichte, von

seinem inneren Wesen, von seiner Verbreitung auf der Erde, seiner Stellung unter den Völkern den ihm gebührenden ersten Rang angewiesen erhalte, nicht als Gedächtniskram und Prüfungszwang, sondern als Bereicherung und Veredelung, neben der Französischsprechen und Lateinischschreiben nur nützliche Kenntnisse bedeuten.

Glücklich vor anderen **Völkern** darf sich der **Deutsche** preisen, daß der höhere **Wert** seines **Volkstums** jedes **Zweifels** spottet. So wurzelt die Thätigkeit unseres deutsch-nationalen Vereinswesens in der echten Begeisterung für das Gute und Wahre. Das warme Herz, verbunden mit dem nüchternen Kopf, der nationale Schwung neben der sorgfältigen Erwägung — das ist die Bürgschaft des Erfolges.

Kgl. Hof-Buchdruckerei Kastner & Lossen München, Finkenstraße 2.

Der Kampf um das Deutschtum.

3. Heft.

Die preußischen Ostmarken.

Von

Christian Petzet.

—— Mit einer Sprachenkarte. ——



München.
J. F. Lehmann's Verlag.
1898.

Inhalts-Uebersicht.

Berichtigungen.

Auf S. 8 Z. 17 v. u. lies „meist" statt: „viel".
„ „ 12 „ 23 v. u. „ „durch" statt: „fast zwei" (fast zwei Jahrhunderte unter Jagellonen und dann weiterhin).
„ „ 33 „ 3 v. u. lies statt in Johannisberg bei „Jaegerndorf": Johannisberg bei „Jauernik".
„ „ 34 „ 11 v. o. lies „zurückgegangen".



Vorwort.

Die Lebensfrage der preußischen Ostmarken ist die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums gegenüber der drohenden Polonisierung. Die preußische Regierung und das deutsche Volk haben diese drohende Aussicht lange Zeit unterschätzt, wiewohl es schon früher an warnenden Stimmen nicht gefehlt hat. Man vertraute auf die geistig-sittliche, staatliche und wirtschaftliche Ueberlegenheit des Deutschtums über die Slawen, von der man einen dauernden Fortschritt der seit dem Mittelalter bis ins neunzehnte Jahrhundert erfolgreichen Verdeutschung unsrer östlichen Provinzen mit Sicherheit erwartete. Der allgemeinen Germanisierung Sachsens, Brandenburgs, Pommerns und Niederschlesiens waren allerdings im Gebiete des ehemaligen Königreichs Polen auch schon Slawisierungen deutscher Einwanderer gegenübergetreten. Piastische Fürsten, die zur Hebung von Bildung, Gesittung, Gewerbe und Handel aus dem westlichen Nachbarlande Einwanderer herbeizogen, nahmen zwar keinen Anstand, den neuen Bürgern an Warthe und Weichsel deutsches Recht zu bewilligen, und auch späterhin erwies sich oft die Adelsrepublik, trotz einiger fanatischer Bluttaten, in nationaler wie in kirchlicher Hinsicht weitherziger und duldsamer, als die in Stammes- und Religionskämpfen verbitterte Gegenwart. Indessen hat sich bereits damals die natürliche Anziehungs- und Verschmelzungskraft des umgebenden Volkstums auf den einzelnen Ankömmling im Laufe der Zeit geltend gemacht, und wenn er selbst im Kraftbewußtsein der aus der Heimat mitgebrachten Nationalität allen Einwirkungen der fremden Elemente widerstand: an seinen Kindern und Enkeln erzielten jene Mächte um so sichrere Erfolge, als sie da nicht mehr durch die lebendige Erinnerung an das alte Vaterland verdrängt wurden und der bestrickende Zauber der Heimat den Sprößling des Eingewanderten mit der neuen Wohnstätte verband. Entscheidendes Gegengewicht gegen solche Einflüsse bietet nur ein wahrhaft sicheres und klares Nationalitätsgefühl, wie es echte Deutsche heute gottlob besitzen, oder ein so starker Gegensatz der Rasse und der Kulturstufe, daß der Uebergang ins andere Volkstum abstoßend erscheint.

Mit der Tatsache einer vielfach nachgewiesenen Polonisierung stehen wir beim Kernpunkt der heutigen Polenfrage in den preußischen Ostmarken. Das stärkere Anwachsen der polnischen Bevölkerung als der deutschen widerlegt zunächst das von polnischen Volksvertretern und Schriftstellern vielverbreitete Gerede von der eingebildeten Ausrottung des Polentums durch die Deutschen. Es beweist, daß das Polentum unter preußisch-deutscher Herrschaft an den Bedingungen seiner menschlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlfahrt keinen Schaden genommen hat, daß es sich vielmehr in allen jenen Richtungen gedeihlich und kräftig entwickelt. Daß die Polen in Preußen auch an den höheren, geistigen und sittlichen Interessen nicht zu kurz kommen, wird durch hundertfache Tatsachen klar erwiesen. Die polnischen Klagen über Benachteiligungen und Bedrückungen, die Polen von deutscher Seite angethan würden, werden wir weiterhin untersuchen. Es wird sich zeigen, daß alle ihre Beschwerden auf einer falschen Grundlage beruhen: dem irrtümlichen Anspruch auf eine nationalpolitische Sonderstellung im Gegensatze zum preußischen Staatsbürgertum. Kein preußischer Unterthan polnischer Zunge, der sich als preußischer Staatsbürger bekennt und benimmt, der er doch nun einmal rechtmäßig ist, hat an irgend welcher Rechtsverkürzung zu leiden, er besitzt und genießt die vollen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte eines Preußen und Deutschen, die ihn jedem Mitglied eines großen Kultur- und Rechtsstaates ebenbürtig machen. Nur einem politischnationalen Polentum, das sich in Gegensatz zu Preußen und dem Deutschen Reiche stellt, kann der preußische Staat keine Befriedigung bieten — aus dem einfachen Grunde, weil ein solcher Gegensatz innerhalb des Staates, den er bekämpft, keine Berechtigung haben kann. Sobald sich die preußischen Polen diese einfache Wahrheit einprägen wollen, hört aller Streit auf: sie brauchen nur dasselbe zu thun, was unsre deutschen Stammesgenossen in den russischen Ostseeprovinzen und in Siebenbürgen thun, und wahrlich nicht unter geringerer Entsagung als unsre polnischen Staats- und Reichsgenossen in Posen! In einem modernen Nationalstaate wie Preußen in Verbindung mit dem Deutschen Reiche ist für eine politische Autonomie eines anderen Volkstums kein Raum.

In ganz umgekehrter Richtung klagen viele unserer deutschen Landsleute — und leider nicht mit Unrecht — über die fortschreitende eigenwillige Absonderung ihrer polnischen Mitbürger von der für Staats- und Landesgenossen gebotenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gemeinschaft, sowie über die seit den sechziger Jahren immer mehr zunehmende Verdrängung Deutscher durch Polen innerhalb des preußischen Staatsgebietes. In dieser Umkehrung eines von Alters her gewohnten und natürlich erscheinenden Verhältnisses glaubt man eine schwere Gefährdung nicht allein unseres Volkstums, sondern auch unseres staatlichen Bestandes erkennen zu müssen. Wie sich von selbst versteht, können wir eine Vermehrung der polnischen Bevölkerung nur insoweit hintanhalten, als sie durch Einwanderung vom Ausland her

erfolgt: die natürliche Zunahme durch die größere Fruchtbarkeit des slawischen Elements ist nur ein Zeugnis der günstigen Entwicklung des Volksstammes im preußischen Kulturstaate. Ein Gegengewicht gegen die raschere Vermehrung des Polentums kann nur eine stärkere deutsche Einwanderung bieten. Eine Gefahr für das deutsche Volkstum und den preußischen Staat ist vorhanden, wenn Volk und Staat nicht ihre Pflicht thun und ihre Kräfte weniger rührig und energisch brauchen, als die Polen es schon seit einem halben Jahrhundert thun. Der numerische Zuwachs ist noch nicht gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Uebergewicht, das von den Polen zwar mit allem Kraftaufgebot erstrebt wird, von den Deutschen aber unter allen Umständen behauptet werden muß. Ein großes Kulturvolk von fünfzig Millionen, in einem den ersten Weltmächten ebenbürtigen Staats- und Reichswesen organisiert, muß auch ein Stück fremden Elements in seinem Körper vertragen und verdauen können. Mögen so manche Erfolge der unermüdlich thätigen polnischen Propaganda, die an allen möglichen Punkten einsetzt, alle erdenkbaren Mittel anwendet, berechtigterweise in deutschen Kreisen Beunruhigung, Mißstimmung, Aufregung, Sorge verursachen und verbreiten: der wetterfeste preußische Staat und ein selbstbewußtes deutsches Volkstum werden auf der Wacht an Warthe und Weichsel ihre Pflicht thun und die preußischen Ostmarken dem Reich und der Nation zu erhalten wissen.

Das Grenzland.

Vom äußersten nördlichen Rande Ostpreußens bei Nimmersatt jenseits der Hafenstadt Memel, am Ausgang des Kurischen Haffes in die Ostsee, südostwärts durch litauisches Sprachgebiet etwa zwanzig Meilen lang bis über den Memelstrom, dann fast ebensoweit in vorwiegend südlicher Richtung, hierauf westsüdwestwärts an vierzig Meilen bis zur Weichsel, jenseits derselben eine nahezu halb so lange Strecke in südwestlicher Richtung bis zur Mündung der Prosna in die Warthe, an diesem Punkte die Spitze im Abstand von nur vierzig Meilen gegen die Hauptstadt des preußischen Staates und des Deutschen Reiches gerichtet, von dort noch einige dreißig Meilen südsüdostwärts bis Myslowitz sich fortsetzend, scheidet die preußisch-russische Grenzlinie im weitgedehnten Flachland der norddeutsch-sarmatischen Tiefebene deutsches von slawischem Herrschaftsgebiete. Bei Granica — sprich „Granitza", d. h. Grenze — jenseits des oberschlesisch-polnischen Grenzflusses Przemsza („Pschemscha" tritt südwärts an die Stelle des russischen Nachbars der österreichische. Der Landbezirk des ehemaligen Freistaates Krakau und die früheren galizischen Herzogtümer Auschwitz und Zator, dann von Dzieditz an gegen Westen die österreichisch-schlesischen Herzogtümer Teschen, rechts, und Troppau, links der Oder, anschließend daran das Fürstentum Jägerndorf, weiterhin ein kurzer Streifen von

1*

Nord-Mähren, ein über Riesen- und Isergebirge fortlaufender längerer des nordöstlichen Böhmens bis Friedland nördlich von Reichenberg begrenzen das preußische Schlesien mit der tief in das Nachbarreich eingreifenden Grafschaft Glatz auf einer stellenweise sehr zackigen Linie, deren Gesamtlänge an sechzig Meilen beträgt. Von dem nordwestlichen Endpunkte dieser Linie ab nach Westen übernimmt an Preußens Stelle das Königreich Sachsen die deutsche Grenzwacht gegen Böhmen. Die Lande dagegen, die in nordöstlicher Richtung über Görlitz, Sagan, Grünberg, Meseritz, Schneidemühl, Konitz hin bis zur Danziger Bucht und ostwärts bis zur russischen Grenze sich ausbreiten, sind die preußischen Ostmarken: die Provinzen Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen.

Eine natürliche Grenze ist dem deutschen Osten versagt: Ab- und Zuwanderung, wirtschaftlicher Wettbewerb der sich auf weiten Flächen berührenden Völker, Krieg und Eroberung wie internationale Verträge haben die gegenseitige Abgrenzung bestimmt und entschieden.

Die vier preußischen Ostprovinzen nehmen zusammen eine Bodenfläche von 2436 Quadratmeilen ein und zählen gegenwärtig gegen zehn Millionen Einwohner. An Ausdehnung und Volkszahl kommen sie dem russischen Grenzland, dem Königreich Polen, ziemlich gleich. Nach der neuesten Zählung vom 2. Dezember 1895 hatte Schlesien, auf einer Bodenfläche von 731 Quadratmeilen, im Regierungsbezirk Breslau 1'637,885, im Reg.-Bez. Liegnitz 1'067,243, im Reg.-Bez. Oppeln 1'710,131, zusammen 4'415,309 Einwohner; die Provinz Posen, auf 526 Quadratmeilen, im Reg.Bez. Posen 1,173,211, im Reg.-Bez. Bromberg 655,447, zusammen 1'828,658 Einwohner; Westpreußen, auf 467 Quadratmeilen, im Reg.-Bez. Danzig 618,090, im Reg.-Bez. Marienwerder 876,270, zusammen 1'494,360 Einwohner; Ostpreußen, auf 711 Quadratmeilen, im Reg.-Bez. Königsberg 1'204,340, im Reg.-Bez. Gumbinnen 802,340, zusammen 2'006,689 Einwohner.

Bodengestalt und Anbau der vier Provinzen weisen „vom Fels zum Meer" manche Verschiedenheit auf. An der Südwestgrenze, in dem zu zwei Dritteln ganz deutschen, wohlbebauten und gewerbereichen Schlesien erhebt sich das Hügelland zum Iser-, Riesen- und Glätzer Gebirge; das Land an der Oder ist eben, zur Linken des Stromes mehr fruchtbares Ackerland als zur Rechten, wo in dem noch überwiegend slawischen Oberschlesien gegen die Ostgrenze um so reichere Erz- und Kohlenschätze Bergbau und Hüttenindustrie zu hoher Blüte brachten. In den weiten Flächen der Provinz Posen, wo die Landwirtschaft überall den hauptsächlichen Erwerbszweig bildet, mußte der Boden vielfach in Mooren und Brüchen erst entsumpft werden, bevor er in Latifundien und Kleinbesitz den heutigen Kulturstand erlangte. Von den Städten bewahrten Posen und Gnesen, wie zahlreiche Landstädtchen, viel vom altpolnischen Charakter, während Bromberg, Schneidemühl und andere als deutsche

Gemeinwesen emporwuchsen und der Netzedistrikt schon seit Friedrichs des Großen kolonisatorischer Thätigkeit deutsches Gepräge annahm. In Westpreußen ist namentlich die Weichsel-Niederung durch großartige Stromregulierungen, Kanal- und Schutzbauten zu einem landwirtschaftlich reichgesegneten Fruchtlande herangediehen. Der Brückenbau von Dirschau ist für die moderne Architektur ein nicht minder ehrenvolles Denkmal, wie die mächtige Marienburg für die des Mittelalters, und das alte Handelsemporium Danzig wahrt Namen und Rang eines nordischen Nürnberg. Ebenso haften an Elbing, der aufstrebenden Hafenstadt, und an der teuren Grenzwarte Thorn bedeutsame vaterländische Erinnerungen. In Ostpreußen endlich, unsrer äußersten Grenzmark, wo besonders die litauischen und masurischen Bezirke noch mancher Kultivierungsarbeit harren, ragt hochaufgerichtet das vom Deutschen Orden gegründete, unter den brandenburgischen Herzogen zur Haupt- und Krönungsstadt aufgeblühte Königsberg, die Stadt Kants, wie Breslau im Süden, so im hohen Norden unserer Grenzmarken eine Hochburg deutschen Geistes, ein festes Wahrzeichen der Machtstellung und Aufgabe des deutschen, bis an die Memel reichenden Nationalstaats.

Wirft man einen Blick zurück auf die Grenzlinie von Memel bis Myslowitz, so erkennt man sofort die geographisch-statistische und militärisch-politische Unmöglichkeit einer Grenzverschiebung nach Westen, die uns den Weg von Breslau nach Königsberg verlegen würde. Der Keil, den das russisch-polnische Gebiet zwischen unsere altpreußischen Provinzen und Schlesien in den Länderbestand des deutschen Führerstaates hineintreibt, ist bedenklich genug. Nur das auf gegenseitige Achtung und gemeinsames Interesse begründete friedfertige Verhältnis, in welchem Preußen und das Deutsche Reich zur slawischen Großmacht stehen, benimmt jener ungünstigen Konfiguration den bedrohlichen Charakter. Eine polnische Revindikation Posener oder westpreußischen Bodens, wie sie sich zuweilen in papierenen Velleitaten kundgibt, würde im Ernstfall, so lang ein Hohenzoller auf dem preußischen Throne sitzt, abgewiesen werden. Das Grenzgebiet der preußisch-deutschen Ostmarken verträgt keinerlei Abminderung.

Die Bevölkerung.

Die Einwohnerschaft der Grenzmarken bedarf in doppelter Hinsicht einer eingehenden Betrachtung: einmal wegen ihrer national gemischten Zusammensetzung, andrerseits wegen der eigenartigen Erscheinungen, die sie in ihrer Bewegung durch Zu- und Abnahme, Ein- und Auswanderung darbietet.

Innerhalb der Staatsgrenze läßt sich die Abgrenzung des deutschen gegen das polnische Volks- oder Sprachgebiet — das litauische

beschränkt sich auf den äußersten Norden Ostpreußens — nicht so leicht bestimmen, da sie bei weitem ungleichmäßiger verläuft, oft überhaupt nicht erkennbar ist und so zahlreiche Enclaven einschließt und ausscheidet, daß an manchen Stellen kaum von einer wirklichen Sprachgrenze gesprochen werden kann. Unter dieser Einschränkung läßt sich die Grenze im ganzen und großen von Süden nach Norden etwa an folgenden Städten vorüberziehen: Ratibor, Oberglogau, Oppeln bleiben östlich, Brieg und Namslau westlich, dann geht es in nördlicher Richtung gegen Adelnau, weiter nordwestlich, ganz nahe an Rawitsch, Lissa und Fraustadt vorüber, die auf der deutschen Seite bleiben, ebenso weiter nordwärts in etwas größerer östlicher Entfernung von Züllichau und Meseritz bis Birnbaum, von wo die Grenze aufwärts an der Warthe weiterläuft; hierauf geht sie an die Netze über, nimmt jenseits der Küddow in nordöstlicher Richtung bis Tuchel sehr unregelmäßige Gestalt an und treibt jenseits Konitz einen Winkel gegen die pommersche Grenze ein, um dann nordostwärts, Bütow und Lauenburg im Westen lassend, in der Kaschubei die Ostseeküste zu erreichen. Aufs neue beginnt südwärts deutsches Sprachgebiet bei Zoppot und Oliva; auch südwestlich und südlich von Danzig dehnt sich ein paar Meilen deutsches Sprachgebiet aus. Von Dirschau an der Weichsel aufwärts bis Kulm zieht sich eine deutsche Landzunge hin, an die sich Bromberg mit seiner nächsten Umgebung anschließt. Von Kulm und Graudenz geht die unregelmäßige Grenzlinie über Deutsch-Eylau und Osterode, nordwärts von Allenstein gegen Rastenburg, springt weiter östlich nach Lötzen vor und erreicht endlich südwärts von Goldap, bis wohin litauisches Element seine südlichsten Vorposten entsendet, die östliche Staatsgrenze gegen Russisch-Polen. Auf der unsrer Schrift beigegebenen Karte kann man die Grenze genauer verfolgen.

Im Jahre 1869 hat der Statistiker Richard Böckh in seinem Werke: „Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet" das polnischsprachige Territorium innerhalb der preußischen Ostmarken ohne die Kaschubei auf 788 Quadratmeilen mit 2'285,000 Einwohnern berechnet. Diesseits der deutsch-polnischen Sprachgrenze sollten etwa 2400 überwiegend polnische Ortschaften mit 470,000 Polen, jenseits der Sprachgrenze 1420 überwiegend deutsche Ortschaften mit 483,000 Deutschen liegen. Die neueste amtliche Zählung der Bevölkerung nach ihrer sprachlichen Verschiedenheit in den vier östlichen Provinzen lassen wir hier folgen:

Von der am 1. Dezember 1890 als ortsanwesend ermittelten Bevölkerung sprechen als **Muttersprache**

	deutsch	deutsch und eine zweite Sprache	litauisch	polnisch	masurisch	kaschubisch
im Reg.-Bez. **Königsberg**	946,841	13,742	32,873	143,953	33,635	21
" **Gumbinnen**	549,610	15,727	82,041	72,056	66,491	10
Provinz **Ostpreußen**	1'496,451	29,469	114,914	216,009	100,126	31
Reg.-Bez. **Danzig**	421,125	7,184	98	109,593	78	50,787
" **Marienwerder**	508,855	11,934	65	321,340	140	2,011
Provinz **Westpreußen**	929,980	19,137	163	430,933	218	52,798
Reg.-Bez. **Posen**	382,416	6,553	30	736,134	44	536
" **Bromberg**	309,756	3,632	38	311,275	35	100
Provinz **Posen**	692,172	10,185	68	1'047,409	79	636
Reg.-Bez. **Oppeln**	566,523	33,810	50	918,728	4	3
" **Breslau**	1'529,490	10,278	46	49,249	12	6
" **Liegnitz**	1'009,830	3,957	21	5,577	4	3
Provinz **Schlesien**	3'105,843	48,045	117	973,554	20	12

	wendisch	mährisch	tschechisch	russisch	andere fremde Sprachen (wallonisch, holländisch, friesisch, dänisch, schwedisch, engl., französisch, italienisch, span., portugiesisch)
im Reg.-Bez. **Königsberg**	15	37	31	157	830
" **Gumbinnen**	9	9	11	454	96
Provinz **Ostpreußen**	24	46	42	625	926
Reg.-Bezirk **Danzig**	6	21	10	49	225
" **Marienwerder**	5	12	29	13	82
Provinz **Westpreußen**	11	33	39	62	307
Reg.-Bezirk **Posen**	448	23	151	10	246
" **Bromberg**	4	10	15	11	175
Provinz **Posen**	452	33	166	21	421
Reg.-Bezirk **Oppeln**	10	35,332	2,896	20	355
" **Breslau**	40	461	8,916	97	727
" **Liegnitz**	26,249	115	1,077	18	554
Provinz **Schlesien**	26,299	55,908	12,889	135	1,636

Das Verhältnis der slawischen zur deutschen Bevölkerung ergibt sich aus dem Vergleiche mit den oben angegebenen Ziffern der gesamten wie der deutschsprachigen Bevölkerung; auch werden wir nochmals auf dasselbe bei seiner Veränderung zurückkommen. Man erkennt, in welchem Maße in Oberschlesien und im Regierungsbezirk Posen die

slawische Nationalität überwiegt, wie sich im Regierungsbezirk Bromberg beide Elemente ungefähr das Gleichgewicht halten, wie beträchtlich in Marienwerder die polnische Minorität ist, während in den übrigen Regierungsbezirken das Deutschtum weitaus die Oberhand hat. In den einzelnen Unterbezirken, den Kreisen, ist natürlich das Verhältnis sehr verschieden: in 61 derselben hat die polnische Bevölkerung die Mehrheit. Im Südposener Kreise Adelnau (Odolanow) kommen auf 1000 Einwohner nicht weniger als 929 polnisch redende — großenteils erfreulicherweise gut preußische Protestanten. In der Provinz Posen ist neuerdings sogar die Zahl derjenigen Städte, in denen die Einwohner polnischer oder polonisierter Nationalität die Mehrheit bilden, etwas größer als die Zahl der überwiegend deutschsprachigen: 77 zu 75; 39 Posener Städte sind zu mehr als 4/5 polnisch.

Wie sehr viel stärker die polnische Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat, als die deutsche, ergibt sich, wenn man mit den Zahlen von 1890 die folgenden aus dem Jahre 1861 vergleicht; man zählte damals:

im Reg.-Bez. Posen	389,914	Deutsche	gegen	560,715	Nichtdeutsche
„ Bromberg	276,189	„	„	240,806	„
zusammen in der Prov. Posen	666,083	„	„	801,521	„
im Reg.-Bez. Königsberg	776,230	„	„	195,797	„
„ Gumbinnen	439,099	„	„	252,654	„
„ Danzig	349,467	„	„	114,637	„
„ Marienwerder	441,382	„	„	264,766	„
in der (damal.) Prov. Preußen	2,006,178	„	„	827,854	„
im Reg.-Bez. Oppeln	409,218	„	„	717,052	„
in der ganzen Prov. Schlesien	2,539,094	„	„	810,401	„

Die polnische Bevölkerung hat sich also in der Provinz Posen um 246,000, die deutsche nur um 26,000 Köpfe vermehrt! Auch in den übrigen Provinzen ist die numerische Verstärkung des nichtdeutschen Bevölkerungsanteils viel größer als die des deutschen. Besonders beachtenswert ist der Rückgang des deutschen gegen das polnische Element in der Stadt Posen. Eine Aufnahme im Jahre 1846 hatte 8900 nur deutsch, 6300 nur polnisch, 23,700 beide Sprachen redende Einwohner, die Zählung von 1861 zwei Drittel als der deutschen Nationalität angehörig ergeben — nach der neuesten Zählung ist die Mehrheit dem polnischen Volkstum zugerechnet!

Die Ursachen des weit stärkeren Wachstums der polnischen Bevölkerung sind: ihr größerer Geburtenüberschuß, die zahlreichere Einwanderung von Stammesgenossen, namentlich aber auch die noch immer beklagenswert häufige Polonisierung deutscher Landsleute.

Die größere Fruchtbarkeit der slawischen Rasse, welche neuerdings bei den Ergebnissen der letzten russischen Volkszählung in so helles Licht getreten ist, zeigt sich auch bei den Polen in reichem Maße. In den letzten Jahrzehnten betrug der Geburtenüberschuß in Posen und Westpreußen nach statistischen Ermittelungen bei den Polen um

11,88 Prozent mehr als bei den Deutschen. Die sanitären Einrichtungen des preußischen Staates sind auch nur geeignet, die Sterblichkeitsziffer im Vergleich zu früheren niedrigeren Kulturstufen zu ermäßigen und die Zahl der Opfer von Epidemien zu verringern.

Eine starke Zunahme der polnischen Bevölkerung durch Einwanderung fand schon nach dem Aufstand in Russisch-Polen in den ersten dreißiger Jahren statt, als die preußische Regierung den polnischen Flüchtlingen gastliche Aufnahme gewährte. Die Zahl der damals Eingewanderten wird auf 29,000 angegeben. In neuester Zeit hat namentlich das Zuströmen landwirtschaftlicher Arbeiter aus dem mittleren und oberen Weichsellande das polnische Volkstum verstärkt. Mit dem Niedergang der Landwirtschaft seit den siebziger Jahren trat eine starke Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeiter nach dem Westen ein, wo sie in verschiedenen Industriezweigen, an der Börde in den Zuckerfabriken, in Westfalen im Berg- und Hüttenwesen lohnendere Beschäftigung fanden. Um die „Sachsengänger" zu ersetzen, mußten auf den großen Gütern in den Ostprovinzen — wo übrigens auch zum Teil Zuckerfabriken bestehen, die billige Arbeitskräfte brauchen, — die aus Kongreßpolen und Galizien hereindringenden Landsleute um so willkommener erscheinen, als sie bei ihren geringen Bedürfnissen nur mäßige Ansprüche stellten. Durch diesen Wettbewerb wurden die inländischen Arbeiter in Lohn und Lebenshaltung heruntergebracht und zum Teil ganz verdrängt. Indessen mußte eine derartige Verstärkung der nationalpolnischen Bevölkerung angesichts der ohnehin fortschreitenden polnischen Propaganda neben den wirtschaftlichen auch soziale und politische Bedenken erregen. Seit 1885 wurden daher auf Weisung der Regierung solche Einwanderer nur auf Zeit, besonders zur Erntearbeit zugelassen, mußten aber bis zum November wieder über die russische Grenze zurückgekehrt sein. Dauernde Einwanderung sollte in den Ostmarken nur Personen gestattet werden, die der deutschen Sprache mächtig seien. In der Caprivi'schen Regierungsperiode wurde die Zulassung der Arbeiter aus Russisch-Polen leider aufs neue in der alten bedenklichen Weise betrieben. Seitdem die preußische und die Reichsregierung wieder in korrekt nationale Bahn eingelenkt, wird auch diesem Mißstand achtsamer begegnet und das Interesse des deutschen Volkstums mehr wahrgenommen, indessen läßt sich nicht leugnen, daß dem Verlangen der Rittergutsbesitzer nach billigen Arbeitskräften zum Schaden des Deutschtums noch immer große Opfer gebracht werden.

Die Auswanderung ist bekanntlich besonders häufig in solchen Provinzen, wo der Großgrundbesitz dem ländlichen Taglöhner den Erwerb eines eigenen Grundstücks erschwert. In Posen und Westpreußen war deshalb, trotz der schwachen Bevölkerung, die Zahl der Auswanderer, ehe das jetzige Ansiedelungsunternehmen ins Werk gesetzt und die Rentengütergesetze erlassen waren, sehr beträchtlich. Noch im Jahre 1891 wanderten aus Posen 18,278, aus Westpreußen 15,733 Personen über See aus. Geringer waren die Zahlen der Auswan-

derer aus Ostpreußen: 2,681 und aus Schlesien: 2,677. Bedauernswerter Weise waren bei der gesamten Abminderung der Bevölkerung durch die Auswanderung wieder die Deutschen stärker als die Polen beteiligt. Ein Berichterstatter der „Grenzboten" „aus der Ostmark", dem wir manche scharfe Beobachtung der auf das Deutschtum bezüglichen Verhältnisse zu verdanken haben, gibt das Verhältnis, in welchem der natürliche Zuwachs durch die Auswanderung Deutscher stärker als bei den Polen abgemindert wird, auf 40,52 gegen 22,57 Prozent im Regierungsbezirk Posen, 33,36 gegen 24,32 im Reg.-Bez. Bromberg an. Dazu kommt noch die starke Abwanderung der Juden nach dem Westen: von 1861 bis 1890 haben sich die Juden in Posen um 21,883 Köpfe vermindert. Auch diese Verminderung bedeutet eine sehr wesentliche Einbuße für das Deutschtum in der Ostmark, da sich die Juden in sprachlicher wie in politischer Beziehung meistens der deutschen Nationalität anschlossen.

Die Polonisierung deutscher Einwanderer hat schon seit dem Mittelalter dem polnischen Volkstum zahlreiche und tüchtige Kräfte zugeführt. Vom deutschen Adel haben seinerzeit so manche Herren von Stein und Hutten, von Wedel, Götzen, Puttkammer und Biberstein polnische Namen angenommen, was man freilich heute den Kaminski, Czapski, Blonski, Bialkowski u. s. w. nicht mehr ansieht, während man die Kalkzstyn und Wolfzlegier, die Szuman und Szreder, die Najman und Andersz einfach als die Söhne der guten Deutschen erkennt, die ihre Väter waren. Insbesondere an Mitgliedern des Bürgerstandes hat Deutschland den Polen Hunderttausende abgegeben und damit den Grundstock zu dem polnischen Mittelstande geliefert, der in unserm Jahrhundert so mächtig erstarkt ist, daß er das Deutschtum jetzt hart bedrängt und vielfach verdrängt. Daß sogar das Bauerntum, das meist noch den besten Anteil an der Germanisierung nimmt, der Polonisierung nicht überall zu widerstehen vermochte, zeigen die vielberufenen „Bamberger" in den Dörfern um Posen, die nach drei deutsch gebliebenen Generationen unter preußischer Herrschaft, aber auch unter katholischer kirchlicher Einwirkung, in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ihre Sprache und ihr Volkstum vollständig vertauscht haben und heute im festen Bunde mit der polnischen Propaganda das Deutschtum bekämpfen! Die Ursachen derartiger Erscheinungen zu erkennen, ist die notwendige Vorbedingung einer möglichen Besserung. Bevor wir sie untersuchen, ist wenigstens ein kurzer Rückblick auf die allgemeine geschichtliche Entwicklung unserer Grenzmarken zu werfen.

Geschichtlicher Rückblick.

Als über die heutigen preußischen Ostmarken zuerst geschichtliches Licht aufdämmerte, waren die Lande wenigstens teilweise von germanischen Stämmen bewohnt. In den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung saßen nach überlieferten Zeugnissen in Schlesien Silinger, Lygier und Quaden. In der Völkerwanderung verdrängten slawische Stämme die Deutschen nach Westen und nahmen die weiten Ebenen bis zur Oder ein: an der Weichsel die Masovier oder Masuren, an der Warthe, Netze und Prosna der lechitische Hauptstamm der Polanen, der späteren eigentlichen Großpolen, deren Name von pole, „Feld“, abgeleitet wird und allmählich auf das Gesamtvolk überging. Diesseits der Oder blieben die Deutschen am Gebirge in ihren Wohnsitzen.

Vom Mittelalter bis zum siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert standen unsere Ostmarken in der Hauptmasse unter slawischer Herrschaft. Indessen wurde der größte Teil Schlesiens schon frühzeitig, besonders im dreizehnten Jahrhundert nach den Verwüstungen der Tataren, durch Deutsche besiedelt, und auch in den angrenzenden polnischen Landen breiteten sich aus Sachsen, Thüringen und Franken vordringende oder herbeigerufene Ackerbauer, Gewerbs- und Kaufleute, sowie zahlreiche seit den Kreuzzügen aus dem Westen vertriebene Juden in Städten und Dörfern immer mehr aus. Der Pole nahm damals an Industrie und Handel noch keinen Anteil.

Bis zum zehnten Jahrhundert hatte Schlesien zum mährischen, dann zum böhmischen Gebiete gehört, nachdem aber in Polen durch die Piasten ein kräftiges Herrschergeschlecht aufkam, erhielt auch Schlesien in Sprossen dieses Hauses besondere Herzoge für zahlreiche Teilfürstentümer, die sich im zwölften Jahrhundert von Polen unabhängig machten, im dreizehnten jedoch die böhmische Lehenshoheit anerkannten. Noch als in Polen mit Kasimir dem „Großen“ und Jadwiga der Piastenstamm im Königshaus erloschen war, ja selbst nach dem letzten Piastenherzog in Masovien, blühten die schlesischen Piasten, durch Familienverbindungen mit deutschen Fürstenhäusern großenteils germanisiert, weiter fort, bis sie endlich mit dem Herzog Georg Wilhelm von Liegnitz 1675 ausstarben. Die Hauptstadt Schlesiens, Breslau, (polnisch Wroclaw „Wrotzlav“ oder Wraclaw, lateinisch Vratislavia) schon um das Jahr 1000 nicht unbedeutend, war bald einer der größeren Herzogssitze. Auch das Bistum Breslau war schon um den genannten Zeitpunkt gegründet. Unter der böhmischen Oberherrschaft errang die Stadt eine fast reichsstädtische Selbständigkeit. Kämpfe zwischen Rat und Bürgerschaft, von den Kaisern blutig bestraft, Verwüstungen durch die Hussiten, opferreiche Kriegszüge, auch unter ungarischer Herrschaft, und schroffe kirchliche Gegensätze brachten über Stadt und Land immer neue Drangsale. Während die schlesischen Herzoge die Reformation begünstigten, trat mit dem Uebergang Schlesiens unter die Herrschaft des österreichischen

Kaiserhauses im Jahre 1527 ein Zeitalter des Druckes in religiöser Beziehung, aber auch der Steuerlast und anderer Mißstände ein, wodurch im achtzehnten Jahrhundert der Sieg und die Herrschaft Preußens unter Friedrich dem Großen nicht wenig erleichtert und gefördert wurde.

Die heutige Provinz Posen bildete im Mittelalter den Kern „Großpolens". Herzog Mieczyslaw (sprich „Mjetschyslav") aus dem Geschlechte der Piasten, der im zehnten Jahrhundert das Bistum Posen gründete, hatte sein Land noch vom römischen Kaiser deutscher Nation zu Lehen genommen. Sein Sohn Boleslaw, mit dem Beinamen „Chrobry" — „der Tapfere", — unter welchem das Erzbistum Gnesen gestiftet wurde, ließ sich vom Papste die selbständige Königskrone verleihen und erweiterte sein Reich nach Norden, Osten und Süden. Nach Boleslaws Tode trennten sich die meisten Landesteile wieder ab. Erst im vierzehnten Jahrhundert, unter Wladyslaw dem Kurzen („Lokietek": „Ellenhoch") und seinem Sohn Kasimir wurde Großpolen wieder mit „Kleinpolen", dem Krakauer Lande, verbunden und in staatlicher Ordnung gefestigt. Unter diesen beiden letzten piastischen Königen begann aber auch schon der Keim zu jenem später so verhängnisvollen, immer mehr maßgebenden Anteil des Adels, der „szlachta" („Schlachta"), an der Gesetzgebung und Regierung sich zu entwickeln, der ein lebenskräftiges Königtum in Polen untergrub.

Der kurzen Vereinigung Polens mit Ungarn unter Kasimirs Schwestersohn Ludwig folgte im Jahre 1386 die fast zwei Jahrhunderte dauernde mit Litauen, als Ludwigs Tochter Jadwiga dem bis dahin heidnischen Großfürsten jenes östlichen Nachbarlandes Jagiello vermählt wurde, der bei der christlichen Taufe den Namen Wladyslaw (der Zweite) annahm. Unter den Jagellonen-Königen stieg Polen zur osteuropäischen Großmacht empor, und an diesem Aufschwung nahm auch „Großpolen" Anteil. Indessen war Posen schon seit 1296 nicht mehr Residenzstadt der Könige; dem Städtebund der Hansa trat es bei. Die Krönung der polnischen Könige wurde im Jahre 1320 zum ersten Mal nicht mehr in Gnesen, sondern in Krakau vollzogen, das in der Jagellonenzeit die Hauptstadt blieb, bis König Siegmund der Dritte die Residenz 1609 nach Warschau verlegte. Seit diesem von den jagellonischen Traditionen weit abweichenden Fürsten ging die königliche Adelsrepublik unaufhaltsam dem Verfall entgegen, wozu die jesuitische Reaktion gegen die Reformation mit der Verfolgung der Dissidenten nicht wenig beitrug. Adel und Bürgertum wurden auch in Posen von diesem Niedergang schwer betroffen. Erst der schließliche Uebergang an Preußen brachte die Besserung.

Die heutigen Provinzen West- und Ostpreußen — bis 1878 waren sie zu einer Provinz Preußen vereinigt — boten im Mittelalter den Schauplatz jahrhundertelanger erbitterter internationaler Kämpfe. Deutschen und polnischen Christianisierungsversuchen leisteten die heidnischen alten Preußen, die Borussen (Borussi, Prussi), trotzigen,

zähen, gegen wiederholte starke Kriegsaufgebote erfolgreichen Widerstand. Bischof Christian, der Pommer, die Herzoge von Masovien, die Schwertritter von Dobrin (Dobrzyn) mühten sich vergebens ab, die nur dem Könige Boleslaw einmal gelungene Unterwerfung des wildkräftigen Volksstammes zu erneuern und aufrecht zu halten. Erst ein fünfzigjähriger Kreuzzug der im dreizehnten Jahrhundert zu Hilfe gerufenen Ritter des Deutschen Ordens, deren Thatkraft und Kriegskunst im Orient durch reiche Erfahrung gereift war, brachte den ersehnten Erfolg. Nach blutigen Kämpfen und planmäßigem, energischem und ausdauerndem Vorgehen mit der Gründung von Burgen und Niederlassungen wie Thorn, Elbing, Marienburg, von deutscher Ritter- und Bürgerschaft nachhaltig unterstützt, gelang es den Trägern der weißen Mäntel mit dem Kreuze allmählich festen Fuß im Lande zu fassen und ihre kolonisatorische Arbeit und theuer errungene Herrschaft mit dem dauernden Gewinn des Ordenslandes bis Königsberg und Memel für christliche und deutsche Kultur zu krönen. Leider sollten ihnen aber noch fernere schwere Prüfungen nicht erspart bleiben. Großenteils durch die eigene Schuld der Ritter, die sich mit dem Bürgertum nicht zu verständigen wußten, kam es zum Abfall der westpreußischen Städte. Auch das Land links der Weichsel, das zum Teil germanisierte Pommerellen, ging wieder an die Polen verloren, der westpreußische Adel wurde durch polnische Einwanderer stark zersetzt und ein paar hundert Geschlechter ließen sich polonisieren. Die Lehenshoheit des durch den Bund mit Litauen verstärkten polnischen Königtums anzuerkennen, war eine harte Anforderung für die lange Zeit an selbständiges Gebieten gewöhnten Ordensmeister: in der blutigen Schlacht bei Tannenberg 1410 bewältigt, mußten sie der Uebermacht huldigen. Auf die Dauer gewann aber doch wieder deutsche Kraft die Oberhand. Nachdem infolge der Reformation das Ordensland in ein weltliches brandenburgisches Herzogtum umgewandelt war, das noch unter polnischer Oberhoheit stand, brachte das Jahr 1657 die volle Unabhängigkeit des preußischen Herzogtums von der polnischen Krone. Die westpreußischen Gebietsteile des einst von der Warthe bis an den Dniepr reichenden Königreichs sind bei den Teilungen seit 1772 unter preußische Herrschaft gelangt, mit den letzten Danzig, das erst 1814 aus französischen Händen endgiltig zu Preußen und Deutschland zurückkehrte.

Die preußische Regierung.

Die nördlichste unserer Ostmarken steht nun seit mehr als zweihundert Jahren, frei von polnischer Oberhoheit, die südlichste seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts unter preußischer Regierung. In Ostpreußen wie in Schlesien war die Bevölkerung schon vor dem Hohenzoller'schen Regiment größtenteils deutsch, und die neue preußische

Staatsverwaltung konnte im allgemeinen nach denselben Grundsätzen und gesetzlichen Ordnungen geführt werden, wie in den übrigen, reindeutschen Provinzen des Staates. Die volklich und sprachlich fremden Elemente der Litauer und der Masuren, die dem evangelischen Bekenntnis angehören, erhoben keinerlei nationalpolitische Ansprüche und setzten der unter Schonung ihrer Eigenart, soweit sie nicht dem Staatswesen feindlich hervortritt, maßvoll und ruhig fortschreitenden Germanisierung in gutpreußischem Geiste keinen Widerstand entgegen. Ebenso waren die slawischen Oberschlesier, die sogenannten wasserpolnischen wie die mährisch-tschechischen an der österreichischen Grenze, trotz ihrer Anhänglichkeit an die katholische Kirche, national wie politisch der Verwandtschaft mit den Polen in ihrer weit überwiegenden Mehrheit sich kaum bewußt; vom Beginn der preußischen Herrschaft an gewissenhaft und sorgfältig in Bildung und Wohlfahrt gefördert, betrachteten und fühlten sie sich als preußische Unterthanen, vertrauten der Regierung und den der deutschen Sprache und dem deutschen Wesen zugewandten höheren Ständen und fanden bei der namentlich in den östlichen Bezirken fortschreitenden industriellen Entwicklung ihre wirtschschaftliche Befriedigung. Mittel- und Niederschlesien, seit einem halben Jahrtausend deutsch, ist unter der preußischen Regierung zu einer der blühendsten deutschen Provinzen geworden.

Auch Posen und Westpreußen waren, als sie durch die Teilungen Polens und die bis zum Sturze der Napoleonischen Herrschaft folgenden Staatsverträge in preußischen Besitz gelangten, nicht mehr rein slawische Gebiete; ihre Bevölkerung war längst nach Stamm und Sprache eine gemischte, in einzelnen Landbezirken und nicht wenigen Städten hatte das Deutschtum längst die Oberhand gewonnen. Mit allem Eifer und unter Aufwendung beträchtlicher Mittel nahm Friedrich der Große das Werk der weiteren Germanisierung in Angriff. Namentlich der Netze-Distrikt, dieses wichtige Bindeglied zwischen Altpreußen, Posen und Brandenburg, nahm seine volle Aufmerksamkeit und Fürsorge in Anspruch. Bromberg, dem vor mehr als vierhundert Jahren ein polnischer König deutsches Stadtrecht verliehen hatte, war seit den Kriegen und Wirren der polnischen Auflösung sehr zurückgegangen und mit kaum 500 Einwohnern an Preußen gekommen: in zwanzig Jahren der neuen Regierung hatte es das zehnte Tausend erreicht. Der König hatte die für Schiffahrt und Industrie so günstige Lage des Platzes erkannt: sofort wurde der Bau jenes Kanals begonnen und in zwei Jahren vollendet, der die Brahe und Weichsel mit der Netze und Warthe verbindet, und bald bewegten sich Hunderte von Frachtkähnen zwischen dem weizen- und holzreichen polnischen Binnenlande und den deutschen Hafenstädten an Oder und Elbe. Eine vielseitig reich entwickelte Gewerbsthätigkeit, durch Gesetzgebung und Verwaltung kräftig gefördert, hat auch hier ihre Früchte gezeitigt, und seit Eröffnung der preußischen Ostbahn ist die unter polnischer Herrschaft einst so verkümmerte Stadt zu einem blühenden Gemeinwesen von einem halben Hunderttausend Köpfen herangewachsen — ein Beispiel für viele!

Bei der zweiten Teilung Polens, 1793, hatte Preußen nicht allein die Woiwodschaften Posen und Gnesen — den Rest der heutigen Provinz Posen — sondern auch einen großen Teil des heutigen Russisch-Polen erhalten, und durch die dritte und letzte Teilung von 1795 war dieser altpolnische Landbesitz noch vergrößert worden. Für eine so weite territoriale Ausdehnung reichten unter den Nachfolgern des großen Königs die Kräfte der preußischen Verwaltung nicht aus, und so kamen denn durch preußische Beamte in „Südpreußen“ und „Neuschlesien“ unter dem gealterten Minister Grafen Hoym nicht wenige Mißbräuche, Güterverschleuderungen, Veruntreuungen vor. Wohlthätige Einrichtungen aus dieser Zeit haben auch die preußische Regierungsperiode von 1793—1807 überdauert. Nach dem Frieden von Tilsit wurde mit dem größten Teil der preußischen Erwerbungen sogar Posen an das kurzlebige Herzogtum Warschau abgetreten, doch gelangte es beim Wiener Frieden an Preußen zurück. Daß der deutsche Staat der Hohenzollern nicht mit dem Schwergewicht reinpolnischer Gebietsteile belastet blieb, war für seinen nationalen Beruf gewiß kein Unglück.

Die preußische Regierung hat — mit der bezeichneten entschuldbaren Ausnahme — in altpolnischen Landen nun mehr als ein Jahrhundert lang eine überaus erfolg- und segensreiche Thätigkeit entfaltet, die ihr die Anerkennung jedes einsichtigen Beurteilers gewinnen muß. Sie hat in Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung, in Kirche und Schule, in Landwirtschaft und Gewerbe, Handel und Verkehr in den Grenzmarken alle jene dem Volkswohle förderlichen Einrichtungen und Maßregeln ein- und durchgeführt, welche der preußischen Monarchie ihren hohen Rang in der Reihe der größten Kulturstaaten sichern. Dabei hat sie die besonderen Verhältnisse, die sich aus dem minder günstigen Zustande der vielfach zurückgebliebenen Landesteile ergaben, sorgfältig und wohlwollend berücksichtigt. Sind auf diese Weise leider auch geistig-sittliche und sozialpolitische Besonderheiten geschont und gepflegt worden, die dem damals noch wenig beachteten nationalen Interesse schädlich und verderblich werden mußten, so war doch der allgemeine wirtschaftliche Fortschritt unverkennbar. Jede Provinz erhielt ihre Ständevertretung, und die preußische Landesverfassung von 1850, wie die deutsche Reichsverfassung von 1871 verlieh allen Staatsangehörigen polnischer wie deutscher Zunge die gleichen konstitutionellen Rechte, von denen auch unsere Mitbürger slawischen Stammes bekanntermaßen vollen Gebrauch machen. In Posen wurde im Jahre 1819 das allgemeine Landrecht eingeführt, 1823 das Gesetz über die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, 1831 die revidierte Städteordnung. Minderwichtige gesetzliche Beschränkungen des Wahlrechts in der Kreisvertretung der Provinz Posen, die Ernennung der Landräthe und die Uebertragung der Polizeiverwaltung auf dem Lande an die Distriktskommissäre waren durch das Staatsinteresse unbedingt geboten. Die Schwankungen und Unsicherheiten, die sich in der Politik der Regierung anfänglich bei dem Nebeneinanderbestehen einer Statt-

halterschaft und eines Oberpräsidiums, später wiederholt unter Friedrich Wilhelm IV. und zuletzt während der Caprivi'schen Reichskanzlerschaft zeigten, sowie die folgenschwere Verkennung ihrer Aufgabe, die sich die Schulpolitik der Regierung lange Zeit zu Schulden kommen ließ, entsprangen einem Wohlwollen und Vertrauen, das sich freilich als unberechtigt und staatsgefährlich erwiesen hat, das aber auch wenigstens den Vorwurf bündig widerlegt, daß die Regierung ihren polnischen Unterthanen zu wenig landesväterlich, wohl gar unbillig und ungerecht begegne.

Wenn gleichwohl von polnischer Seite dieser Vorwurf erhoben wird, und zwar nicht blos in leichtfertigen Zeitungsblättern, sondern auch von Volksvertretern, die für ihre Aeußerungen an ernster Stelle moralische Verantwortung tragen, so kann derselbe nur darauf zurückgeführt werden, daß bei vielen preußischen Polen noch immer eine irrtümliche, verkehrte Rechtsauffassung über das thatsächliche Verhältnis besteht, in welchem sich die Provinz Posen, wie das übrige mit dem preußischen Staate vereinigte ehemals polnische Gebiet zu Preußen und dem Deutschen Reiche befindet. Man will aus den Wiener Verträgen von 1815 für die preußische Regierung eine Verpflichtung herausdeuten, dem Großherzogtum Posen eine polnisch-nationale Sonderstellung einzuräumen, gleich als ob die Provinz nur durch Personalunion mit der übrigen Monarchie verbunden wäre.

Wäre eine solche Rechtsauffassung begründet, so müßte doch die thatsächliche Unanwendbarkeit derselben für die Gegenwart einsichtigen Polen schon bei einem Blick auf unser östliches Nachbarland einleuchten. Hat die den Polen stammverwandte slawische Großmacht, die das polnische Kernland besitzt, trotz der vertragsmäßigen Gewährung und der geographisch-politisch weit günstigeren Grundlagen einer konstitutionellen Autonomie für das „Kongreßkönigreich" von 1815, nachdem die Probe damit thatsächlich gemacht worden, die Unmöglichkeit ihrer Dauer erkannt und sich genötigt gesehen, alle nationalpolnischen Institutionen aufzuheben und die „Weichsel-Gouvernements" den innerrussischen Verwaltungsbezirken gleichzustellen, so kann doch noch viel weniger ein nichtslawischer Staat einer von Deutschen und Slawen bewohnten Provinz, die ihm vertragsmäßig zugewiesen und großenteils bereits für die Nationalität des Gesamtstaates gewonnen ist, eine Sonderstellung bewilligen, die dem eigenen Volkstum wie dem Staatsinteresse nur schädlich sein könnte.

Aber nicht allein durch zwingende staatliche Existenzbedingungen, auch durch Rechtsbruch des Gegners, durch gewaltsame Umwälzungen, durch internationale Neugestaltungen, wie sie unser Jahrhundert auch für die politische Lage der Polen gebracht hat, finden völker- und staatsrechtliche Verträge ihre Abänderung und Begrenzung. Die Wiener Verträge sind für die preußischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität als Stützpunkt irgendwelcher politischen Ansprüche nicht mehr verwendbar. Schon ehe sie von den Großmächten in einigen Punkten nicht mehr aufrecht erhalten werden konnten, waren sie von

polnischer Seite längst als unverbindlich betrachtet und durch wiederholte Aufstände gebrochen worden. Wollte man aber selbst die revolutionäre Verwirkung von Rechtsansprüchen nicht zugeben, so könnte dennoch von solchen Rechtsansprüchen, wie sie die polnischen Autonomisten in Preußen erheben, auf Grund der Wiener Verträge keine Rede sein. Dies hat schon der preußische Geheime Oberregierungsrat G. A. Noah in seiner Schrift über die staatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen (Berlin, bei J. Guttentag, 1861) aktenmäßig überzeugend nachgewiesen.

Nach dem zweiten Artikel des Wiener Vertrags vom 3. Mai 1815 zwischen Preußen und Rußland soll der König von Preußen den schon von 1796—1807 von ihm besessenen, nun aufs neue an ihn abgetretenen Gebietsteil des Herzogtums Warschau „mit voller Souveränität und zu völligem Eigentum für sich und seine Nachkommen" besitzen. Ausdrücklich ist in dem Vertrage auf den früheren Besitzstand als den auch ferner maßgebenden Bezug genommen, so daß die Realunion von 1796 auch nach den Verträgen von 1815 zu Recht besteht. Im Besitzergreifungspatente des Königs Friedrich Wilhelm III. vom 15. Mai 1815 ist denn auch wörtlich gesagt: „Vermöge der mit den am Kongresse zu Wien teilnehmenden Mächten geschlossenen Uebereinkunft sind mehrere Unserer früheren polnischen Besitzungen zu Unsern Staaten zurückgekehrt". Den Einwohnern des Großherzogtums Posen ruft der König an demselben Tage zu: „Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, Ihr werdet an der Konstitution teilnehmen, welche Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten". Daß der König erklärt, die polnischen Landesteile als „Großherzogtum Posen" besitzen und den Titel „Großherzog von Posen" führen zu wollen, kann für die Herstellung einer Autonomie für Posen ebensowenig beweisen, wie sein Titel als Herzog von Pommern oder Großherzog von Niederrhein für eine Sonderstellung jener Landesteile. Eine besondere *politische* Einrichtung konnten die Wiener Verträge der in die preußische Monarchie einverleibten Provinz Posen nicht verleihen. Auch der von den Polen vielangerufene zweite Absatz des ersten Artikels der Wiener Schlußakte kann dafür nicht in Anspruch genommen werden. Es heißt dort: „Die polnischen Unterthanen Rußlands, Oesterreichs und Preußens werden eine Vertretung und nationale Einrichtungen erhalten, geregelt nach dem Maße politischen Lebens, welches jede der Regierungen, zu denen sie gehören, für nützlich und passend halten wird ihnen zu bewilligen." Die für das nationale Interesse zu treffenden Einrichtungen sind nach dem höheren Interesse des Staates zu bemessen. Daß der preußische Staat die deutsche Bevölkerung der Provinz Posen durch Einräumungen an die polnische Nationalität nicht beeinträchtigen und schädigen darf, ist doch nur die Folge seiner pflichtmäßigen Sorge für die politische Existenz des Staates überhaupt. Wenn die Wünsche polnischer Patrioten nach einer andern Richtung gehen, so muß doch

der Verständige einsehen, daß solchen Wünschen vom preußisch-deutschen Standpunkt aus nicht willfahrt werden kann. Die Zusage, daß die zu preußischen Staatsbürgern gewordenen Polen an den Verfassungsrechten sowohl für den Staat als für die Provinz ihren Anteil erhalten sollen, ist von der Regierung eingelöst worden.

Das Patent König Friedrich Wilhelms III. enthielt noch einige Worte, die zu trügerischen polnischen Auslegungen Anlaß gaben. Der König sagte seinen wiedergewonnenen Posener Unterthanen: „Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten." Diese Hindeutung ist anfänglich von manchen Polen und sogar von dem ersten Posener Oberpräsidenten Zerboni irrtümlich auf Posen statt auf Preußen bezogen worden. Die Richtigstellung ist indessen sofort erfolgt. Der Begriff des Vaterlandes bezieht sich für den preußischen Staatsangehörigen nicht auf eine einzelne Provinz, sondern auf den Staat, dem die Provinz angehört. Das Vaterland des Bewohners des Großherzogtums Posen ist das ganze preußische Land. Der Eingangssatz jenes Zurufes hatte ja bereits ausgesprochen, daß Posen an den preußischen Staat zurückgefallen, das frühere, von 1796 bis 1807 bestandene Verhältnis wieder hergestellt sei: in dieser Weise und in diesem Sinne haben die preußisch gewordenen Posener wieder ein Vaterland erhalten.

An dieser Auffassung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Polen in Preußen hat die preußische Regierung stets festgehalten. Den oppositionellen Bestrebungen der polnischen adeligen Stände in den zwanziger und dreißiger Jahren nach polnisch-autonomistischen Abänderungen wurde dieser klare Rechtsstand stets nachdrücklich entgegengesetzt. Die konsequente Angleichung der Provinz Posen an die übrige Monarchie wurde allerdings nicht immer von der Regierung mit gleicher Einsicht und Ausdauer gefördert, und mehr als ein Oberpräsident ließ sich von einschmeichelnden polnischen Einflüssen zeitweise vom richtigen Pfade zu einzelnen Connivenzen abdrängen. Waren ja ähnliche Einwirkungen, wie Fürst Bismarck bezeugte, selbst an höchster Stelle durch die Radziwills und andere Polen mehr als einmal schwer fühlbar. Am meisten zielbewußt und erfolgreich hat der Posener Oberpräsident Flottwell die Germanisierung betrieben und gefördert. In seiner Denkschrift vom 15. März 1841 faßt er das preußisch-deutsche Regierungsprogramm für Posen in einer für alle ehemals polnischen Landesteile des preußischen Staates giltigen Weise zusammen wie folgt: „Des Gouvernements würdig und deshalb angemessen erscheint es mir, offen den Grundsatz auszusprechen und zu befolgen, daß die Provinz dem deutschen Element keineswegs verschlossen, daß sie vielmehr ihm, als dem Lebenselement des Staates und schon eines guten Drittels der Provinz selbst, geöffnet und daß seine Ausgleichung mit dem polnischen ohne Eingriff ungerechter Willkür dem Entwickelungsprozeß der Geschichte überlassen werden

soll." Ein Programm, ebenso klar wie maßvoll, von dem sich eine preußische Regierung nimmermehr abdrängen lassen darf.

Die Entwickelung der Verhältnisse in unseren Ostmarken seit den sechziger Jahren hat endlich, kurz vor dem Schlusse des Jahrhunderts, auch bei der Regierung die klare und volle Einsicht in ihre Pflicht zum kräftigen Schutz und zur wirksamen Förderung des Deutschtums gereift und die so verhängnisvolle Unsicherheit über die Mittel und Wege zerstreut, wie das ersehnte und notwendige Ziel erreicht werden kann und muß. Die neueste Erklärung des preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers vom 20. Januar 1898 läßt die Hoffnung vollberechtigt erscheinen, daß die Regierung nie wieder von dem einzig richtigen Verfahren abirren wird. Ihre Kraft allein wird freilich zum vollen Erfolge nicht ausreichen: auch das preußische Volk und die deutsche Nation werden ihre Pflicht in vollem Maße thun müssen, um unsere Ostmarken dauernd und unentreißbar für uns zu erhalten: eine Unterschätzung der gegnerischen Kraft würde sich schwer an uns rächen.

Die polnische Bewegung.

Die Trauer patriotischer Polen um die Teilung ihres Vaterlandes und die Vernichtung ihrer staatlichen Selbständigkeit konnte sich natürlich bei jeder politischen Verwickelung in den mittel- und osteuropäischen Staaten zur Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage, auf eine selbständige Gestaltung der Verhältnisse in den Teilungsmächten, ja sogar auf eine Wiederherstellung des untergegangenen Staatswesens in den alten Grenzen neu beleben. Eine Zeitlang waren die polnischen Hoffnungen auf Preußen, lange Zeit dann auf Frankreich gerichtet, dessen erster und dritter Napoleon ja auch zuweilen jenen Hoffnungen Nahrung zuführten, um sie schließlich gründlich zu enttäuschen. Selbst die beiden russischen Alexander, denen es an tieferem Wohlwollen für das slawische Schwestervolk nicht gebrach, haben durch ihre Versuche des Entgegenkommens gegen die polnischen Wünsche schließlich nur die Ueberzeugung verstärkt, daß das von der polnischen Bewegung erstrebte Ziel politisch unmöglich ist. Die österreichischen föderativen Einräumungen in Galizien sind für Nationalstaaten wie Rußland und das preußisch-deutsche Reich ausgeschlossen.

Die politischen Bewegungen Europas im neunzehnten Jahrhundert haben auch die Polen unter preußischer Herrschaft mächtig ergriffen. Nach dem aufständischen Vorspiel von 1846 brachte die Märzrevolution von 1848 in der Provinz Posen eine bewaffnete Erhebung, deren Unterdrückung zwar selbstverständlicher Weise den preußischen Behörden bald gelang, deren Folge aber doch bei der damaligen politischen Ratlosigkeit und Unklarheit in Berlin ein Abgrenzungsversuch zwischen einem deutschen und einem polnischen Verwaltungsgebiet innerhalb der Grenzmark war. Die Unsicherheit dieses mißlungenen

Versuches war rasch überwunden — verwünscht von Deutschen wie von Polen, deren gegenseitige Preisgebung weit stärkere Mißstimmung erregen mußte, als die freundliche Absicht auch nur entfernt aufwiegen konnte. Das Mischland kann eben doch nur ungeteilt dem Staatsganzen angehören. Seit der Auflösung des alten deutschen Bundes ist auch der bis dahin mitgeschleppte staatsrechtliche Widersinn des Nichtanschlusses Posens und Altpreußens an den nationalen Gesamtbund beseitigt: die Ostmarken gehören gleich allen andern Provinzen der preußischen Monarchie auch rechtlich zum Deutschen Reiche.

Die ersten sechziger Jahre wurden für die preußischen wie für die russischen Polen der Ausgangspunkt einer neuen und folgenreichen Bewegung. Im Jahre 1861 begannen in Warschau jene Unruhen, die zunächst zur Wiederaufnahme autonomistischer Versöhnungsversuche, nach dem bewaffneten Aufstand von 1863 aber zu einer verschärften russischen Unterdrückung führten, die alle Reste polnischer Sonderstellung beseitigte, um die volle Angleichung an die russischen Staatseinrichtungen durchzuführen. Für die altpolnischen Bezirke Preußens ist das Jahr 1861 der Wendepunkt, von welchem an die bis dahin vorgeschrittene Germanisierung durch ein erneutes Anwachsen des polnischen Elements abgelöst wird, das seitdem bis auf die Gegenwart fortdauert. Bei aller Verschiedenartigkeit der äußeren Erscheinung stehen die Vorgänge diesseits und jenseits der Grenze doch in Zusammenhang und beweisen eine Gemeinschaft des polnischen Volkstums, die für uns Deutsche in mehr als einer Hinsicht sehr bedenklich ist.

Der von allen Einsichtigen, auch in Russisch-Polen, vorausgesehene klägliche Mißerfolg eines mit den unzureichendsten Mitteln gegen die russische Uebermacht unternommenen Aufstandes hat bei den Polen jenen gründlichen Umschlag der öffentlichen Meinung bewirkt, den vorher alle Belehrung und Warnung herbeizuführen nicht vermocht hatte. Eine panslawistische Verbrüderung zwischen Polen und Russen ist allerdings nicht erfolgt: Volkscharakter, religiöse Scheidung, geschichtliche Erinnerung bieten Gründe genug, um eine innerliche Russifizierung der Polen noch auf unabsehbare Zeit hinaus zu vertagen; aber die politische und soziale Anpassung der Polen an das russische Regiment hat unstreitig im letzten Menschenalter große Fortschritte gemacht und Rußland hat keinen weiteren Erhebungsversuch seiner polnischen Unterthanen zu fürchten. Mit besserem Recht als seinerzeit Fürst Paskjewitsch kann heute Fürst Imeretinsky dem Zaren die erwünschte Meldung erstatten, daß die Herrschaft der Ordnung im Weichsellande gesichert ist.

Dieser beruhigte und gefestigte Zustand Russisch-Polens ist für die Polen in Preußen ein maßgebendes und gewichtiges Moment erhöhter nationaler Kraft. Der Abzug an Gut und Blut, den frühere preußisch-polnische Geschlechter über die Ostgrenze ablieferten, hat aufgehört, und die selbsteigenen diesseitigen Interessen der preußischen Polen gewannen beträchtliche Förderung und stärkeren Rückhalt. Um allermeisten kommt dies dem beiderseitigen

wirtschaftlichen Fortschritt zu gute, der seitdem in ganz beträchtlichem Maße erfolgt ist. In der Bewegung der Bevölkerung haben wir den Fortschritt bereits näher nachgewiesen; bei der Betrachtung der industriellen Verhältnisse wird derselbe weiterhin klar hervortreten: hier müssen wir vor allem die geistig-sittliche und politische Seite dieser folgenschweren Umwandlung betonen, die für unser deutsches Volkstum neue und höhere Aufgaben als bisher stellt.

Vorbereitet war der Umschwung im Polentum freilich schon von langer Hand, und ganz unbeachtet war er auch auf deutscher Seite nicht geblieben. Ein Posener Arzt polnischer Nationalität, Dr. Marcinkowski, hatte schon 1843 in der richtigen Erkenntnis, daß für das Polentum vor allem ein starker gebildeter Mittelstand notwendig sei, jene vielberufene Stiftung begründet, aus welcher junge Leute zu technischer und wissenschaftlicher Ausbildung unterstützt werden, um später ihren Volksgenossen in den entsprechenden Berufen dienen zu können. Der Fonds hat seitdem Hunderttausende von Mark aufgewendet und Tausende von Personen dazu ausgerüstet, mit unseren deutschen Landsleuten in Posener, altpreußischen und oberschlesischen Bürgerschaften in erfolgreichen Wettbewerb zu treten. Der früher vermißte polnische städtische Mittelstand nach dem Ideal des Posener Arztes, der bei seinen Landsleuten zahlreiche, thatkräftige Mitarbeiter und Nachfolger fand, ist heute, nach einem halben Jahrhundert, zur thatsächlichen Wirklichkeit geworden.

Eine derartige Bewegung ist durchaus achtungswert, auch wenn sie uns Deutschen unbequem wird; zu tadeln und zu bekämpfen wird sie dann, wenn sie sich bemüht, durch Zuwendung finanzieller Mittel deutsche Jünglinge ihrem Volkstum zu entfremden und auf die eigene Seite hinüberzuziehen. Wir haben gegen den Mitbewerb der polnischen Mitbürger im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leben das Mittel erhöhter eigener Anstrengung anzuwenden, und wenn wir dies thun, werden wir auch unsere Stellung behaupten. Wo es an dieser Kraftanstrengung fehlt und uns ein ehrlicher und anständiger polnischer Mitbewerb verdrängt, haben wir es uns nur selbst zuzuschreiben. Sittlich und geschäftlich ist es Niemandem verwehrt, von besserem Angebote Gebrauch zu machen.

Um so schärfer aber muß der Boykott verurteilt werden, der von polnischer Seite aus nationaler Feindseligkeit gegen alle deutschen Geschäfte, auch die ehrenhaftesten und leistungsfähigsten, zu Gunsten polnischer Stammesgenossen, ganz ohne Rücksicht auf besseres oder minderwertiges Angebot, im Gegensatz gegen alle bürgerliche Gemeinschaft in Szene gesetzt und seit Jahren immer umfassender in Uebung ist. Von deutscher Seite kann allerdings kein anderes Mittel dagegen ergriffen werden, als daß auch unsere Landsleute ihre Kundschaft nur deutschen Geschäften zuwenden, die letzteren würden sonst noch schwerer als ohnedies geschädigt werden; indessen muß wenigstens die notorische Eröffnung des Boykotts den Polen zugewiesen und die gehässige Weise gebrandmarkt werden, die sich in der oft sogar den konfessionellen

Unterschied widerlich ausnützenden Aechtung von Mitbürgern kundgibt.

Das gleiche gemeinschafts- und staatsfeindliche Verfahren haben die Polen im Vereinswesen ein- und durchgeführt. Polnische Sprache und Bekenntnis zum polnischen Volkstum bilden jetzt überall die Wahr- und Kennzeichen der von ihnen gegründeten, geleiteten und besuchten Vereine. Der Anschluß an einen unter deutscher Leitung stehenden Verein, auch wenn dieser grundsätzlich mit nationalen Fragen nichts zu thun hat, wird jedem der polnischen Nationalität Angehörigen oder Zugerechneten als Vergehen gegen die Nation angekreidet; selbst aus internationalen Vereinigungen, deren Wirksamkeit überhaupt nicht auf die altpolnischen Landesteile gerichtet oder beschränkt ist, wie der großen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, treten die polnischen Mitglieder unter dem Hinweis darauf aus, daß ihre Nationalität ihnen die fernere Gemeinschaft nicht mehr gestatte.

Die feindseligen Kundgebungen gegen das Deutschtum nehmen immer mehr überhand. Einige Proben antideutscher Demonstrationen aus den letzten Jahren seitens der Polen mögen zur Beurteilung dienen, bis zu welchem Grade der nationalpolnische Fanatismus die verschiedensten Gesellschaftskreise beherrscht.

Der frühere erste Bürgermeister von Gnesen, Roll, mußte mit Dienstentlassung bestraft werden, weil er als Vorsitzender des dortigen Ausstellungskomités, nachdem schon bei der Eröffnungsfeier und während der Ausstellung unberechtigten polnischen Wünschen wiederholt willfahrt worden war, bei der Schlußfeier den Preußenfeinden zulieb das Spielen der preußisch-deutschen Volkshymne verboten hatte.

In Posen wurde am Vorabend des Johannistages im vorigen Jahre die für eine deutsche Gesellschaft von einer Musikkapelle gespielte Melodie „Deutschland, Deutschland über Alles" sowie die Nationalhymne von einer zahlreichen polnischen Gesellschaft, die nach polnischem Gebrauch zum Kränzewerfen am Wartheufer versammelt war, mit betäubendem Johlen und Pfeifen begleitet. Zu noch kräftigerem Gegensatz stimmten polnische Patrioten eine häßliche Parodie auf die deutsche Weise, andere das fanatisch düstere Revolutionslied an, das „mit dem Rauch der Feuersbrünste" („z dymem pożarów") die Stimme des polnischen Volkes an Gottes Herz schlagen läßt.

In Schwetz hatten polnische Gesellen, um den deutschen katholischen Gottesdienst zu stören, wiederholt eine polnische Melodie angestimmt. Mit Mühe ist der deutsche katholische Gottesdienst mit deutschem Gesang und deutscher Predigt durchgesetzt worden. — Dem polnischen Grafen, der die edle — Dreistigkeit besaß, auf seinem Schlosse eine Fahne mit der Inschrift: „Smierc Niemcom" („Tod den Deutschen") aufzuhissen, wurde seinerzeit schon mehr als genug die gewünschte Reklame gemacht.

Geschürt wird die fanatische Bewegung in den meisten Organen der polnischen periodischen Presse. Die Hetze gegen das Deutschtum und den preußischen Staat, die Aufreizung zur Unzufriedenheit mit den

bestehenden gesetzlichen Einrichtungen, zum Haß gegen die evangelische Geistlichkeit bei den Masuren, gegen deutsche Staatsmänner und Patrioten, die absichtliche Verdrehung und Verächtlichmachung behördlicher Anordnungen hat in den letzten Jahren zu zahlreichen Anklagen, gerichtlichen Verhandlungen und Strafurteilen gegen Posener, ost- und westpreußische polnische Zeitungen geführt, und noch öfter würden solche erfolgen, wenn die polizeiliche und richterliche Aufsicht auf die polnische Publizistik umfassender und weniger nachsichtig wäre. Für einen der polnischen Sprache kundigen Deutschen, der sich der Aufgabe unterzieht, der polnischen Tagespresse auf preußischem Boden aufmerksame Beachtung zuzuwenden, ist es ein schweres Stück von Selbstüberwindung, den täglichen Verläugnungen alles Wahrheits-, Rechts- und Billigkeitsgefühls zu folgen, die sich in dieser polnischen Presse kundgeben. Was da an Entstellungen, Verdrehungen, Verdächtigungen, Niedrigkeiten, kleinlichen Aufbauschungen gleichgiltiger Nichtigkeiten, sofern nur dabei dem Deutschtum ein Stich versetzt werden kann, was an pflichtwidrigen Verschweigungen und andern Sünden gegen den heiligen Geist der Wahrheit geleistet wird, muß man an solcher Lektüre kennen gelernt haben, um es zu glauben. Die Kritik, die der Vizepräsident des preußischen Ministeriums kürzlich im Abgeordnetenhause auf Grund der Auszüge aus polnischen Zeitungen ausgesprochen hat, die den Ministern in deutscher Uebersetzung vorgelegt werden, war zutreffend, aber keineswegs erschöpfend. In den größeren Blättern, die im polnischen Publikum als die besten in ihrer Sprache gelten, z. B. im „Dziennik Poznanski“, wird Monate lang die politische Uebersicht mit — Galizien, niemals mit Preußen und Deutschland begonnen; die Rubriken für letztere Länder, mit denen doch Posen und Westpreußen die wichtigsten Beziehungen haben, werden hintangesetzt, oft fehlen sie ganz; eine Reichstagsthronrede des Deutschen Kaisers, der doch zugleich König von Preußen und Großherzog von Posen ist, wird in dem Posener Blatte ganz unterschlagen, dafür am nächsten Tage eine Nörgelei über das den Lesern doch gar nicht mitgeteilte Manifest des Herrschers gebracht; der preußische Pole braucht nach der Ansicht seiner Preßvormünder von zahlreichen, die Staatsverwaltung betreffenden, das Volkswohl, die geistigen und wirtschaftlichen Interessen fördernden Verfügungen und Maßnahmen der preußischen Regierung gar nichts zu erfahren, dafür darf ihm aber keine Gehässigkeit und Lüge der französischen oder englischen Presse gegen Deutschland vorenthalten werden; jeder Quark wird breitgetreten, der sich zur Verdächtigung gegen die „Niemcy“ (die Deutschen) verwerten läßt; auf die Posener deutschen Landsleute, die von demselben Rechte anständigen und maßvollen Gebrauch machen, das ihre polnischen Landesgenossen schon seit Gründung des Marcinkowskischen Vereines sorgsam und ausgiebig benützen, wird jede mögliche Verunglimpfung abgeladen; selbst der Tod eines Ehrenmannes, wie Erich v. Tiedemann, kann dem Deutschenhaß kein christliches, kein Anstandsgefühl abzwingen!

Besonders schamlos wird die freche Hetze gegen Preußen und Deutschland in der Graudenzer polnischen Zeitung, der „Gazeta Grudziazka“, betrieben. In diesem auf preußischem Boden unter dem Schutze deutscher Rechtsordnung erscheinenden Kriegsblatte gegen das Deutschtum lesen wir Sätze, wie folgende: „Preußen schlägt der Civilisation eigentlich unausgesetzt mit der Faust ins Gesicht“. . . . „Die schändliche Germanisierung durch die Kirche, worüber sich die Satane im Höllenrachen freuen, hat unserer Kirche schon manche schreckliche Wunde beigebracht“. . . „Schon oft hat sich gezeigt, daß wir beim Zusammengehen mit Preußen schlecht fahren; für uns ist das Beste, wenn wir es wie eine Seuche, wie Pestluft meiden“. In diesem Tone geht es mit Grazie weiter. Wundern muß man sich nur darüber, daß bei solcher täglichen Kost die Milch der frommen Denkungsart preußisch-polnischer Staatsbürger nicht in gährend Drachengift verwandelt und der stets neu genährte Mißmut nicht zum gewaltsamen Ausbruch verleitet wird. Glücklicherweise sind die Leser doch vernünftiger und einsichtiger, viele wohl auch gebildeter als manche Redakteure; sie lesen vielleicht zunächst die Lokalnachrichten und die Inserate, an denen sich zuweilen sonderbarer Weise selbst in solchen Blättern auch deutsche Geschäftsleute, ja sogar königlich preußische Behörden beteiligen! Gewiß auch ein Beweis deutscher Langmut und Lammesgeduld.

Ein bemerkenswertes Beispiel der publizistischen Kampfbewegung gegen den preußischen Staat und das deutsche Volkstum hat der früher für politisch loyal gehaltene ehemalige Abgeordnete Dr. Skarzynski in seiner Broschüre: „Nasza sprawa“ („Unsere Sache“) geliefert. Zum Verständnis seiner Schrift müssen wir vorausschicken, daß der polnischen Bewegung gegenüber im Jahre 1894 unter Führung der Herren v. Hansemann, Kennemann und v. Tiedemann, dreier Gutsbesitzer im Posenschen, ein „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ entstanden ist, auf dessen Wirksamkeit wir noch zurückkommen werden. Die polnischen Gegner nennen ihn nach den Anfangsbuchstaben der Namen jener deutschen Patrioten mit verständlicher tendenziöser Kennzeichnung den Verein der „Ha-Ka-Tisten“. Nun schreibt Herr v. Skarzynski:

„Von den Lippen deutscher Staatsmänner, von den Lippen der Reichstagsmehrheit, in der Presse, Literatur und Geschichte erscholl unter dem H-K-T-Zeichen vom Rhein bis zur Warthe einstimmig der Ruf: „Kreuzigen, vernichten, ausrotten die widerspenstige polnische Nation!“ Jedes Gefühl, das Religion, Ethik, menschliches Gewissen, höhere Kultur und Civilisation eingeben, muß unterdrückt werden, um nur dieses vom Gesichtspunkte der Staatsraison angeblich nötige Werk der Germanisierung der Ostmarken um jeden Preis und auf jede Weise zu vollbringen. Aus diesem Grunde und zu diesem Zwecke schuf einer der angeblich civilisiertesten Staaten der Welt, welcher der Anführer der Menschheit in dem Vormarsche zu einer immer höheren Kultur sein will, eine wahre Dante-Hölle für zwei bis drei

Millionen seiner Unterthanen und ließ am Eingang derselben die Aufschrift anbringen: „Poloni! Lasciate ogni speranza!“"

Weiterhin heißt es in der Skarzynski'schen Broschüre: „Die preußische Regierung und unter dem Einflusse des Fürsten Bismarck der größere Teil der deutschen Nation unter dem Zeichen H.-K.-T. haben dekretiert, daß der Polonismus innerhalb der Grenzen des deutschen Kaiserreiches auszurotten sei". Der Verfasser behauptet, die Polen hätten in Preußen keine Rechtssicherheit, die Verfassung werde verletzt, gerichtliche Urteile würden durch Kabinetsordres aufgehoben, die Polen würden von allen Staatsämtern ausgeschlossen, es würden barbarische Ausweisungen vollzogen, die Existenz der Polen in Preußen sei gefährdet. In der Dante'schen Hölle, in die das hundertjährige Fegefeuer die Lage der Polen in Preußen verwandelt habe, müßten sich die drei Millionen preußischer Polen mit den zehn Millionen jenseits der Grenze zum Haß gegen das Deutschtum verbinden. „Der deutsche Michel kniet dem Polen auf der Brust, würgt ihn an der Kehle, reißt ihm die Zunge heraus und verlangt obendrein noch Liebe!" — Zur Probe werden diese Kernworte aus der Schrift des Posener Rittergutsbesitzers, dem es persönlich in der Dante'schen Hölle unter preußischer Regierung, wie er selbst zugibt, sehr gut geht, wohl genügen.

Bei der gerichtlichen Verhandlung, die gegen den polnischen Edelmann wegen seiner Schmähschrift am 31. August vor. Js. vor der Strafkammer des Landgerichts zu Posen stattfand, wurden demselben die Entstellungen, Gehässigkeiten, Aufreizungen und Beleidigungen, die seine Schrift enthält, vom vorsitzenden Richter in sachlich klarer und würdiger Weise vorgehalten und seine Erklärung dazu abgefordert. Herr von Skarzynski hielt einige seiner Behauptungen aufrecht, indem er das unfeine Manöver anwandte, wahrheitswidrige Generalisierungen mit einem Ausnahmefall beweisen zu wollen, bei den meisten seiner Aussagen machte er von dem in schlimmen Dingen dieser Art beliebten Mittel Gebrauch, seine Schriftsätze als unschuldige bildliche Ausdrücke umzudeuten. Auf dieses Kunststück konnten sich natürlich ernste deutsche Richter trotz aller Unparteilichkeit und Milde nicht einlassen: in Anbetracht, daß, wie das Urteil sagt, mehrere der in der Broschüre aufgestellten Behauptungen den Thatsachen nicht entsprechen, Staatseinrichtungen und Gesetze verächtlich zu machen, das Vertrauen zur Regierung zu erschüttern suchen, wurde dem Angeklagten, dem man seine „Erregung" noch als strafmildernden Umstand anrechnete, eine Geldbuße von dreihundert Mark auferlegt. Man braucht wohl kaum an die Dante-Hölle, sondern nur geographisch ein wenig ostwärts zu denken, um hier wieder einmal die „Barbarei" der Rechtsprechung in einem Staate zu ermessen, dem Herr v. Skarzynski — im Widerspruch mit der gesamten gesitteten Welt — den Civilisationsberuf aberkannt hat.

Zur Ehre aller wahrhaft gebildeten Polen und des gesunden Menschenverstandes nehmen wir selbstverständlicher Weise nicht an,

daß die publicistischen Fanatiker der polnischen Propaganda den wahren Typus der polnischen Nationalität vertreten. Die Mehrheit des Volkes, insbesondere der Bauernstand, wenn er nicht verhetzt wird, wußte sonst nichts von dämonischem Hasse gegen Preußen und seine Regierung, die ihr nur Gutes erwiesen hat. Über politische Bewegungen werden überall zumeist von rührigen Minderheiten gemacht und geleitet: die Aufreizungen der Presse, wie sie in den letzten Jahrzehnten immer dreister betrieben wurden, dürfen deshalb nicht unterschätzt, es muß ihnen kräftig entgegengetreten werden.

Seit 1895 sind denn auch, wie schon oben angedeutet, polnische Hetzblätter wegen Aufreizung zum Klassenhaß und zur Gewaltthätigkeit, wegen Verächtlichmachens von Staatseinrichtungen, Beleidigung deutsch-preußischer Patrioten und ähnlicher Vergehen öfter zur gerichtlichen Rechenschaft gezogen und verurteilt worden. Die Haftstrafen wurden freilich meist von „Sitzredakteuren" abgesessen, die Geldstrafen wohl von den kapitalkräftigen Verlegern bezahlt. Immerhin ist es als Zeichen der Besserung im Schutze des Deutschtums zu begrüßen, daß die Gerichte rechtswidrigen Angriffen auch auf dem national-politischen Gebiete verstärkte Aufmerksamkeit zuwenden. Auch dieses Schutzmittel wird dazu beitragen, die der Pflicht ihres Volkstums minder bewußten Deutschen in den Grenzmarken im Genuß und Gebrauch ihres selbstverständlichen Rechtes zur Vertretung und Förderung deutschen Wesens zu bestärken und den polnischen Gegnern jene Achtung abzuzwingen, die bei ihrem nationalen Feingefühl zu einem staatsbürgerlich loyalen, anständigen Verhalten gegen die Deutschen eher führen wird, als wenn ihnen der Deutsche mit feiger Verleugnung oder Selbstentäußerung seines eigenen Volkstums begegnet.

Die Sprachenfrage.

Unter den Beschwerden, die von polnischer Seite in den preußischen Ostmarken gegen die Regierung und das Deutschtum erhoben werden, spielt die angebliche Vergewaltigung, Unterdrückung und Ausrottung der polnischen Sprache eine der ersten Rollen.

Die polnische Sprache wird von vielen Deutschen, die sie nicht kennen, wie von Nichtslawen im allgemeinen, wegen der oft in polnischen Wörtern bemerkbaren Häufung der Mitlauter, namentlich der rz, sz, cz, die zuweilen noch mit weiteren Konsonanten verbunden auftreten, für unschön, von den Meisten wohl auch für minder formen- und bildungsreich gehalten, als die Sprachen anderer Kulturvölker. Von einem solchen Standpunkt aus und wenn man im nationalen Interesse die sprachliche Einheit ersehnt, läßt sich ein abgünstiges Verhalten gegen die polnische Sprache erklären, vielleicht sogar eine Verdrängung derselben durch eine andere, besser ausgebildete Sprache als eine erwünschte und berechtigte Maßregel darstellen, und von fernher wird dies wohl auch vielen Mittel- und Westeuropäern so erscheinen.

Diese Auffassung ist unrichtig. Die polnische Sprache ist formenreich und wohlausgebildet, die anscheinend rauhe Zusammensetzung mancher Silben verliert bei richtiger Aussprache das Unschöne: mit den ersten ihrer slawischen Schwestern ist auch die polnische Sprache ein völlig leistungsfähiges, bildsames Werkzeug der vielseitigsten und höchsten Geistesentwicklung, und wenn sie im Vergleich zu den romanischen und germanischen Sprachen jene Vervollkommnung und Allseitigkeit, die mit den wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Fortschritten Hand in Hand geht, erst später als die westlichen Nachbarn und großenteils zunächst nur in Uebersetzungen und Nachbildungen, nicht sofort auch in Originalwerken erreicht hat, so reiht sie sich doch im wesentlichen ebenbürtig den andern Kultursprachen an. Daß die Polen ihre Mutter- und Volkssprache nicht weniger lieben und hochhalten als wir Deutschen die unsrige, ist ebenso verständlich, wie ehrenwert, und wenn die gebildeteren Massen ihren Mickiewicz, den selbst Altmeister Goethe ehrte, ihren Korzeniowski und Kraszewski, ihren Syrokomla und Sienkiewicz auch innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle mit Vorliebe lesen, so wird ihnen das ein vorurteilsfreier Deutscher ebensowenig mißgönnen oder verdenken, wie wenn sie sich im gewöhnlichen Leben in Haus und Familie ihrer Volkssprache als Umgangs- und Verkehrssprache bedienen. Auch in der Oeffentlichkeit wird an dem Gebrauche der polnischen Sprache weder von seiten der Regierung noch von einsichtigen und billig denkenden Deutschen Anstoß genommen, sofern es sich nicht um eine Beeinträchtigung oder Verletzung der dem staatlichen Gemeinwesen schuldigen und gebotenen Rücksichten handelt. Der gesamte privatliche Geschäftsverkehr, soweit er die polnische Sprache bevorzugt, ist niemals und nirgends beanstandet oder gehindert worden: russische Einschränkungen oder Vergewaltigungen, wie sie im reinpolnischen Kongreßkönigreich unter der Regierung der slawischen Großmacht zur Anwendung gekommen sind, haben die preußischen Staatsangehörigen polnischen Namens und polnischer Zunge niemals erfahren. Presse und Buchhandel, Theater und Geselligkeit in Posen sind für die Polen in ihrer Bewegung so frei wie für die Deutschen.

Daß aber in einem Staate wie Preußen, dessen Grundlage und Aufgabe auf dem deutschen Volkstum beruht und mit demselben zusammenfällt, dessen Regierung deutsch ist und deutsch sein muß, in welchem neun Zehntel aller Staatsbürger deutschen Stammes und deutscher Zunge sind, die notwendig einheitliche Staatssprache nur die deutsche sein kann, braucht gewiß nicht erst bewiesen zu werden. Die Volkssprache muß nicht überall die gleiche sein in einem modernen Nationalstaate, und sie ist es auch in keinem solchen: in Rußland wie in Frankreich, in England wie in der amerikanischen Union gibt es mehr oder minder starke Bruchteile andersprechender Nationalitäten als die herrschenden: überall aber wird in staatlichen Angelegenheiten nur eine gemeinsame Staatssprache zur Anwendung gebracht und zugelassen. Wenn Preußen auch in den national

gemischten Ostmarken die deutsche Staatssprache in Verwaltung und Rechtspflege, in allen staatlichen Angelegenheiten zur Geltung bringt und von seinen Staatsangehörigen polnischen Stammes, denen von Jugend auf die Kenntnis der deutschen Sprache beigebracht ist, die Beachtung dieser staatlichen Notwendigkeit erwartet, so wird man darin eine Ungerechtigkeit, eine Vergewaltigung um so weniger erblicken dürfen, als ja unleugbar die Kenntnis des Deutschen für jeden Polen nur eine geistige Bereicherung und ein wirtschaftlicher Vorteil, also eine große Wohlthat ist.

Der polnischen Bevölkerung der preußischen Ostmarken ist durch die allgemeine Schulpflicht nicht allein die Möglichkeit gegeben, sondern auch die Pflicht auferlegt, die deutsche Staatssprache sich soweit anzueignen, daß diese Sprachkenntnis für das staatsbürgerliche Bedürfnis wie für das wirtschaftliche Fortkommen des Einzelnen ausreicht. Seit der letzten gründlichen Umbildung des Volksschulwesens — wir werden darüber in einem folgenden Abschnitt näher berichten — darf die Sprachenfrage für unsere Ostmarken nach den Anforderungen des Staates zum eigenen Vorteil der Bevölkerung als entschieden gelten. Die Schuljugend der mittleren und niederen Volksklassen in Stadt und Land hat hauptsächlich mit der Kenntnis der deutschen Sprache gegen die früheren Zeiten den Vorzug allgemeiner Verwendbarkeit für die nicht auf den Landbau beschränkten wirtschaftlichen Betriebe, für die städtischen Gewerbe gewonnen, der Staat aber, dem die männliche Jugend im militärdienstpflichtigen Alter noch einmal zur weiteren, kriegerischen Ausbildung unter Festigung der deutschen Erziehungs- und Unterrichtsgrundlagen überantwortet wird, kann jetzt mit ausreichender Sicherheit den Besitz deutscher Sprachkenntnis bei jedem gedienten Manne voraussetzen und verlangen. Die preußische Regierung ist nicht in der Lage und der preußische Staatsdienst bietet nicht die Mittel, auf jeden amtlichen Posten der Ostmarken einen Mann zu setzen, der sich neben der deutschen Staatssprache auch des Besitzes der polnischen Volkssprache erfreut. Im eigenen Interesse derjenigen preußischen Polen, die sich dem Staatsdienste widmen, muß die Regierung dieselben öfter in reindeutschen, der polnischen Propaganda und ihrem Terrorismus unzugänglichen Provinzen verwenden und aus dem Westen tüchtige Beamte nach den Grenzmarken berufen, wo die Aufgaben, namentlich des Verwaltungsbeamten, des Lehrers und des Geistlichen, verwickelter und schwieriger sind als in altdeutschen Staatsgebieten. Um so mehr ist es für den Staat geboten, bei denjenigen seiner Angehörigen, welche die Behörden in Anspruch nehmen, grundsätzlich die Kenntnis der deutschen Sprache voraussetzen zu dürfen. Trifft dies Erfordernis, ausnahmsweise, dennoch nicht zu, ist die Vermittelung eines Dolmetschers nicht zu umgehen, so müßte es in das Ermessen der Behörde gestellt werden, ob die Kosten hiefür dem Staate aufgebürdet werden müssen oder von demjenigen zu tragen sind, der durch meist von ihm selbst verschuldete Sprachunkenntnis die Anwendung eines Ausnahmezustandes verursacht. Bei unverschuldeter

Unkenntnis des Deutschen darf man gewiß des billigen Entgegenkommens der Behörde versichert sein.

Die Sprachenfrage der Ostmarken ist in neuester Zeit namentlich in Betreff öffentlicher Versammlungen erörtert worden, die der amtlichen Beaufsichtigung nach gesetzlicher Vorschrift bedürfen. Wiederholt hat sich die Unmöglichkeit herausgestellt, für Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten in polnischer Sprache zur Verhandlung kommen sollten — insbesondere preußische Landtags- und deutsche Reichstagsfragen — innerhalb des betreffenden Verwaltungsbezirks einen der polnischen Sprache mächtigen Aufsichtsbeamten zu bestellen; in solchem Falle wurde deshalb die beabsichtigte Versammlung abgesagt. Die von zuständiger Seite erhobene Rechtsfrage, ob die polnische Sprache bei solchen politischen Versammlungen überhaupt gebraucht werden dürfe, wurde jedoch vom Oberverwaltungsgerichte bejaht. Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen beweisen also auch hierin eine Duldung, die mit den polnischen Klagen im grellsten Widerspruche steht. Es läßt sich aber doch nicht verkennen, daß sehr triftige Gründe für eine Aenderung jener gesetzlichen Bestimmungen sprechen. Unter polnischem Regiment in Galizien würden gewiß Versammlungen, die über eine polnische politische Vertretung verhandeln wollten, nur in der herrschenden Landessprache gestattet sein, und in England und Frankreich, den freiesten Großstaaten Europas neben dem Deutschen Reiche, wird unseres Wissens öffentlich über politische Fragen auch nur in der Staatssprache verhandelt. Daß in dem altpreußischen Graudenz von Wählern für die Berliner deutschen Parlamente, Landtag und Reichstag, der preußischen Polizei mit polnischer Verhandlungssprache ein Schnippchen geschlagen werden dürfe, wird den meisten dentschen Staatsbürgern schwerlich einleuchten. Sie werden den Rechtsspruch des Oberverwaltungsgerichts achten und anerkennen, werden aber der Meinung sein, daß eine gesetzliche Bestimmung erforderlich sei, wonach öffentliche Verhandlungen preußischer Staatsbürger über preußische und deutsche Staats- und Reichsangelegenheiten nur in deutscher Sprache zu pflegen sind. Wäre dies geltendes Recht, so würde keine Versammlung aus Mangel an geeigneten Aufsichtsbeamten verboten werden müssen, und die Staatsbürger polnischer Abstammung würden deshalb keine Einbuße an ihren politischen Rechten erleiden, da bei der jetzigen Bildungsstufe der männlichen Bevölkerung diejenigen, die sich für politische Angelegenheiten interessieren, gewiß mit ganz verschwindenden Ausnahmen der deutschen Sprache mächtig sind. Wie leicht gebildete Polen deutsch sprechen, ist allbekannt. Daß sie dabei ihre eigene Sprache nicht vernachlässigen, darf man getrost ihrem Stammesgefühl überlassen. In allen polnischen Familien sorgen die Väter und noch eifriger die Mütter für die Pflege der Volkssprache, und wo es eines Antriebes bedarf, liefern ihn die Tagesblätter, in denen täglich fettgedruckt die Mahnung steht: „Uczmy dzieci popolsku!“ („Lasset uns die Kinder polnisch lehren!“)

Die Sprachenfrage in Betreff der Eigennamen zu beantworten, hat man in den Ostmarken nicht überall dasselbe Verfahren angewandt. Was Personen- und Familiennamen betrifft, so war es früher, als die Pfarrämter durch die Civilstandsregister den größten Einfluß übten, leider zu massenhaften Polonisierungen deutscher Namen gekommen. Polnische katholische Geistliche nahmen keinen Anstand, aus ehrlichen deutschen Namen durch Anwendung einer nach polnischer Aussprache gestalteten Rechtschrift, durch Aenderung von Endvokalen, durch Zusatz polnischer Endungen und andere ähnliche Mittel, zuweilen sogar durch polnische Uebersetzung des deutschen Namens polnische zu machen und so die Zahl der polnischen Namen nach Kräften zu erweitern. Mit der Errichtung der Standesämter hat dieser oft zu groben Mißbildungen führende Unfug seine Grenze gefunden, und die zulässige Umtaufe bewegt sich jetzt in streng bemessenen Schranken.

In umgekehrter Richtung — daß polnische Namen verdeutscht wurden — sind weit seltenere Fälle zu verzeichnen. Die Abänderung beschränkt sich dann zumeist auf den Ersatz des die polnischen Namen gewöhnlich schließenden i durch ein y, z. B. Posadowsky; manche aber behalten das i: Podbielski. Bei der Verdeutschung der Namen auf ski wird für die weibliche Form auf die polnische Endung ska meistens verzichtet, was auch mit dem bei adeligen deutschen Namen vorgesetzten „von" nicht in so grellen Widerspruch tritt. Bei den deutschen Trägern polnischer Namen, insbesondere in Schlesien, Ost- und Westpreußen, ist die polnische Sprachkenntnis vielfach gänzlich erloschen: sie sind so gute Preußen geworden, daß sie sich oft geradezu scheuen, auch nur durch den Anschein polnischer Sprachkenntnis ihr Deutschtum in Zweifel zu setzen. In solchen Familien steht den zahlreichen polnisch gewordenen Deutschen ein ungemein starkbewußter Widerpart gegenüber, den wir nur willkommen heißen.

Im Graudenzer „Geselligen" hat ein deutscher Bürger der Ostmarken die Frage der Berechtigung zur Umwandlung polnischer Ortsbezeichnungen in deutsche so zutreffend behandelt, daß man sich seinen Ausführungen nur anschließen kann. Es wird nachgewiesen, daß im Gegensatz zu den willkürlich schablonisierenden Umtaufen seitens der Regierungen in Ungarn und Rußland die Namensänderungen in unseren Ostmarken nur auf Antrag des betreffenden Kommunalkörpers erfolgen. Bei der Benennung der Ansiedelungsgüter, wo an die Stelle eines polnischen Ritterguts und Käthnerdorfs eine deutsche Gemeinde tritt, wird man die deutsche Benennung des neuen Bauerndorfs unbedingt als berechtigt anerkennen müssen. Westfälischen Kolonisten einen für sie unaussprechlichen polnischen Namen für ihren Wohnort zuzumuten, geht offenbar nicht an: um sich heimisch zu fühlen, muß man den Heimatsort in der heimischen Sprache benennen. Wenn Kolonisten in fremden Landen von diesem natürlichen Rechte Gebrauch machen, wird es ihnen auf dem Boden ihres vaterländischen Staates zur selbstverständlichen Pflicht.

Bei selbständigen Gütern, die in deutsche Hände übergehen, während der überwiegende Teil der Bevölkerung polnisch bleibt, wird man dem deutschen Besitzer, der seine Geldmittel in das Gut steckt und dasselbe zu heben und in seiner Familie zu behalten zu seiner Lebensaufgabe macht, doch auch den Wunsch nicht verwehren können, den Namen seines Eigentums seiner eigenen Sprache anzupassen. Vollberechtigt ist dieser Wunsch, wenn das Gut in früherer Zeit bereits einen deutschen Namen geführt hat — ein Fall, der namentlich im Kulmer Lande wie überhaupt in Westpreußen häufig ist, wo zur Zeit des deutschen Ordens fast alle Ortschaften deutsche Namen besaßen, die erst unter der polnischen Herrschaft in polnische umgewandelt wurden. So haben unter preußisch-deutschem Regiment bereits manche Güter und Gemeinden nur die alten Namen wieder angenommen, wie sich's gebührt: aus Szczepanki ist wieder Dietrichsdorf geworden, aus Dembin Eichwalde, aus Mgoscz Heimbrunn, aus Czarnowo Scharnau u. dergl. m. Wenn stellenweise statt des vergessenen altdeutschen Namens der neue dem Familiennamen des jetzigen Besitzers entnommen wurde, so findet dies weniger Beifall; dagegen erscheint die Benützung solcher Namen wie derjenigen von Herrschern oder bedeutenden Männern, sowie nach der alten Heimat vollberechtigt, wo bisher kein deutscher Name bestanden hat, und so sind denn im Posenschen und in Westpreußen das westfälische Kolonistendorf Neu-Tecklenburg, das württembergische Kronthal, die Ortsnamen Wilhelmsau, Friedrichshuld, Bismarcksfeld u. s. w. nur zu begrüßen und der Wunsch wohlbegründet, daß sich denselben in Erinnerung an die alten Ordensmeister ein Balk, Kniprode, Jungingen, Plauen auschließen möge. Eine glückliche Anknüpfung an die Vergangenheit wird auch darin zu finden sein, daß, wo dem polnischen Ortsnamen eine bestimmte Bedeutung innewohnt, diese auch im deutschen Namen ausgedrückt wird, z. B. Falkenau für Sokolniki („Sokol" = Falke). Am häufigsten ist in allen vormals slawischen, jetzt deutschen Ländern die Anpassung des früheren Namens an unsere Sprache durch Abschleifung, insbesondere der Endsilben, wofür Hunderte von Ortsnamen auf owo, ow, ice, jetzt au, en, itz bis weit nach Mitteldeutschland herein Beispiele darbieten.

Kirche und Geistlichkeit.

Die bei der polnischen Bevölkerung der Ostmarken verbreitete Begriffsverfälschung, wonach evangelische Kirche mit deutschem Volkstum, katholische Kirche mit echtem Polentum als gleichbedeutend betrachtet wird, ist von staatsfeindlichen polnischen Agitatoren in leichtverständlicher Absicht aufgebracht worden. Dem schlichten slawischen Manne weis zu machen, die Regierung wolle ihm das Deutsche beibringen, um ihn dann zum Luthertum zu bekehren, ist zwar im preußischen Staate, der die bürgerliche Gleichberechtigung der kirch-

lichen Bekenntnisse von Anfang an hochgehalten hat, eine ganz unverantwortliche, böswillige Entstellung und Anschuldigung; indessen thun solche Lügen bei der Masse der Leichtgläubigen ihren Dienst, besonders wenn sie von einer Seite her gestützt und genährt werden, die pflichtmäßig nur zur Mitteilung und Ausdeutung ernster und heilsamer Wahrheiten berufen ist. Mehr als hunderttausend deutsche Katholiken, die in der Provinz Posen leben, wie Millionen ihrer Glaubensgenossen in andern Landesteilen, können der Wahrheit gemäß bezeugen, daß die preußische Regierung den geistlichen Angelegenheiten ihrer katholischen Unterthanen dieselbe gewissenhafte Fürsorge zuwendet, wie denen der evangelischen Staatsbürger: bei unsern Feinden aber heißt es: das thut nichts, „der Jude wird verbrannt!"

Das Bestreben der großpolnischen Volksverführer, alle Katholiken in ihr Lager zu verlocken, ist bisher leider thatsächlich vielfach von Erfolg gewesen, und in der politischen Bethätigung sehen wir selbst die noch deutsch gebliebenen Katholiken meistens mit den polnischen an einem Strange ziehen. Dabei verschmähen es die Führer keineswegs, auch bei den südposener, oberschlesischen und ostpreußischen polnischen Evangelischen die nationale Saite zu rühren — dort muß eben das andere Mittel zum gleichen Zwecke dienen: sie sollen durchaus ein anderes Herz entdecken, als das bisher in ihrer Brust schlug.

Betrachten wir die konfessionellen Verhältnisse der Ostmarken vom statistischen Standpunkte, so stellt sich uns folgendes Bild dar:

Die evangelische Kirche zählte am 1. Dezember 1890 in Ostpreußen 1'675,792 Mitglieder: 86,09 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Westpreußen ist das Verhältnis wesentlich anders: hier machen die Evangelischen mit 681,195 Genossen nur die kleinere Hälfte: 48,41 vom Hundert der Provinzbewohner aus; in Posen mit 542,013 nicht einmal ein Drittel: 31 Prozent; in Schlesien mit 1'921,216 wie in Westpreußen auch nur die kleinere Hälfte: 45,60 Prozent. Im ganzen ergibt sich für die vier Provinzen eine so geringe Mehrheit der Evangelischen, daß man die Ostmarken vom statistischen Standpunkt als konfessionell paritätisch bezeichnen darf.

An Pfarrbezirken zählte die evangelische Kirche am Beginn unseres Jahrzehnts in Ostpreußen 390 mit 609 Kirchen und Kapellen, 722 deutschen und 16 polnischen Geistlichen und Kirchenbeamten; in Westpreußen 204 Pfarreien mit 551 Kirchen, 335 Geistlichen; in Posen 192 Pfarreien mit 471 Kirchen, 281 Geistlichen; in Schlesien 706 Kirchspiele mit 1185 Kirchgebäuden, 865 Geistlichen. An Neubauten von Kirchen wurden von 1862—1891, zur guten Hälfte in Orten, wo bisher noch keine evangelische Kirche bestand, in Schlesien 99, in Posen 77, in Ostpreußen 38, in Westpreußen 39 ausgeführt. Die Leitung der kirchlichen Verwaltung in den einzelnen Provinzen steht den Generalsuperintendenten und Konsistorien zu; daß sie in staatstreuem, dem Deutschtum entsprechendem Sinne geführt wird, ist selbstverständlich.

Die katholische Kirche zählt in Ostpreußen 256,583, in Westpreußen 717,507, in Posen 1'164,058, in Schlesien 2'247,859 Bekenner. Die Zahl ihrer Geistlichen und Kirchendiener betrug nach den letzten Veröffentlichungen in Ostpreußen 252, worunter 19 polnischer Nationalität, in Westpreußen 306 deutsche und 310 polnische, in Posen 151 deutsche und 756 polnische, in Schlesien 2,309 deutsche und 196 slawische (polnische, tschechische, wendische). In den vier Provinzen der Ostmark werden 32 höhere Geistliche der polnischen Nationalität zugerechnet.

Die kirchliche Einteilung unserer katholischen Mitbürger in den Ostmarken weicht von der staatlichen beträchtlich ab. Zum Bistum Ermeland („Warmia") mit dem Bischofssitz zu Frauenburg in Ostpreußen gehören von Westpreußen Elbing, Marienburg und Stuhm, während die in den ostpreußischen Kreisen Neidenburg und Osterode gelegenen Pfarreien des Dekanats Pomesanien zum westpreußischen Bistum Kulm einbezogen sind. Das Bistum Ermeland hat 260 Weltpriester und zählte am 1. Dezember 1890 304,058 Diözesanangehörige.

Das Bistum Kulm („Chelmno"), mit dem Bischofssitz und der Kathedrale in Pelplin, steht im Suffraganverhältnis zum Erzbistum Gnesen (-Posen) und zählte 1890 mit 360 Weltpriestern 666,635 Gläubige. Der Sprengel der Diözese umfaßt Westpreußen ohne Deutsch-Krone mit den obenangegebenen Ausnahmen und Einschlüssen, ferner den Landbezirk Bromberg und die pommerschen Kreise Lauenburg, Bütow und Rummelsburg.

Das Erzbistum Posen-Gnesen („Poznan"—„Gniezno"), aus den zwei früher getrennten Bistümern bestehend, die jedoch beide ihr Domkapitel beibehalten haben, zählt 637 Weltpriester und 1'176,517 Diözesanen. Zum Erzbistum gehört die Provinz Posen ohne Bromberg-Land, aber mit dem westpreußischen Kreise Deutsch-Krone und einem Teile von Thorn, außerdem die pommerschen Kreise Neustettin und Dramburg. Von den 40 Dekanaten der Diözese fallen 16 unter den Gnesener, 24 unter den Posener Anteil.

Zum Fürstbistum Breslau — mit 2'201,878 Angehörigen, 1013 Welt-, 18 Ordenspriestern, 11 Bistumskommissariaten, 79 Archipresbyteriaten, bezw. Dekanaten, gehört Schlesien mit zwei Ausnahmen. Auf preußisch-schlesisches Gebiet erstreckt sich nämlich von Oesterreich her einerseits das Fürsterzbistum Olmütz, welchem das oberschlesische Archipresbyteriat Katscher mit 74 Geistlichen und 124,765 Seelen unterstellt ist, andrerseits das Fürsterzbistum Prag, zu welchem der am Glätzer Gebirge liegende Dekanatsbezirk Neurode mit 87 Weltpriestern und 164,501 Diözesanen gehört. Dagegen erstreckt sich aber auch das Fürstbistum Breslau auf österreichisch-schlesisches Gebiet: der Breslauer Fürstbischof hat seine Sommerresidenz in Johannisberg bei Jägerndorf und hat selbst einen Sitz im Herrenhause des Wiener Reichsrats, was seine politische Stellung in den Ostmarken ansehnlich erhöht.

Mit dem starken Wachstum des Polentums in den Ostmarken ist natürlich auch die Zahl der Katholiken gleichmäßig vorgeschritten, und in den letzten Jahren dauerte die weit stärkere Vermehrung der Katholiken namentlich in der Provinz Posen noch immer fort. Wie der wohlunterrichtete ostmärkische Berichterstatter der „Grenzboten" meldet, hat sich von 1890—1895 in der Provinz die Zahl der Katholiken um 63,129, die der Evangelischen nur um 17,697 vermehrt. Der Anteil der Deutschen, zu denen allerdings auch 127,000 Katholiken gehören, an der Gesamtbevölkerung der Provinz, hatte im Jahre 1861 schon 46 Prozent betragen: 1890 war er auf 40, 1895 auf 39 Prozent zuückgegangen; so mußte der Anteil der Evangelischen noch unter 31 Prozent sinken.

Ueber die Verteilung der Evangelischen und der Katholiken nach den einzelnen Stammesgruppen des polnischen Volkstums gibt Baron Fircks in seiner Schrift über „die preußische Bevölkerung nach Muttersprache und Abstammung" folgende Verhältniszahlen: Dem evangelischen Bekenntnis sind von 1000 Polen bei den „Großpolen" (in Posen und Westpreußen) 90,8, von den oberschlesischen Polen 38,7, von den Masuren (Ostpreußen) 962,5, von den Kaschuben 25,8 zuzurechnen; der katholischen Kirche von den Großpolen 907,7, von den oberschlesischen 960,7, von den Masuren 26, von den Kaschuben 973,9.

Das Verhältnis der Kirche und der Geistlichkeit zum preußischen Staat und zum deutschen Volkstum ist auf katholischer Seite leider ein anderes als auf evangelischer. Die Begriffsvermischung von katholisch und polnisch wird, trotz des korrekten Verhaltens der Bischöfe, auch von einem Teile des Klerus thatsächlich unterstützt und bei dem maßgebenden Einflusse der katholischen Priesterschaft auf die Gläubigen ihrer Kirche hat die Verbindung der klerikalen mit der vermeintlich patriotischen Einwirkung um so stärkeres Gewicht, als gerade die Polen für eine derartige Verknüpfung religiöser mit politischen Vorstellungen von Alters her besonders empfänglich sind. Wird ja die heilige Jungfrau schon in altpolnischen Schlachtgesängen als Königin angerufen und beim Mangel einer irdischen Fürstin noch jetzt mit Vorliebe als ideale Landesherrin gefeiert und gilt ja, wie in früheren Zeiten einer Zwischenherrschaft nach dem Tode eines Königs von Polen bis zur Neuwahl eines Nachfolgers, so noch heute in den patriotischen Phantasien der Schwärmer für die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit der Erzbischof von Gnesen-Posen als Primas des Königreichs für den berufenen Vertreter der monarchischen Gewalt. Gleich als ob sie für die einst so beifällig begrüßte Reformationsbewegung Buße thun wollten, haben sich die Polen mit verdoppeltem Eifer der katholischen Kirche völlig hingegeben, und wenn die Geistlichen von dieser Hingebung den Löwenanteil gern hinnehmen, kann dies auch ihrem politischen und sozialen Einfluß nur zur Verstärkung dienen.

Nicht zu vergessen ist dabei, daß der polnische Adel, der bis

zur letzten Erhebung zu Anfang der sechziger Jahre die Zügel der nationalen Bewegung in Händen hatte, seit jener Zeit von der leitenden Stelle immer mehr zurückgetreten ist. Das Nachspiel, welches Herr von Koscielski und die kleine sogenannte polnische Hofpartei noch in den letzten Jahren in Szene setzte, war zu unbedeutend, um die Thatsache des Uebergangs der Führerrolle an die Geistlichkeit wesentlich abzuschwächen oder gar rückgängig zu machen. Ebensowenig haben die staatstreuen Mahnungen der geistlichen Oberhirten von Breslau und Kulm, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, wiewohl sie mit dem Gebote, Gott zu geben, was Gottes ist, durchaus nur im Einklang stehen, sowie die pflichtmäßige Zurückhaltung des Posener Erzbischofs von unkirchlichen und ungesetzlichen Schritten und Aeußerungen, Pfarrer und Kapläne in größerer Zahl davon abgehalten, sich in Stadt und Land an der nationalpolnischen Bewegung zu beteiligen und oft sogar an die Spitze derselben zu treten. Das Vereinswesen der polnischen Bevölkerung legt davon sprechendes Zeugnis ab.

In der Provinz Posen bestehen 200 landwirtschaftliche Vereine unter gleichmäßiger Leitung, 80 Erwerbsgenossenschaften und Kreditvereine unter Oberleitung des um das Kreditgenossenschaftswesen hochverdienten Propstes Wawrzyniak in Schrimm, überall Handwerker-, kaufmännische und Arbeitervereine, vielfach Gesang- und Turnvereine (Sokols), in Westpreußen namentlich auf dem Lande auch Volksvereine. Fast alle diese Vereine stehen unter geistlichen oder von geistlicher Seite beeinflußten Personen, und daß diese Leitung nicht immer in einem Geiste ausgeübt wird, der dem geistlichen Beruf entspricht, davon mag wenigstens ein Beispiel von vielen angeführt werden: Vom katholischen Industrieverein in Schneidemühl, der unter der Leitung des Vikars Palkowski steht, wurde bei einer polnischen Theateraufführung ein lebendes Bild zur Verherrlichung der polnischen Verfassung von 1791 gestellt und dazu die Melodie des schon früher erwähnten Revolutionsliedes „Z dymem pożarów“ gespielt. Da die Theateraufführung ohne behördliche Genehmigung und ohne die geforderte Angabe der Mitwirkenden stattgefunden hatte, wurde gegen den Vorsitzenden, der nach dem Urteil der Strafkammer als katholischer Geistlicher seinen Einfluß in den Dienst der polnischen Propaganda stellte, auf eine Geldstrafe von 25 Mark erkannt. Der polnische Dolmetscher, ein Landgerichtssekretär, erklärte, das polnische Revolutionslied in Uebersetzung nicht auf der Stelle wiedergeben zu können. Man wird auch diese Ausrede nicht mit Unrecht als ein Anzeichen für die Schwierigkeiten ansehen dürfen, die sich bei Beamten polnischer Nationalität oft ergeben, wenn sie mit nationalen Gegensätzen in ihren Heimatprovinzen in Berührung kommen.

Nicht zufrieden mit ihrer leitenden Stellung in den Vereinen sind manche katholische Geistliche selbst zu offen staatsfeindlichen Handlungen geschritten. In der Nähe von Kempen riß, wie ein Zeuge aus Ostrowo in der „Ostmark“ berichtet, ein polnischer Geistlicher

einigen Reservisten in der Sakristei der Kirche die preußische Kokarde ab. Aufreizungen gegen staatliche Anordnungen, insbesondere gegen den deutschen Unterricht, ließen sich Geistliche öfter zu Schulden kommen. „Das schlimmste Gift unserer Zeit" erblickt der polnische, in der letzten Zeit allerdings von staatstreuen Geistlichen abgelehnte „Katolik" Oberschlesiens im Deutschtum. „Hütet Eure „Kinder", ruft er seinen Lesern zu, „vor der Verdeutschung, diesem schlimmsten Gifte unserer Zeit!" „Und wenn das polnische Kind auch deutsch verstünde, und den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten könnte, so ist dasselbe doch verpflichtet, polnisch zu lernen, denn so will es die heilige Kirche, so verlangt es das Seelenheil des Kindes!"

Der Prälat Wolinski in Strelno rügte es den Schulkindern gegenüber, daß sie ihn mit dem deutschen Gruße: „Gelobt sei Jesus Christus!" ansprachen; er wolle nur polnisch begrüßt werden. Die königliche Regierung in Bromberg sah sich veranlaßt, dem Herrn Prälaten die Leitung des katholischen Religionsunterrichts zu entziehen.

Der Propst Szadzinski suchte den Schulkindern einzuprägen, daß zu Hause deutsch zu beten eine Sünde sei. Mit Recht kennzeichnete der Lehrer Wenzel diese hetzerische Warnung als eine Vergiftung der jugendlichen Seelen.

Selbst Militärgeistliche erlauben sich antideutsche Kundgebungen. Der katholische Militärpfarrer Steffen in Marienwerder hielt es beim Festgottesdienste zum Geburtstage des Kaisers nicht für nötig, dieses Geburtstages auch nur Erwähnung zu thun. Zur Rechenschaft aufgefordert, gab er dem Kommando zur Antwort: wenn des Kaisers Geburtstag ein hoher Feiertag sei, dürfe er nicht mit Trinkgelage und Tanz seinen Abschluß finden. Das Kriegsministerium enthob den Herrn Pfarrer, der auch schon bei einem Militärgottesdienste für deutsche Mannschaften eine polnische Predigt hielt und sein Haus gelegentlich auch mit einer polnischen Fahne schmückte, seines Amtes als Militärgeistlicher.

Wir könnten noch manches Beispiel für den eigenartigen Geist der christlichen Duldung, der Nächstenliebe und des Gehorsams gegen die Obrigkeit anführen, der aus Worten und Handlungen katholischer polnischer Priester in unseren Ostmarken spricht. Wir könnten an den Pfarrer in der Kaschubei erinnern, von dem ein Berichterstatter der „Post" als bezeugt meldet, daß er den Fahneneid als bloße Formel, seinen Bruch als keinen Meineid bezeichnet hat und nach dem es nur eines Winkes bedarf, um das polnische Reich wieder fertig zu sehen, oder an seinen würdigen Amtsgenossen, der die vom Bischof anbefohlene Berücksichtigung seiner deutschen Pfarrkinder durch deutsche Predigt hintanzuhalten weiß, indem er das Gerücht, er müsse „evangelisch" predigen, in der Gemeinde so klug benützt, daß nur sieben Leute in die Kirche zu kommen wagen und dem Bischof erklärt werden kann, es sei kein Bedürfnis für deutschen Gottesdienst. Der Referent der Berliner „Post" erfuhr beides an Ort und Stelle. Wir könnten die kirchlichen Weihen polnischer Vereinsfahnen, die Verwendung von

Kindern bei polnischen Aufführungen unter geistlicher Leitung, die von Schulkindern beobachtete und vom Ortspfarrer ausgebeutete Wundererscheinung der heiligen Jungfrau auf dem Ahornbaum in Dietrichswalde näher beleuchten, die zu so großartigen polnischen Volksversammlungen und literarischen Ausbeutungen den Anstoß gab. Deutsche gebildete Katholiken, die nicht gänzlich zu der Centrumspartei eingeschworen sind, werden die fanatische Verquickung politischer Agitation mit der mißbrauchten Religion gewiß nicht billigen, und daß auch der oberste geistliche Hirt der polnischen Katholiken in Posen die Deutschen nicht zurücksetzen will, ergibt sich aus seinem Erlaß vom 18. März 1895, worin er von den ihm untergeordneten Priestern verlangt, daß sie alle Pfarrangehörigen ohne Unterschied der Nationalität gleicherweise in ihr Herz einschließen.

Trotz der hier vorgeführten und ähnlicher Beispiele pflichtwidrigen Verhaltens nicht weniger katholischer Geistlichen polnischer Abstammung oder polonisierter Gesinnung möchten wir auch hier nicht die Verfehlungen der Einzelnen der Gesamtheit aufbürden und der katholischen Geistlichkeit der Grenzmarken in der überwiegenden Mehrzahl eine direkt staatsfeindliche Haltung zuschreiben. Auch unter ihr gibt es gewiß zahlreiche, von echt christlichem Geiste der Friedfertigkeit und Verträglichkeit beseelte Priester, und mancher weiß wohl auch im Staate der Hohenzollern die Vorzüge echt deutschen und christlichen Geistes anzuerkennen und zu schätzen. Immerhin müssen die preußische Regierung und unsere deutschen Landsleute in den Grenzmarken auf ihrer Hut sein, sich vor Umtrieben und Uebergriffen von ihrer Pflicht gegen den Staat und ihre deutschen Mitbürger abirrender Mitglieder der Geistlichkeit kräftig zu schützen.

Vom deutschen Standpunkt aus erscheint als die wichtigste Forderung an die katholische Kirche und deren zuständige Vertreter, daß den Katholiken deutscher Zunge vor allem der Gottesdienst in deutscher Sprache in ausreichendem Maße gesichert und der deutsche Katholik nicht durch die Vorenthaltung seiner Rechte in dieser wichtigen Angelegenheit zur Teilnahme am polnischen Gottesdienst gezwungen und dadurch seinem Volkstum entfremdet werde. Es ist auf diesem Gebiete bisher viel gefehlt und vernachlässigt worden, und wenn die Heranziehung der ausreichenden geistlichen Kräfte deutscher und doppeltsprachiger Zunge zuweilen nicht leicht ist, so muß doch bei der überall bewährten Leistungsfähigkeit der katholischen Kirche auf der Erfüllung dieser staatlich unbedingt festzuhaltenden Forderung mit allem Nachdrucke bestanden werden. Die für Preußen und das Deutschtum beschämende Erfahrung, daß deutsche katholische Bauern wie die vielberufenen Bamberger Kolonisten bei der Stadt Posen ihrer Sprache und damit ihres Nationalbewußtseins verlustig werden, darf sich in Zukunft nicht mehr wiederholen.

Schulwesen.

Besser als auf dem Gebiete der katholischen Kirche sieht es für das Deutschtum in den Ostmarken im Schulwesen aus. Während wir bei dem heutigen Stande der Dinge in der Kirchenpolitik uns damit begnügen müssen, wenn die katholischen geistlichen Behörden den katholischen Deutschen den Gottesdienst in deutscher Sprache und die Befriedigung ihrer geistlichen Bedürfnisse ohne Beeinträchtigung ihres deutschen Volkstums gewährleisten und sich der Bekundung unfreundlicher Gesinnung gegen Staat und Reich, gegen deutsches Volkstum und gleichberechtigte Landsleute enthalten, haben wir von der jetzigen Leitung und Leistung der Schule aufrichtige, gesinnungstreue, werkthätige Mitarbeit zu den Aufgaben des preußischen Staats und der deutschen Sache in unsern Grenzprovinzen mit voller Zuversicht zu erwarten, und wenn nach einem vielgebrauchten Worte Dem, der die Schule hat, die Zukunft gehört, so dürfen wir in dieser Richtung der weiteren Entwicklung der nationalen Verhältnisse nun auch mit Vertrauen entgegensehen.

Allerdings ist dieses Vertrauen erst in der neuesten Zeit ein berechtigtes geworden, da die preußische Regierung die wohlthätigen Wirkungen der allgemeinen Schulpflicht im nationalen Sinne durch eine vertrauensselige Politik zu Gunsten des Polentums lange Zeit verkümmert hatte. Bis zum Ablauf des Mühler'schen Regiments im Kultusministerium war in den Ostmarken die nationale wie die technische Mangelhaftigkeit des Volksschulwesens höchst bedenklich. Ein methodischer Elementarunterricht hatte in den unter katholischer geistlicher Aufsicht stehenden Volksschulen der Provinz Posen vor der ministeriellen Revision im Jahre 1873 nicht stattgefunden: nur einzelne höher begabte und pflichteifrige Lehrer erhoben ihre Schulthätigkeit über ein mechanisches Einpauken von Sätzen, deren Inhalt und Form zu keinem wirklichen Verständnis gebracht wurden, und im Deutschen wurde vollends sehr wenig geleistet. In der „Ostmark" (zweiter Jahrgang Nr. 8 f.) faßt ein deutscher Schulmann seine praktischen Erfahrungen aus jener Zeit in nachstehenden Sätzen zusammen:

Die polnische Sprache war nicht allein Unterrichts-, sondern auch Verkehrssprache, selbst mit dem Schulinspektor. Nachdem die Kinder in der Muttersprache notdürftig lesen, d. h. die Laute zu Wörtern verbinden gelernt hatten, wurden ihnen an Wand- und Handfibeln die deutschen Buchstaben und die dort angegebenen Wortbilder gelehrt. Die mühsam eingeübten wenigen Sätze blieben im besten Fall bloßes Gedächtniswerk. Die Regierungsverordnungen über den deutschen Unterricht wurden zum großen Teil nicht befolgt, die im Stundenplan für das Deutsche angesetzten Lehrstunden sehr oft für den polnischen Unterricht verwendet. Das Rechnen und die übrigen Unterrichtsgegenstände wurden ausschließlich in polnischer Sprache betrieben. Auch

in dieser Sprache wurde übrigens bei dem schlechten Elementarunterricht und dem mangelhaften Schulbesuch nur wenig geleistet. Die größere Hälfte der gesamten Schülerzahl waren Analphabeten, die Mittel- und Oberstufe der Volksschule zählte nur wenige Schüler.

Die Verwahrlosung des Volksschulwesens zur Zeit der geistlichen Schulaufsicht war so schlimm, daß alles heutige polnisch-klerikale Gerede von der jetzigen „Verdummungsmethode" nur um so verkehrter erscheinen kann. Nachdem die vom Ministerium Falk angeordnete gründliche Revision die Schäden und Mängel des Unterrichts aufgedeckt hatte, wurde die Geistlichkeit der Schulinspektion enthoben und das Institut der weltlichen fachmännischen Schulinspektoren eingeführt, unter welchem das Schulwesen sich in befriedigender Weise entwickelt hat.

Das Urteil mit den Verhältnissen vertrauter Schulmänner stellt fest, daß die Schulkinder heute im mündlichen und schriftlichen Gebrauche der deutschen Sprache geübt, daß ihre geistigen Anlagen durch das Erlernen der deutschen neben der polnischen Sprache, sowie durch die ihnen beigebrachte Gewandtheit im Rechnen und durch die Erwerbung guter Kenntnisse in den Realgegenständen geweckt und gefördert worden sind. Der beste Beweis für die Erfolge des deutschen Unterrichts wird — leider vielfach selbst zum Schaden der deutschen Nationalität — dadurch geliefert, daß die jetzt so wohlausgebildete Jugend, was sie früher nicht vermochte, zur Handwerks-, gewerblichen und Handelsthätigkeit nach den Städten drängt und das Deutschtum zu überwuchern droht, dem sie doch das Meiste zu danken hat.

Das Volksschulwesen ist in sämtlichen von uns betrachteten Provinzen unter preußischem Regiment stetig fortgeschritten. Die Zahl der öffentlichen Volksschulen hat sich vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1891 in Ostpreußen von 2,953 auf 3,012, in Westpreußen von 1856 auf 2,081, in Posen von 2,203 auf 2,399, in Schlesien von 3,987 auf 4,310 gehoben. Dabei ist jeder den Unterricht beeinträchtigenden Ueberfüllung der einzelnen Schulklassen sorgfältig abgeholfen worden. Im oberschlesischen Regierungsbezirk Oppeln, wo die polnische Landbevölkerung überwiegt, kommen allerdings noch jetzt in den Dörfern 70, selbst in den Städten noch 69 Kinder auf eine Schulklasse, in Posen ist das Verhältnis bereits auf 61—59, in Westpreußen auf 59—60, in Ostpreußen auf 64—54 zurückgegangen.

Die Gesamtzahl der Schulkinder, welche die öffentlichen Volksschulen besuchten, war im Jahre 1891

in Ostpreußen	306,855
in Westpreußen	257,311
in Posen	306,730
in Schlesien	702,243.

Die Familiensprache der Kinder betreffend ergaben sich folgende Zahlen, welche zugleich nähere Anhaltspunkte zur Beurteilung des Fortschrittes, Stillstandes und Rückschrittes in der betreffenden Volkssprache und damit zur Vergewisserung über die Aussichten des Deutschtums in der Sprachenfrage geben:

In Ostpreußen sprachen:

	im Jahre 1886	im Jahre 1891	
nur polnisch	61428	54382	Kinder
deutsch und polnisch	16133	18038	„
nur litauisch	12752	12660	„
litauisch und deutsch	8384	6869	„

Die Zahl der nur deutsch sprechenden ergibt sich beim Vergleich dieser Zahlen mit der oben angegebenen Gesamtzahl der Schulkinder.

In Westpreußen sprachen:

	im Jahre 1886	im Jahre 1891	
nur polnisch	83191	79855	Kinder
polnisch und deutsch	14260	12365	„
nur kaschubisch	—	3467	„
deutsch und kaschubisch	—	328	„
In der Provinz Posen:			
nur polnisch	189135	188403	Kinder
polnisch und deutsch	13149	12502	„
In Schlesien:			
nur polnisch	168256	170282	„
polnisch und deutsch	27420	31087	„
nur wendisch	3860	4260	„
wendisch und deutsch	1756	1386	„
nur tschechisch und mährisch	8604	10854	„
tschechisch-mährisch und deutsch	2809	1357	„

In einem an Einzelheiten über die Fortschritte der Polonisierung ungemein reichen Buche von C. Fink: „Der Kampf um die Ostmark" (Berlin 1897, Verlag von Hermann Walter) sind vielfach Ziffern über die Zunahme der polnischen Schuljugend gegenüber der deutschen mitgeteilt, die das Verhältnis in den betreffenden Ortschaften und Bezirken als weit ungünstiger erkennen lassen, als es sich in den vorstehenden, gleich anderen folgenden dem Statistischen Handbuch für den preußischen Staat, Bd. II 1893, entnommenen Ziffern der amtlichen zusammenfassenden Statistik für die Provinzen darstellt. Wir ersehen daraus, daß den für das Deutschtum ungünstigen Veränderungen in vielen Kreisen doch wenigstens in manchen anderen auch günstige sich gegenüberstellen. Immerhin ist es erfreulich, daß im ganzen, trotz des allgemeinen Wachstums der Bevölkerung in einem Jahrfünft, die Zahl der nur polnisch sprechenden Kinder in Posen um einige hundert, in Westpreußen um einige tausend — bei gleichzeitiger Verminderung der doppeltsprachigen —, in Ostpreußen sogar um mehr als 7000 — allerdings unter nicht unbeträchtlicher Vermehrung der doppeltsprachigen — abgenommen, mithin offenbar der Gebrauch des Deutschen als Familiensprache im allgemeinen Fortschritte gemacht hat.

Die steigenden Kosten der Volksschulen haben den Fortschritt derselben nicht verhindert; sie stellten sich im Jahre 1891 in der Provinz Ostpreußen auf 2489 Mark im Durchschnitt für eine Schule, in Westpreußen auf 2831, in Posen auf 3026, in Schlesien durchschnittlich

auf 3895, für Oberschlesien speziell auf 4422 Mark. Die Belastung der Bevölkerung mit den Unterhaltungskosten war in den zwanzig Jahren von 1871—1891 so beträchtlich gestiegen, daß auf 1000 Köpfe der Gesamtbevölkerung im ersten Jahre in Ostpreußen nur 1780,62, in Westpreußen 1914,85, in Posen 1695,30, in Schlesien 1716,19, dagegen im letzten Jahre in Ostpreußen 3826,04, in Westpreußen 4108,88, in Posen 4144,27, in Schlesien 3974,67 Mark entfielen, so daß jeder einzelne Schüler im Durchschnitt in Ostpreußen, nach dem ersten und letzten Jahre berechnet, 11,05—24,42 Mark Kosten verursachte, in Westpreußen 13,15—24,83, in Posen 11,29—23,67, in Schlesien 10,71 bis 23,41. Erfreulicherweise hat der Staat dafür gesorgt, daß für das Einkommen der Lehrer in der Provinz Posen jetzt als Mindestgehalt die Summe von 1000 Mark festgesetzt ist, während bis vor Kurzem mancher Lehrer sich mit 750 Mark bescheiden mußte. Selbst der Durchschnittsgehalt eines Lehrers hatte noch im Jahre 1891 in Ostpreußen nur 1091, der einer Lehrerin 693 Mark betragen, in Westpreußen 1074, bezw. 825, in Posen 1174, bezw. 913, in Schlesien 1243, bezw. 852. Hoffentlich wird die Besserung in den Verhältnissen der Lehrer und Schulen immer weiter fortschreiten.

Gegen die deutsche Volksschule sind allerlei Umtriebe versucht worden. So wurden z. B. Schulbücher für polnische Propaganda benützt. Die Regierung zu Oppeln hat sich noch kürzlich veranlaßt gesehen, die ihr untergeordneten Schulorgane darauf hinzuweisen, daß vielfach unter der oberschlesischen Schuljugend eine Fibel verbreitet wurde, deren Inhalt teilweise darauf angelegt ist, statt des deutschen das polnische Nationalbewußtsein in der Schuljugend zu wecken. Bei entsprechender Aufsicht, wie sie jetzt geübt wird, muß man sich auch auf nationalpolnischer Seite damit abfinden, die Volksschule in preußisch-deutschem Geiste wirken zu sehen, so daß den Unversöhnlichen nur übrig bleibt, ihr im häuslichen Familienkreise mit der sorgsamen Nährung des polnischen Gefühls entgegenzuwirken. Außerdem wird der großenteils in polnischer Sprache erteilte Religionsunterricht, namentlich der auf die Firmung vorbereitende, von den polnisch gesinnten katholischen Geistlichen, nicht immer ohne politische Tendenz, zur fortdauernden Erhaltung und Stärkung des Polentums benützt. Nichtkonzessionierten polnischen Privatschulen wird das Handwerk gelegt. Erfreulich ist es, daß die Volksschullehrer unter den staatlichen Schulinspektoren dem früheren beherrschenden Einflusse der Geistlichkeit entzogen sind und von dieser Selbständigkeit in staatstreuem Sinne Gebrauch machend auch entgegengesetzten Einwirkungen klerikaler Fanatiker Widerstand zu leisten wissen. Die Lehrerschaft ist bei der Unzuverlässigkeit vieler Mitglieder des geistlichen Standes zu einer um so wertvolleren Stütze des deutschen Staats- und Volkstums geworden, und die staatlichen Aufwendungen für ihre Ausbildung und ausreichende Besoldung tragen nicht weniger gute Früchte als die für die Volksschulen selbst von Staat und Gemeinde gebrachten pflichtmäßigen Opfer.

An Bildungsanstalten für Volksschullehrer, Seminaren, besitzt Schlesien 9 evangelische, 10 katholische, Ostpreußen 7 evangelische, 1 katholisches, Westpreußen 3 evangelische, 3 katholische, die Provinz Posen 2 evangelische, 2 katholische und außerdem je ein paritätisches Seminar für Lehrer und für Lehrerinnen.

Die konfessionelle Frage spielt natürlich auch bei der Gründung und Einrichtung neuer Schulen in den Ostmarken eine wichtige Rolle. Der grundsätzliche Vorzug der konfessionellen Volksschule erhält durch die Mischungsverhältnisse in der Bevölkerung und die zur vollen Leistungsfähigkeit oft nötige Verbindung der finanziellen Kräfte ein Gegengewicht. In der Frage der Simultanschulen schließen sich die Kenner der Ostmarken meist der Ansicht an, daß sie nur am Platze seien, wo das Deutschtum bereits überwiege. Dort werden sie die Anpassung der polnischen Arbeiterbevölkerung an deutsche Sitte und deutsche Sprache wesentlich erleichtern und beschleunigen. Anderwärts, wo jene Voraussetzung nicht besteht, verfallen die Kinder unserer deutsch-katholischen Landsleute, wenn sie dem ausschließlichen Verkehr mit der andersprechenden Jugend und der Behandlung polnischer Lehrer preisgegeben sind, allzuleicht der Polonisierung.

Öffentliche Mittel- und höhere Mädchenschulen gab es im Jahre 1891 in Ostpreußen 31, und zwar 28 evangelische, 2 paritätische und 1 katholische, in Westpreußen 20, wovon 10 evangelisch, 10 katholisch, in Posen 24, nämlich 11 evangelische und 13 paritätische, in Schlesien 31, davon 22 evangelische, 2 katholische, 7 simultane. Die Kosten der Mittelschulen betrugen durchschnittlich je über 20000 Mark, das Schulgeld 28—33, in den höheren Töchterschulen sogar 44 (Posen) bis 75½ Mark (Schlesien) im Durchschnitt. Auch für Privatschulen werden hie und da Staatsunterstützungen in Anspruch genommen und aus nationalpolitischen Gründen gewährt.

Ueber die Gymnasien und ähnliche höhere Lehranstalten liegen amtlich beglaubigte Angaben aus einem mehr als dreißigjährigen Zeitraum — von 1860 bis 1892 — vor. Im erstgenannten Jahre zählte die damalige Provinz Preußen — das heutige Ost- und Westpreußen — 30 Gymnasien; bis 1892 hatte sich die Zahl solcher Anstalten auf 54 vermehrt. In Posen waren im Jahre 1860 13 Gymnasien, im Jahre 1892 20; in Schlesien vermehrte sich die Zahl der Gymnasien in jenem Zeitraum von 27 auf 38. Eine genauere Scheidung der zum Range dieser Gattung von höheren Lehranstalten gehörigen Schulen aus dem Winterhalbjahr von 1891 auf 1892 ergibt nachstehendes Verzeichnis:

Ostpreußen: 16 Gymnasien, 2 Progymnasien, 5 Realgymnasien, 2 Realprogymnasien, 1 höhere Bürgerschule;
zusammen: 26 höhere Lehranstalten mit 6921 Schülern.

Westpreußen: 13 Gymnasien, 5 Progymnasien, 4 Realgymnasien, 4 Realprogymnasien, 2 höhere Bürgerschulen;
zusammen: 28 Anstalten mit 6785 Schülern.

Posen: 15 Gymnasien, 2 Progymnasien, 3 Realgymnasien;
zusammen: 20 Anstalten mit 6489 Schülern.
Schlesien: 37 Gymnasien, 2 Progymnasien, 9 Realgymnasien, 3 Realprogymnasien, 2 Oberrealschulen, 5 höhere Bürgerschulen;
zusammen: 58 höhere Lehranstalten mit 16679 Schülern.

Auf 10000 Einwohner kamen in der Provinz Preußen im Jahre 1860 durchschnittlich 20 Gymnasiasten, im Jahre 1892 aber 28, in Posen zuerst 19, dann 31, in Schlesien 22—25; dazu Realschüler in Preußen 14, bezw. 12, in Posen 11—6, in Schlesien 8—14. Bei der Verminderung der Zahl der Realschüler in Preußen und Posen ist die Mehrung der Gymnasiasten zu beachten. Im ganzen ist die Zunahme des Besuchs der höheren Lehranstalten nicht unbeträchtlich.

Von staatlichen Hochschulen besteht in den preußischen Ostmarken bis jetzt nur eine Universität nebst einer landwirtschaftlichen Akademie in Schlesien und eine Kunstakademie in Königsberg. Die Errichtung einer polytechnischen Hochschule ist beabsichtigt und soll jetzt der Ausführung entgegengehen: unter den dafür in Aussicht genommenen und sich darum bewerbenden Städten scheint Danzig den Sieg zu erringen. Die vielfach erörterte Frage, ob für die Provinz Posen eine Universität zu gründen nötig oder doch wünschenswert sei, muß verneint werden, ohne damit einen Rechtsanspruch der Provinz zu verkürzen. Breslau und Berlin liegen für die Posener nahe genug, und von einer Hochschule mit polnischer Lehrsprache, von der manche autonomistische Phantasten träumten, könnte ja ohnehin keine Rede sein. Wie die Gymnasialbildung von Schülern polnischer Abstammung seit Jahrzehnten überall mit Leichtigkeit erworben wird, so ist die Fähigkeit der Polen, die höchste wissenschaftliche Ausbildung in allen gelehrten und technischen Fächern auch in deutscher Sprache zu erreichen, durch hundertfache Erfahrungen aufs überzeugendste nachgewiesen: ein Bedürfnis für eine polnischsprachige Hochschule in preußischen Landen ist durchaus nicht vorhanden. Daß die preußischen Polen selbst ein solches Bedürfnis nicht empfinden, beweisen sie am klarsten dadurch, daß sie deutsche, belgische, französische und schweizerische Hochschulen mit größerer Vorliebe besuchen als die polnischen in Galizien. Selbst Rußland, auf dessen Reichsboden dreimal so viele Polen leben als auf preußischem, hat keine Universität mit polnischer Lehrsprache aufrecht erhalten: in Warschau, wo eine polnische Universität vollberechtigt wäre nnd bekanntlich in früheren Zeiten bestand, werden jetzt alle Kollegien in russischer Sprache gelesen. Eine polnische Universität in Posen oder Bromberg würde eine ebenso unnötige als verfehlte Gründung sein.

Gewerbe und Verkehr.

Als Preußen nach Beendigung der im Verein mit Rußland und Oesterreich gegen Napoleons Zwingherrschaft geführten Kriege bei der endgiltigen Verteilung der ehemals polnischen Lande mit dem kleinsten Anteil sich begnügen mußte, wurde ihm von russischer Seite entgegengehalten, daß jener Teil in wirtschaftlicher Hinsicht, namentlich in den Gewerben, am meisten vorgeschritten und besonders wertvoll sei. Die bei der Teilung Polens verbundenen Mächte waren zugleich übereingekommen, den Verkehr zwischen den nun zu drei Staatsgebieten gehörigen Landesteilen auch fernerhin nach Möglichkeit ungehemmt sich entwickeln zu lassen: die Bevölkerung sollte die politische Teilung weniger hart empfinden und in ihren gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen nicht belästigt werden.

Rußland, das den Löwenanteil am polnischen Ländererwerbe gewonnen, bot mit dem auf dem Wiener Kongreß neugebildeten Königreich Polen den preußischen Ostmarken für Verkehr und Handel ein Hinterland, das bei möglichen guten Straßenverbindungen und erleichternden Zollbedingungen der weiteren Entfaltung der Industrie im diesseitigen Grenzgebiete wie in unsern ganzen östlichen Provinzen entsprechenden Absatz ihrer Erzeugnisse gewährt haben würde, und bei dem durch den land- und forstwirtschaftlichen Reichtum Russisch-Polens dargebotenen Austausch konnte man sich wechselseitig ein befriedigendes Verkehrsverhältnis versprechen.

Diese Voraussetzungen gingen leider nicht in Erfüllung, zum großen Nachteil für Gewerbe und Verkehr in unsern Ostmarken. Die wohlgemeinten Versprechungen und schönen Aussichten einer nach langjährigen blutigen Kämpfen zu weltbürgerlich humanistischen Träumereien doppelt geneigten Zeit wurden durch die eisernen Gebote der rauhen Wirklichkeit und der staatlichen Notwendigkeit bald zu nichte gemacht, und Preußen und das Deutschtum mußten sich in den Ostprovinzen mit ganz anderen, weit schwereren Bedingungen und Einflüssen abfinden, als man sie 1815 erhofft hatte.

Im ehemals großpolnischen Besitz waren es namentlich die von Deutschen längst besiedelten Städte im südlichen und westlichen Teile der Provinz Posen, an der Grenze gegen Schlesien, in denen vorzugsweise die Tuchweberei und verwandte Gewerbszweige blühten. Der Absatz der dort verfertigten Waren ging zumeist nach dem polnischen Osten. Der freie Verkehr über die russisch-polnische Grenze wurde aber im Gegensatze zu den gegebenen Versprechungen mit der fortschreitenden Ausbildung des russichen Zollsystems immer mehr zu einem äußerst beschränkten: die russische Regierung verfolgte immer entschiedener das für große Nationalstaaten gebotene Ziel, sich auch in wirtschaftlicher Beziehung vom Auslande unabhängig zu machen, und so mußte denn für die diesseitige Industrie der jenseitige Markt

in immer steigendem Maße eingeschränkt werden, größtenteils gänzlich verloren gehen.

Schon unter der polnisch-autonomen Verwaltung des „Kongreß-königreichs" bis 1830 sind zahlreiche Posener, schlesische und alt-preußische Gewerbsleute, mit und nach ihnen aber auch andere deutsche, besonders sächsische und selbst rheinische Fabrikanten nach Russisch-Polen eingewandert und haben dort eine Textil-Industrie in Aufschwung gebracht, die in raschem Gedeihen, namentlich nach dem Jahre 1851, wo die Zollschranken zwischen dem Weichsellande und dem übrigen russischen Reichsgebiete fielen und die ungeheuren Länder-strecken bis ins mittlere und östliche Asien den Absatzmarkt riesenhaft erweiterten, immer großartigere Ausdehnung annahm. Während die gewerbsamen südposenschen Mittelstädte, wie Rawitsch, Lissa, Bojanowo, Kempen, Ostrowo, Fraustadt nur in bescheidenem Maße fort-schritten, sind jenseits der russisch-polnischen Grenze von Sosnowitz und Zawiercie gegenüber dem oberschlesischen Kattowitz bis nord-wärts nach Zyrardow („Schirardov") ein Dutzend blühender Fabrik-städte herangewachsen, von denen eine, das vom Jahr 1821 bis 1897 von 720 zu 320,000 Einwohnern emporgestiegene Lodz, mit vollem Recht den Namen eines russisch-polnischen Manchester führt. Selbst-verständlich sind mit der Baumwollen-, Wollen- und Leinenindustrie auch zahlreiche andere Fabrik- und Gewerbszweige zur Blüte gelangt.

Das Gewerbswesen und die industrielle Fabrikation in den preußischen Ostmarken blieb mit dem allmählich fortschreitenden Ent-gang seines ehemaligen Absatzgebietes im polnisch-russischen Hinter-lande auf einen sehr beschränkten Markt angewiesen. Auch in betreff der Verkehrswege nach dem russisch-polnischen Nachbarlande traten Erleichterungen nur in geringem, für mitteleuropäische Länder nicht genügendem Maße ein. Daß der Uebergang über die Grenze aus polizeilichen und zollpolitischen Gründen streng überwacht wird, ist selbstverständlich, aber daß in der Zeit der Eisenbahnen die Herstellung einer solchen Verbindung in einigermaßen direkter Linie zwischen Städten wie Breslau einerseits und Lodz-Warschau andrerseits seit mehr als dreißig Jahren vergebens erstrebt wird, ist doch ein unge-mein bezeichnendes Zeugnis für die schroffe Zurückhaltung der russi-schen Nachbarschaft. Die seit Jahrzehnten fertige Sackbahn Breslau-Wilhelmsbrück weist wie ein Ausrufungszeichen von deutscher Seite nach den russisch-polnischen Großstädten und wartet auf den dorther ersehnten Anschluß — Rußland hat sich bisher nicht herbeigelassen, die klaffende Lücke des Eisenbahnnetzes zwischen dem östlichsten Rande Oberschlesiens und dem so weit entfernten Eintritt der Weichsel nach Westpreußen durch eine von den jenseitigen nicht minder als von den preußischen Grenzmärkern ersehnte Bahn zu beseitigen. Von Thorn ostwärts bei Illowo, gegenüber der russisch-polnischen Kreisstadt Mlawa, stellt die Linie Warschau-Danzig eine Bahnverbindung für den Verkehr der russisch-polnischen Hauptstadt mit dem für Polens Aus- und Einfuhr wichtigsten Seehafen, weiter östlich bei Prosſken,

gegenüber von Grajewo, die Linie Bialystok-Lyck die für die Ausfuhr aus Russisch-Litauen wertvolle Verbindung mit dem Seehafen Königsberg-Pillau her. Ganz im Nordosten endlich unserer Grenzmarken bei Eydtkuhnen schneidet die für den internationalen Verkehr so bedeutende Eisenbahnlinie Königsberg-Kowno-St. Petersburg die ostpreußische Grenze gegen Russisch-Polen. Im Bahnverkehr mit seinem russisch-polnischen Hinterlande hat das gesamte Gebiet unserer weitgedehnten Grenzmarken auf mehr als anderthalbhundert Meilen nicht mehr als fünf Berührungspunkte.

Der strenge Abschluß des russischen Nachbarstaates ist für die gesamte wirtschaftliche Stellung und Entwickelung unserer Ostprovinzen maßgebend; insbesondere bei der gewerblichen Thätigkeit ihrer Bewohner fällt dieser Umstand ins Gewicht, so daß wir dieselbe nicht nach dem Maßstabe westlicher preußischer Provinzen beurteilen dürfen. Nur das hochentwickelte deutsche Niederschlesien ist auch in dieser Beziehung vor den Grenzmarken bevorzugt und darum von unserer Betrachtung auszuschließen, und der oberschlesische Grenzbezirk nimmt seinerseits ebenfalls eine von Posen, West- und Ostpreußen durchaus abweichende Stellung ein, weil in ihm der jene drei Provinzen kennzeichnende landwirtschaftliche Grundcharakter hinter einem umfangreichen Bergwerks- und Hüttenwesen zurücktritt, das unter der preußischen Verwaltung die slawische Mark völlig umgestaltet und zu einem modernen Industriegebiete gemacht hat, das sich den westfälisch-rheinischen des preußischen Staates ebenbürtig anreiht.

Seitdem Friedrich der Große bald nach der Besitzergreifung von Schlesien, in richtiger Erkenntnis des Wertes der mineralischen Schätze des neuerworbenen Landes, zur besseren Ausbeutung derselben den Anstoß gab, die erste Bergordnung erließ und im Grafen Rheden den rechten Mann fand, seine Pläne auszuführen, hat sich der oberschlesische Bergbau auf Eisen und Zink wie auf Steinkohlen zu riesiger Ausdehnung entwickelt, und die Verarbeitung der Eisenerze in den Hüttenwerken folgte den Fortschritten des Bergbaues im entsprechenden großen Maßstabe.. In dem vor anderthalb Jahrhunderten einsam öden Landstrich drängt sich heute Grube an Grube, Hütte an Hütte. Die Dichtheit der Bevölkerung steht hinter den Montandistrikten Sachsens, Westfalens, Belgiens und Englands durchaus nicht zurück, und in nächster Nähe reihen sich volkreiche Städte aneinander, die vor wenigen Jahrzehnten noch ganz unbedeutende Dörfer waren. Nach der letzten Volkszählung hatte Königshütte 44,697, Beuthen 42,343, Gleiwitz 38,916, Kattowitz 22,757 Einwohner; auch in Zabrze wurden 1890 schon 16,232, in Lipine 12,823, in Alt-Zabrze 10,646, in Laurahütte 10,572, in Myslowitz 9,392 Köpfe gezählt. Daß auch im oberschlesischen Industriebezirk die großpolnische Bewegung sehr geschäftig ist, bei den Bergleuten wie bei Handwerkern ihre nationale und konfessionelle Agitation betreibt, beweisen der schon früher erwähnte „Katolik“ und ähnliche Preßorgane; auch ist es bei den Wahlen zum preußischen Landtag und deutschen Reichstag, sowie

bei anderen Kundgebungen ins Licht getreten. Das Bestreben der Polen, Handwerk, Gewerbe und Handel aus deutschen Händen in polnische zu bringen, fordert auch hier die Deutschen zu angestrengtem Erhaltungskampf heraus. Die Stütze, die das Deutschtum in den großen Staats- und Privatbetrieben des Bergbaues und des Hüttenwesens findet, darf unsre Landsleute nicht lässig machen, unausgesetzt dem polnischen Wettbewerb das Gegengewicht zu halten und die durch preußisch-deutsche Kulturarbeit aufgeblühte Grenzmark dem Vaterlande, für das erfreulicher Weise auch dort wackere Männer tapfer eintreten, in preußisch-deutscher Gesinnung treu und fest zu erhalten.

In Posen, West- und Ostpreußen wird das Gewerbswesen im allgemeinen durch die für das wirtschaftliche Leben maßgebende Landwirtschaft bedingt und überwogen. Die größeren Industriezweige sind meist auf Zuckerfabrikation, Müllerei, Fabrikation von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Chemikalien u. s. w. beschränkt, doch waren im Bezirke der Handelskammer von Bromberg im Jahre 1896 bereits 30,000 Arbeiter in der Industrie beschäftigt. Wie sehr der Anteil der polnischen Nationalität am Handwerk und an der Industrie im Wachsen begriffen ist, zeigt neben vielen anderen Städten die Provinzialhauptstadt Posen. Dort ist in den letzten zwanzig Jahren der polnische Anteil am Handwerk von 36,3 Prozent auf 49,8, an der Industrie von 22,7 auf 36,8 gestiegen. In manchen Gewerbszweigen wird über mangelhafte Leistungsfähigkeit deutscher Geschäfte geklagt. Das Gewerbegericht der Stadt, dessen Zusammensetzung durch die Wahlen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestimmt wird, hat gegenwärtig außer dem deutschen Vorsitzenden lauter polnische Mitglieder. Aus zahlreichen Städten der drei Provinzen werden Einzelheiten ähnlicher Art über die unverhältnismäßig stärkere Zunahme des polnischen Elements als des deutschen in den städtischen Gewerben gemeldet. Selbst solche Gewerbe, die früher wegen der dazu erforderlichen höheren wissenschaftlichen Bildung gewissermaßen als Vorrechte der Deutschen betrachtet wurden, wie die Apotheken, werden, mit gleichem Wettbewerb wie der ärztliche Beruf, jetzt vielfach von Polen ausgeübt. Junge Polen, selbst aus adeligen Familien, studieren als Techniker, lernen als Kaufleute, arbeiten so fleißig und tüchtig wie deutsche Berufsgenossen und gründen ebenso wie sie ihre Bureaux, Comptoire, Läden und Niederlassungen. Polnische Buchhändler und Gastwirte, Droguisten und Konditoren, Schuster und Schneider, Bäcker und Fleischer, Handwerker und Dienstleute aller Art sind, in entschiedenstem Gegensatz gegen altpolnische Abneigungen vergangener Jahrhunderte, überall in Stadt und Land den deutschen und jüdischen Vorbildern und Vorgängern zahl- und erfolgreich zur Seite, sehr häufig an ihre Stelle getreten. Letzteres geschieht natürlich besonders da, wo der polnische Bewerber die geschäftlichen Tugenden, die von alters her unsres Volkes Kennzeichen und Ehre waren, nach unserem Muster sich angeeignet, manche unserer Landsleute aber zu

ihrem und unsres ganzen Volkstums Schaden und Unehre das Beispiel der Väter vergessen und Fehler angenommen haben, die der Deutsche den Fremden überlassen sollte. Beklagenswerter Weise sind derartige Veränderungen nicht so selten, wie es ehrliebende Deutsche glauben möchten. „Schrimm ist schlimm!" schreibt ein deutscher Beobachter aus diesem Posener Landstädtchen: „Wir haben hier nur noch einen deutschen Schmied und einen deutschen Uhrmacher, einen deutschen Müller und Bäcker schon lange nicht mehr. Ein deutscher Zimmermeister wurde bankerott, weil er ewig in Prozessen lag, ein Maurermeister, weil er stets bis Mittag im Bette lag; ein Müller verspielte Hab und Gut." Bei derartigen Vertretern unseres Volkstums kann man sich nicht wundern, wenn an manchen Orten die deutsche Sache in Posen zurückgeht und die Polen im Vorteil und Fortschritt bleiben. Daß aber auch verwerfliche Mittel, wie der gehässige Boykott, zum Schaden unserer Landsleute für das polnische Gewerbe ausgenützt werden, haben wir schon hervorgehoben und gekennzeichnet.

Eine der Hauptursachen, warum das Gewerbswesen auf polnischer Seite in neuerer Zeit rascher vorwärts kam als auf deutscher, lag an der besseren Ausnützung des genossenschaftlichen Kredits durch die polnischen Geschäftsleute. Der Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen und Westpreußen hat unter seinem umsichtigen und unermüdlichen Anwalt, Propst Wawrzyniak, als kreditwürdig sogar die Zulassung zum Geschäftsverkehr bei der Preußischen Zentralgenossenschaftsbank erreicht, so daß seine dem Polentum zu gute kommenden Bestrebungen durch preußische Staatsmittel gefördert werden. Erst in allerjüngster Zeit ist in Posen eine deutsche Kreditgesellschaft für Handel und Gewerbe gegründet worden, die endlich auch den deutschen kreditbedürftigen Geschäftsleuten die gleichen Hilfsmittel zuführen wird, deren sich die Polen schon längst bedienen. Möge sie überall Nachfolge finden, wo deutsche Gewerbsleute ihrer bedürfen.

Für den Handel und Verkehr in Posen, in dessen Provinzialhauptstadt übrigens der Großhandel meist jüdischen Firmen angehört, verspricht man sich auch einige Förderung durch die neu angeregte Fortführung der Regulierung des Flußlaufes der Warthe, insbesondere durch Beseitigung der die Schiffahrt hindernden Domschleuse in Posen, wo künftig ein Umschlagsverkehr eingerichtet werden soll. In Westpreußen ist durch die großartigen Regulierungsbauten am Weichselstrom das seinerzeit mit dem Bromberger Kanal eröffnete Werk der Förderung der Schiffahrt wirksam fortgesetzt worden; für Danzig, den wichtigsten Seehandelsplatz unserer Ostprovinzen, wird freilich die Einschränkung des Verkehrs mit dem russisch-polnischen Hinterlande schmerzlich fühlbar bleiben. In Ostpreußen wird das masurische Kanalsystem, dem man anfänglich zweifelnd begegnete, immer mehr als förderlich für den forst- und landwirtschaftlichen Güterabsatz wie für die Begründung neuer Industriezweige in jenem entwicklungsbedürftigen Landesteile anerkannt. In Oberschlesien hat sich die Kanalisierung der Oder

durch den Transport von Mehl und Zucker auch den Nebengewerben der Landwirtschaft nützlich erwiesen, doch erwartet die zumeist am Verkehr beteiligte Kohlenindustrie vom Staate die Ermäßigung der hohen Kanaltarife, um die deutsche Grenzmark gegen den Wettbewerb Englands in den preußischen Ostseehäfen zu schützen. Die einsichtige Unterstützung von Gewerbe und Handel bedeutet auch hier zugleich die Förderung der Ostmarken und kommt mittelbar auch dem Erstarken deutschen Volkstums zu statten.

Landwirtschaft und Ansiedelung.

Bei der Lebensfrage der preußischen Ostmarken: ob das Deutschtum das wirtschaftliche Uebergewicht endgiltig behaupten werde, muß die Entscheidung in erster Reihe dem Grundbesitz und der Landwirtschaft, dem Hauptnahrungszweige der drei nordöstlichen Grenzprovinzen, zufallen. Die Hälfte des Grundeigentums ist zwar auch in der Provinz Posen bereits in deutschen Händen, indessen ist der Besitzwechsel, auch bei großen Gütern, häufig, die Bewirtschaftung erfolgt oft gerade auf den ausgedehntesten deutschen Herrschaften durch polnische Arbeitskräfte, und auf weiten Flächen an der Prosna und Warthe, in der Kaschubei, auf der Tucheler Heide und dem westpreußischen Höhenrücken über die Weichsel hinüber bis nach dem ostpreußischen Masurenlande harrt viel Grundbesitz noch des deutschen Gepräges, wenn sich auch in der Wirtschaftsführung selbst in den letzten Jahrzehnten der Pole dem Deutschen vollständig ebenbürtig und gleich leistungsfähig zur Seite gestellt hat. Gerade in dieser dem deutschen Vorbild abgerungenen Gleichwertigkeit wirtschaftlicher Leistung seitens der Polen beruht die nationale Gefahr des polnischen Wettbewerbs: von „polnischer Wirtschaft" im alten Sinne des Wortes ist heute nur ausnahmsweise mehr die Rede. Wie gründlich verschieden heute die wirtschaftlichen Verhältnisse von denen der Vergangenheit geworden sind, wie sie noch vor vierzig Jahren Gustav Freytag in seinem prächtigen Roman „Soll und Haben" schilderte, dafür zeugt recht deutlich jenes in der Presse schon mehrfach angeführte Beispiel eines unweit von Thorn gelegenen Gutes mit dem polnischen Spottnamen „Przepijewo" („Vertrunken"), das von trunksüchtigen polnischen Bauern an einen Deutschen verloren ging, heut aber, von den Nachkommen jener polnischen Ackerwirte zurückgekauft, ein leuchtendes Wahrzeichen durchaus tüchtiger polnischer Bauernwirtschaft bildet. Was vor einem Menschenalter noch unglaublich schien, geschieht heute nicht selten: der polnische Bauer kauft den deutschen aus und dringt in Dörfer ein, die vorher rein deutsch waren. Nüchternheit und Sparsamkeit statten heute die ärmsten Polen mit Mitteln aus, die bei den früheren wirtschaftlichen Zuständen unerreichbar schienen. Von dreihundert Sachsengängern dreier polnischer Gemeinden im Posenschen wurden in einem Jahre durch Postan-

weisungen 42,567 Mark in die Heimat geschickt, somit im Durchschnitt von dem Einzelnen 141 Mk. erspart. Die finanzielle Stärkung, die auf solche Weise aus dem reicheren Westen nach den Ostmarken abfließt, wird auf Millionen berechnet, und wenn zum Gutsankauf die eigenen Mittel nicht ausreichen, so treten polnische Kreditbanken — von denen wir noch weiter zu berichten haben werden — den Landsleuten hilfreich zur Seite.

Erfreulicherweise kann konstatiert werden, daß der Großgrundbesitz nicht allein in den weitaus überwiegend deutschen Provinzen, in Schlesien ganz, in Ostpreußen in ähnlicher Vollständigkeit, in dem national mehr gemischten Gebiete Westpreußens zum größten Teil in deutschen Händen, in der vorwiegend von polnischen Stammesgenossen bewohnten Provinz Posen bereits zu 57 Prozent an deutsche Eigentümer übergegangen ist. Dagegen ist in der Provinz Posen an Mittel- und Kleingrundbesitz fast noch doppelt soviel in polnischen als in deutschen Händen.

Ueber den Bestand des Grundeigentums in den vier Grenzprovinzen liegen die neuesten amtlichen Nachweise aus den Jahren 1891/92 vor. Nach denselben betrugen die steuerpflichtigen Liegenschaften

in Ostpreußen					
in den Städten	118,190	Hekt.,	d. Grundsteuerreinertrag	1'058,553	M.
auf dem Lande	2'803,635	"	"	24'738,535	"
in Westpreußen					
in den Städten	93,587	"	"	824,403	"
auf dem Lande	1,957,229	"	"	18'402,344	"
in Posen					
in den Städten	127,644	"	"	1'290,663	"
auf dem Lande	2'393,682	"	"	22'345,378	"
in Schlesien					
in den Städten	119,252	"	"	2'255,329	"
auf dem Lande	3'542,884	"	"	53'475,766	"

Das amtliche statistische Handbuch für den preußischen Staat gibt über die statistisch erfaßbaren Verhältnisse der Land- und Forstwirtschaft der einzelnen Provinzen nähere Auskunft. Von den Angaben, die zur Beurteilung der für deutschen und polnischen Grundbesitz und dessen Bewirtschaftung wichtigen Vorgänge von Wert sind, lassen wir hier den Nachweis über die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe folgen. Die Erhebungen liegen zwar um anderthalb Jahrzehnte zurück, bilden indessen eine zuverlässige Grundlage für die Bemessung der seitdem eingetretenen und weiter zu erwartenden Verschiebungen.

Landwirtschaftliche Betriebe am 5. Juni 1882.

	Hauptbetriebe überhaupt	Gesamtwirtschaftsfläche der Hauptbetriebe	Von je 100 Hauptbetrieben (von 100 Hekt. der Wirtschaftsfläche) entfallen		
			auf Parzellenbetriebe bis 2 Hektar	auf Kleinwirtschaften 2—5 Hektar	auf bäuerl. Wirtschaften 5—20 Hektar
Ostpreußen	93218	2748813	Betriebe 18,82 mit 0,80 Wirtschaftsfläche	20,75/2,75	29,92/13,80
Westpreuß.	57093	1911520	19,58/0,69	19,68/2,37	33,80/13,50
Posen	73749	2337601	14,91/0,55	20,09/2,39	46,12/17,45
Schlesien	197257	2868172	22,52/1/90	34,24/8,17	33,18/25,19

	Von je 100 Hauptbetr. (von 100 Hekt. d. Wirtsch.-Fläche) entfallen		Hauptbetriebe				Das selbstbewirtschaftete Grundeigentum beträgt:
	auf Großbäuerliche Wirtschaft. 20—100 H.	auf Großwirtschaften über 100 Hektar	ohne Pachtland	mit weniger als 1/2 Pachtland	mit halb oder mehr Pachtland	mit ausschließl. Pachtland	
Ostpreußen	27,14|41,86	3,37|41,79	85314	3279	1780	2845	2569713
Westpr.	22,80|32,03	4,19|51,41	50509	2134	1132	3318	1765240
Posen	15,24|18,39	3,64|61,22	65470	4809	1752	1723	2082073
Schlesien	8,68|22,10	1,43|42,14	135937	39278	15137	6905	2537407

Ueber die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schattenseiten des Großgrundbesitzes und der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den Ostmarken sind seit längerer Zeit von sachkundigen und erfahrenen Beobachtern vielseitige Aufklärungen erfolgt.

Zunächst über die Verschuldung des Großgrundbesitzes. Diese ist bekanntlich nicht auf die Ostprovinzen beschränkt, da unter ihren Hauptursachen das gesamte Wirtschaftsgebiet leidet, das von denselben beeinflußt wird, indessen macht sich das Uebel in unseren Grenzmarken besonders schwer fühlbar. In den vier Provinzen wurde für 1896/97 bei den mit mehr als 3000 Mk. Einkommen angelegten Censiten der Landgemeinden und Gutsbezirke eine Verschuldung des Grundvermögens im Betrage von 50—57 Prozent festgestellt — mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Provinzen des preußischen Staates. Mancher Grundbesitz ist schon bis zur Höhe von 90 Prozent belastet und bei der heutigen ungünstigen Lage der Landwirtschaft ist die Verschuldung vielfach noch im Wachsen. Nach

einer polnischen Zusammenstellung von 1895 kamen bei 665 polnischen Großgrundbesitzern auf den einzelnen 4311 Morgen. Bedenkt man, daß im polnischen Grundadel die mit großem Betriebskapital ausgestatteten Landwirte in der Minderheit sind, so erscheint jene Durchschnittsfläche für einen rentablen Betrieb zu hoch. Aber nicht blos polnische, sondern auch deutsche Grundbesitzer sind oft nicht im Stande, sich auf ihren viel zu großen Gütern zu halten.

Bei dem von polnischer Seite oft angewandten Vergleiche Posens mit Irland treffen die Hauptpunkte durchaus nicht zu: der ansehnliche polnische Großgrundbesitz, das Gedeihen des polnischen Bauernstandes, die machtvolle Stellung der katholischen Kirche, die starke Zunahme der polnischen Bevölkerung zeugen laut und deutlich für die Unrichtigkeit jenes tendenziösen Vergleiches. Nur in zwei Beziehungen war und ist er nicht ganz ohne thatsächliche Begründung: in betreff der früheren langjährigen Zunahme des Großgrundbesitzes durch Aufkauf von Bauernstellen — von 1816—1880 war die Zahl der „bäuerlichen Nahrungen" in Posen von 48,151 auf 39,383 gesunken — zum andern in betreff des Absentismus vieler Großgrundbesitzer. Im Jahre 1889 wohnten von 74 deutschen Besitzern größerer Güter von mehr als 2000 Hektar in der Provinz Posen nur 47, die einen Besitz von 158,996 Hektar repräsentierten, innerhalb der Provinz, 27 dagegen, welche die größere Hälfte des deutschen Grundeigentums: 161,631 Hektar, inne hatten, außerhalb der Provinz. Bei den polnischen Großgrundbesitzern war das Verhältnis ganz bedeutend günstiger für die provinziale Seßhaftigkeit. Von 75 polnischen Herren mit einem Grundbesitz obigen Flächeninhalts wohnten nur 7 — mit 41,488 Hektar Grundbesitz — außerhalb Posens, 68 dagegen — mit 262,454 Hektar — verwalteten ihre Güter persönlich an Ort und Stelle. Der scharfe Beobachter der „Grenzboten" in der Ostmark erklärt es mit Recht zum Teil aus dem Absentismus deutscher Großgrundbesitzer, wenn von diesen das Interesse des Deutschtums in der Grenzmark nicht in dem Maße gefördert wird, wie es erwünscht und nötig wäre. Das frühere hohe Verdienst der deutschen Großgrundbesitzer um die Germanisierung ist in der neueren Zeit vielfach ins Gegenteil umgeschlagen, da der Großgrundbesitz, allerdings durch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen, seine Arbeitskräfte aus den Polen zusammenbringen und rekrutieren muß. Ein deutscher patriotischer Schriftsteller — Dr. Max Weber, in dem lehrreichen Buche: „Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland", Leipzig 1892 — spricht sogar die Befürchtung aus, der deutsche Großgrundbesitz in unsern Ostprovinzen werde dem Schicksal nicht entgehen, dem allbekannte österreichische Magnaten mit alten deutschen Namen — man denke nur an die Fürsten Schwarzenberg! — in Böhmen beklagenswerter Weise verfallen sind: „er verliert zunächst die Gemeinschaft der nationalen Interessen mit seinen Hintersassen, und dann wird er derjenige sein, der nachgeben wird." — So wird der Großgrundbesitz vielfach zum Werkzeuge der Slawisierung.

Der seit 1861 statistisch nachweisbare Fortschritt der Polonisierung in den Ostmarken, dem die Nachfolger Flottwells im Oberpräsidium zu Posen vom Grafen Arnim bis zum Grafen Königsmarck ebensowenig zielbewußt und wirksam entgegentraten, wie ihre Kollegen in Königsberg und die Regierungen in den Bezirken von Gumbinnen bis Oppeln, mußte bei den im Kulturkampf gemachten bedenklichen Erfahrungen die Aufmerksamkeit der leitenden Staatsmänner strenger in Anspruch nehmen, und wie Dr. Falk durch das Schulaufsichtsgesetz von 1872 und die mit demselben eingeleitete Reform des Schulwesens einem Krebsschaden begegnete, ließ auch Fürst Bismarck durch energische Mahnung an den Grafen Eulenburg und weitere nachdrückliche Einwirkung auf Verwaltung und Gesetzgebung zu kräftigen Gegenmitteln greifen. Zur Gegenwirkung gegen die Uebermacht des Polentums auf landwirtschaftlichem Gebiete hatte der preußische Staat im neunzehnten Jahrhundert schon zweimal eine nicht unbedeutende Thätigkeit entfaltet. Von 1815—1834 wurden von Domänen, Vorwerken und Forstländereien 125,000 Morgen an Privatleute veräußert, und unter Flottwells Oberpräsidium in Posen wurde eine größere Anzahl zur Subhastation gelangter größerer Besitzungen, die sich zur Wiederveräußerung eigneten, für Rechnung des Staats angekauft, an deutsche Herren wieder verkauft und der Provinz Posen damit ein neues Kontingent von dreißig wohlhabenden und tüchtigen Rittergutsbesitzern zugeführt. Nach langer, bedauernswerter Unterbrechung einer derartigen weisen Germanisierungspolitik kehrte man in den achtziger Jahren zu der alten Tradition zurück. Die veränderten Verhältnisse, insbesondere der den polnischen Fortschritten gegenüber am meisten fühlbare Mangel eines genügend zahlreichen und widerstandskräftigen deutschen Bauernstandes, ließen die planmäßige Ansiedelung kleiner und mittlerer Landwirte als die beste Stärkung des deutschen Elements im staatlichen, nationalen und sozialen Interesse erscheinen, und so wurde im Jahre 1886 mit der Volksvertretung das Ansiedelungsgesetz vereinbart, das einen hochwichtigen Schritt zur Stärkung des Deutschtums, zunächst in den Provinzen Posen und Westpreußen, bedeutet.

Auf Grund dieses preußischen Gesetzes vom 26. April 1886, welches der Staatsregierung einhundert Millionen Mark zum Ankauf von Grundstücken polnischer Besitzer, zur Parzellierung des so für deutsche Ansiedelungen erworbenen Bodens und zur Ordnung der neuen Gemeindeverhältnisse zur Verfügung stellte, hat die Ansiedelungskommission von 1886—1896 in den Provinzen Posen und Westpreußen 148 Güter — 29 durch Subhastation, 119 freihändig — mit einer Bodenfläche von 91,331 Hektar um den Preis von 55'217,686 Mark, ferner 35 Bauernwirtschaften — 11 subhastierte, 24 freihändig — mit 1392 Hektar für 941,510 Mark angekauft. Die angekauften Liegenschaften machen im Regierungsbezirk Posen fast 2 (1,99) Prozent der gesamten Bodenfläche, fast 3½ (3,49) des Großgrundbesitzes aus, im Reg.-Bez. Bromberg 2,83 des ganzen Areals, 5,05 des Großgrundbesitzes; im Reg.-Bez. Danzig ist das entsprechende Ver-

hältnis 0,34—0,88, im Reg.-Bez. Marienwerder 1,29—2,63. Die Zahl der bisher errichteten Ansiedelungen betrug im bezeichneten Zeitraum im Reg.-Bez. Posen 27 mit je 18—54 Ansiedlerstellen — worunter in 7 Ansiedelungen auch katholische Gutserwerber; die Gesamtzahl der Ansiedlerstellen 663 mit evangelischen, 159 mit katholischen Kolonisten; im Reg.-Bez. Bromberg sind die entsprechenden Zahlen: 31 Ansiedlungen mit 4—80, zusammen 990 Stellen, worunter 11 mit Katholiken besetzt; im Reg.-Bez. Danzig 5 Kolonien mit je 6—45, insgesamt 125 evangelischen Ansiedlern, im Reg.-Bez. Marienwerder 20 mit 6—58, zusammen 542 Kolonisten. Die gesamten 2474 neuen Haushaltungen, als Familien zu je 4½ Personen gerechnet, würden gegen 10,000 Personen ergeben. Oeffentliche Gebäude sind in den nenen Ansiedelungen errichtet worden: 9 Kirchen, 10 Bethäuser, 10 Pfarrhöfe, 1 Organistenhaus, 67 Schulgebäude, 34 Häuser für Gemeindezwecke (Armen- und Spritzenhäuser).

Soeben wird auch noch über die Thätigkeit der Ansiedelungs-Kommission im Jahre 1897 Näheres bekannt. Nach einer dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangenen Denkschrift sind von der Kommission im Jahre 1897 acht Rittergüter, vier aus zusammengelegten Grundstücken bestehende größere, aber keine selbständigen Gutsbezirke bildende Besitzungen und sieben Bauerngrundstücke erworben worden, und zwar drei Rittergüter und zwei Besitzungen im Zwangsversteigerungsverfahren, die übrigen Güter und Bauernwirtschaften im Wege des freihändigen Ankaufs. Von dem Gesamtflächeninhalte der erworbenen Besitzungen entfallen 1565 Hektar auf den Reg.-Bez. Marienwerder, 1054 Hektar auf Posen, 2345 Hektar auf Bromberg. Zusammen wurden 4965 Hektar zum Preise von 3,8 Millionen angekauft. Unter Hinzurechnung der Erwerbungen aus den Vorjahren umfaßt daher der Gesamterwerb der Ansiedelungskommission am Schlusse des Jahres 1897: 97,689 Hektar zum Preise von 59,9 Millionen, und zwar aus deutscher Hand 24,970 Hektar zum Preise von 10,6 Millionen, aus polnischer Hand 72,719 Hektar zum Preise von 49,3 Millionen.

Der durchschnittlich für den Grunderwerb im Jahre 1897 gezahlte Erwerbspreis stellt sich auf rund 766 Mk. für 1 Hektar, während er sich im Jahre 1896 auf rund 648 Mk. belaufen hatte. Es wurden im Jahre 1897 besonders gute und wertvolle Güter angekauft. Der Gesamtdurchschnittspreis für sämtliche bisher von der Ansiedelungskommission erworbenen Liegenschaften stellt sich auf 614 Mk. für 1 Hektar. Die Anzahl der Anfragen Ansiedelungslustiger hat sich von rund 888 im Durchschnitt der letzten Jahre auf 1180 im Jahre 1897, d. h. um rund 33 Prozent gesteigert.

Bis zum 31. Dezember 1897 waren 41,004 Hektar mit einem Werte von 26,6 Millionen an 2342 Ansiedler vergeben. Mithin entfallen durchschnittlich auf eine Ansiedlerstelle 17,5 Hektar mit einem fiscalischen Selbstkostenwert von 11,347 Mk. Unter Hinzurechnung der Landverwendung für öffentliche Zwecke mit reichlich

5 Prozent der angegebenen Fläche stellt sich der Gesamtumfang des vergebenen Landes auf rund 43,300 Hektar oder 44,3 Prozent des Gesamterwerbes. Von den Ansiedlern stammen 999 oder 42,6 Prozent aus den Provinzen Posen und Westpreußen und 1343 oder 57,4 Prozent aus anderen Landesteilen, einschließlich der deutschen Rückwanderer aus Rußland.

Das Besiedelungsgeschäft des Jahres 1897 hat die Organisation von elf Landgemeindedörfern mit dem nötigen Apparat von Kirchen-, Schul- und Gemeindeeinrichtungen erheischt. Da der Grundstückserwerb der fünf Jahre 1892—1897 durchschnittlich 6820 Hektar betragen hat, so steht nunmehr der Grundstücksabgang an die Ansiedler auf der Höhe des durchschnittlichen Ankaufs.

Die polnische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat schon vor zwölf Jahren bei der ersten Vorlage des Ansiedelungsgesetzes entschiedenen Widerspruch gegen dasselbe erhoben und bei der dem Landtag in seiner gegenwärtigen Session gemachten Vorlage zur erneuten Aufschüttung des Hundertmillionenfonds den Protest durch den Abgeordneten Jazdzewski wiederholen lassen. Die Polen finden in der vom Staat ausgehenden und mit staatlichen Mitteln ausgeführten Ansiedelung deutscher Kolonisten in Posen und Westpreußen eine Verletzung der durch die preußische Staatsverfassung wie durch die deutsche Reichsverfassung gewährleisteten Rechtsgleichheit aller Preußen und Deutschen, insbesondere auch in betreff des Grunderwerbs, eine politische und bürgerliche Beschränkung der Rechtsfähigkeit einer großen Anzahl von Staatsangehörigen, die eine zielbewußte Germanisierung und Protestantisierung der einheimischen polnischen Bevölkerung herbeizuführen geeignet sei. Sie finden, daß durch die Ausführung und Handhabung der getroffenen gesetzlichen Maßregeln der soziale Friede, das gegenseitige Vertrauen und Zusammenleben der Angehörigen verschiedener Nationalität in bedenklichem Maße beeinträchtigt und gefährdet, die Auswanderung der von der väterlichen Scholle vertriebenen polnischen Bevölkerung in erschreckender Weise gefördert, die Mißstimmung, Unzufriedenheit und Verbitterung der provinzialen Einwohnerschaft gesteigert, der Gegensatz der Parteien und Nationalitäten verschärft, das Ansehen des Staates und das Vertrauen zur Regierung durch deren Außerachtlassung der für sie in einem Kulturstaate verbindlichen rechtlichen und sittlichen Grundsätze untergraben worden sei u. s. w.

Diese schroffe Verurteilung ist schlecht begründet. Allerdings stellt die Staatsverfassung die Rechtsgleichheit für alle Preußen fest und jeder wirkliche Preuße, auch derjenige polnischer Zunge, hat vollen Anspruch auf die hierauf begründeten Rechtsfolgen. Hätten wir für die Aufnahme in das preußische, wie überhaupt in das deutsche Staatsbürgertum eine rechtsverbindliche Form, die für die thatsächliche Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten, namentlich der ersten nationalen Pflicht, dem Staat unter allen Umständen die Treue zu halten, ausreichende Gewähr böte, so würde von Gesetzen zum Schutze der

staatlichen Existenz gegen innere Gefahren niemals die Rede zu sein brauchen. Das Bestehen des Staates aber ist sein erstes Gesetz und für die Sicherung seines Bestehens zu sorgen, seine erste Pflicht. Sind Gesetze zum Schutze des Staates in dieser Richtung nötig, so sind sie ebensowenig Ausnahmsgesetze oder gar Rechtsverletzungen wie alle anderen Gesetze, die zum Schutze der Rechtsordnung und öffentlichen Wohlfahrt gegen ihre Feinde dienen. Erkennt es die Regierung und die Mehrheit der Volksvertretung als staatliche Pflicht, das deutsche Volkstum, das Lebenselement des preußischen Staates, in denjenigen Landesteilen, wo es einer ihm feindlich entgegentretenden Uebermacht anderen Stammes gegenüber des Schutzes und der Stärkung bedarf, mit solchem Schutz und solcher Stärkung zu versorgen, ohne daß dem andern Stamme eine Rechtsverkürzung, ein bürgerlicher oder sittlicher Nachteil zugefügt wird, so liegt hierin keine Rechtsverletzung. Und daß kein preußischer Unterthan polnischer Nationalität durch das Ansiedelungsgesetz und seine Ausführung im bürgerlichen Recht oder in seiner sittlichen Persönlichkeit irgendwie verletzt wird, läßt sich nach jeder Richtung hin klar beweisen. Sogar mehr als das: die Ansiedelung gereicht dem ganzen Ansiedelungsbezirk, Polen wie Deutschen, nur zum Vorteil.

Der Ankauf der Güter zu Ansiedelungszwecken geschieht bekanntlich nie auf dem Wege der Expropriation, sondern bei Subhastation und aus freier Hand, zumeist aus polnischem Besitz, der sich nicht halten kann. Der Kauf verschafft dem Vorbesitzer die ihm sonst nicht zu Gebote stehenden Mittel zum wirtschaftlichen Fortbestehen, manchmal selbst zu neuem günstigeren Ankauf. Die Ansiedler erhöhen zum Vorteil der angrenzenden Ackerwirte, der Polen wie der Deutschen, das gesamte wirtschaftliche Leben der Gegend durch Leistung wie durch Beispiel und tragen zur Verbesserung und Preissteigerung des Grundbesitzes bei. Zu eigenem Ankauf findet der Pole rings um die Ansiedelungen überall reichliche Gelegenheit, auf Rentengütern sogar mit staatlicher Unterstützung, außerdem durch Vermittelung polnischer Banken und Unternehmungen. Die Käufer seiner Parzellen zu Ansiedlungen kann sich der Staat ebenso gut wählen, wie jeder andere Verkäufer; echt preußische Polen schließt er nicht aus. Zur Auswanderung — die früher stärker war als jetzt — wird den Polen durch die deutsche Ansiedelung so wenig Anlaß und Nötigung gegeben, wie zum Deutsch- oder Protestantischwerden, und daß das friedliche Zusammenleben beider Nationalitäten gestört werden soll, wenn die notorische starke Ueberhandnahme des Polentums, ohne daß ihr irgendwie ein Hindernis bereitet wird, etwas gemäßigtere Fortschritte macht, weil im weiten Landgebiete nebenher auch einige Gruppen deutscher Bauernfamilien in neuen Dörfern sich zusammenschließen, die ihre eigene Kirche und Schule erhalten, wie sie die älteren Einwohner in reicher Zahl von altersher besitzen — ein so bescheidenes Nebeneinander ist doch gewiß nicht zum Erschrecken, wenn es auch Herr v. Jazdzewski mit scheinbarem Ernste behauptet und an Herrn Nadbyl und Herrn

Imwalle ein paar gutgläubige Nachbeter findet. Thatsächlich ist die deutsche Ansiedelung nur ein nützliches und notwendiges Mittel zur wirtschaftlichen Hebung unserer Ostmarken und zur Befestigung preußisch-deutschen Volkstums und Staatslebens in denselben, aber keine Bedrohung und Schädigung oder gar eine Ausrottung der Polen.

Die Wirkungen des Ansiedelungsgesetzes werden denn auch von deutschnationaler Seite überwiegend als günstig anerkannt, nur das Centrum, das an der erklärlichen Minderzahl von 171 katholischen Ansiedlern gegen die erdrückende protestantische Mehrheit starken Anstoß nimmt, und die stets nörgelnde Fortschrittspartei stellten sich auf die Seite der polnischen Opposition. Von manchen Deutschen wird ein rascheres Vorgehen mit der Ansiedelung gefordert, was sich auch nach den gemachten Erfahrungen bewerkstelligen läßt und von der Regierung in Aussicht gestellt wird. Auch wird darauf hingewiesen, daß es sich nicht empfehle, alle großen Güter ganz zu zerschlagen, weil dadurch große Werte in Gebäuden, Brennereien, Stärkefabriken u. dgl. verloren gehen. Im neuen Gesetz von 1898 sind deshalb auch größere Restgüter als Ausnahme zugelassen. Daß mit dem Ansiedelungsgesetz nicht eine Panacee für die Uebel geschaffen ist, an denen unser polnischer Besitz leidet, wird von der Regierung selbst anerkannt, und das Ministerium hat bei der Verhandlung des Abgeordnetenhauses über das Gesetz weitere kulturelle Maßregeln zur Sanierung der Ostprovinzen in Aussicht gestellt.

Ein Hemmnis der vollen Entfaltung deutscher Kolonisation gegenüber dem Polentum hat inzwischen die preußische Gesetzgebung selbst geschaffen in der Gesetzgebung über die Rentengüterbildung, die der polnischen Kolonisierung ebenso zu Gute kommt wie der deutschen und von den Polen mit allem Eifer zur Gegenwirkung gegen die deutsche Ansiedelung benützt wird. Auf Grund dieser Gesetze vom 27. Juni 1890 und vom 7. Juli 1891 sind mit Hilfe der Bromberger Generalkommission für die Provinzen Posen, West- und Ostpreußen von 1891—1896 3938 deutsche und 1975 polnische Rentengutsbesitzer angesetzt worden. Bis zum Ende des Jahres 1897 beträgt nach einem neuesten Berichte die Zahl der unter der Leitung der Generalkommissionen bewirkten thatsächlichen Rentengutsbildungen nicht weniger als 8565, und der Kaufpreis der sämtlichen endgültig, bezw. durch Vertragsschließung begründeten Rentengüter beläuft sich auf rund 70 Millionen Mark. Von dem zur Rentengutsbildung den Generalkommissionen angebotenen Areal sind 94461 Hektar aufgeteilt worden; 29113 Hektar standen zum Beginn des Jahres 1898 den Generalkommissionen noch zur Verfügung, so daß auch im laufenden Jahre weitere erhebliche Fortschritte der inneren Kolonisation durch Mitwirkung der Generalkommissionen zu erwarten sind.

Ein hervorragender Gegner des neuen Gesetzes, der dessen allgemeine Mängel, insbesondere aber seine Wirkungen für Posen und Westpreußen bespricht, Chüden („die Rentengutsbildung in Preußen",

Königsberg 1886) sagt: „Es sollte eine Kolonisation im Großen stattfinden, wodurch der notleidenden Landwirtschaft des Ostens geholfen und gleichzeitig lebensfähige und selbständige bäuerliche Stellen geschaffen würden. Beides ist nicht der Fall. Diejenigen, welche einen nachweisbar großen Gewinn aus der Rentengutsbildung ziehen, sind die fast ausnahmslos jüdischen Vermittler. Ein besonderer Uebelstand besteht in den Provinzen Posen und Westpreußen durch das Gegeneinanderarbeiten der Ansiedlungs- und der Generalkommission. Das eine ist eine politische Maßregel, über deren Berechtigung und Erfolg man verschiedener Ansicht sein kann, das andere ist eine wirtschaftliche Maßregel, bei der die Polen bevorzugt werden, weil sie sehr viel bedürfnisloser als die Deutschen sind und daher auf den Rentengütern eher fortkommen. Es gewährt ein eigenartiges Bild, in einem geordneten Staatswesen Maßregeln zu treffen, die einander aufheben!"

Noch schärfer lauten andere Urteile. In einer Flugschrift des Alldeutschen Verbandes wird der preußische Staat geradezu als Polonisator bezeichnet, da er mit seinem Gelde eine planmäßige Polonisierung betreiben helfe. An dem Beispiele der von 1891—1893 ausgethanen Rentengüter wird nachgewiesen, daß die Generalkommission zu Bromberg fast doppelt soviele polnische Ansiedler ansetzte als die langsamer und — vorsichtiger arbeitende Ansiedelungskommission deutsche. Mit allem Nachdruck wird das Staatsinteresse und die Volksgemeinschaft gegenüber dem Vorgehen der Generalkommission betont, das vielfach den Polen zu Gute kam.

Die polnische Landbank, „Bank Ziemski", die zu dem Zwecke gegründet wurde, dem Ansiedelungsgesetz entgegenzuarbeiten, war im Jahre 1891 am Ende ihrer Mittel angelangt. Das Rentengütergesetz machte sie aufs neue leistungsfähig, da bei geschickter Benützung des staatlichen Ablösungskredits der Umsatz des Kapitals nun in kürzester Frist zu bewerkstelligen war. Der Staat zahlt den Wert der aufgeteilten Güter in Gestalt von Rentenbriefen aus und zieht den Wert von den Ansiedlern in Form einer Amortisationsrente allmählich wieder ein. Die polnische Rettungsbank kann ihre Rentenbriefe an der Börse verkaufen und mit dem erlösten Bargelde wieder neue Güter besiedeln. So machte der Staat die zur Vereitelung des Ansiedelungsgesetzes geschaffene polnische Landbank wieder lebensfähig, und die polnische Ansiedelung konnte nun noch weiter greifen als früher. Es kam so weit, daß die polnische Bank der Ansiedelungskommission die Preise in die Höhe trieb, indem sie in der Nähe deutscher Ansiedelungen, wo die Ansiedelungskommission sich gern arrondieren möchte, als besserbietender, die Mehrkosten demnächst auf die Ansiedler abwälzender Käufer auftrat.

Dem Jahresbericht der Posener Landbank für 1896 zufolge hat das Anlagekapital durch die Emission von 800 neuen Aktien die Höhe von 2 Millionen Mark erreicht. Seit der Gründung der Bank im Jahre 1889 waren 11,962 Hektar Grundbesitz parzelliert und mit

1073 Ansiedlern besetzt worden. Der gesamte Verkaufspreis hatte 7'646,350 Mark betragen. Seit 1890 wurde eine Dividende von 4 Prozent bezahlt.

Die polnische Ansiedelung mit staatlicher Unterstützung durch die Generalkommission in Bromberg mußte von deutscher Seite eine Gegenströmung gegen neue Unternehmungen von Rentengüteraustеilungen und darauf begründeten Ansiedelungen in Posen und Westpreußen hervorrufen. In den früher begonnenen Geschäften schlug, wie der Bericht der polnischen Landbank klagt, die Generalkommission nach Beendigung des Rentenverfahrens in einer Ansiedelungsgruppe oftmals ihre Vermittelung bei dem weiteren Verfahren ab und macht überall zur Bedingung ihrer Hilfe, daß ein Teil der Ansiedelungen in deutsche Hände falle. Auch die übergroße Anzahl von Austhuungen und die bedenkliche Kleinheit der bäuerlichen Stellen, wie sie der Bromberger Generalkommission zur Last gelegt wurde, entsprach offenbar nicht dem Hauptzweck der Rentengütergesetze, durch Verstärkung eines genügend selbständigen Bauernstandes zur Beseitigung der in der ungesunden Grundbesitzverteilung begründeten Schwierigkeiten der Landwirtschaft beizutragen.

Die Generalkommission kann sich für ihr Verfahren allerdings auf das Gesetz berufen, das keinen Unterschied für deutsche und polnische Bewerber um Rentengutsansiedlungen kennt und weder Zahl noch Maß der Austhuungen beschränkt. Kein Geringerer als Fürst Bismarck hat sich in seinen Reden an die Posener und die Westpreußen, die ihn am 16. und 22. September 1894 in Varzin besuchten, dahin ausgesprochen, daß der kleine polnische Ansiedler und Arbeiter nicht gefährlich sei und daß man auf dem Wege der Rentengüter eine, wenn nicht deutsche, so doch staatstreue Bevölkerung herstellen könne. Ein früheres Mitglied der Bromberger Kommission, Regierungsrat Stobbe, hat sich auch für die Ungefährlichkeit des *kleinen* polnischen Kolonisten — im Gegensatz zum polnischen Großgrundbesitz — ausgesprochen. Der polnische Ansiedler sehe von Jahr zu Jahr mehr ein, daß er unter deutscher Herrschaft viel besser daran sei, als unter polnischer, daß seine Arbeit vom deutschen Herrn viel besser anerkannt und belohnt werde als vom polnischen Gutsbesitzer, der den kleinen polnischen Landmann ausnutze, für seine politischen Zwecke verwende und ihn dabei schlecht behandle. Zum Teil mag man dem beistimmen, wenigstens für die ältere Zeit, wo die Solidarität der Polen geringer war; die jüngere Generation der Deutschgesinnten hält dies für einen gefährlichen Irrtum; in der Hauptsache wird es dabei bleiben, daß jede Ausbreitung an Besitz und Zahl das Volkstum stärkt und der Staat in seinem eigensten Interesse nur die deutsche Ansiedelung zu fördern hat. Die neue Landbank in Berlin, ein Privatunternehmen, teilt ihre in den Ostmarken angekauften Güter nur an deutsche Ansiedler auf.

Die preußischen Rentengütergesetze vom 27. Juni 1890 und vom 7. Juli 1891 sollten eine angemessenere Verteilung des ländlichen

Grundbesitzes herbeiführen, hauptsächlich in denjenigen Provinzen, in welchen, wie in unseren Ostmarken, der Großgrundbesitz vorherrscht. Sie sollten den leistungsfähigen Bauernstand vermehren, in welchem die Regierung wie unser Volkstum insbesondere im Grenzlande den zuverlässigsten Träger deutschen Staatswesens erkennt. Ein gründlicher Kenner der posener und westpreußischen Verhältnisse, Dr. v. Hansemann, weist in der „Ostmark" darauf hin, was der Staat mit seiner Gesetzgebung in dieser Beziehung geleistet hat, macht aber auch darauf aufmerksam, was in gleicher Richtung noch weiter geschehen könne. Der Staat, sagt er, hat in Würdigung des großen Zweckes den neugebildeten Bauernstellen den Kredit seiner Rentenbanken eröffnet und hiedurch die neuen Ansiedler hypothekarisch weit günstiger gestellt, als dies der großen Masse der alten bäuerlichen Besitzer vergönnt ist. Er hat ferner, um die dauernde Leistungsfähigkeit der Rentengüter zu gewährleisten, die Eintragung des Anerbenrechts in die Grundbücher herbeigeführt und hiedurch die willkürliche Zerschlagung dieser Güter in kleine leistungsunfähige Anwesen erschwert. Sollte der Staat in den Provinzen Posen und Westpreußen, wo die nationale Frage besondere Rücksicht erfordert, nicht auch weitergehen und zur Förderung des bestehenden Bauernstandes Schritte thun können? Beide Provinzen sind arm an Kapital, welches geneigt wäre, in Hypotheken auf bäuerliche Grundstücke Anlage zu suchen. Ueberall da, wo die Beleihung seitens der Landschaften, größeren Hypothekenbanken und Sparkassen nicht ausreicht, sind die Besitzer gezwungen, Kredit zu drückenden Bedingungen zu suchen. Das Bild, welches statistische Erhebungen von der Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes entwerfen, entspricht in Posen und Westpreußen der Wirklichkeit nicht, denn dem Kreditbedürfnis wird, sobald es sich um höhere Verschuldung handelt, hier weit mehr in der Form des Wechseldarlehens als in der der hypothekarischen Beleihung genügt. Ist dieser, keinesfalls billige, Wechselkredit schon überhaupt für die Entwickelung der bäuerlichen Landwirtschaft nicht vorteilhaft, so bewirkt er obendrein eine Verschiebung zu Ungunsten des leistungsfähigen, vor allem des deutschen Besitzers und zu Gunsten des polnischen ländlichen Proletariats, welches lediglich vom Wechselkredit lebt. Mit Recht ist der Bromberger Generalkommission der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Bildung kleiner polnischer Arbeiterstellen, d. h. solcher Anwesen begünstigt habe, die an sich zu klein sind, um eine Familie ernähren zu können, deren Besitzer daher auf Sachsengängerei oder Fabrikarbeit in der Fremde angewiesen sind. Was aber die Generalkommission geschaffen hat, ist verschwindend gegen die Tausende proletarischer Anwesen, welche mit Hilfe des Wechselkredits, durch Erbteilung und Parzellierung ehemals spannfähiger Wirtschaften entstanden sind. Wie Pilze aus der Erde schießen überall die kleinen „Abbauten" empor. Wird eine Wirtschaft vererbt oder verkauft, so geht sie nur zu oft in mehrere kleine Teile über. Käufer sind, auch bei deutschen Wirtschaften, fast ausschließlich Polen. Ihnen steht bei den polnischen Darlehenskassen,

die leider auch mit Mitteln aus der Preußischen Centralgenossenschaftskasse gespeist werden, ein beinahe unbeschränkter Wechselkredit zu Gebote, mit dessen Hilfe sie jede Anzahlung leisten und daher jeden deutschen Käufer aus dem Felde schlagen können. Eine Wirtschaft wird in kürzester Frist aufgebaut, Frau und Kinder des Besitzers schlagen sich dann, so gut es geht, auf den wenigen Morgen Acker durch, der Mann aber geht in die Fremde und sucht mit dem Verdienst aus der Industriearbeit allmählich seine Wechselschulden abzutragen.

Gegen eine derartige Entwickelung wäre weniger einzuwenden, wenn damit in die polnischen Bauernhütten eine gewisse Wohlhabenheit und Steuerkraft einzöge. Leider ist dies nicht der Fall. Der Pole ist und bleibt in der Regel bedürfnislos: trotz des reichen Verdienstes in der Industrie bleibt ihm ein Streben nach höherer Lebenshaltung fremd und damit auch die Fähigkeit an den Fortschritten der Kultur thätigen Anteil zu nehmen; er vermehrt nur die Masse des niederen bäuerlichen Proletariats. Wo für Wege- oder Wasserbauten Leistungen erfordert werden, versagen die polnischen Bauerndörfer in der Regel die Mitwirkung. Sie gelten stets als „leistungsunfähig". Eine ganze Reihe solcher Dörfer ist sogar in der Lage, zur Bestreitung ihrer Armenlasten Zuschüsse von der Provinz bekommen zu müssen. (Von anderer Seite wird betont, daß die Kosten mancher Dorfschulen für polnische Kinder fast nur deutsche Grundbesitzer zu tragen haben.) Sind diese polnischen Gemeinden hiedurch an sich schon als Hemmnis für die allgemeine Hebung der Kultur in den Ostmarken zu betrachten, so muß dieser Zustand allmählich zu großen Bedenken Anlaß geben, wenn in dem bisherigen Maße auch weiter der spannfähige deutsche und polnische Besitz in proletarische Parzellen aufgeteilt wird. Daß die Generalkommission zur Vermehrung dieses kulturfeindlichen Parzellenbesitzes nicht weiter die Hand biete, muß nicht nur aus nationalen, sondern auch aus wirtschaftlichen Rücksichten verlangt werden. Aber der Staat könnte mehr thun, um auch jene Entwicklung aufzuhalten, die sich ohne Hilfe der Generalkommission vollzieht. Er könnte in den beiden Provinzen seinen Rentenkredit auf die bestehenden spannkräftigen Bauerngüter ausdehnen und durch die Eintragung des Anerbenrechts der übermäßigen Zersplitterung entgegenwirken. Der Einfluß, den er hiedurch auf die weitere Entwickelung der Bodenbesitzverteilung gewinnt, wiegt das Opfer bei weitem auf. Dehnt sich diese Maßregel auf den polnischen Besitz ebenso aus wie auf den deutschen, so wird sie doch dem letzteren weit mehr zu Gute kommen, denn ihm schafft sie ein Maß von Kredit, dessen sich der polnische Besitz schon seitens der polnischen Kassen- und Kirchengelder stets zu erfreuen gehabt hat. Auch steht dahin, ob der polnische Bauer bei seiner Abneigung gegen das Anerbenrecht den entsprechenden Gebrauch von der ihm gebotenen Gelegenheit der Renteneintragung machen würde wie der deutsche. Jedenfalls sollten, so schließt Dr. v. Hansemann, neben der für deutsche Kultur segensreichen Thätigkeit des Staates für die

Bildung neuer deutscher Bauernstellen auch die bestehenden deutschen Bauerndörfer nicht vergessen werden. Sie sind der staatlichen Fürsorge im höchsten Grade wert, und die Mittel, welche der Staat auf ihre Erhaltung verwendet, werden nicht nur sichere Zinsen tragen, sondern auch die Kultur und Steuerkraft im Osten zu heben im Stande sein.

Ziele und Heilmittel.

Am 28. Januar 1886 sagte Fürst Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause über Polen und Deutsche:

„Das Ergebnis der Ereignisse von 1848 war ein gesetzlicher Zustand, der den polnischen Bestrebungen dieselbe Freiheit der Bewegung verfassungsmäßig und gesetzmäßig verschaffte, der den deutschen Unterthanen gewährt war. Die Freiheit der Bewegung aber, die die Polen gewannen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens, hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen und Entgegenkommen für Deutschland zu vermehren; im Gegenteil: wir sehen als Frucht davon nur eine Verschärfung der nationalen Gegensätze, d. h. eine einseitige Verschärfung auf polnischer Seite. Der Entwicklung derselben kam die Eigentümlichkeit des deutschen Charakters in manchen Hinsichten entgegen: einmal die deutsche Gutmütigkeit und Bewunderung alles Ausländischen, und dann auch die deutsche Tradition, die eigene Regierung zu bekämpfen, wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war, endlich die eigentümliche Befähigung der Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet: aus der eigenen Haut nicht nur heraus-, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren und vollständig Pole, Franzose, Amerikaner zu werden."

In der Bevölkerung unserer Ostmarken finden wir die Wahrheit der Worte des großen Staatsmannes stets aufs neue bestätigt. Auch die verfassungsmäßig gewählten Volksvertreter derjenigen Bezirke unserer Ostprovinzen, in denen entweder die polnische Bevölkerung überwiegt oder durch die deutschen Erbübel der politischen Gleichgiltigkeit und Parteizersplitterung polnischen Wahlbewerbern der Sieg in die Hände gespielt wird, betonen und verschärfen unausgesetzt den nationalen Gegensatz und sind weit davon entfernt, sich als preußische oder deutsche Vertreter des gesamten Volkes zu fühlen und zu erweisen, in dessen gesetzgebenden Körperschaften sie auf Grund der preußischen und der Reichsverfassung ihre Plätze einnehmen. Von Allenstein in Ostpreußen bis nach Pleß-Rybnik in Oberschlesien senden die Wählerschaften polnischer Abstammung im Verein mit den vielen Tausenden dem deutschen Volkstum entfremdeter Landsleute in den Landtag und Reichstag zu Berlin Abgeordnete, die sich in erster Reihe als Polen zu bewähren das Bedürfnis haben, die sich als polnische Fraktion

konstituieren, bei den Vorlagen der Regierung als Polen Stellung nehmen, gewissermaßen als fremder Machtfaktor ihre nationalen Bedingungen stellen und sich darnach entscheiden, ob sie dem Staat und Reich entgegenkommen wollen oder nicht. Herr v. Czarlinski, der im deutschen Reichstag den weit überwiegend deutschen Wahlkreis Bromberg vertritt, nachdem ihn „Deutsche-Freisinnige" und Sozialisten dem deutschnationalen Kandidaten bei der Stichwahl vorgezogen, bezeichnete am 11. Februar ds. Js. im preußischen Abgeordnetenhause sich und seine Genossen selbst als Feinde im deutschen Staat, indem er dem Posener Freisinnsführer das Kompliment machte, derselbe habe gegen das Polentum das Gefühl der Gerechtigkeit: „et hosti fides servanda!" — Die für das Centrum zum Worte gelangten Herren Imwalle und Nadbyl werden sich freilich auch durch solche polnische Geständnisse von ihrem blinden Glauben an die preußisch-monarchische Loyalität derartiger politischer Nachbarn nicht bekehren lassen. Wurde das Centrum ja doch in seiner blinden Zuversicht nicht einmal durch die so lehrreiche Thatsache beirrt, daß in Oberschlesien einer seiner tüchtigsten und allgemein geachteten Führer, Freiherr von Hüne, von der turmfest „unerschütterlichen" Partei als Kandidat aufgestellt, gegen einen bisher unbekannten nationalpolnischen Mitbewerber unterlag. Nachdem Thorn, Graudenz, Preußisch-Stargard, Karthaus, Rössel, Löbau längst an die Polen verloren, sind bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag selbst die drei Posener Wahlkreise gefährdet, die bis jetzt noch deutsche Volksvertreter durchzusetzen vermochten, und wenn ein rheinischer Centrums-Agitator in Meseritz-Bomst die Schlagkraft seiner Beredsamkeit versuchte, so wird auch er, ohne es zu wollen, mehr dem Polentum gedient haben als seinem preußischen und deutschen Vaterlande.

Wie die Polen selbst über die Berechtigung nationaler Vorposten und Kolonien inmitten eines andern Volkstums denken, dafür haben sie allen überhaupt einer sachlichen Belehrung Fähigen, auch ihren Centrumsfreunden in nächster Nähe ihrer heimischen Hochburg das sprechendste Exempel aufgestellt. In Bochum, Stadt und Land, in Recklinghausen und Gelsenkirchen haben soviele polnische „Sachsengänger" Arbeit und Brot gefunden, daß man ihre Zahl auf 40 bis 50,000 angibt. Herr Bankdirektor Kusztelan in Posen hat bekanntermaßen die edle Dreistigkeit besessen, von den Deutschen im preußischen Posenerlande zu fordern, daß sie Polen werden, weil sie das Brot auf polnischer Erde äßen! Seine polnischen Landsleute im altdeutsch-preußischen Westfalenlande, weit entfernt, sich durch ihr dort auf altdeutschem Boden in deutschem Dienst verdientes Brot zum Verzicht auf ihr Volkstum bewogen zu fühlen — wiewohl dies mit zehnfach besserem Rechte gefordert werden könnte — spielen sich daselbst auf wie alteingesessene Bürger, rügen den Bischof von Paderborn, der für sie doch polnischen Gottesdienst halten läßt, wegen kirchlicher Vernachlässigung und drohen mit einer polnischen Wahlkandidatur zum deutschen Reichstage! — An der unbefangenen Stirne des „Wiarus polski"

in Bochum könnten sich unsere deutschen katholischen Landsleute die Mahnung ablesen, die uns unsere Pflicht in den Ostmarken zuweist. Sollen wir uns in Posen, in Ost- und Westpreußen, in Oberschlesien, wo wir auf preußischem Grund und Boden sitzen, wo der deutsche Pflug den Acker gefurcht, die deutsche Art den Wald gerodet, deutsche Arbeit die Moore entsumpft, Handwerk und Gewerbe, Handel und Verkehr zu Aller Nutz und Frommen eingeführt und ausgebreitet hat, wo Millionen deutschen Geldes in Landwirtschaft und Industrie, in Bauten und Unternehmungen angelegt, wo deutsches Recht und deutsche Sitte, deutsche Schule und deutsche Wehrkraft die allgemeine Wohlfahrt erst fest und sicher begründet und gefördert haben — sollen wir uns auf solchem theuer erkauften Staatsgebiete, oder vielleicht gar noch auf der roten Erde Westfalens nicht als das vollberechtigte, sondern nur als das bei unterwürfigem Verhalten gegen eine polnische Mehrheit geduldete Volk betrachten und behandeln lassen? — Nein, Herr Kusztelan und Herr v. Skarzynski: so steht die Sache nicht!

Wir sind auch als Angehörige eines Herrenvolkes nicht so ungerecht und unbillig, den heutigen Polen die Schuld ihrer Väter aufzubürden: wir achten und ehren den nationalen Sinn, die Vaterlandsliebe, den eifrigen Bildungs- und Fortschrittstrieb, alle guten Eigenschaften, die sich in der heutigen Generation der Polen so energisch bethätigen. Wir wollen die polnischsprachigen Landsleute, welche mit unserem Staat unauflöslich verbunden sind, in keiner ihrer berechtigten Eigenarten verletzen, aber sie müssen sich ihre Pflicht als Preußen vor Augen halten. Wir verlangen von ihnen nur das, was alle Nationalstaaten von ihren Angehörigen verlangen und was unsere eigenen Landsleute im slawischen Großstaate ganz gleicherweise leisten müssen: ein staatsbürgerliches gesetzmäßiges Verhalten; für uns aber und unser Volkstum fordern wir von ihnen diejenige Achtung, die wir als deutsche Reichs- und preußische Staatsbürger auf deutschem und preußischem Boden unbedingt zu fordern haben. Von wahrhaft gebildeten Polen wie von der großen Masse ihrer bäuerlichen Landsleute, solange sie nicht verhetzt werden, wird uns auch diese Achtung erwiesen: von den fanatischen Agitatoren und den durch sie verhetzten Klassen wird sie der Staat und ein seines Rechts und seiner Pflicht bewußtes deutsches Volkstum zu erzwingen wissen.

Der Deutsche, zu nationaler Ueberhebung, wie die Weltgeschichte bezeugt, weniger geneigt als irgendwelches andere Kulturvolk, suchte und sucht auch auf den Polen zumeist durch die friedfertigen Mittel der Belehrung überzeugend einzuwirken. Schon der erste deutsche Publizist, der beim polnischen Aufstande von 1846 unsern nationalen Standpunkt gegenüber dem Polentum zum klaren Ausdruck brachte, Heinrich Wuttke („Polen und Deutsche. Politische Betrachtungen. Schkeuditz, Druck und Verlag von W. v. Blomberg, 1846") hat als die besten Werkzeuge heilsamer und würdiger Verdeutschung unserer Grenzmarken die tüchtigsten Lehrer und Beamten, eine gute Schaubühne und gute Zeitungen empfohlen, und wie die Regierung

ist die Presse bis auf den heutigen Tag unermüdlich thätig, ihres Amtes in den östlichen Provinzen zu walten. In Posen ist das deutsche „Tagblatt", in Graudenz „Der Gesellige" als treue Wacht an Warthe und Weichsel auf dem Posten, und von den größeren preußischen Blättern widmen die Berliner „Post" und die „Schlesische Zeitung" in Breslau den polnischen Dingen sorgfältige Beachtung. Neuerdings wird auch die Gründung von Volksbibliotheken und Lesehallen von deutscher Seite eifriger betrieben, nachdem die Polen ihrerseits längst damit vorgegangen sind und bedeutende Erfolge erzielt haben. In Thorn, dessen Archiv viele Schätze für die Geschichte der Ostmarken birgt, soll eine deutsche Landesbibliothek gegründet werden. Gegen die polnische Hetzpresse auch bei den belehrungsfähigen Klassen des polnischen Volkstums durch ein zweckmäßig einzurichtendes und zu leitendes preußisches Preßorgan in polnischer Sprache zu wirken, wird von manchen als geboten erachtet, nachdem die in ähnlichem Geiste früher in Ermeland und bei den Masuren erschienenen Blätter durch den Tod ihrer Redakteure und andere widrige Umstände eingegangen sind. Eine von ostpreußischen Konservativen neubegründete „Gazeta mazurska" macht damit wieder einen Anfang. Alldeutsche Patrioten halten es für Mohrenwäsche, die Polen bekehren zu wollen.

Einer solchen Nationalität wie der polnischen gegenüber wäre es freilich ein thörichter Wahn, von unsern Germanisierungsbestrebungen in den Ostmarken baldige, große, umgestaltende Erfolge zu erwarten. Auch in dem von uns nicht allein als möglich, sondern unserer Pflicht gemäß auch als sicher angenommenen Fall, daß fortan kein Schwanken in der Haltung der Regierung mehr eintritt und daß die deutschen Stammesgenossen sich ihrer Aufgabe immer fester bewußt und dementsprechend auch einig und pflichttreu handeln werden, wird für mehr als ein Menschenalter überreichlich genug zu thun sein, um überall an Warthe und Weichsel soviel preußisch-deutschen Staatssinn zu befestigen, das Polentum soweit mit Regierung und Staatssprache innerlich versöhnend auszugleichen, den Klerus und die höheren Klassen polnischer Abstammung zu einem so ehrlichen Verzicht auf die großpolnischen Träume innerhalb des preußischen Gebiets zu gewöhnen, daß wir uns beim Blick auf unsere Ostmarken mit der ruhigen Zuversicht, die uns die Machtmittel unseres Staatswesens gewähren, auch der festen Ueberzeugung erfreuen können, in allen Gauen bis an die äußersten Grenzen fühle sich das Volk, auch wo es in Sprache und Sitte vom Deutschtum abweicht, mit Herrscherhaus und Reichsmacht unauflöslich verbunden. Zu Deutschen werden auch in Zukunft nur wenige Polen werden, nur solche, die in deutsches Geistes- und Gemütsleben so tief einzudringen wissen, um die Ueberlegenheit eines Volkstums zu erfassen, das einen Goethe, einen Humboldt, einen Bismarck hervorzubringen befähigt war; bei der großen Mehrzahl unserer polnischen Landes- und Reichsgenossen werden wir uns zu begnügen haben, wenn sie die polnischen Gefühle ihres Herzens mit soviel Achtung und Pflichttreue gegen ihre Obrigkeit vereinigen, wie es ihnen als preußischen Staatsbürgern

zukommt, und wenn sie sich den Forderungen anpassen, die wir im preußisch-deutschen Staat an sie stellen müssen.

Die fadenscheinigen Hoffnungen einiger Optimisten auf eine Annäherung der sogenannten polnischen Hofpartei an Preußen dürfen wir vor allem nicht überschätzen. Herr v. Koscielski, den man als Führer jener Partei bezeichnete, wird kaum mehr für ein preußisches oder deutsches Interesse eintreten, nachdem er sich dem „Dziennik Poznanski" zugewandt hat. Die ganze Unterscheidung einer gemäßigten, einer „National-", einer „Volks-", einer demokratischen und einer großpolnischen Unabhängigkeits-Partei hat äußerst geringen Wert: mögen Fraktions- und Personal-Interessen, geschäftliche und örtliche Sonderzwecke und Sonderbestrebungen die gesellschaftlichen Kreise in Posen auch unter einander scheiden und teilen — in der Hauptsache, gegenüber dem Deutschtum, hält die polnische Gesellschaft, soweit sie politisch und sozial aktiv hervortritt, immer zusammen; dafür sorgt schon ihr polnisches Solidaritätsgefühl und der Terrorismus, den die überhaupt allein thätige Minderheit auf die Mehrheit ausübt. Aktive Minoritäten erwecken überall den Anschein, als ob sie die Gesamtheit wären; daß sie nicht die Mehrheit sind, dürfen wir auch hier überzeugt sein.

Die Einigkeit der Polen in ihrem Auftreten gegenüber dem Deutschtum sollte für uns ein Ansporn sein, bei unserer großen und schwierigen nationalen Aufgabe den Polen gegenüber unsere Parteiunterschiede hintanzustellen und nur dasjenige für uns als maßgebend zu betrachten, was uns allen bei unserem gemeinsamen Werke obliegt. Daß deutsche Parteien mit den Polen gegen die eigenen Landsleute anderer Parteistellung Bündnisse abschließen, daß „deutsch-freisinnige" Wähler den deutschen konservativen Wahlkandidaten zu Gunsten eines Gegners ihres eigenen Volkstums niederstimmen helfen, sollte unmöglich sein: so pflichtvergessene Namensdeutsche sollten von den Polen lernen, was nationale Ehre ist. Gottlob erwacht auch bei unseren Landsleuten in den Ostmarken das nationale Pflichtgefühl immer stärker und allgemeiner, und immer mehr hellen sich die Aussichten auf Erfüllung der Forderungen, die für Erhaltung und Förderung deutschen Volkstums in den Grenzmarken gestellt werden müssen.

Der „Alldeutsche Verband" hat am 9. September 1894 seine Forderungen folgendermaßen zusammengefaßt:

1. Erteilung ausschließlich deutschen Volksschulunterrichts an die Kinder deutscher Eltern; zu diesem Zweck Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat da, wo deutsche Minderheiten die Gemeindeschullasten nicht zu tragen vermögen.

2. Allmähliche Ueberführung des öffentlichen Unterrichtes in einer ausschließlich deutschen in allen andern Schulen.

3. Staatliche Errichtung und Unterstützung deutscher Kindergärten, Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsschulen; staatliche Unterstützung deutscher Theater.

4. Verdeutschung der Ortsnamen, sowie aller geographischen und administrativen Bezeichnungen unter Berücksichtigung der von den

Ortsbehörden und den Kreisvertretungen hiezu geäußerten Wünsche; Wiederherstellung des Namens „Südpreußen" statt „Provinz" oder „Großherzogtum Posen."

5. Stärkung des deutschen Mittelstandes durch einen Arbeitsnachweis für Handwerker, Kreditgewährung an solche und an kleine Gewerbetreibende jeder Art durch deutsche Vereinigungen; Unterstützung deutscher Lehrer und des kirchlichen Hilfspersonals.

6. Einstellung der polnischen Rekruten in im Westen stehende Regimenter.

7. Allmähliche Einschränkung und schließliches Verbot der Einwanderung russisch-polnischer Wanderarbeiter; gleichzeitig Schutz der Landwirtschaft gegen etwaige Nachteile durch Begünstigung der Ansiedelung deutscher Arbeiter, insbesondere auch durch die Ansiedelung von Arbeiterpächtern auf den Staatsdomänen; Abänderung des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1870 über Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit in dem Sinne, daß die Naturalisation der Fremden im deutschen Reiche möglichst erschwert werde.

8. Annahme nur deutscher und Ausschluß aller polnischen Ansiedler und Rentengutserwerber seitens der mit der Durchführung der Rentengütergesetze vom 27. Juni 1890 und vom 7. Juli 1891 beauftragten Generalkommissionen.

9. Erstreckung der Giltigkeit des Gesetzes vom 26. April 1886 (des „Ansiedelungsgesetzes") auf die Provinzen Ostpreußen und Schlesien und Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel. Schnellere Besiedelung von Westpreußen und Posen auf Grund dieses Gesetzes als bisher und Bereitstellung weiterer Mittel nach Erschöpfung der jetzigen.

10. Anweisung von bäuerlichen Heimstätten (Rentengütern) in den Ostmarken an gediente Unteroffiziere (Kapitulanten) bäuerlichen Standes aus dem Westen.

Wie bekannt, ist diejenige der vorstehenden Forderungen, welche sich auf das Ansiedelungsgesetz bezieht, inzwischen von der Regierung insoweit erfüllt worden, daß zunächst wenigstens die Neuaufschüttung des Hundertmillionenfonds unter weiterer Giltigkeit des Gesetzes vom 26. April 1886 in die Wege geleitet worden ist.

Ueber die bisherige Ausführung des Ansiedelungsgesetzes und der Rentengütergesetze haben wir im vorigen Abschnitte eingehender berichtet.

Als Mittel zur Heranbildung eines zahlreicheren bäuerlichen und gewerblichen Nachwuchses ist neben der Anweisung von Heimstätten an gediente Militärmannschaften auch dieselbe Maßregel für herbeigezogene deutsche Arbeiter, sowie die Errichtung von Waisenhäusern empfohlen worden, deren Zöglinge für die solcher Verstärkung bedürftigen Gewerbe vorbereitet werden sollen. Der Alldeutsche Verband hat bereits einen Versuch in dieser Richtung gemacht und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß demselben weitere folgen werden.

Der vom Alldeutschen Verband begründete „Evangelische Verein

für Waisenpflege in der Provinz Posen" hat seinen vorläufigen Sitz zu Neuzedlitz bei Witkowo. Der Zweck des Vereins ist „die Fürsorge für eine geistig und körperlich gesunde Unterbringung und Erziehung evangelischer Waisenkinder der deutschen Großstädte in ländlichen Familien und Anstalten der Provinz Posen" in Verbindung mit folgenden weiteren Maßnahmen:

a) Der Einrichtung von Kleinkinderheimstätten und Schulen, insbesondere Handwerkerschulen und sonstigen Anstalten zur praktischen Ausbildung der untergebrachten Knaben und Mädchen, von Kranken- und Pflegestationen für erkrankte und besonderer Pflege bedürftige Kinder und andere Kranke und Sieche, von Stellenvermittlungen für die erwachsenen Waisen u. s. w.

b) Der zeitweiligen Aufnahme von Ferienkolonisten in den Anstaltssitzen.

c) Der Förderung des genossenschaftlichen und Gemeindelebens sowie der evangelischen Zucht in den deutschen Gemeinden, in deren Familien Kinder untergebracht sind.

d) Der Verfolgung ähnlicher in das Gebiet der christlichen Nächstenliebe fallender Aufgaben.

Auf diesem Wege soll wenigstens einigermaßen dem Mangel an deutschen Lehrlingen in den Handwerken abgeholfen und andererseits für einen guten und zahlreichen Nachwuchs an selbstarbeitenden deutschen Kleinbesitzern gesorgt werden. Das Waisenhaus Neuzedlitz soll nur Durchgangsstelle für die Kinder sein, wenn sie aus dem Westen kommen, Mittelpunkt der über sie zu führenden Aufsicht, Zufluchtsstätte bei Pflegewechsel und Krankheit, Zusammenkunftsort für gemeinsame Veranstaltungen.*)

Der Zuzug und die Seßhaftmachung russisch-polnischer und galizischer Einwanderer hat die bereits gemeldeten Beschränkungen erfahren. Die fortgesetzten Bemühungen der größeren Grundbesitzer in allen vier Grenzprovinzen, die für ihre Wirtschaften nötigen Arbeiter, die im Inlande nicht in genügender Zahl zu finden sind, aus den Nachbarstaaten herbeizuziehen, haben die Regierung zur erneuten Untersuchung des Bedürfnisses veranlaßt, wobei jedoch die Erwartung berechtigt ist, daß die nationale Rücksicht der wirtschaftlichen nicht aufgeopfert werden wird.

Auf dem Gebiete des Schulwesens wird die staatliche Thätigkeit in der vorgezeichneten Richtung mit gutem Erfolge fortgesetzt: die Früchte dieser dem Deutschtum ersprießlichen Wirksamkeit werden allerdings bei den heranwachsenden Geschlechtern erst später zur Beobachtung gelangen.

Die Forderung, daß die polnischen Rekruten in Regimenter eingestellt werden, die in rein deutschen Provinzen garnisonieren, daß dagegen in den überwiegend von Polen bewohnten Gegenden solche Regimenter garnisoniert werden, die aus deutschen Mannschaften be-

*) Eine binnen kurzem erscheinende kleine Flugschrift „Neuzedlitz" wird über die Bestrebungen des Vereins näheren Aufschluß gewähren.

stehen, ist schon zur Zeit des Flottwell'schen Oberpräsidiums in Posen von General v. Grolman nachdrücklich befürwortet und begründet worden. Im allgemeinen wird sie gegenwärtig befolgt, indessen läßt ihre Ausführung noch manches zu wünschen übrig. Erst kürzlich wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß der Schutzgürtel gegen die Polonisierung auch in dieser Hinsicht aufmerksamer bemessen werden müsse, da der Umkreis der polnischen Volksbewegung immer weiter nach Westen ausgreife. Die Garnison Züllichau z. B. bedürfe des Schutzes gegen die Polonisierung. Viel beklagt wird die Einziehung und Wegverlegung der Garnisonen aus mehreren kleineren posenschen Provinzialstädten, die aus militärischen Rücksichten insbesondere seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit verfügt worden ist. Derartigen früheren Garnisonsplätzen ist mit dem Abgang des Militärs der beste Halt des Deutschtums entzogen worden, während gerade umgekehrt die möglichste Mehrung und Stärkung solcher Halt- und Stützpunkte in recht vielen Städten von Posen und Westpreußen in höchstem Grade erwünscht und für das Deutschtum in nationaler, politischer und sozialer Hinsicht, insbesondere zur Erhaltung und Kräftigung eines lebensfähigen deutschen Gewerbe-, Handels- und Bürgerstandes, unter den heutigen Verhältnissen doppelt nötig wäre.

Auch die bessere Berücksichtigung deutscher Bewerber um Anstellungen im niederen Postdienst darf im Gebiete des Deutschen Reiches mit vollem Rechte gefordert werden. Der alternde Staatssekretär v. Stephan hatte in der letzten Zeit seiner Amtsführung so überaus zahlreiche Briefträger und sonstige Bedienstete polnischer Nationalität angestellt, daß dieselben zur Polonisierung der sprachlich gemischten Bezirke ganz erheblich beitragen konnten. Daß das Deutsche Reich durch seine Angestellten die deutsche Sprache zu fördern habe und nicht die polnische, wird Herr v. Podbielski sicherlich nicht verkennen.

Ihre unentbehrliche Ergänzung finden die an die Regierung gerichteten Forderungen durch die nicht minder berechtigten, die an das deutsche Bürgertum unserer Ostmarken und an die gesamte deutsche Nation gestellt werden müssen. Wenn polnische Volksvertreter ihre Landsleute mit einem armen Huhn vergleichen, das von dem großmächtigen Adler gescheucht werde, und wenn sie mit diesem beweglichen Jammerbild bei gutgläubigen deutschen Philistern den Eindruck hervorrufen, als ob die gewaltthätigen Preußen ihre schutzlosen polnischen Staatsgenossen in der That unmenschlich hart bedrängten, so muß dem deutschen Volke immer wieder die thatsächliche Wahrheit der Zustände in unseren Ostmarken vorgehalten werden, wie sie von unsern eigenen Stammesbrüdern tausendfach bezeugt ist und die polnischen Lug- und Trugbilder widerlegt; es muß unserem Volke immer wieder das Gewissen geschärft werden, damit es seine Pflicht zu Schutz und Trutz an der bedrohten Grenze erfülle.

Ein berufener und zuverlässiger Zeuge der Wahrheit ist der im Jahre 1894 von unsern Landsleuten begründete „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken", derselbe Verein, der von

den Polen als Hakatistenverein unablässig angegriffen und verläumdet wird, wiewohl er nichts anderes thut, als was dem Deutschen in den Grenzbezirken die Pflicht gegen sein Vaterland und sein Volk dringend gebietet. Die Aufgaben des Vereins sind im einzelnen folgende:

Den deutschen Bestrebungen in den Grenzmarken durch Ortsgruppen festen Halt zu bieten, die deutschen Erwerbsstände zu schützen und zu fördern, die deutschen Vereine und Einrichtungen zu begünstigen, die katholischen Deutschen in ihren Rechten zu unterstützen, deutschen Gottesdienst und deutschen Unterricht zu fordern, die Deutschen von unbilligen Zugeständnissen an die Polen abzuhalten, die Verdrängung der deutschen Sprache, das Uebergreifen der polnischen zurückzuweisen, polnischen Demonstrationen entgegenzutreten, die polnische Presse nnd Vereinsthätigkeit zu überwachen, auf Gefahren polnischer Beamtenanstellungen hinzuweisen, das Heimatsgefühl der Posener und westpreußischen Deutschen zu kräftigen, durch Vorträge und Schriftenverbreitung das Interesse für die nationale Frage in den Ostmarken zu beleben, insbesondere alle wirtschaftlichen Bestrebungen zur Germanisierung der Ostprovinzen zu unterstützen. Auf diese wirtschaftliche Seite der Förderung des Deutschtums wird heute mit Recht der allergrößte Nachdruck gelegt, an sie sollen sich weitere kulturelle Kräftigungsmittel anschließen. Wie vor fünfzig Jahren Dr. Marcinkowski für seine polnischen Landsleute gethan, hat der Verein im Jahre 1896 einen Stipendienfonds für unbemittelte junge Deutsche aus dem Kaufmanns-, dem Handwerker- und Gewerbestande, sowie aus den Kreisen der Bauernwirte zur Ermöglichung des Besuchs von technischen und Fachschulen begründet, sowie auch zur Gründung von Gewerbebanken behufs Krediterleichterung für Handwerk und Industrie, ebenfalls nach polnischem Vorgang und Muster, den Anstoß gegeben. Die Raiffeisen'schen Vereine, wirtschaftliche und kreditgenossenschaftliche Organisationen verschiedener Art werden auch von deutscher Seite immer mehr benützt, um dem Rückgang des deutschen Gewerbestandes in Stadt und Land neue Erstarkung folgen zu lassen.

Vom Alldeutschen Verband ist auch die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach dem Reichsgesetze vom 20. April 1892 unter dem Namen „Alldeutscher Darlehensverband" — mit dem Sitz in Berlin — in Aussicht genommen worden, um die wirtschaftlichen und ideellen Ziele des Deutschtums in den Ostmarken zu fördern. Nach dem Gesellschaftsvertrag soll dies Ziel namentlich durch Gewährung von Darlehen an deutschnationale Unternehmungen, sowie durch Herausgabe von Druckschriften angestrebt werden. Die darlehensweise für das Waisenhaus in Neuzedlitz eingezahlten Beiträge gehen in das Vermögen des Alldeutschen Darlehensverbandes über.

So sehen wir in neuester Zeit eine vielseitige Thätigkeit auch auf deutscher Seite sich entfalten, um das wirtschaftliche Uebergewicht des Deutschtums, wo es verloren gegangen ist, wieder herzustellen, wo es bedroht ist, aufs neue zu kräftigen und zu befestigen. Viel ist

noch zu thun, um den Vorsprung, den das polnische Element seit Jahrzehnten an so manchen Punkten gewonnen, wieder einzuholen, mehr noch, um überall in unsern Grenzmarken die Stellung unseres Volkstums zu derjenigen Macht und Ueberlegenheit emporzuführen, die das Ziel unserer Bestrebungen sein muß. Unablässiger, ausdauernder, hingebender Arbeit der weitesten deutschen Kreise nach dem ehrenvollen Beispiel unserer wackeren Vorkämpfer bedarf es, um das Ziel zu erreichen. An jeden Landsmann ergeht die ernste Mahnung des großen Kurfürsten: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!" Jeder hat die Pflicht dazu beizutragen, daß von unserm preußisch-deutschen Grenzland mit voller Zuversicht Goethes Wort gelte: „Dies ist unser! So laßt uns sagen und so es behaupten!"

Und unsere Mitbürger polnischer Nationalität — wie werden sie sich zu diesem unserem unabänderlichen Programm stellen?

Daß die höher Gebildeten unter ihnen an patriotischer Entsagung als geborene Polen ein schweres Opfer bringen müssen, indem sie sich zu ernstgemeintem vollem Verzicht auf das altpolnische politische Ideal entschließen und in loyal korrekter Gesinnung rückhaltlos zu preußischen Staatsbürgern werden, wird der seines Volkstums und unserer Machtstellung vollbewußte Deutsche am besten zu würdigen wissen. Im Gegensatz zu einer mißleiteten Presse gibt es bereits zahlreiche polnische Volksfreunde, welche die Unfruchtbarkeit des vergeblichen Ringens um eine politische Wiederherstellung des ehemaligen polnischen Gemeinwesens und die Notwendigkeit der Anpassung an die gegebenen staatlichen Verhältnisse vollständig erkannt haben. Den Rückstand ihrer Landsleute in kultureller und volkswirtschaftlicher Beziehung, den jene erfolglosen Restaurationsbestrebungen des letzten Jahrhunderts verschuldet haben, suchen sie nun mit verdoppelter Anstrengung wieder gut zu machen, indem sie nach dem Vorgang und Muster Deutschlands und der anderen großen Kulturvölker die Bildung und Wohlfahrt der schwächeren und niedrigeren Klassen zu fördern bemüht sind. Auch in dieser humanitären Bewegung der polnischen Gesellschaft läßt sich bei gegenseitiger richtiger Stellungnahme ein Mittel jenes ersehnten Ausgleichs des polnischen mit dem deutschen Element erkennen, den schon Flottwell von dem fortschreitenden Entwicklungsprozeß der Geschichte erwartete. Wenn er dabei den Eingriff ungerechter Willkür ausschloß, so ist dieser Bedingung seitdem durch die konstitutionelle Verfassung eine weitere Gewähr gegeben, die auch ihrerseits dazu beitragen wird, nach altem Wahrwort mit der Gerechtigkeit, die ein Volk erhöht, die Grundlage des Staates und des Reiches immer mehr zu festigen und für alle Zukunft zu bewahren. Auf diesem Wege das Ziel zu erreichen, das Friedrich Wilhelm III. den mit Preußen

vereinigten Polen vorhielt: im Staate der Hohenzollern zum Ersatz für das verlorene ihr neues Vaterland zu finden, ist gewiß „des Schweißes der Edlen wert". Die heute noch gebundenen Kräfte der Ostmarken werden damit zur vollen Entfaltung gelangen und das Grenzland zum Heil und Segen für Deutsche wie für Polen jener Blüte entgegenführen, die über den heutigen Gegensätzen als versöhnender Stern uns allen entgegenleuchtet.



Kgl. Hof-Buchdruckerei Kastner & Lossen in München.





